

UNIKATE

2015 | Berichte aus
Forschung und Lehre

UNIVERSITÄT
DUISBURG
ESSEN

Offen im Denken

47

Globale Kooperationsforschung

Transdisziplinäre und transkulturelle Perspektiven

Dirk Messner, Alejandro Guarín	Globale Kooperation	10
Gianluca Grimalda	Möglichkeiten von globalen „Wir-Identitäten“	24
Christian Meyer	Wenn Menschen mit Robotern zusammenleben	34
Noemi Gal-Or	Der Internationale Strafgerichtshof und der Grundsatz der Komplementarität	46
Ignaz Stegmler	Selektive Strafverfolgung?	54
Morgan Brigg	„Relational sensibility“	60
David Chandler	Der „liberale Frieden“ am Ende der Fahnenstange	66
Thomas G. Weiss	Vom Ende des barmherzigen Samariters	72
Jan Aart Scholte (Gespräch)	Transkultureller Dialog und die Wiedererfindung globaler Demokratie	82
Zeynep Sezgin, Ahmed Badawi, Charity Musamba (Gespräche)	Kulturelle Vielfalt: Hindernis oder Ressource für Global Governance?	88

I N H A L T

EDITORIAL

6 Tobias Debiel

Globale Kooperation verstehen – Transdisziplinäre Perspektiven

Dirk Messner und
Alejandro Guarín

Globale Kooperation

10 Sind Menschen auf diese zivilisatorische Herausforderung vorbereitet?

Die Krise der globalen Kooperation, etwa im Bereich Klimawandel, erscheint im Licht aktueller Erkenntnisse aus Sozial- und Naturwissenschaften in gewisser Weise als Rätsel: Menschen sind auf interpersoneller Ebene durchaus sehr kooperationsfähig; internationale Zusammenarbeit scheitert aber genau dort, wo wir sie am meisten brauchen. Die Autoren zeigen, wie die Forschung zu Problemlösungen beitragen kann.

Gianluca Grimalda

Möglichkeiten von globalen „Wir-Identitäten“

24 Ein provisorisches politisches Programm

Die Kooperation in einer Gruppe gelingt umso besser, je mehr sich Menschen dieser Gruppe zugehörig fühlen. Würde globale Kooperation begünstigt, wenn Menschen sich mit der Welt als ganzer identifizieren könnten, also eine globale „Wir-Identität“ entwickelten? Empirische Forschung unterstützt diese „kosmopolitische Hypothese“, wie der Beitrag zeigt. Politische Entscheidungsträger könnten hieraus lernen.

Christian Meyer

Wenn Menschen mit Robotern zusammenleben

34 Zur Entstehung einer neuen Interaktionskultur

Nicht allein Globalisierung, sondern auch der Prozess der Robotisierung ändert unsere Gesellschaften. Empirische Studien belegen, dass aus wiederholten Kontakten von Mensch und Maschine neue Formen der hybriden Interaktion und Kooperation entstehen. Sie erfordern, so der Autor, neue Zugänge, wie wir Andersartigkeit verstehen und sie in unseren Alltag integrieren können.

Praktiken globaler Kooperation in gewaltzerrütteten Gesellschaften

Transitional Justice: Vom Umgang mit Gewalterfahrungen

Noemi Gal-Or

Der Internationale Strafgerichtshof und der Grundsatz der Komplementarität

46 Eine Herausforderung für die globale Zusammenarbeit

Der 1998 ins Leben gerufene Internationale Strafgerichtshof (IStGH) galt als Meilenstein im Völkerstrafrecht. In den vergangenen Jahren ist er in die Kritik gekommen, nicht zuletzt weil sein Verhältnis zu anderen Gerichtsbarkeiten im Sinne einer Komplementarität nicht hinreichend geklärt wurde. Der Artikel spricht sich für eine stärkere Einbeziehung regionaler Gerichte, wie etwa des Afrikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte, aus, um die tiefen Gräben zwischen IStGH und nationalen Gerichten zu überbrücken.

Ignaz Stegmüller

Selektive Strafverfolgung?

54 Warum der Internationale Strafgerichtshof einen besseren
Auslösungsmechanismus braucht

Der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) ist in den letzten Jahren stark dafür kritisiert worden, sich bei der Strafverfolgung allein auf den afrikanischen Kontinent zu konzentrieren. Tatsächlich ist das dem IStGH zugrunde liegende völkerrechtliche Übereinkommen ein Kompromiss, der alles andere als perfekt ist. Es wird in Zukunft darauf ankommen, die Akteure zu benennen, die bei der Aktivierung des Gerichtssystems relevant sind.

Reflexives Handeln in Peacebuilding-Prozessen Eine Kontroverse über externe Intervention in lokalen Kontexten

Morgan Brigg „Relational sensitivity“	60	Ausgangspunkt für emanzipatorisches Peacebuilding?	Peacebuilding in gewaltzerrütteten Gesellschaften folgte lange Zeit Blaupausen, bei denen externe Akteure ‚top-down‘ liberale Normvorstellungen durchsetzen wollten. In jüngerer Zeit werden partizipative Elemente betont, ebenso die wechselseitige Achtung zwischen internationalen und lokalen Akteuren („relational sensitivity“). Der Beitrag zeigt das hierin liegende emanzipatorische Potenzial auf, zeigt aber auch, dass herkömmliche Vorstellungen, ob und wie Gleichheit, Gerechtigkeit und Frieden zu erreichen sind, herausgefordert werden.
David Chandler Der „liberale Frieden“ am Ende der Fahnenstange	66	Zu den Widersprüchen von „relational sensitivities“	David Chandler argumentiert, dass „relational sensitivities“ keinen kohärenten Gegenentwurf zum Ansatz des liberalen Friedens entwickle, sondern letztlich dessen Annahmen und Widersprüchen verhaftet bleibe. Zwar rückt der neue Zugang das Lokale sinnvollerweise in den Fokus, doch bleibt, so die Replik, ungeklärt, wie man lokale Akteure und Kulturen als Gleichgestellte respektieren kann, wenn man gleichzeitig beansprucht, ein Recht auf Intervention zu haben.
Thomas G. Weiss Vom Ende des barmherzigen Samariters	72	Militarisierung, Politisierung und Kommerzialisierung der humanitären Hilfe	PhilanthropInnen und humanitäre HelferInnen wurden lange als „gute Samariter“ wahrgenommen; zunehmend werden jedoch ihre selbstlosen Motivationen, Prinzipien und Handlungen hinterfragt. Der Beitrag plädiert für eine neue Lernkultur: ExpertInnen im Feld internationaler Kooperation sollten sich stärker an der empirischen Evidenz orientieren und in konkreten Krisen im Sinne einer Verantwortungsethik handeln.

Kulturelle Diversität und globale Demokratie: Erfahrungen aus einem internationalen Dialog in Duisburg

Transkultureller Dialog und die Wiedererfindung globaler Demokratie	82	Ein Gespräch mit Jan Aart Scholte	Kosmopolitische Begründungen für globale Demokratie sind angesichts der kulturellen und weltanschaulichen Diversität in der heutigen Welt in der Krise. Jan Aart Scholte, der im November 2013 am Käte Hamburger Kolleg einen transkulturellen Dialog inszenierte, will als Alternative Reflektionsräume schaffen, in denen sich Teilnehmerinnen und Teilnehmer jenseits der konventionellen, westlich dominierten Routinen auf grundlegende Normen und Prinzipien globaler Demokratie diskursiv verständigen können.
Kulturelle Vielfalt: Hindernis oder Ressource für Global Governance? Drei Perspektiven	88	Interkulturelles Lernen als Chance – Ein Gespräch mit Zeynep Sezgin	
	90	Kulturelle Dominanzansprüche überwinden – Ein Gespräch mit Ahmed Badawi	
	92	Afrikanische Perspektiven auf demokratische globale Zusammenarbeit – Ein Gespräch mit Charity Musamba	

ABONNEMENT 94

HINWEISE, IMPRESSUM 96

EDITORIAL

Verehrte Leserinnen und Leser,

auf interpersoneller Ebene können Menschen erstaunlich gut Probleme lösen, wenn sie sich gemeinsamen Herausforderungen gegenübersehen. Demgegenüber scheint Kooperation auf globaler Ebene häufig zu versagen. Die Stagnation internationaler Verhandlungsprozesse vor der UN-Klimakonferenz Ende 2015 in Paris ist ein Beispiel; die Ohnmacht internationaler Vermittler und Friedensstifter, Staatsverfall und brutalste Gewalt in Syrien, dem Irak und Libyen Einhalt zu gebieten, nur ein weiteres. Doch es gibt auch Lichtblicke: So bekam die Gruppe der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G 20) die Krise der internationalen Finanzmärkte 2007/2008 in den Griff, wobei *emerging economies* wie China, Indien und Brasilien eine wichtige Rolle zukam. Und auf internationa-

ler Ebene gibt es mittlerweile Einrichtungen wie den Internationalen Strafgerichtshof, der Völkermord, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit mit Nachdruck verfolgt, auch wenn es immer wieder Rückschläge gibt.

Wie ‚funktioniert‘ Kooperation? Was sind die Voraussetzungen für das erfolgreiche Zusammenwirken von Staaten, internationalen Organisationen und privaten Akteuren zur Bewältigung globaler Herausforderungen?

Diese Fragen bilden den Ausgangspunkt für die UNIKATE 47. Wir wollen Ihnen dabei Einblicke in Forschungen und Debatten am Käte Hamburger Kolleg/Centre for Global Cooperation Research geben, einer Zentralen Forschungseinrichtung der Universität Duisburg-Essen (UDE). Im Februar 2012 gegründet,

wird das Kolleg durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert. In gewisser Weise ist das Projekt selbst das Ergebnis einer Kooperation, haben sich hier doch mit dem Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) in Bonn, dem Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) in Duisburg sowie dem Kulturwissenschaftlichen Institut Essen (KWI) drei Partner zusammengetan.

Das im Duisburger Innenhafen gelegene Kolleg hat in den ersten drei Jahren 59 Fellows aus 23 Ländern Freiräume geboten, jenseits der vielen Zwänge des akademischen Alltags zu forschen und zu diskutieren. Gemeinsam mit dem Kernteam des Kollegs bilden sie eine transdisziplinäre Lerngemeinschaft. In dieser wollen wir, wie es unser Mission Statement formuliert,



zum besseren Verständnis der Möglichkeiten und Hindernisse grenzüberschreitender Kooperation beitragen (...), um neue Wege globaler Politikgestaltung zur Krisenbewältigung und zum Schutz der globalen Gemeingüter zu erkunden.

Die Artikel im ersten Teil dieses Heftes diskutieren, wie sich auf Grundlage bestehender Theorieansätze und empirischer Erkenntnisse Bausteine für ein neues Verständnis von Kooperation entwickeln lassen. Die Essays im zweiten Teil reflektieren am Beispiel gewaltzerrütteter Gesellschaften Praktiken der Kooperation – und machen deutlich, welche Probleme und Fallstricke beim Zusammenwirken zwischen internationalen, nationalen und lokalen Akteuren und Institutionen auftreten können.

Der dritte Teil gibt Eindrücke von einem kleinen Experiment, das wir gemeinsam mit dem *Building Global Democracy Programme* von Prof. Jan Aart Scholte, einem unserer Senior Fellows, durchgeführt haben. Neun Expertinnen und Experten an der Schnittstelle von Forschung und Praxis kamen im November 2013 in Duisburg zusammen, um sich jenseits westlich geprägter Vorgaben über ihre regional und kulturell unterschiedlich geprägten Verständnisse von globaler Demokratie auszutauschen. Welche Erkenntnisse sie aus dem diskursiven Aushandlungsprozess gewonnen haben, spiegeln die Interviews mit einigen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer wider.

Die UNIKATE 47 stützen sich auf ausgewählte Beiträge aus den Publikationsreihen des Kollegs. Sie wurden eigens für die UNIKATE

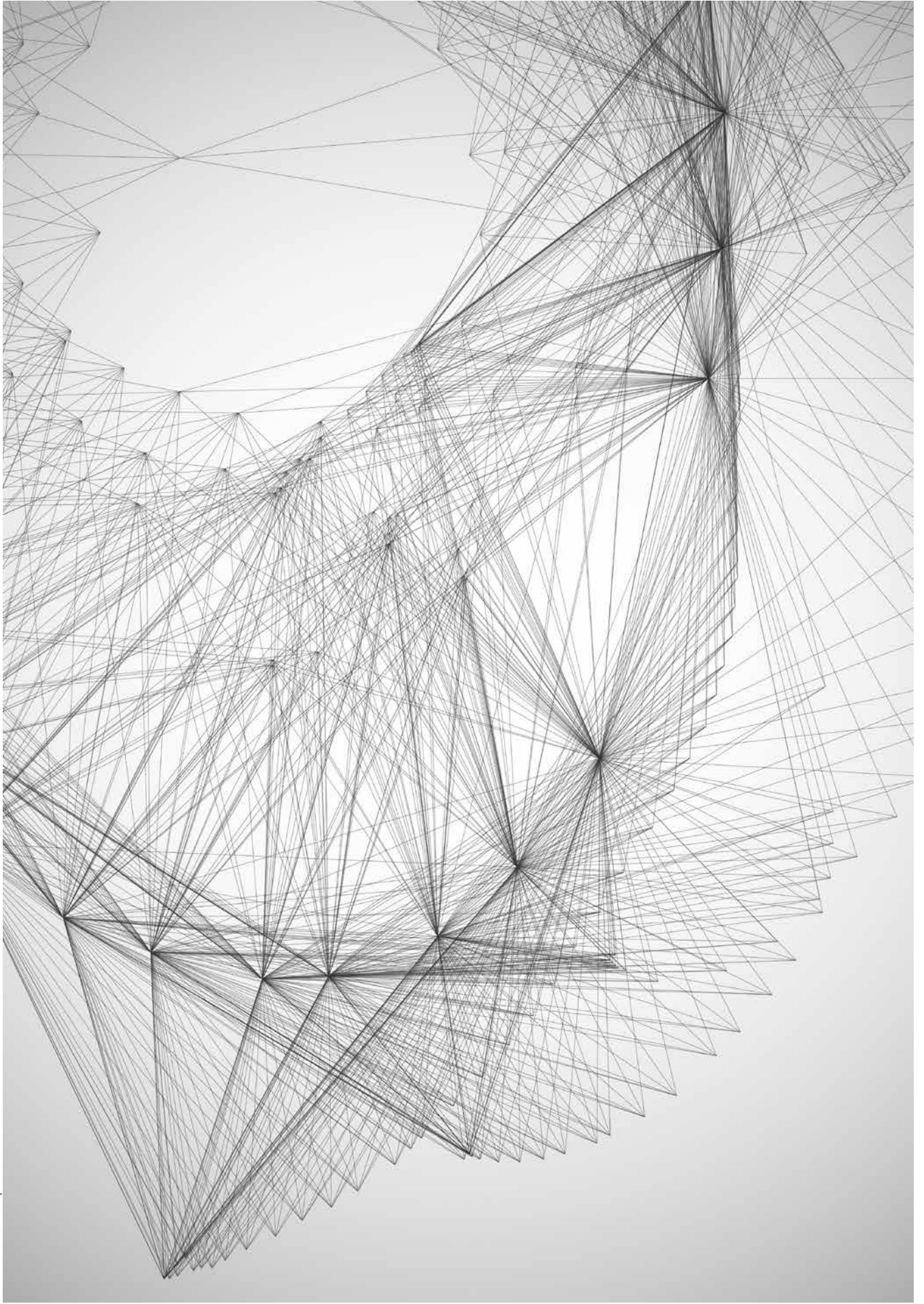
zugeschnitten, redaktionell bearbeitet und ins Deutsche übertragen.

Eine anregende Lektüre wünscht Ihnen

Tobias Debiel

Zur Person

Tobias Debiel ist Professor für Internationale Beziehungen und Entwicklungspolitik an der Universität Duisburg-Essen und dort auch Direktor des Instituts für Entwicklung und Frieden (INEF). Gemeinsam mit Claus Leggewie und Dirk Messner leitet er das Käte Hamburger Kolleg/Centre for Global Cooperation Research.



Globale Kooperation verstehen – Transdisziplinäre Perspektiven

Die Krise der globalen Kooperation, etwa im Bereich Klimawandel, erscheint im Licht aktueller Erkenntnisse aus Sozial- und Naturwissenschaften in gewisser Weise als Rätsel: Menschen sind auf interpersoneller Ebene durchaus sehr kooperationsfähig; internationale Zusammenarbeit scheitert aber genau dort, wo wir sie am meisten brauchen. Die Autoren zeigen, wie die Forschung zu Problemlösungen beitragen kann.

Globale Kooperation

Sind Menschen auf diese zivilisatorische Herausforderung vorbereitet?¹

Von Dirk Messner und Alejandro Guarín

Yochai Benkler fasst die Herausforderungen globaler Kooperation zu Beginn des 21. Jahrhunderts prägnant zusammen: „Die Welt verändert sich mit Lichtgeschwindigkeit. Wir befinden uns jetzt in einer Phase unserer Geschichte, in der wir lernen müssen, uns mehr denn je aufeinander zu verlassen.“² Ein verheerender Klimawandel bedroht die menschliche Zivilisation, wie wir sie kennen. Diesen Klimawandel abzubremesen, ist ein Beispiel für die Notwendigkeit, Weltprobleme durch globale Kooperation einzuhängen. Obwohl die Wissenschaft klare Aussagen macht und man die Handlungsoptionen ziemlich gut versteht,³ hat es sich als sehr schwierig erwiesen, die Länder dazu zu bewegen, sich auf Maßnahmen zur

Verhinderung eines globalen Klimawandels zu einigen. In den internationalen Klimaverhandlungen ist es nicht gelungen, irgendeinen wesentlichen Fortschritt in Bezug auf ein Klimaschutzabkommen zu erzielen. Im Kontext der Debatten über die schwierigen Logiken kollektiven Handelns, vielfältige Trittbrettfahrer-Probleme in Konstellationen sozialer Dilemmata, in denen individuelle Interessen und das Allgemeinwohl miteinander in Konflikt stehen,⁴ und die Tragik unserer (globalen) Allmende⁵ könnte sich das Klima „als die größte Herausforderung herausstellen [...] und als das langlebigste ‚Gemeinschaftsgut‘, das wir lernen müssen zu managen, ‚wir‘ – die sechs Milliarden und mehr, die wir uns meteorologisch

diesen Planeten teilen“.⁶ Der Evolutionsbiologe Martin Nowak teilt diese Perspektive: „[...] für die Tragik der Allmende gibt es eigentlich keine technische Lösung, nur eine, die ihre Wurzeln in der Ethik und im Verhalten hat.(, [...] und in den Institutionen“, würden die Autoren dieses Textes hinzufügen.) Kurz gesagt müssen wir die Art und Weise verbessern, wie wir auf globaler Ebene miteinander kooperieren. Gute Planeten sind schwierig zu finden.“⁷

Vor diesem Hintergrund sind die großen Fragen: Sind wir als Menschen in der Lage zu lernen, solche globalen Gemeinschaftsgüter zu managen? Ist globale Kooperation eine naive Vision oder eine realistische Chance?



Dirk Messner. Foto: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik

Völliger Stillstand – Ist globale Kooperation unmöglich?

Die Blockaden in der globalen Kooperation zu Beginn des 21. Jahrhunderts haben Skepsis in Bezug auf den Multilateralismus und internationales kollektives Handeln geschürt. Global Governance-Theorien,⁸ die in den 1990er Jahren aufbauend auf den Regime-Theorien⁹ und dem Konzept „komplexer Interdependenzen“ zwischen Staaten¹⁰ entstanden sind, geraten in die Defensive. Es ist nicht nur so, dass die Mechanismen und Institutionen, die wir für die internationale Kooperation derzeit haben, anscheinend unzureichend sind. Der aktuelle Stillstand könnte auch darauf hindeuten, dass der Machtkampf der Nationen und das schmalspurige Verfolgen von Eigeninteressen jede Möglichkeit zum kollektiven Handeln übertrumpfen, wenn dieses kollektive Handeln über den kleinsten gemeinsamen Nenner, bei dem die Interessen der Nationen direkt zusammenlaufen, hinausgeht.¹¹ Waren die Etablierung und Stärkung multilateraler Institutionen, des Völkerrechts, der Europäischen Union und anderer regionaler Kooperationsallianzen nach dem Zweiten Weltkrieg, auf deren Bedeutung die institutionelle Schule der internationalen Beziehungen und auch die Global Governance-Forschung verweisen, vor allem dem Kooperationszwang des Ost-West-Systemkonfliktes im Schatten der nuklearen Bedrohung geschuldet – und damit einer Sonderkonstellation, die seit den 1990er Jahren zerfallen ist? Gelten in der multipolaren Machtarchitektur des 21. Jahrhunderts erneut die Regeln des „Naturzustands“, die Thomas Hobbes bereits 1651 in seinem „Leviathan“ beschrieben hatte: „bellum omnium contra omnes“, des Kampfes aller gegen alle, des Perpetuum Mobiles des Machtwettbewerbs um Dominanz? Diese Sichtweise wird von VertreterInnen des „Realismus“ geteilt.¹² Aus einer solchen Perspektive erscheint die Hoffnung von Thomas Schel-

ling, die Menschheit könnte in den kommenden Dekaden lernen, die globalen Gemeinschaftsgüter auf der Basis internationaler Kooperation zu stabilisieren und zu nutzen, höchst unrealistisch.¹³

Eingebettet ist dieser Theoriestrang der internationalen Beziehungen in eine umfassende, sich über viele Disziplinen erstreckende Familie von Theorien, die alle auf der Grundannahme vom allgemeinen Egoismus des Menschen basieren. Dazu gehören das Konzept des „Homo oeconomicus“ in der Volkswirtschaftslehre (von Adam Smith über Friedrich Hayek bis hin zu Milton Friedman); Theorien der rationalen Entscheidung über verschiedene Sozialwissenschaften hinweg, die Eigeninteressen und Strategien der Maximierung des persönlichen Nutzens als letztliche Antriebskräfte für menschliches Verhalten beschreiben;¹⁴ das Paradigma vom „survival of the fittest“, das erstmals in der Gesellschaftstheorie von Herbert Spencer beschrieben wurde; und das Paradigma des „Egoismus Gens“ in der Evolutionsbiologie und Evolutionspsychologie.¹⁵ In den (neo-)realistischen Theorien der internationalen Beziehungen wird die Grundannahme des menschlichen Egoismus maßstäblich auf die Ebene der Nationalstaaten vergrößert und findet sich dort in den unumstößlichen Konzepten des „nationalen Interesses“ und des Wettbewerbes um Dominanz in einer anarchischen Welt wieder. Diese Weltsicht gewinnt in einer Situation, in der internationale Kooperation und Global Governance weitgehend blockiert sind, besondere Attraktivität.

Doch was wären die Konsequenzen für die Zukunft der (internationalen) Kooperation, für kooperationsorientierte Lernprozesse und Möglichkeitsräume internationaler Kooperation sowie Kooperationstheorien, wenn die skizzierten Grundannahmen falsch oder verzerrt wären? Darum geht es in diesem Beitrag. Denn viele Forschungsergebnisse aus den vergangenen zwanzig

Jahren zeigen: Das Bild vom Versagen der globalen Zusammenarbeit steht im krassen Gegensatz zu dem, was wir über Kooperation auf zwischenmenschlicher Ebene wissen. Eine wachsende Menge an Nachweisen aus unterschiedlichsten Disziplinen deutet darauf hin, dass Menschen tatsächlich erstaunlich kooperativ sind. Untersuchungen aus der experimentellen und Evolutionspsychologie zeigen, dass Kinder bereits ab einem frühen Alter dazu neigen, zu teilen, zu helfen und zusammenzuarbeiten, um gemeinsame Ziele zu erreichen. Was wesentlich ist: Eine solche Tendenz zur Kooperation scheint schon sehr lange Teil der biologischen Geschichte des Menschen zu sein und viele der dazu nötigen Fähigkeiten und Motivationen in der Evolutionsgeschichte der Menschen angelegt.¹⁶ In Experimenten und Feldbeobachtungen haben VerhaltensökonomInnen und andere SozialwissenschaftlerInnen belastbare Nachweise dafür gefunden, dass Menschen sehr viel mehr teilen und sehr viel häufiger kooperieren, als es ein auf begrenztem Eigeninteresse basierendes Modell des menschlichen Verhaltens voraussetzen würde.¹⁷ Diese Ergebnisse gelten anscheinend über viele unterschiedliche Kulturen hinweg. Auch das deutet darauf hin, dass es eine natürliche Tendenz des Menschen zur Kooperation gibt. Unterstützung findet diese Sichtweise auch in der Evolutionsbiologie, in der sich die Erkenntnis durchsetzt, dass Kooperation neben natürlicher Selektion und Mutation¹⁸ das „dritte Prinzip der Evolution“ ist.¹⁹

In der Verhaltensökonomie werden einige dieser Erkenntnisse genutzt, um moderne Volkswirtschaften, z.B. die Dynamiken internationaler Finanzmärkte, angemessen zu verstehen.²⁰ In den Theorien über internationale Beziehungen und in der Global Governance-Forschung fehlt dieser Schritt. Nur schmale Seitenpfade der Außenpolitikforschung, wie die Kognitionspsychologie und die

Motivationspsychologie, nutzen verhaltenswissenschaftliche Ansätze, um psychologische Profile besonders wichtiger EntscheidungsträgerInnen, wie z.B. Churchill oder Hitler, zu untersuchen.²¹ In der Theoriebildung der Wissenschaft von den internationalen Beziehungen werden die Erkenntnisgewinne der Verhaltenswissenschaften, die über Konzepte der rationalen Entscheidung hinausgehen, bislang weitgehend ignoriert. An diesem Punkt setzen unsere Überlegungen an.

Sind Menschen gut oder schlecht im Kooperieren?

„Er [der/die LeserIn, Anm. d. Übers.] möge gewarnt sein: wenn er – wie ich – eine Gesellschaft aufbauen möchte, in der die Einzelnen großzügig und selbstlos zugunsten eines gemeinsamen Wohlergehens zusammenarbeiten, so kann er wenig Hilfe von der biologischen Natur erwarten. Lasst uns versuchen, Großzügigkeit und Selbstlosigkeit zu lehren, denn wir sind egoistisch geboren. Lasst uns verstehen lernen, was unsere eigenen egoistischen Gene vorhaben, und wir haben dann vielleicht die Chance, ihre Pläne zu durchkreuzen, etwas, das keine andere Art bisher jemals angestrebt hat.“²²

„Der vielleicht bemerkenswerteste Aspekt der Evolution ist ihre Fähigkeit, Kooperation in einer von Konkurrenz geprägten Welt zu hervorbringen. Wir könnten also ‚natürliche Kooperation‘ neben Mutation und natürlicher Selektion als ein drittes fundamentales Prinzip der Evolution hinzufügen.“²³

Eine sehr lange intellektuelle Tradition sagt uns: Die Menschen sind schlecht im Kooperieren

Die herrschenden Theorien in den Wirtschafts- und Politikwissenschaften gehen davon aus, dass die Menschen Konkurrenzverhalten an den Tag legen und rationale

Entscheidungen treffen, um ihre begrenzten Interessen zu fördern und ihre Gewinne und ihre Nutzen zu maximieren. Sie tun dies isoliert von anderen AkteurInnen, auf Grundlage „vollständiger Information über die Struktur der Situation, in der sie sich befinden, einschließlich der Präferenzen anderer Akteure, des gesamten Spektrums an Handlungsoptionen und der Wahrscheinlichkeit, die mit jedem Ergebnis verbunden ist, das sich aus einer Kombination von Handlungen ergibt“.²⁴ Aus Sicht solcher Theorien ist Kooperation ein „fehlerhaftes“ Einzelverhalten. Wir sind natürlicherweise nicht dazu geneigt, zu kooperieren, und wenn wir es dennoch tun, geschieht dies entweder in Folge von äußerem Zwang oder es ist eine Kooperation auf Grundlage eines kleinsten gemeinsamen Nenners (was nicht dabei hilft, Konstellationen sozialer Dilemmata wie das der globalen Gemeinschaftsgüter zu lösen) oder es ist eine Konsequenz aus einer Fehleinschätzung der realen Kosten und Nutzen einer bestimmten Entscheidung.

Das durch ein Modell von grundsätzlich unkooperativem menschlichen Verhalten gestützte Gesellschaftsverständnis ist Teil einer langen intellektuellen Tradition. Der Ausgangspunkt von *Leviathan*, dem einflussreichen Aufsatz von Thomas Hobbes aus dem Jahr 1651, besteht darin, dass der natürliche (d.h. vorgesellschaftliche) Zustand der Menschen im Krieg aller gegen alle besteht. Laut Hobbes lässt sich eine gesellschaftliche Ordnung nur dann erreichen, wenn eine starke Autorität in der Lage ist, das eigennützige Verhalten der Menschen zu zähmen und zu disziplinieren. Auch Adam Smith hatte die Vorstellung von einer Gesellschaft, die aus auf ihren eigenen Vorteil bedachten Personen besteht. Doch im Gegensatz zu Hobbes ging Smith davon aus, dass die Summe des individuellen Strebens der Nutzenmaximierung nicht zu Anarchie und Gewalt, sondern zu einem sich

selbst organisierenden Wohlstand der Nationen führen würde. Diese Tradition, in der das Konzept des Nutzen maximierenden Individuums mit der Idee des Minimalstaates verknüpft wird, hat seit den 1960er Jahren in Theorie (Friedrich August von Hayek, Milton und Rose Friedman, Robert Nozick) und Praxis (z.B. in Gestalt des „Washington Consensus“) eine wichtige Rolle gespielt. Das Homo oeconomicus-Konstrukt wird jedoch zuweilen auch mit der Idee des hierarchischen Staates verbunden, es wird also eine Symbiose zwischen Hobbes und Hayek formuliert. Mancur Olson untersuchte 1965 die „Logik des kollektiven Handelns“, basierend auf den Grundannahmen der Theorie der rationalen Entscheidung, um dann in seinem 1982 erschienen Buch „Aufstieg und Niedergang von Nationen“ („Rise and Decline of Nations“) die Ursache für den Abstieg ehemals leistungsstarker und demokratisch verfasster Volkswirtschaften in einem exzessiven Egoismus gut organisierter Gruppen zu verorten und vor diesem Hintergrund für einen quasi autoritären Staat zu plädieren, dessen Aufgabe es wäre, diese Gruppenegoismen einzuhegen und für größtmögliche Marktfreiheiten zu sorgen.²⁵

Die Vorstellungen vom menschlichen Verhalten wurden weiterhin vom Darwinismus beeinflusst. Die Konzepte (und Begriffe) der Evolutionstheorie wie Angepasstheit („fitness“) und „Selektion“ hatten Einfluss in den Sozialwissenschaften und insbesondere in der Volkswirtschaftslehre. Das Modell rationaler Entscheidungen begründet sich auf der Vorstellung, Menschen seien von Natur aus egoistisch: Wir treffen immer Entscheidungen, die uns einen Nettonutzen liefern. Eine Folge einer solchen Annahme ist, dass wir immer dazu geneigt sind, zu betrügen und Trittbrett zu fahren, d.h. unseren Nutzen auf Kosten anderer zu erhöhen. Aus dieser Sicht sind altruistische Handlungen anomal, denn damit ist für



das Individuum ein Energie- und Ressourcenaufwand verbunden – mit anderen Worten: Kosten –, der höher sein könnte als der Nutzen. Es sprechen jedoch gute Gründe dafür, dass diese „sozialdarwinistische“ Sichtweise auf die wesentlichen Antriebskräfte menschlichen Verhaltens die ursprünglichen Erkenntnisse der Evolutionstheorie Darwins missinterpretiert. Der Sozialphilosoph Herbert Spencer hat das vielzitierte Konzept des „survival of the fittest“ 1864 „erfunden“, nachdem er Charles Darwins „Über die Entstehung der Arten“ gelesen hatte. Charles Darwin selbst übernahm 1869 diese Begrifflichkeit von Spencer in die 5. Auflage seines grundlegenden Werkes über die Evolutionsgeschichte und definierte „survival of the fittest“ als Synonym für seinen „Mechanismus der natürlichen Selektion“.²⁶ Doch in der Folgezeit wurde „survival of the fittest“ in den Sozialwissenschaften in der Regel mit „Stärke“, „Durchsetzungskraft“, „Verdrängung anderer (mit/ohne Gewalt)“ gleichgesetzt, während Darwin darunter den Grad und die Fähigkeit zur Anpassung an die Umwelt (z.B. trotz widriger Umweltbedingungen) verstanden hatte.

Das Modell des menschlichen Verhaltens, das die Volkswirtschaftslehre und die politische Theorie bestimmt, hat auch seinen Weg ins Verständnis internationaler Beziehungen gefunden. Die realistische Schule, ein weit verbreiteter Ansatz zur Erklärung internationaler Beziehungen, geht davon aus, dass Nationen Machtspiele betreiben, um ihre eigenen Interessen zu verfolgen.²⁷ Der realistische Ansatz gehört zur intellektuellen Abstammungslinie von Hobbes. Durch das Fehlen einer globalen Instanz zur Durchsetzung von Gesetzen entsteht ein im Wesentlichen anarchisches System, in dem die stärksten Nationen in der Lage sind, ihre Interessen auf Kosten anderer zu verfolgen. Die Anarchie des internationalen Systems übersetzt sich in Konflikthaftigkeit der

zwischenstaatlichen Beziehungen und untergräbt die Kooperationsfähigkeit der Staaten sowie deren Chance, gemeinsame Interessen zu erkennen, strukturell. Im Ergebnis können die Staaten ihre Souveränität und ihre Interessen nur durch „feindlichen Wettbewerb“ verteidigen.²⁸

Im Kontext solcher Theorien ist die Vorstellung von Global Governance, d.h. einer polyzentrischen Architektur und supranationaler Mechanismen zur Organisation, Koordination und Durchsetzung weltweiter Spielregeln, im besten Fall naiv.²⁹ Das einzige, was eine Nation davon abhalten kann, im eigenen Interesse zu handeln, ist die Macht (oder Androhung von Gewalt) einer anderen Nation. Globale Kooperation ist aus dieser Sicht ein unmögliches Vorhaben.

Ein Perspektivwechsel: Menschen sind gut im Kooperieren

Unsere eigene Perspektive auf Kooperation ist nicht naiv. Eigeninteressen, Gier, Egoismus und nationale Interessen existieren. Kooperation ist zudem nicht per se positiv. Zum Beispiel können Gangster- und Mafiabanden ohne Kooperation nicht erfolgreich sein. Es kommt also auch auf die Zielsysteme an, an denen sich Kooperation ausrichtet. Aber: ohne Kooperation lassen sich Situationen sozialer Dilemmata nicht lösen und globale Gemeinschaftsgüter nicht schützen. Im Folgenden wollen wir zeigen, dass kooperatives Verhalten und sogar Altruismus zum Grundrepertoire menschlichen Verhaltens gehören. Der Homo oeconomicus ist zugleich ein Homo socialis. Intuitiv wird diese Einsicht vermutlich von vielen geteilt, doch von vielen einflussreichen sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Theorien wurde sie weitgehend ignoriert.

Folgt man der Erkenntnis, dass Menschen eigensinnig sind und ihre eigenen Interessen verfolgen, zugleich aber auch erstaunlich gut kooperieren können, entsteht ein

komplexeres Bild der Realität. Es mag unübersichtlicher sein, ist aber allemal ein wirklichkeitsgetreueres Bild, als es die große Familie der Theorien rationaler Entscheidungen abbildet. Diese Theorien reduzieren menschliches Verhalten auf Nutzen maximierendes Verhalten, das auf entsprechende Bestrafungen und Anreize reagiert und daher leicht vorhersagbar ist. Die Konzepte rationaler Entscheidungen haben aus wissenschaftstheoretischer Sicht eine enorme Stärke. Sie basieren auf einfachen Grundannahmen und benennen präzise Kausalmechanismen. Doch wenn diese Theorien nur einen Teil dessen abbilden, was menschliches Verhalten ausmacht, und einen anderen Teil ausblenden, der von ebenso großer oder zumindest signifikanter Bedeutung ist, dann wiegt dieser Umstand die Stärke der Einfachheit und Klarheit der Theorie nicht auf. Albert Einstein hat dazu treffend gesagt: „Alles [jede Theorie; Anm. d. Autoren] sollte so einfach gemacht werden wie möglich, aber auch nicht einfacher.“³⁰

Wenn Kooperation keine Anomalie menschlichen Verhaltens darstellt, auch ohne Bestrafungssysteme entstehen kann und sich nicht immer nur auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner der beteiligten AkteurInnen einpendelt, sondern eine der zentralen Antriebskräfte menschlichen Verhaltens darstellt, dann eröffnet sich der Blick auf größere „Möglichkeitenräume“ für Kooperation, als von den konventionellen Theorien vermutet werden.

Zwar war das Modell eines auf rationalen Entscheidungen und Gewinnmaximierung basierenden menschlichen Verhaltens sowohl konzeptionell als auch politisch extrem einflussreich, doch seine Dominanz bröckelt. Jahrzehntelange empirische Forschung zu Entscheidungsprozessen hat einen der zentralen Lehrsätze dieses Modells untergraben, nämlich dass die Menschen (wirtschaftliche) Entscheidungen auf Grundlage vollständiger Information treffen und

unter rationaler Berücksichtigung des gesamten Spektrums an Implikationen und Möglichkeiten, die sich aus ihren Entscheidungen ergeben. Eine umfassende Diskussion der Kritik an konventionellen Modellen rationaler Entscheidungen geht über die Reichweite dieses Beitrags hinaus. Doch wir können einige zentrale Streitpunkte zusammenfassen: Erstens sind Entscheidungsprozesse meistens nur „begrenzt“ rational. Das soll heißen, sie basieren auf unvollständigen oder Teilinformationen und spiegeln unsere kognitiven Grenzen wider.³¹ Statt das gesamte Spektrum an Möglichkeiten zu bewerten, tendieren wir dazu, uns auf das zu verlassen, was in der Vergangenheit funktioniert hat, und verwenden uns robust erscheinende Heuristiken als Richtschnur für unsere Entscheidungen.³² Zweitens sind es auch Emotionen und nicht nur Vernunft, die tendenziell unsere Entscheidungen anleiten.³³ Drittens leitet uns nur selten das blinde Verfolgen von Eigeninteresse, sondern wir versuchen uns in jeder Situation so zu verhalten, wie es den sozialen Normen und Institutionen in einem gegebenen Kontext entspricht³⁴ – Elinor Ostrom nannte dies „angemessenes Verhalten“.³⁵ Was man heute oft noch immer *die* Theorie der rationalen Entscheidung nennt, ist also keine universelle Theorie des menschlichen Verhaltens, sondern stattdessen „ein Modell in einer Familie von Modellen, das nützlich ist, um formale Analysen menschlicher Entscheidungen in hoch strukturierten, von Konkurrenz geprägten Situationen durchzuführen“.³⁶

Anregungen für eine grundsätzlich andere Vorstellung von menschlichem Verhalten ergeben sich, wenn man neuere Forschungsergebnisse zur Kooperationsfähigkeit von Menschen zur Kenntnis nimmt. Aktuelle Untersuchungen aus verschiedenen Disziplinen deuten darauf hin, dass Kooperation *weit verbreitet* ist, und dass dies aus einer *natürlichen Neigung* zur Kooperation entstanden sein könnte. Dieses Bild stimmt

mit empirischen und theoretischen Durchbrüchen in der Evolutionsbiologie überein, die zeigen, dass Kooperation – d.h. „Verhaltensweisen, die einem anderen Menschen (Empfänger) einen Nutzen bringen oder die sowohl dem Akteur als auch dem Empfänger nützen“³⁷ – ein normaler und grundsätzlicher Aspekt des Lebens ist.³⁸ Die Entwicklung von Kooperation bei Menschen, aber auch anderen Lebewesen wird durch belastbare mathematische Modelle gestützt, die zeigen, wie sich aus zunächst „egoistischen“ Einzelpersonen in einer Gruppe und auch zwischen Gruppen relativ stabile Kooperationskonstellationen entwickeln können.³⁹ Zwar wird Kooperation nicht immer aufrechterhalten („nothing stays forever“), doch sowohl die hier skizzierten theoretischen Modelle als auch die empirischen Kooperationsbelege weisen darauf hin, dass die Ursuppe, aus der Kooperation entstehen kann, in der Tat ziemlich fruchtbar ist.

Kooperation ist weit verbreitet

Die multiplen Blockaden internationaler Kooperation verstellen den Blick darauf, dass Kooperation ein häufiges und kein seltenes Phänomen in menschlichen Gesellschaften ist. Die Belege dafür, dass Kooperation unter Menschen weit verbreitet ist, stammen sowohl aus Beobachtungen ihres Verhaltens in Bezug auf öffentliche Güter, wie zum Beispiel Fischbestände, als auch aus kontrollierten Experimenten im Feld und unter Versuchsbedingungen. Entgegen den Voraussagen des konventionellen Modells rationaler Entscheidungen zeigt sich Kooperation im wirklichen Leben und unter Versuchsbedingungen eher durchgängig und nicht nur in Ausnahmefällen. Wir sehen, dass Kooperation überall und zu jeder Zeit stattfindet, von einfachen Handlungen, wie einem/r Fremden auf der Straße den Weg zu zeigen, bis hin zu großen landwirtschaftlichen Genossenschaften und internationalen Netzwerken. Eine wichtige

Quelle von Belegen, wie systematische Kooperation in menschlichen Gesellschaften selbst unter Umständen stattfindet, in denen man nicht damit rechnet, sind Untersuchungen zum Umgang mit knappen gesellschaftlichen Ressourcen. Die Forschungsagenda zu diesem Thema wurde weitgehend von Garret Hardins einflussreichem Gedanken von der Tragik der Allmende („tragedy of the commons“) vorgegeben.⁴⁰ Nach ihrer einfachsten Formulierung sagt Hardins Theorie voraus, dass die NutzerInnen eines Gemeinschaftsgutes die Tendenz haben, an diesem Gut Raubbau zu betreiben und es letztlich zu zerstören, sofern sie nicht durch eine dritte Instanz davon abgehalten werden. Die Tragik ergibt sich aus der Tatsache, dass die NutzerInnen versuchen werden, aus dem Gemeinschaftsgut so viel individuellen Nutzen zu ziehen wie möglich, obwohl der Schutz des Gutes in ihrem langfristigen Eigen- und Kollektivinteresse wäre. Im wirklichen Leben ist die Tragik der Allmende weder typisch noch unausweichlich. Jahrelange Beobachtungen im Feld und experimentelle *in situ*-Forschung zu einem breiten Spektrum von Kollektivgütern haben gezeigt, dass die NutzerInnen sich selbst organisieren und Regeln sowie Institutionen schaffen können und dies sehr häufig auch tun, um kollektive Ressourcen angemessen zu managen.⁴¹ Die VerbraucherInnen von Ressourcen wie Fischbeständen, öffentlichem Weideland oder Wäldern haben offensichtlich ein Eigeninteresse, sind aber nicht blind gegenüber den individuellen sowie kollektiven Folgen von Raubbau. Unter vielen Bedingungen organisieren sie sich selbst und finden Regelungen, die es ihnen ermöglichen, von der gesellschaftlichen Ressource zu profitieren und sie dabei langfristig intakt zu halten.⁴²

Eine weitere wichtige Quelle an Belegen für die Allgegenwärtigkeit von Kooperation – sowie für die Grenzen eines Modells menschlichen Verhaltens, das auf beschränk-

tem Eigeninteresse beruht – sind Experimente.⁴³ Der gängigste Weg, Kooperation unter experimentellen Bedingungen zu untersuchen, sind Spiele zur Entscheidungsfindung, in denen die ForscherInnen sowohl den Prozess als auch den Spielerfolg sorgfältig kontrollieren können. Die allgemeinste Erkenntnis aus solchen Experimenten lässt sich so zusammenfassen: Die Menschen tendieren dazu, zu kooperieren, selbst wenn sie besser dastehen könnten, wenn sie nicht kooperieren würden. Die Experimente zur Entscheidungsfindung unterteilen sich grob in zwei Kategorien. In der einen Gruppe von Experimenten interagieren zwei Personen unter einer Reihe verschiedener Bedingungen. Das Ziel besteht darin, zu sehen, wie sich diese Personen verhalten, wenn es entweder nur eine einzige Möglichkeit zur Interaktion gibt (One-Shot-Games), oder wie sie eine Reihe von Entscheidungen auf Grundlage der Ergebnisse vorangegangener Entscheidungen treffen. Beispiele für diese Art von dyadischen Spielen sind das sogenannte Ultimatumspiel, das Vertrauensspiel, das Diktatorspiel und das Gefangenendilemma-Spiel. Die andere Art von Experimenten nennt man Öffentliche-Güter-Spiele. Sie sind typischerweise so gestaltet, dass man dadurch feststellen kann, wie größere Gruppen von Menschen persönliche mit gemeinsamen Zielen in Einklang bringen.⁴⁴

Die erste wichtige Erkenntnis aus solchen experimentellen Ergebnissen besteht darin, dass die Menschen oft bereit sind, Kosten auf sich zu nehmen, selbst wenn sich daraus kein offensichtlicher oder notwendiger Nutzen für sie ergibt. Im Ultimatumspiel zum Beispiel erhält eine/r der MitspielerInnen („proposer“) einen Geldbetrag und wird gebeten, dem/r anderen MitspielerIn („responder“) einen beliebigen Teil dieses Geldes – alles bis gar nichts – anzubieten. Der „responder“ kann das Angebot entweder annehmen oder ablehnen.⁴⁵ Nimmt er oder sie es an, teilen die beiden MitspielerInnen das Geld wie

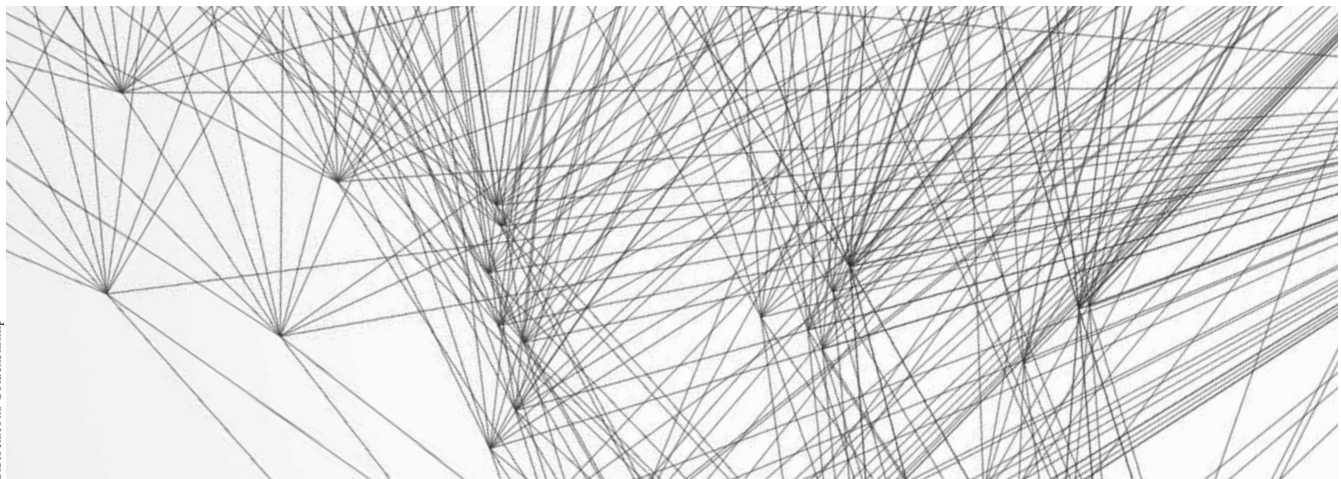
vorgeschlagen auf. Lehnt er oder sie das Angebot jedoch ab, verlassen beide das Spiel mit leeren Händen. Dieses Spiel wurde in verschiedenen Runden und unter vielen verschiedenen Bedingungen weltweit gespielt, doch zwei Ergebnisse zeigen sich immer wieder: Erstens machen die „proposer“ entgegen der Annahme von einem rein egoistischen Individuum den „respondern“ typischerweise ein substantielles Angebot (üblicherweise um die 50 Prozent dessen, was sie bekommen haben). Zweitens, und das ist vielleicht überraschender, werden Angebote, die die „responder“ für zu niedrig halten (wie zum Beispiel weniger als 20 Prozent des ursprünglichen Betrags), tendenziell abgelehnt.⁴⁶ In einem weiteren Spiel, dem Vertrauensspiel, bieten die „proposer“ den „respondern“ einen Teil eines Anfangsbetrags an, doch diesmal können die „responder“ darauf reagieren. Wenn das Geld an die „responder“ transferiert wird, wird es um einen vorgegebenen Faktor (z.B. 2, 3 oder 4) multipliziert. Die „responder“ können dann entscheiden, welchen Betrag von der neuen Geldsumme – wenn überhaupt – sie den „proposern“ zurückgeben wollen. Auch hier widersprechen die Ergebnisse den Voraussagen geringer Kooperation. Umfassende Belege aus Experimenten unter vielen verschiedenen Bedingungen zeigen, dass die „responder“ den „proposern“ üblicherweise einen beachtlichen Teil des Geldes zurück-

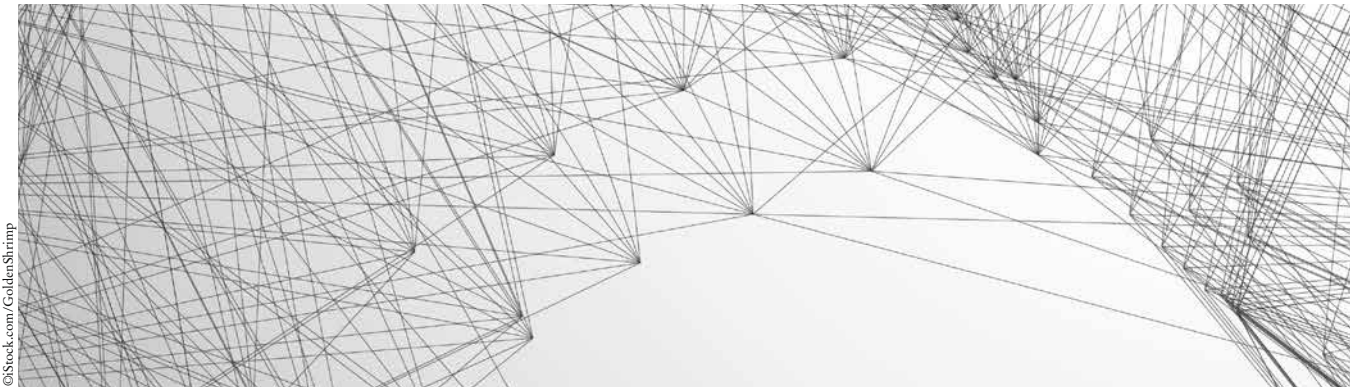
geben, oft in der Größenordnung des Betrags aus dem ursprünglichen Angebot.⁴⁷

Die zweite Erkenntnis aus Experimenten mit zwei Personen, insbesondere aus Gefangenendilemma-Spielen, besteht darin, dass Personen sich oft entscheiden, zu kooperieren, selbst wenn klar ist, dass sie objektiv besser gestellt wären, wenn sie nicht kooperieren würden, als wenn sie kooperieren. Typischerweise haben die beiden beteiligten Personen zwei Möglichkeiten: Sie können sich entscheiden zu kooperieren, oder sie können Verrat begehen. Sie können nicht kommunizieren und wissen bis zum Ende des Spiels nicht, wie die andere Person sich entscheidet. Wenn einer von beiden kooperiert und der andere Verrat begeht, bekommt der Verräter die gesamte Belohnung. Wenn beide kooperieren, werden sie gleichermaßen belohnt. Und wenn beide Verrat begehen, bekommen sie einen gleichen – aber niedrigeren – Auszahlungsbetrag. Die im reinen Eigeninteresse gewählte Entscheidung besteht natürlich darin, Verrat zu begehen. Kooperation bringt das Risiko mit sich, dass man am Ende der Dumme ist und mit leeren Händen dasteht. Wie jedoch in den anderen oben beschriebenen Situationen auch entscheiden sich die Teilnehmenden üblicherweise, zu kooperieren. Ein solches Verhalten wurde unter Versuchsbedingungen und in Situationen im wirklichen Leben festgestellt.⁴⁸

Eine ähnliche Art von Verhalten beobachtet man üblicherweise in Öffentliche-Güter-Spielen. Die meisten dieser Spiele sind Variationen folgender Grundsituation: Die Teilnehmenden erhalten einen Anfangsbetrag an Geld und haben zwei Möglichkeiten: das Geld auf ein privates Konto einzuzahlen oder alles oder einen Teil davon in einen Gemeinschaftsfonds einzuzahlen. Je mehr MitspielerInnen über mehrere Spielrunden hinweg zum Gemeinschaftsfonds beitragen, desto stärker verbessert sich die Situation der Gruppe insgesamt. Der Haken dabei ist natürlich, dass dies riskanter ist, als einfach das gesamte Geld auf dem Privatkonto zu behalten. „Objektiv“ gesehen sollte jede beteiligte Einzelperson im Eigeninteresse handeln (und davon ausgehen, dass die anderen das auch tun werden) und nichts zum Gemeinschaftsfonds beitragen. Und dennoch stimmen die Ergebnisse solcher Spiele nicht mit einem rein auf Eigeninteresse basierenden Verhaltensmodell überein. Die Teilnehmenden steuern üblicherweise zumindest einen Teil ihrer finanziellen Ausstattung zum Gemeinschaftsfonds bei – wenngleich der Betrag in Abhängigkeit von den besonderen Umständen stark variiert.⁴⁹

Die skizzierten Forschungsstränge zeigen, dass Kooperation auch in Situationen gesellschaftlicher Dilemmata und wenn es um das Management von Gemeinschaftsgütern geht, keine Anomalie dar-





stellt. An anderer Stelle haben wir Forschungserkenntnisse resümiert, die dokumentieren, dass die Kooperationsfähigkeit des Menschen in seiner evolutionären Geschichte angelegt ist.⁵⁰ In den unterschiedlichsten Disziplinen wurden zudem die grundlegenden Mechanismen menschlicher Kooperation herausgearbeitet. Wir wissen also, welche Faktoren und Randbedingungen Kooperation begünstigen: Reziprozität, Vertrauen, Kommunikation, Reputation, Fairness, Durchsetzung und Wir-Identität.⁵¹ Aus all dem folgt, dass Kooperation in einem breiteren Spektrum von Entscheidungssituationen möglich ist, als von der konventionellen Theorie vermutet. Diese möglichen Spielräume für Kooperation besser zu verstehen, ist ein Pfad zukünftiger Forschung.

„Big questions“ – Warum die Forschung zu Global Governance und die Verhaltenswissenschaften voneinander lernen sollten

Unterschiedlichste Wissenschaftsdisziplinen zeigen, dass Kooperationsfähigkeit und -verhalten zur biologischen Grundausstattung des Menschen gehören. Die Evolution des Menschen wird zudem durch seine biologische Fähigkeit bestimmt, kulturelle Lernprozesse zu durchlaufen. Menschen entwickeln seit jeher soziale Normen, gemeinsam geteilte Verhaltensregeln und Lösungsstrategien für Interdependenzprobleme, die Individuen nicht allein bewältigen können. Reziprozität, Vertrauen

und die Anpassung an gemeinsam geteilte kulturelle Kontexte gehören, wie die anderen grundlegenden Mechanismen unseres Kooperationshexagons, zu den Grundlagen menschlicher Existenz. Autoren wie Michael Tomasello und Martin Nowak argumentieren, dass alle relevanten Erfindungen von Menschen, wie die Entwicklung von Sprachen, Mathematik und Wissenschaft, Städten, Staaten, allerdings auch die Organisation von Kriegen, also immer komplexeren sozialen Strukturen, a priori kollektive, auf Kooperation basierende, kulturelle Produkte sind.⁵² Die kulturelle Entwicklung des Menschen, die menschliche Zivilisation, basiert auf Kooperation: „Und deshalb mag es vielleicht sein, dass die einzigartig menschlichen kognitiven Fähigkeiten, die den größten Unterschied (zu allen anderen Spezies) ausmachen, diejenigen sind, die es Individuen der Spezies *Homo sapiens* ermöglichen, ihre kognitiven Mittel sozusagen zusammenzulegen, das heißt, kollektive kulturelle Aktivitäten und Produkte zu bilden und daran teilzuhaben.“⁵³ Wenn Kooperation misslingt oder kollabiert, dominieren Konflikte, Unsicherheit und kulturelle Regression. Im schlimmsten Fall wird „der Krieg der Vater aller Dinge“ (Heraklit). Doch die Fähigkeit zur Kooperation in einer kompetitiven Welt ist der elementare Motor zivilisatorischer Entwicklung. Kooperation ist die Mutter menschlicher Zivilisation.

Aus diesen Überlegungen ergeben sich zwei Typen von Fragen: (1)

Was können die Menschen in historischer Perspektive aus ihren Kooperationserfahrungen, insbesondere aus denen der jüngeren Vergangenheit seit dem Übergang zu komplexer Kooperation infolge der industriellen Revolution, für die zukünftigen Kooperationsformen lernen? Wie kamen radikale Veränderungen des Niveaus und der Komplexität von Kooperation zustande? Historische Studien über die Weltgeschichte als Abfolge von Kriegen und Konflikten finden sich zuhauf. „Die Geschichte der Welt“ aus der Kooperationsperspektive heraus zu beschreiben, wäre ein lohnendes Unterfangen.⁵⁴ (2) Was spricht dagegen, dass die Menschen vor dem Hintergrund ihrer langen Kooperationserfahrungen lernen können, die neuen Kooperationsherausforderungen (insbesondere den Erhalt der globalen Gemeinschaftsgüter) zu bewältigen? Aus dieser Perspektive stellt sich z.B. die sehr grundsätzliche Frage: Könnte es sein, dass die neue Konstellation einer dichten, beschleunigten, an die Grenzen des Erdsystems geratenden Globalisierung die Kooperationsfähigkeiten der Menschen überfordert? Unser Vorschlag ist, dass die politikwissenschaftliche Global Governance-Forschung und die Verhaltenswissenschaften versuchen sollten, diese Fragen gemeinsam zu beantworten.

Die großen Fragen der politikwissenschaftlichen Global Governance-Theorien resultieren aus dem Übergang der Welt der Nationalstaaten mit ihren zwischenstaatlichen Beziehungen (Außenpolitik), in eine

Welt, in der immer mehr politische Entscheidungsfindungsprozesse lokal, national und global vernetzt sind und sich die klassische Trennung von Innen- und Außenpolitik zunehmend auflöst.⁵⁵ In dieser entstehenden Weltgesellschaft,⁵⁶ die lernen muss, auf der Basis von Kooperation ihre globalen Gemeinschaftsgüter zu schützen und zu nutzen, müssen altbekannte Konzepte der Politik auf den Prüfstand gestellt werden: (1) Wie kann (Input- und Output-)Legitimation in globalen Kooperationsräumen entstehen? (2) Welche Muster der Repräsentation von Interessen sind in Global Governance-Arenen normativ und machtpolitisch denkbar? (3) Wie lässt sich Demokratie in Global Governance-Konfigurationen neu erfinden?⁵⁷ Diese Grundkategorien und Basiskonzepte der Politik(wissenschaft) (Legitimation, Repräsentation, Demokratie) sind also mit einer neuen „Größenordnung“ (scale) konfrontiert: Politik, Management von Interessensgegensätzen und Kooperation müssen nun zunehmend in entgrenzten, globalen Räumen stattfinden. Dieser „Sprung in der Größenordnung“, der nun in der Politik stattfindet, ist menschheitsgeschichtlich wohl nur vergleichbar mit der Entstehung der frühneuzeitlichen Staaten im Verlauf des 17. Jahrhunderts („Leviathan 1.0“) und der Phase der Bildung der modernen Nationalstaaten („Leviathan 2.0“), die etwa um 1850 einsetzte.⁵⁸

Die neue Größenordnung lässt sich aus der Perspektive von institutionellen Strukturen und Makroakteuren (wie Staaten, internationalen Organisationen) diskutieren, aber auch auf der Grundlage der Verhaltenswissenschaften. Wir plädieren dafür, die „very big questions“ zu Global Governance aus beiden Perspektiven zugleich zu thematisieren und aus der Konfrontation beider Perspektiven für die Zukunft der internationalen Kooperation zu lernen. Letztlich geht es darum, dass Zusammenspiel interpersoneller und interinstitutioneller

Interaktion im Bereich der globalen Kooperation besser zu verstehen. Die Verhaltenswissenschaften können dazu beitragen, besser zu verstehen, wie Menschen in globalisierten Institutionensystemen und Verhandlungsprozessen agieren, mit welchen Herausforderungen sie konfrontiert sind, ob es möglicherweise kognitive Grenzen gibt, die globale Kooperation erschweren, oder auch kognitive Fähigkeiten, die globale Kooperation erleichtern. Die Frage nach den Grundlagen von Legitimation, Repräsentation und Demokratie in globalisierten Politikräumen („Leviathan 3.0“)⁵⁹ ist letztlich auch eine Frage danach, wie und ob Menschen in solch komplexen Strukturen interagieren und kooperieren (können). Wir sprechen uns also dafür aus, eine auf der Verhaltensforschung basierende und durch sie informierte Theorie (globaler) Kooperation voranzutreiben.⁶⁰

Kooperation, scale, Komplexität

In den verhaltenswissenschaftlichen Kooperationstheorien kristallisieren sich, ähnlich wie in der politikwissenschaftlichen Global Governance-Forschung, einige wichtige Fragen hinsichtlich der Kooperationsfähigkeit von Menschen in globalen Räumen und Netzwerken heraus.

1) Können Menschen oder wie können Menschen die Komplexitäten und Unsicherheiten bewältigen, die mit neuen globalen Herausforderungen, wie dem Schutz der globalen Gemeinschaftsgüter oder der Stabilisierung des Weltklimas, verbunden sind?

Menschen verarbeiten komplexe Zusammenhänge, indem sie sich auf vereinfachte Modelle, Narrative und gewonnene historische oder auch persönliche Erfahrungen verlassen.⁶¹ Doch viele der globalen Herausforderungen sind neuer Natur. Menschen müssen lernen, sich diese neuen Größenordnungen

von Problemen mit neuen kognitiven Mustern zu erschließen. Milinski et al. haben in experimentellen Untersuchungen herausgefunden, dass Menschen dann eher zur Kooperation (z.B. zur Lösung der Klimaprobleme) bereit sind, wenn sie die Problemlage und ihre Risiken besser verstehen.⁶² Wie lange solche Lernprozesse dauern und was sie dann tatsächlich für reale Prozesse globaler Kooperation bedeuten, ist unklar. Sicher ist jedoch: Solange Menschen komplexe Zusammenhänge und Risiken nicht verstehen, erleben sie deren mögliche Wirkungen vor allem als Unsicherheiten. Kahneman und andere haben wiederholt nachgewiesen, dass Menschen notorisch schlecht darin sind, Risiken einzuschätzen und Entscheidungen unter großer Unsicherheit zu treffen.⁶³ Aus diesen Forschungssträngen ergeben sich eine Vielzahl von Forschungsfragen für die Zukunft der internationalen Kooperation: Wie kann Bildung und (gesellschaftsberatende) Forschung zur Reduzierung von Unsicherheit, die aus Prozessen globalen Wandels emergieren, beitragen?⁶⁴ Welche Rolle können die neuen Kommunikationstechnologien in diesem Kontext spielen?

2) Können Menschen oder wie können Menschen die soziale Komplexität bewältigen, die in globalen Kooperationsprozessen entsteht?

Diese Frage ist eng mit den Fragen nach Legitimation, Repräsentation und Demokratie in globalisierten politischen Räumen verknüpft. Die Verhaltenswissenschaften haben beachtliches Wissen über den Umgang von Menschen mit sozialer Komplexität erarbeitet, doch lässt sich bisher nicht beantworten, ob Menschen zu globaler Kooperation in immer heterogeneren, größeren und unübersichtlicheren Strukturen in der Lage sein werden. Die Rechenkapazität unseres Gehirns hat es uns ermöglicht, unsere gesellschaftliche Gruppe sehr viel stärker zu vergrößern als andere Primaten. Doch es gibt kogni-



tive Grenzen für die Anzahl an zwischenmenschlichen Beziehungen, die eine einzelne Person effektiv im Blick behalten kann.⁶⁵ Die Menschen haben einen langen Entwicklungsprozess hinter sich, von Jägern und Sammlern über die Bildung von Dörfern und immer größeren Gemeinschaften bis hin zu Nationalstaaten und weltumspannenden Unternehmen. Doch gibt es vielleicht kognitive Grenzen, die Menschen überfordern eine permanent steigende gesellschaftliche Komplexität, beschleunigt und vergrößert durch Prozesse der Globalisierung, zu verarbeiten? Melis und Senmann haben gezeigt, dass Kooperation mit zunehmender Gruppengröße immer schwieriger wird, dass das Trittbrettfahrer-Verhalten zunimmt, insbesondere, wenn es keine Bestrafungsinstrumente für opportunistisches Verhalten gibt.⁶⁶ Andererseits zeigt eine neuere Studie von Buchan et al., dass in global vernetzten Gesellschaften die Wahrscheinlichkeiten steigen, dass Menschen zu grenzüberschreitender Kooperation bereit sind.⁶⁷ Möglicherweise geschieht dies, weil die Globalisierung „die vom Einzelnen wahrgenommene gesellschaftliche Distanz zu den geographisch entfernten Anderen reduzieren kann“.⁶⁸ Dies hieße, dass die Globalisierung zugleich auch die Möglichkeiten der Entstehung globaler „Wir-Identitäten“ hervorbringt. Wir könnten also lernen, in internationalisierten Arenen zu kooperieren. Wieviel Zeit Menschen und menschliche Gesellschaften benötigen, um globale Kooperation als den neuen Normalzustand zu begreifen, ist bisher nicht bekannt. Die Studie von Buchan et al. konzentrierte sich auf große Gesellschaften. Es wurde ein Experiment mit 1.145 Beteiligten in sechs Ländern durchgeführt, um festzustellen, wie verschiedene Globalisierungsniveaus Kooperation beeinflussen. Es kann gut sein, dass sich herausstellen wird, dass die Entwicklung einer globalen „Wir-Identität“ einer der wichtigsten Schritte in Richtung einer globalen Kooperation ist. Ließe sich dieser Trend beschleunigen?

3) Können Menschen oder wie können Menschen lernen, im Zeitalter des Anthropozäns und des globalen Wandels Verantwortung für viele kommende Generationen zu übernehmen?

Der Klimawandel und andere von heutigen Generationen ausgelöste Dynamiken des globalen Wandels haben Auswirkungen auf sehr viele kommende Generationen. Die Menschen haben zwar gelernt, Institutionen zu entwickeln, die zumindest die nächste Generation berücksichtigen; wie zum Beispiel Rentensysteme und das Erbrecht. Generell gilt jedoch, dass die Menschen beachtliche kognitive Schwierigkeiten haben, Entscheidungen zu treffen oder sich diese und ihre Folgen vorzustellen, wenn damit Ereignisse verbunden sind, die in ferner Zukunft geschehen werden oder geschehen könnten.⁶⁹ Zum Beispiel neigen die Menschen zu kognitiver Kurzsichtigkeit, d.h. sie können die zukünftigen Vorteile alternativer Handlungen nicht gut erkennen, selbst wenn es in ihrem ureigensten Interesse ist. Außerdem ignorieren die Menschen oft wissenschaftliche Beweise, zum Beispiel zu den Auswirkungen der Erderwärmung, und verlassen sich eher auf ihre eigenen Erfahrungen. Da viele Menschen zum Beispiel verheerende Überschwemmungen oder Dürren noch nie persönlich erlebt haben, werden sie wahrscheinlich höhere Risiken eingehen, selbst angesichts einer großen Menge an statistischen Beweisen zu den globalen Gefahren eines beschleunigten Klimawandels.⁷⁰ Wie können Menschen lernen, Langfristigkeit in ihrem Handeln und in ihren Institutionen zu verankern? Welche institutionellen Strukturen können Langfristigkeit unterstützen?

Kooperation funktioniert i.d.R. in Gruppen. Sie ist evolutionshistorisch durch den Wettbewerb und durch Konflikte zwischen Gruppen entstanden.⁷¹ Nun muss Kooperation auf globaler Ebene verankert werden, um globale Gemeinschaftsgüter zu bewahren. Der „Ingroup-Outgroup-

Mechanismus“, der über den Wettbewerb oder über Konflikte zwischen Gruppen Kooperation in Gruppen begünstigt, muss dafür quasi überwunden werden. Oder es muss ein funktionales Äquivalent dafür „erfunden“ werden. Ist das möglich? Tomasello hat dieses Dilemma wunderbar beschrieben: „Tatsächlich haben aktuelle Evolutionsmodelle gezeigt, was Politiker schon lange wissen: Der beste Weg, um Menschen zu motivieren, zusammenzuarbeiten und als Gruppe zu denken, besteht darin, Feinde auszumachen und zu beschuldigen, „sie“ würden „uns“ bedrohen. Die bemerkenswerte menschliche Fähigkeit zur Kooperation scheint sich also hauptsächlich für Interaktionen innerhalb der lokalen Gruppe entwickelt zu haben. Ein solches Gruppendenken in der Zusammenarbeit ist – vielleicht ironischerweise – eine Hauptursache für den heutigen Unfrieden und das Leiden auf der Welt. Die Lösung – die sich leichter beschreiben als erreichen lässt – besteht darin, neue Wege der Gruppendefinition zu finden.“⁷² Tomasello verdeutlicht, dass der Schritt in Richtung umfassende globale Kooperation für die Menschheit tatsächlich einen Zivilisationsschub darstellte.

Vieles spricht dafür, dass die ganz großen Fragen der politikwissenschaftlichen Kooperationstheorien ohne das Wissen der Verhaltenswissenschaften nicht beantwortet werden können – und umgekehrt. Wir müssen lernen, mit dem Planeten in seiner Gesamtheit umzugehen. „Wir müssen jetzt unsere Fähigkeit zur Kooperation verfeinern und erweitern. Wir müssen uns mit der Wissenschaft der Kooperation vertraut machen.“⁷³ Das Ergebnis unserer bisherigen Arbeiten und Überlegungen ist, dass eine solche Kooperationstheorie noch nicht vorliegt. Wir plädieren für einen radikal interdisziplinären Ansatz der Kooperationsforschung, dessen Suchrichtungen und Konturen in dem vorliegenden Ansatz skizziert sind. Aus ihm ergeben sich neue Erkenntnisse,

aber auch neue Fragestellungen zur Kooperation(sfähigkeit) des Menschen in entgrenzten Räumen.

Summary

International cooperation to tackle complex common resource problems such as climate change is extremely difficult. Although there is a broad agreement on the nature of the problem, many nations continue to block any meaningful action for solution. Global cooperation seems to fail when we need it most. This global cooperation crisis is baffling in light of recent evidence about the surprisingly cooperative disposition of human beings: people cooperate all the time, and they enjoy doing so. The evolutionary biologist, Martin Nowak, argues that cooperation might be the third principle and driver of evolution (in addition to selection and mutation). Against this background we argue that power games are not enough to explain current international cooperation blockades. We discuss avenues towards a theory of international cooperation and international relations which take into account recent insights into the drivers and basic mechanisms of human cooperative behaviour.

Anmerkungen

- 1) Dieser Beitrag basiert auf einem Research Paper, das 2013 am Käte Hamburger Kolleg veröffentlicht wurde (Messner/Guarín/Haun 2013). Er enthält ausgewählte Aspekte dieses Research Papers, wurde von Christina Kamp ins Deutsche übertragen und von Thomas Junker redaktionell bearbeitet.
- 2) Benkler 2011: 22
- 3) IPCC 2014; WBGU 2011, 2014; OECD 2011; World Bank 2015
- 4) Olson 1965
- 5) Hardin 1968
- 6) Schelling 2006: VIII
- 7) Nowak/Highfield 2011: 207
- 8) Kennedy et al. 2002; Rosenau 1997; Nye/Donahue 2000; Commission on Global Governance 1995
- 9) Rittberger 1995; Levy et al. 1995

- 10) Keohane/Nye 1977
- 11) Bremmer 2012; Barrett 2005; Mearsheimer 2001; Hale et al. 2013
- 12) Mearsheimer 2001; Waltz 1959
- 13) Schelling 2006
- 14) Buchanan/Tollison 1972; Olson 1965
- 15) Spencer 1864; Wilson 1975
- 16) Tomasello 2009
- 17) Ostrom 2003; Fehr 2015; Kahneman 2012
- 18) Wilson 2012; de Waal 2009
- 19) Nowak/Highfield 2011: XVIII
- 20) Akerlof/Shiller 2009
- 21) Nye/Welch 2011: 48
- 22) Dawkins 1976: 3
- 23) Nowak 2006
- 24) Poteete et al. 2010: 217
- 25) Olson 1965, 1982; vgl. Messner 1997
- 26) Spencer 1864; Darwin 1859 [1869]
- 27) Waltz 1979; Mearsheimer 2001
- 28) Reinicke 1998, 61
- 29) Brzezinski 1997
- 30) Zitiert bei Benkler 2011: 18.
- 31) Kahneman 2003; Simon 1957
- 32) Ostrom 2003
- 33) Akerlof/Shiller 2009; Kahneman 2003
- 34) Vatn 2009
- 35) Ostrom 1990
- 36) Poteete et al. 2010: 221
- 37) Melis/Semmann 2010: 2663
- 38) Margulis/Sagan 2002; Nowak/Highfield 2011
- 39) Nowak/Highfield 2011
- 40) Hardin 1968
- 41) Zu einer Bewertung der Belege s. Poteete et al. 2010.
- 42) Acheson/Wilson 1996
- 43) Cárdenas 2009
- 44) Almenberg/Dreber 2013
- 45) Fehr 2015
- 46) Camerer, 2003; Diskussion dazu siehe Bowles/Gintis 2011.
- 47) Ostrom/Walker 2005
- 48) Clark/Sefton 2001; Nowak/Highfield 2011; Oberholzer-Gee et al. 2010
- 49) Fischbacher/Gächter 2010; Ostrom/Walker 2005; Ahn et al. 2003; Benkler 2011
- 50) Messner et al. 2013
- 51) Nowak 2006; Messner et al. 2013
- 52) Tomasello 2006, 2009, 2014; Nowak 2006; Nowak/Highfield 2011
- 53) Tomasello/Rakoczy 2009: 698
- 54) Iriye et al. 2012
- 55) Messner 2000
- 56) Stichweh 2000
- 57) Scholte 2014
- 58) Maier 2012
- 59) Maier 2012
- 60) Messner/Weinlich i.E. 2015
- 61) Kahneman 2012; Poteete et al., 2010
- 62) Milinski et al. 2008
- 63) Kahneman 2012
- 64) WBGU 2011
- 65) Dunbar 1998
- 66) Melis/Semmann 2010
- 67) Buchan et al. 2009
- 68) Buchan et al. 2009: 4141
- 69) Weber/Johnson 2011
- 70) Weber/Johnson 2011
- 71) Nowak/Highfield 2011; Tomasello 2009, 2014
- 72) Tomasello 2009: 100
- 73) Nowak/Highfield 2011: XIX

Literatur

- Acheson, James M./James A. Wilson (1996): Order out of Chaos: The Case for Parametric Fisheries Management. In: *American Anthropologist*, 98(3). 579–594.
- Ahn, T. K./Elinor Ostrom/James M. Walker (2003): Heterogeneous Preferences and Collective Action. In: *Public Choice*, 117 (3/4). 295–314.
- Akerlof, George A./Robert J. Shiller (2009): *Animal Spirits. How human psychology drives the economy, and why it matters for global capitalism*. Princeton, NJ und Oxford: Princeton University Press.
- Barrett, Scott (2005): *Environment and statecraft: the strategy of environmental treaty-making*. Oxford und New York: Oxford University Press.
- Benkler, Yochai (2011): *The penguin and the Leviathan: the triumph of cooperation over self-interest*. New York: Crown Business.
- Bowles, Samuel/Herbert Gintis (2011): *A cooperative species: human reciprocity and its evolution*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Bremmer, Ian (2012): *Every nation for itself: winners and losers in a G-Zero world*. New York: Penguin.
- Brzezinski, Zbigniew (1997): *The Grand Chessboard: American Primacy And Its Geostrategic Imperatives*. New York: Basic Books.
- Buchan, Nancy/Gianluca Grimalda/Rick Wilson/Marilynn Brewer/ Enrique Fatas/ Margaret Foddy (2009): Globalization and Human Cooperation. In: *Proceedings of the National Academy of Sciences of the USA*, 106 (11). 4138–42.
- Buchanan, James M./Robert D. Tollison (Hrsg.) (1972): *Theory of public choice: Political applications of economics*. Ann Arbor, MI: University of Michigan Press.
- Camerer, Colin F. (2003): Behavioral game theory, Experiments in Strategic Interaction. Princeton: Princeton University Press.
- Cárdenas, Juan Camilo (2009): Experiments in Environment and Development. In: *Annual Review of Resource Economics*, 1(1). 157–182.
- Clark, Kenneth/Martin Sefton (2001): The Sequential Prisoner's Dilemma: Evidence on Reciprocation. In: *The Economic Journal*, 111(468). 51–68.
- Almenberg, Johan/Anna Dreber (2013): Economics and evolution: complementary perspectives on cooperation. In: Nowak, Martin A./Sarah Coakley (Hrsg.): *Evolution, games, and God: the principle of cooperation*. Cambridge, MA: Harvard University Press. 1–34.
- Commission on Global Governance (1995): *Our global world: the report of the Commission on Global Governance*. Oxford: Oxford University Press.
- Darwin, Charles ([1859] 1869): *On the origin of species by means of natural selection*. London: John Murray.
- Dawkins, Richard (1976): *The selfish gene*. New York: Oxford University Press.
- de Waal, Frans (2009): *The Age of Empathy. Nature's Lessons for a Kinder Society*. Toronto: McClelland & Stewart.
- Dunbar, Robin I. M. (1998): The social brain hypothesis. In: *Evolutionary Anthropology. Issues, News, and Reviews*, 6(5). 178–190.
- Fehr, Ernst (2015): The Social Dilemma Experiment. In: Singer, Tanja/Matthieu Ricard (Hrsg.): *Caring Economics: Conversations on Altruism and Compassion, Between Scientists, Economists, and the Dalai Lama*. New York: St. Martins Press. 77–84.
- Fischbacher, Urs./Simon Gächter (2010): Social Preferences, Beliefs, and the Dynamics of Free Riding in Public Goods Experiments. In: *American Economic Review*, 100(1). 541–556.
- Friedman, Milton/Rose Friedman (1980): *Free to choose, A Personal Statement*. San Diego, CA: Harcourt.
- Hale, Thomas/David Held/Kevin Young (2013): *Gridlock: Why global cooperation is failing when we need it most*. Cambridge: Polity Press.
- Hardin, Garrett (1968): The Tragedy of the Commons. In: *Science* 162(3859). 1243–1248.
- IPCC (2014): *Fifth Assessment Report. Intergovernmental Panel on Climate Change*.
- Iriye, Akira/Jürgen Osterhammel/Emily S. Rosenberg (Hrsg.) (2012): *Geschichte der Welt. Weltmärkte und Weltkriege 1870–1945*. München: C. H. Beck.
- Kahneman, Daniel (2003): A perspective on judgment and choice: Mapping bounded rationality. In: *American Psychologist*, 58(9). 697–720.
- Kahneman, Daniel (2012): *Thinking, fast and slow*. London: Allen Lane.
- Kennedy, Paul/Dirk Messner/Franz Nuscheler (2002): *Global trends and global governance*. London: Pluto Press.
- Keohane, Robert O./Joseph S. Nye (1977): *Power and Interdependence: World Politics in Transition*. Boston, MA: Little, Brown and Company.
- Levin, Simon (2010): Crossing scales, crossing disciplines: collective motion and collective action in the Global Commons. In: *Philosophical Transactions of the Royal Society B: Biological Sciences*, 365(1537). 13–18.
- Levy, Marc A./Oran R. Young/Michael Zürn (1995): The Study of International Regimes. In: *European Journal of International Relations* 1(3). 267–330.
- Maier, Charles S. (2012): *Leviathan 2.0. Die Erfindung moderner Staatlichkeit*. In: Iriye, Akira/Jürgen Osterhammel/Emily S. Rosenberg (Hrsg.): *Geschichte der Welt. 1870–1945. Weltmärkte und Weltkriege*. München: C. H. Beck.
- Margulis, Lynn/Dorion Sagan (2002): *Acquiring genomes: a theory of the origins of the species*. New York: Basic Books.
- Mearsheimer, John J. (2001): *The tragedy of great power politics*. New York: W. W. Norton.
- Melis, Alicia P./Dirk Semmann (2010): How is human cooperation different? In: *Philosophical Transactions of the Royal Society B: Biological Sciences*, 365(1553). 2663–2674.
- Messner, Dirk (1997): *The network society: Economic development and international competitiveness as problems of social governance*. London: Frank Cass.
- Messner, Dirk (2000): Ist Außenpolitik noch Außenpolitik ... und was ist eigentlich Innenpolitik? In: *PROKLA* 118(1). 123–150.
- Messner, Dirk/Alejandro Guarín/Daniel Haun (2013): *The Behavioural Dimensions of International Cooperation*. Global Cooperation Research Papers 1. Duisburg: Käte Hamburger Kolleg/Centre for Global Cooperation Research (KHK/GCR21).
- Messner, Dirk/Silke Weinlich (i.E. 2015): *The Human Factor of Global Cooperation*. New York und London: Routledge.
- Milinski, Manfred/Ralf D. Sommerfeld/Hans-Jürgen Krambeck/Floyd A. Reed/Jochem Marotzke (2008): The collective-risk social dilemma and the prevention of simulated dangerous climate change. In: *Proceedings of the National Academy of Sciences*, 105(7). 2291–2294.
- Nowak, Martin A. (2006): *Five Rules for the Evolution of Cooperation*. In: *Science*, 314(5805). 1560–1563.
- Nowak, Martin/Roger Highfield (2011): *Super cooperators: evolution, altruism and human behaviour or Why we need each other to succeed*. Edinburgh: Canongate.
- Nozick, Robert (1974): *Anarchy, State, and Utopia*. New York: Basic Books.
- Nye, Joseph S./John D. Donahue (Hrsg.) (2000): *Governance in a globalizing world*. Washington, DC: Brookings Institution Press.
- Nye, Joseph S./David A. Welch (2011): *Understanding Global Conflict and Cooperation: An Introduction to Theory and History*. Washington, DC: Pearson.
- Oberholzer-Gee, Felix/Joel Waldfogel/Matthew W. White (2010): *Friend or Foe? Cooperation and Learning in High-Stakes Games*. In: *Review of Economics and Statistics*, 92(1). 179–187.
- OECD (2011): *Towards green growth*. Paris: Organisation for Economic Co-operation and Development.
- Olson, Mancur (1965): *The Logic of Collective Action: Public Goods and the Theory of Groups*, Second printing with new preface and appendix. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Olson, Mancur (1982): *The rise and decline of nations*. New Haven, CT und London: Yale University Press.
- Ostrom, Elinor (1990): *Governing the Commons: The Evolution of Institutions for Collective Action*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Ostrom, Elinor. (2003) *Toward a behavioral theory linking trust, reciprocity, and reputation*. In: Ostrom, Elinor/James Walker (Hrsg.): *Trust and reciprocity: Interdisciplinary lessons for experimental research*. New York: Russell Sage Foundation. 3–18.
- Ostrom, Elinor/James Walker (Hrsg.) (2005): *Trust and reciprocity, interdisciplinary lessons for experimental research*. New York: Russell Sage Foundation.
- Poteete, Amy R./Marco A. Janssen/Elinor Ostrom (2010): *Working together: collective action, the commons, and multiple methods in practice*. Princeton, NJ: Princeton University Press.

- Reinicke, Wolfgang H. (1998): *Global Public Policy: Governing Without Government?* Washington, DC: Brookings Institution Press.
- Rittberger, Volker (Hrsg.) (1995): *Regime theory and international relations*. Oxford: Clarendon Press.
- Rosenau, James N. (1997): *Along the Domestic-Foreign Frontier: Exploring Governance in a Turbulent World*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Schelling, Thomas C. (2006): *Micromotives and Macro behavior 2006*. New York: W.W. Norton & Company.
- Scholte, Jan Aart (2014): *Reinventing global democracy*. In: *European Journal of International Relation*, 20 (1). 3–28.
- Sen, Amartya K. (1977): *Rational Fools: A Critique of the Behavioural Foundations of Economic Theory*. In: *Philosophy and Public Affairs*, 6 (4). 317–344.
- Simon, Herbert Alexander (1957): *Models of man: social and rational*. Oxford: Wiley.
- Spencer, Herbert (1864): *Principles of biology*. London und Edinburgh: Williams and Norgate.
- Stichweh, Rudolf (2000): *Die Weltgesellschaft: Soziologische Analysen*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Tomasello, Michael (2006): *Die kulturelle Entwicklung des menschlichen Denkens. Zur Evolution der Kognition*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Tomasello, Michael (2009): *Why we cooperate*. Cambridge, MA: MIT Press.
- Tomasello, Michael (2014): *A Natural History of Human Thinking*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Tomasello, Michael/Hannes Rakoczy (2009): *Was macht menschliche Erkenntnis einzigartig?* In: Schmid, Hans Bernhard/ David P. Schweikard (Hrsg.): *Kollektive Intentionalität: Eine Debatte über die Grundlagen des Sozialen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp. 697–737.
- Vatn, Arild/Arild Angelsen (2009): *Options for a national REDD+ architecture*. In: Angelsen, Arild (Hrsg.): *Realising REDD+: National strategy and policy options*. Center for International Forestry Research (CIFOR). 57–74.
- Waltz, Kenneth N. (1959): *Man, the State, and the State System in Theories of the Causes of War*. New York: Columbia University Press.
- Waltz, Kenneth N. (1979): *Theory of international politics*. New York: Random House.
- WBGU (2011): *World in transition: a social contract for sustainability*. Berlin: WBGU.
- WBGU (2014): *Climate Protection as a World Citizen Movement*. Berlin: WBGU.
- Weber, Elke U./Eric J. Johnson (2011): *Psychology and behavioral economics lessons for the design of a green growth strategy*. Washington, DC: The World Bank.
- Wilson, Edward O. (1975): *Sociobiology, The New Synthesis*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Wilson, Rick K. (2012): *Elinor Ostrom (1933–2012)*. In: *Science* 337(6095). 661.
- World Bank (2015): *3 Steps to decarbonizing development for a Zero-Carbon-Future*.
- von Hayek, Friedrich August (2004): *Der Weg zur Knechtschaft*. München: Olzog.

Die Autoren

Dirk Messner ist Direktor des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE) und Co-Direktor des Käte Hamburger Kollegs. Zudem ist er Professor für Politikwissenschaft an der Universität Duisburg-Essen sowie Co-Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats Globale Umweltveränderungen der Bundesregierung (WBGU) und Mitglied einer Vielzahl nationaler und internationaler wissenschaftlicher Beratungsgremien. In seiner Forschung beschäftigt sich Dirk Messner mit interdisziplinärer Kooperationsforschung, Dynamiken globalen Wandels und globaler Governance, Klimawandel und Transformationen zu einer klimaneutralen Weltkreislaufwirtschaft.

Alejandro Guarín ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik in Bonn. Er forscht zu den Beziehungen zwischen natürlichen Ressourcen und Entwicklung, dem Aufstieg einer neuen globalen Mittelschicht und den Grundlagen der menschlichen Zusammenarbeit. Gemeinsam mit Dirk Messner und Daniel Haun veröffentlichte er im Jahr 2013 das Research Paper „The Behavioural Dimensions of International Cooperation“ am Käte Hamburger Kolleg in Duisburg.

Die Kooperation in einer Gruppe gelingt umso besser, je mehr sich Menschen dieser Gruppe zugehörig fühlen. Würde globale Kooperation begünstigt, wenn Menschen sich mit der Welt als ganzer identifizieren könnten, also eine globale „Wir-Identität“ entwickelten? Empirische Forschung unterstützt diese „kosmopolitische Hypothese“, wie der Beitrag zeigt. Politische Entscheidungsträger könnten hieraus lernen.

Möglichkeiten von globalen „Wir-Identitäten“

Ein provisorisches politisches Programm¹

Von Gianluca Grimalda

Soziale Identität – verstanden als das Zugehörigkeitsgefühl und die emotionale Bindung eines Individuums an eine Gruppe – wird gemeinhin als starkes Instrument angesehen, die Kooperation mit anderen zu fördern. Normalerweise sind Gruppen jedoch in einer Weise aufgebaut, die Sozialpsychologen von „Ingroups“ und „Outgroups“ sprechen lässt.² Das beinhaltet die Neigung, die Mitglieder der eigenen Gruppe wohlgesinnt zu behandeln und Außenstehende nachteilig. Diese „wir“/„sie“-Mentalität kann ein starker Auslöser von Kooperation innerhalb der Ingroup sein, gleichzeitig aber der Kooperation zwischen Outgroups schaden.³ Das wäre besonders bedenklich für die weltweite Zusammenarbeit, welche gemeinsames Handeln auf der globalen Ebene erfordert und weit

verstreute und kulturell unterschiedliche Outgroups involvieren muss, damit sie für das Allgemeinwohl zusammenkommen.

Im Folgenden werden diese Themen durch die Darstellung von experimentellen Ergebnissen einer Pionierstudie behandelt, die in sechs Ländern mit sehr unterschiedlichen ökonomischen, sozialen und politischen Stufen der Teilhabe an der Globalität durchgeführt wurde. Es wurden Maße einer individuellen Identifikation mit der lokalen, nationalen und globalen Gemeinschaft angelegt, ebenso ein Maß der aktiven Teilhabe in ökonomischen und sozialen Netzwerken oder Beziehungen, die global ausgerichtet sind. Darüber hinaus wurde die individuelle Neigung zur Kooperation mit global anderen zur Beschaffung von öffentlichen Gütern experimentell

gemessen. Die Kernaussage der Studie lautet: Globale soziale Identität scheint ein positiver und starker Auslöser von globaler Kooperation zu sein. Darüber hinaus scheint globale soziale Identität den Effekt, den aktive Partizipation in globalen Netzwerken auf Kooperation hat, weiterhin zu begünstigen. Das steht in Einklang mit dem, was „kosmopolitische Hypothese“ genannt wird: Die Idee, dass während sich der Prozess der Globalisierung ausbreitet, sich die Individuen mehr und mehr daran gewöhnen, andere als Teil ihrer „Ingroup“ anzusehen, anstatt diese zu der „sie“-Gruppe zu zählen. Auf der Basis der vorläufigen Ergebnisse wird abschließend ein provisorisches politisches Programm für den globalitätsorientierten politischen Entscheidungsträger entworfen.



Schlüsselbegriffe: Soziale Identität, Kooperation und Globalisierung

Was meinen wir mit sozialer Identität?

Soziale Identität ist definiert als „a person's sense of self derived from perceived membership in social groups“.⁴ Nach Tejfels und Turners Theorie⁵ hat soziale Identität drei Hauptkomponenten. Erstens: *Kategorisierung* als psychologischer Prozess, Menschen bestimmten Kategorien zuzuordnen. Zum Beispiel können Menschen aufgrund ihrer Religion, ihres Geschlechts oder ihres Berufs beschrieben werden. Kategorisierung ist nicht auf andere Menschen begrenzt, sondern kann auch auf einen selbst angewendet werden. Zweitens: *Identifikation* als Prozess, durch den ein Individuum sich selbst mit bestimmten Gruppen assoziiert. Die Forschung liefert eine Hauptunterscheidung zwischen der Ingroup als derjenigen Gruppe, mit der man sich identifiziert, und der Outgroup als der Gruppe, mit der man sich *nicht* identifiziert. Die Outgroup kann auch eine unbestimmte Gruppe für all jene sein, die nicht zur Ingroup gehören. Drittens: *Vergleich* als Prozess, durch den wir unsere Gruppen mit anderen Gruppen vergleichen. Dadurch wird normalerweise eine begünstigende Tendenz zu der Gruppe hin hervorgerufen, zu der wir gehören.

Eine große Anzahl von experimentellen Beweisen zeigt, dass soziale Identität etwas für Individuen *bedeu-*

tet. Sobald eine Person sich als Teil einer Gruppe kategorisiert hat, nimmt sie Verhaltensweisen an, die mit den Stereotypen in Einklang stehen, die mit der Identität dieser Gruppe verbunden werden. Das beinhaltet so unterschiedliche Bereiche wie die Leistung in Mathematiktests, Gehgeschwindigkeit und Personenwahrnehmung.⁶ Ferner tendieren Individuen dazu, sobald sie sich mit einer Gruppe identifiziert haben, Ingroup-Mitgliedern eine bevorzugte Behandlung gegenüber anderen Menschen zukommen zu lassen. Das passiert sogar in sogenannten Minimalgruppen,⁷ in denen Menschen im Labor auf Basis von willkürlichen oder trivialen Kriterien zu Gruppen zugeordnet werden, wie zum Beispiel dem Geschmack der Teilnehmer in Bezug auf Gemälde.

In Experimenten bezogen auf Kooperation, die mit natürlich vorkommenden Gruppen durchgeführt wurden, wurde herausgefunden, dass Ingroup-Begünstigung dann auftritt, wenn Gruppen nach Ethnizität,⁸ Nationalität,⁹ Wohnortsgemeinschaft¹⁰ oder auch nach zufälligen, exogenen Zuordnungen zu Gruppen aufgeteilt wurden.¹¹ Ingroup-Begünstigung scheint aber dennoch kein universelles Charakteristikum menschlichen Verhaltens zu sein. Andere Studien stellen fest, dass entweder kein oder nur wenig Ingruppen-Begünstigungs-Effekt zwischen manchen ethnischen Gruppen vorkommt¹² oder sogar Outgroup-Begünstigung,¹³ welche an den sozialen Status geknüpft ist. In der Tat kann die Gruppensolidarität in manchen sozialen Gruppen stärker sein als in anderen¹⁴ und mit bestimmten ethno-spezifischen Normen verbunden sein.¹⁵ Diese Studien stellen also fest, dass Ingroup-Begünstigung ein elementarer psychologischer Mechanismus für Individuen ist. Eine große Anzahl von kulturellen und sozialen Faktoren können dieses Ingroup-Phänomen aber abschwächen, aufheben oder sogar umdrehen, wie in den Labors beobachtet wurde.

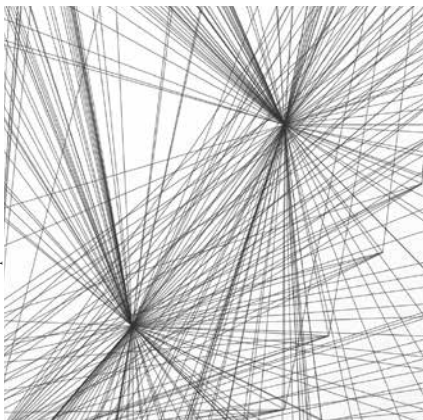
Inwiefern spielt soziale Identität für Kooperation eine Rolle?

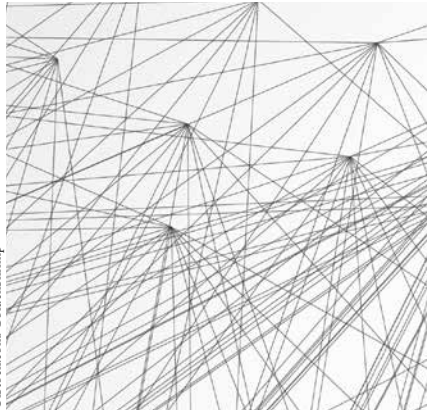
Eine Theorie der Ingroup-Kooperation basiert auf der Annahme, dass Teilhabe an einer Gruppenmitgliedschaft das gruppenimmanente Vertrauen erhöht, insbesondere die generelle Erwartung, dass andere innerhalb der Ingroup kooperativ sein werden.¹⁶ Ingroup-Vertrauen ist die generelle Erwartung eines Gruppenmitglieds, dass andere Gruppenmitglieder genau aus dem Grund kooperieren werden, Teil der Gruppe zu sein. Diese Erwartung gründet auf Normen der Wechselseitigkeit, die in gruppenimmanenten Interaktionen stark und über Gruppengrenzen hinaus schwächer oder nicht vorhanden sind.¹⁷ Wechselseitigkeit ist hier definiert als Bereitschaft, auf begünstigende (schädigende) Handlungen *von* anderen einem selbst gegenüber mit begünstigenden (schädigenden) Handlungen *gegenüber anderen* zu antworten.¹⁸ Daraus folgt: Je stärker die eigene Erwartung ist, dass andere kooperieren werden, desto stärker ist die eigene Neigung zu kooperieren.

Ein alternativer Mechanismus postuliert, dass soziale Identifikation einen direkten Effekt darauf hat, die Ziele von Individuen zu transformieren. Dadurch, dass sie ihre Selbstwahrnehmung der Gruppe unterordnen, sehen sich Individuen als austauschbare Komponenten eines sozialen Kollektivs. Der Gruppenerfolg wird zum Erfolg des Individuums. Daher beinhaltet Gruppenidentität eine Transformation der Ziele von der persönlichen auf die kollektive Ebene, die nicht von der Erwartung abhängt, dass andere innerhalb der Gruppe die Kooperation erwidern.¹⁹

Spielt soziale Identität eine Rolle für die ‚globale‘ Kooperation?

Schulte²⁰ konzeptualisiert Globalisierung als „the spread of transplanetary and [...] supraterritorial connections between people.“





Globalisation involves reduction in barriers to transworld contacts. People become more able – physically, legally, culturally, and psychologically – to engage with each other in 'one world'.²¹ Zwei Kanäle haben Buchan et al.²¹ als mögliche Mechanismen identifiziert, die den Einfluss von Globalisierung auf Kooperation definieren. Der Hauptgedanke ist, dass die soziale, kulturelle und psychologische Einbindung, die der Globalisierung inhärent ist, den Effekt hat, die Grenzen zwischen der Ingroup und der Outgroup neu zu gestalten.

Eine Sichtweise ist, dass Globalisierung die Konvergenz hin zu einer globalen Identität fördert. Diese hat entweder expansiven Charakter – zieht also andere Gruppen in die Grenzen der „Wir-Gruppe“ mit hinein – oder die Auffassung einer Grenze zwischen einem „wir“ und einigen „sie“ wird komplett ersetzt durch ein übergreifendes „globales wir“. Mit den Worten Giddens': „[...] with globalisation humankind becomes a 'we', where there are no others.“²² Das Aufblühen von einigen 'globalen' sozialen Bewegungen in Bezug auf verschiedene Themen, wie zum Beispiel Menschenrechte oder Umweltschutz und die wachsende Wichtigkeit von globalen Operationen der humanitären Hilfe sind alle Beispiele dieses 'kosmopolitischen Gewissens'.²³ Dies bezieht sich auf die „kosmopolitische Hypothese“.

Nach einer anderen Sichtweise verstärkt die Globalisierung die Lücke zwischen Ingroup und Out-

group. Demnach löst die Globalisierung eine Reaktion auf globale Strömungen von Objekten, Gütern, Menschen und Ideen aus, die zu einer Verschanzung der national-staatlichen Gemeinschaft führt. In Bezug auf das Ingroup-Outgroup-Modell führt dieser Mechanismus dazu, dass die Anwesenheit eines 'anderen' für die Mitglieder einer Ingroup fühlbarer wird. Dadurch wird die eingeschränkte und parochiale Grenze zwischen „uns“ und „ihnen“ noch weiter verstärkt.

Das experimentelle Design²⁴

In unserer Studie wurden die Teilnehmer mit 10 Wertmarken ausgestattet, die jeweils den Wert eines äquivalenten Geldwertes in Bezug auf Kaufkraftparitäten zwischen den Ländern hatten. In den USA war eine Wertmarke 0.50 \$ wert. Die Teilnehmer hatten die Möglichkeit, ihre Wertmarken einem persönlichen Konto zuzuweisen, wo das Geld seinen Wert beibehalten würde. Das heißt, der individuelle Marginal Per Capita Return (MPCR) ist 1. Die anderen Optionen gaben die Möglichkeit, die Wertmarken einigen kollektiven Konten zukommen zu lassen. Während der MPCR von kollektiven Konten für die Individuen weniger als 1 ist, produziert er positive externe Effekte für eine Gruppe anderer Menschen. Das ist der Fall, weil jede Wertmarke, die einem kollektiven Konto zukommt, durch den/die ForscherIn multipliziert wird mit einem Faktor größer als 1 und danach gleichmäßig aufgeteilt wird zwischen den Personen, aus denen die Gruppe besteht. Das heißt, jeder Beitrag zu einem kollektiven Konto generiert einen Marginal Social Return (MSR), der größer als 1 ist.

Die TeilnehmerInnen hatten die Möglichkeit, ihre Ausstattung für sich zu behalten, ein bisschen davon einem lokalen Konto zuzuführen und/oder ein wenig davon einem globalen Konto zuzuführen. Dem lokalen Konto gehört der/die TeilnehmerIn plus drei andere

TeilnehmerInnen aus der lokalen Umgebung an. Jede Wertmarke, die dem lokalen Konto zukommt, wird mit 2 multipliziert und zwischen den vier TeilnehmerInnen aufgeteilt. Somit bringt eine Wertmarke, die dem lokalen Konto zukommt, einen MSR von 2 und einen MPCR von 0,25 ein. Das globale Konto besteht aus der lokalen Gruppe des Teilnehmers plus zwei weiteren lokalen Gruppen á vier Personen aus zwei anderen Ländern. Jede Wertmarke, die dem globalen Konto zukommt, wird mit 3 multipliziert und mit zwölf Personen geteilt. Somit bringt eine Wertmarke, die dem globalen Konto zukommt, einen MSR von 3 und einen MPCR von 0,25 ein.

In dem Versuch wurde ein Satz von drei Maßen sozialer Identität entworfen, adaptiert nach Yuki et al.²⁵ Diese messen soziale Identifikation auf den Ebenen der lokalen Gemeinschaft, der Nation und der Welt. Die Ergebnisse der 'lokalen sozialen Identität', der 'nationalen sozialen Identität' und der 'globalen sozialen Identität' wurden zu einem 0 bis 1 Intervall hin normalisiert. Eine Person, die eine 1 in beispielsweise 'lokaler sozialer Identität' erzielt hat, hat angegeben, dass sie eine sehr starke Verbindung zu ihrer lokalen Gemeinschaft empfindet, sich sehr stark als Mitglied ihrer lokalen Gemeinschaft definiert und sich den anderen Mitgliedern ihrer lokalen Gemeinschaft sehr nahe fühlt. Eine Person, die dagegen eine 0 in Bezug auf die 'lokale soziale Identität' erzielt hat, hat angegeben, dass sie keinerlei Verbindung zu ihrer lokalen Gemeinschaft verspürt, sich in keiner Weise als Mitglied ihrer lokalen Gemeinschaft definieren würde und sich den anderen Mitgliedern ihrer lokalen Gemeinschaft überhaupt nicht nahe fühlt.

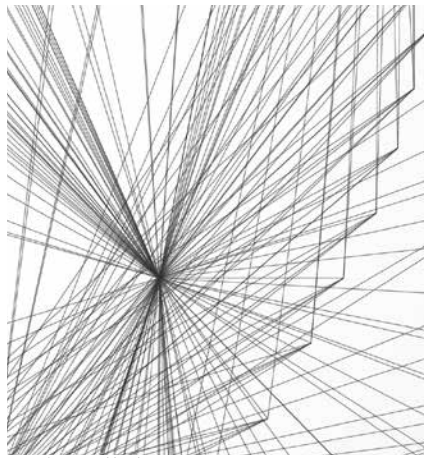
Es wurde darüber hinaus ein individueller Participation in Globalisation Index (PGI) entworfen. Dieser spiegelt das existierende Maß der Globalisierung auf Länderebene, wie zum Beispiel der Country-level

Globalisation Index (CGI), der von der Universität Warwick entwickelt wurde, wider. Es wurde die Partizipation in vier verschiedenen Bereichen gemessen, und zwar soziale, kulturelle, politische und wirtschaftliche. Die Idee, die dem CGI zugrunde liegt, ist die Messung einer individuellen Nutzung von globalen Netzwerken direkter Verbindung oder inter-personeller Beziehungen. Beispiele solcher Medien globaler Verbindungen oder Beziehungen sind das Internet, Mobiltelefone, Satellitenfernsehen, internationale Nachrichtenagenturen, Kreditkarten oder multinationale Unternehmen. Solche Medien haben eine potenziell globale Reichweite, allerdings ist die tatsächliche Reichweite der individuellen Wahl überlassen. So könnte ein Individuum beispielsweise im Internet nur Informationen über lokale Themen sammeln.

Als Letztes wurde ein zusätzliches Maß entworfen, nämlich ein Index über die Kenntnis globaler Themen. Dieser basiert auf den Antworten auf vier Fragen, die den Teilnehmern über ihre Kenntnisse in Bezug auf vier Themen von globaler Reichweite gestellt wurden, etwa die Erderwärmung, die weltweite Ausbreitung von gefährlichen Krankheiten, die Handlungen des Internationalen Strafgerichtshofes und die bestehenden Einkommensunterschiede zwischen Reichen und Armen.

Sechs Länder wurden in dieser Studie abgefragt, die eine relativ hohe Bandbreite auf dem Spektrum der Globalisierung innehaben, wie durch den CGI im Jahre 2004 gemessen. Das US-amerikanische Ergebnis auf einem [0,1] Intervall ist mit 0,87 nicht weit entfernt von dem Ergebnis 0,95 des am weitesten globalisierten Landes (Singapur).

Am anderen Ende des Spektrums steht der Iran mit einem Ergebnis von 0,20, während das am wenigstens globalisierte Land (Samoa) ein Ergebnis von 0,04 aufweist.²⁶ Die Strategie in der Studie war ein großes urbanes Zentrum als Knoten-



©iStock.com/GoldenShrimp

punkt des Versuchs zu bestimmen, das sich zu weniger globalisierten Zentren innerhalb eines relativ kleinen Radius ausdehnte. Die Knotenpunkte der Forschung in vier Ländern waren Columbus, Ohio (USA), Mailand (Italien), Buenos Aires (Argentinien) und Kazan (Russland). Im Iran wurde der Versuch in den zwei größten Städten des Landes durchgeführt: Teheran und Schiras, während in Südafrika Proben von EinwohnerInnen von vier verschiedenen und ökonomisch und kulturell sehr unterschiedlichen Bezirken von Johannesburg gesammelt wurden.

Etwa 200 TeilnehmerInnen wurden in jedem Land gewonnen. Den TeilnehmerInnen wurde mitgeteilt, dass sie in einer Serie von Entscheidungen involviert sein würden, die sich auf die Menschen aus ihrem lokalen Gebiet und auf Menschen in weiteren Ländern weltweit beziehen würden. Um welche Länder es sich handelt, wurde nicht mitgeteilt, um jegliche Befangenheit in den persönlichen Einstellungen gegenüber bestimmten Ländern zu vermeiden.

Die Ergebnisse

Die Ergebnisse des Experiments können wie folgt zusammengefasst werden:

Ergebnis 1: Das Modell identifiziert Individuen, die eine stärkere Bindung (oder eine schwächere) zur globalen Gemeinschaft empfinden relativ zu lokalen und nati-

onalen Gemeinschaften. Es wurde herausgefunden, dass Ergebnisse der Global Social Identity (GSI) systematisch niedriger waren als jene für die nationale oder lokale Ebene. Das Land, für welches diese Differenzen quantitativ am kleinsten und statistisch am wenigstens signifikant waren, sind die USA. Die Befunde deuten darauf hin, dass je größer das Maß der Globalisierung eines Landes wird und je stärker die Individuen von dem wirtschaftlichen Aspekt der Globalisierung betroffen sind, desto stärker wird die Identifikation des Individuums mit der globalen Gemeinschaft. Es wurde zudem herausgefunden, dass Frauen eine signifikant höhere GSI als Männer haben ($p=0,001$). Besser ausgebildete Menschen haben einen signifikant höheren GSI-Ergebnis als Menschen mit geringerem Bildungsniveau ($p=0,001$). Der Effekt von Einkommen und Alter scheint dagegen nicht signifikant zu sein.²⁷

Ergebnis 2: Diejenigen Individuen, die eine stärkere Identifikation mit der „gesamten Welt“ angeben, leben allgemein in globalisierteren Ländern, sie haben mehr Kenntnisse über globale Themen, sind global besser vernetzt, sind gegen eine restriktive Migrationspolitik ihrer Länder, sind nicht der Meinung, dass ihr Lebensstil vor äußerem Einfluss geschützt werden muss, und glauben, dass Handel und globales Business eine gute Sache sind. Den Facetten der wirtschaftlichen Globalisierung ausgesetzt zu sein, korreliert positiv mit der GSI, allerdings nur dann, wenn sich die Analyse auf die Unterschiede zwischen Ländern fokussiert und nicht etwa auf die innerhalb der Länder. Frauen und Menschen mit einem höheren Bildungsniveau äußern eine signifikant höhere Identifikation mit der gesamten Welt als Männer. Für Menschen, die eine höhere GSI äußern, ist es signifikant wahrscheinlicher, dass sie in irgendeiner Form einer Assoziation verbunden sind. Sobald eine umfassende Liste von Verhaltenskontrollen der Analyse hinzugefügt

wird, kommt heraus, dass höheres Einkommen in einer negativen Beziehung mit der GSI steht.

Ergebnis 3: Die GSI hat einen vermittelnden Effekt zwischen dem PGI und der Neigung, auf globaler Ebene zu kooperieren (ein Befund, der auch von Buchan et al. gezeigt wurde).²⁸ Das ist konsistent mit der Vermutung, dass die Partizipation an der Globalisierung die Neigung auf der globalen Ebene zu kooperieren erhöht, ebenso wie die soziale Identifikation mit der gesamten Welt. Zusätzlich wurde herausgefunden, dass die GSI stärkere Effekte in Ländern auf niedrigerem Globalisierungsstand ausübt als in Ländern auf einem höheren Globalisierungsstand.

Ergebnis 4: Wechselseitigkeit, in diesem Kontext verstanden als die Neigung zu kooperieren unter der Erwartung, dass andere kooperieren werden – also die Neigung, das im Gegensatz zum vergangenen, zukünftige erwartete Verhalten des Gegenüber zu kopieren – scheint ein extrem starker und signifikanter Faktor in der Studie zu sein. Wechselseitigkeit ist ein relevanter Faktor der Kooperation in allen sechs untersuchten Ländern. Ausnahme ist Südafrika, wo der Effekt schwach erscheint. Motive der Wechselseitigkeit scheinen in den USA am stärksten ausgeprägt zu sein. Wechselseitigkeit und GSI scheinen kaum zu korrelieren, sobald andere erklärende Faktoren als Kontrolle einfließen. Das deutet darauf hin, dass globale soziale Identität und Wechselseitigkeit in Bezug auf Mechanismen der Kooperation voneinander unabhängig sind.

Empirische Befunde über globale soziale Identität sind spärlich. Dieses Projekt war eine der ersten experimentellen Studien, die diese Themen angegangen ist. Das Hauptergebnis kann darin gesehen werden, dass es eine unumstrittene positive Antwort auf das Potenzial der globalen sozialen Identität gibt. Globale soziale Identität korreliert positiv und höchst signifikant

mit dem experimentellen Maß der Kooperation mit globalen anderen. Je höher die Identifikation mit der globalen Gemeinschaft, desto höher die Neigung zum globalen Allgemeinwohl beizutragen, relativ zu der grundsätzlichen Neigung mit lokalen anderen zu kooperieren. Dieses Resultat eröffnet neue Wege für eine Politik, die versucht, globale Kooperation zu verbessern. Allerdings stellt es auch eine Reihe von herausfordernden Fragen.

Die erste fundamentale Frage betrifft die Kausalitätsbeziehung zwischen globaler sozialer Identität und Kooperation. Kann von der GSI behauptet werden, dass sie verstärkte Kooperation *verursacht* oder führt die erhöhte Neigung zu kooperieren selbst zu einer höheren Wahrscheinlichkeit sich mit der globalen Gemeinschaft zu identifizieren? Es ist sicher sehr schwierig, eine saubere kausale Beziehung zwischen nicht beobachtbaren psychologischen Dispositionen festzustellen. Darüber hinaus ist es sehr wahrscheinlich, dass die kausale Beziehung beidseitig funktioniert und dass die Neigung zu kooperieren und die GSI beides Teil von Persönlichkeitsmerkmalen sind, die sich gegenseitig verstärken.

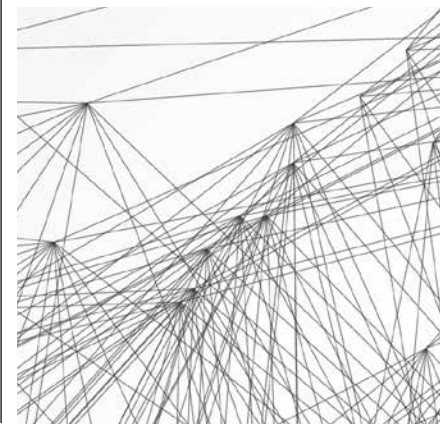
Ein weiterer Grund zur Vorsicht bezieht sich auf die Nutzung von Experimenten, um die oben stehenden Schlüsse zu ziehen. Experimente erlauben eine gründliche Messung von Variablen unter den Voraussetzungen von Auswahl-Standardisierung und finanziellen Anreizen. Allerdings geht damit die Durchführung von sehr unnatürlichen Entscheidungssituationen einher, in denen individuelles Verhalten unter der Beobachtung des Experimentators verzerrt werden kann. Obwohl das *Ausmaß* der Kooperation, das im Labor beobachtet wird, substantiell anders sein kann als jenes im realen Leben, kann man dennoch sicher annehmen, dass der *Unterschied*, den wir zwischen den Ländern beobachten, qualitativ größer ist als im realen Leben.

Fazit: Ein provisorisches politisches Programm für den globalitätsorientierten politischen Entscheidungsträger

Wenn man so vorsichtig wie möglich akzeptiert, dass die GSI als Schlüsselziel von Politik bestimmt werden sollte, stellt sich die Frage: Wie und auf welche Weise kann sie überhaupt angegangen werden? Unsere Ergebnisse bieten einige Antworten an, welche – was betont werden sollte – in Abwesenheit eines Beweises bezüglich der Kausalitätsbeziehungen rein spekulativer Natur sind.

A) Die Effekte der Globalisierung nutzbar machen und ausschöpfen

Die erste Antwort ist, dass politische Entscheidungsträger vorsichtig optimistisch in Bezug auf die positiven Effekte sein können, die das Ausgesetztsein und die Teilhabe an der Globalisierung auf die globale soziale Identität haben könnten und damit auf die Neigung zur Kooperation. Obwohl die Frage der Kausalität in der Analyse nicht ganz beantwortet werden konnte, kann man festhalten: Der wirtschaftlichen Globalisierung ausgesetzt zu sein und die damit verbundene signifikante Korrelation mit der GSI unterstützt die Sichtweise, dass erhöhtes Ausgesetztsein zu einer erhöhten GSI führen wird. Das gleiche kann gleichwohl nicht über den PGI gesagt werden. Aber sogar Globalisierungskritiker sollten mit der Tatsache übereinstim-



men, dass keine gegenteilige Konsequenz von verstärkter Globalisierung in der Studie ermittelt wurde. Vor allem wurde kein Beispiel von verstärktem Provinzialismus als Konsequenz der Globalisierung gefunden. Die simple Implikation ist, dass Politiken, die das Ausgesetztsein und die Teilhabe an globalen Netzwerken verbessern, schlimmstenfalls ineffektiv sein können. Im besten Fall sind sie hoch effektiv und erziehen zu stärkerer Identifikation mit der globalen Gemeinschaft. Solche Politiken können derart gestaltet sein, dass sie den Kontakt mit Menschen und kulturellen Ausprägungen aus anderen Ländern fördern. Beispielsweise ginge dies durch Reisen, durch die Bereitstellung von Zugang zu globalen Vernetzungsmedien wie dem Internet, aber auch durch die Schärfung des Bewusstseins für globale Themen. Gleichwohl wird die Öffnung eines Landes gegenüber der Globalisierung zum Beispiel in Bezug auf Handel und Migration Gewinner und Verlierer hervorbringen. Ein vorsichtiger politischer Entscheidungsträger sollte daher den Übergang kontrollieren und die temporären Verlierer entschädigen. Unsere Schlussfolgerungen beziehen sich auf die Effekte der Globalisierung auf die soziale Identität.

B) Die globale Gemeinschaft als Modell für die Identifikation empfehlen

Den zweiten Gedanken, den wir vorbringen möchten ist, dass globale soziale Identität ein direktes Ziel von Politik sein kann. Das Hauptergebnis von Buchan et al. ist genau jenes, dass die Identifikation mit der globalen Gemeinschaft stark mit der Neigung zur Kooperation verbunden ist.²⁹ Unter den drei Maßen der sozialen Identität ist globale soziale Identität noch immer die am schwächsten ausgeprägte – außer in den USA. Daher gibt es eine große Spanne, in der man das Potenzial der GSI ausschöpfen kann. Sogar in diesem Fall ist die Richtung der

Kausalitätsbeziehung unklar. Es kann durchaus sein, dass sehr kooperative Menschen innerhalb ihres Radius der sozialen Identifikation sowieso mehr dazu neigen, globale Gemeinschaften willkommen zu heißen. Es ist äußerst plausibel, dass beide Variablen kovariieren und sich in einem bestimmten Ausmaß gegenseitig beeinflussen. Das sollte unzweifelhaft der Gegenstand zukünftiger Forschung sein. Nichtsdestotrotz sollten politische Entscheidungsträger auf Basis der existierenden Befunde auch in diesem Fall aufgrund der Tatsache vorsichtig optimistisch sein, dass das Anvisieren von globaler sozialer Identität positive, oder zumindest nicht negative, Konsequenzen für die Neigung zur Kooperation mit globalen anderen hervorrufen wird. Die Gefahr mag darin liegen, dass der Versuch, die natürlichen Dispositionen der Menschen durch politische Autoritäten zu manipulieren, kontraproduktiv sein könnte und möglicherweise auch gegen demokratische Prinzipien verstößt. Politische Entscheidungsträger sollten vorsichtig sein und diese Gefahren umgehen. Individuen scheinen darauf aus zu sein, sehr unterschiedlich auf Anreize zu reagieren, abhängig von der wahrgenommenen *Intention* des Akteurs, der die Anreize setzt: Ob er dies eigennützig oder andere einbeziehend tut.³⁰ Die gleiche Sorge kann auf den gegenwärtigen Kontext angewendet werden. Politische Entscheidungsträger sollten eher in einen konstruktiven Dialog mit der Bevölkerung eintreten, der auf den *Vorschlag* von globalen „Arten zu denken“ abzielt, als diesen *aufzuzwingen*. Ein einfaches Beispiel könnte helfen, diese Sorge zu bereinigen. Die meisten unserer Geschichtsbücher sind immer noch von ethnozentrischer Natur. Sie setzen einen unverhältnismäßigen Schwerpunkt auf diejenigen Ereignisse, die auf dem Kontinent stattgefunden haben, auf dem sich das Land befindet. Gäbe man eine globale Schilderung von historischen Ereignissen, so wäre dies ein effektiver Weg, Schülern und Studierenden einen Blick auf die Dinge aus einer globalen Perspektive vorzuschlagen, im Gegensatz zu einer nationalen Sichtweise. Die globale Perspektive könnte ganz einfach mit der nationalen Perspektive einhergehen.

nissen, so wäre dies ein effektiver Weg, Schülern und Studierenden einen Blick auf die Dinge aus einer globalen Perspektive vorzuschlagen, im Gegensatz zu einer nationalen Sichtweise. Die globale Perspektive könnte ganz einfach mit der nationalen Perspektive einhergehen.

C) Probleme der Kooperation eher als global entwerfen denn als international

Ein verwandter Punkt hat mit der Möglichkeit zu tun, Probleme mit kollektiven Handlungen eher aus einer explizit globalen Perspektive zu entwerfen als aus einer multinationalen oder internationalen.³¹ Das Narrativ, das globale Vereinbarungen normalerweise begleitet, ist auf die nationalen Interessen fokussiert. Politische Entscheidungsträger rechtfertigen die Teilnahme an internationalen Vereinbarungen normalerweise als „im Interesse der Nation“. Eine alternative Herangehensweise wäre es, die Aufmerksamkeit der Menschen in Richtung der globalen Interessen zu lenken – oder wie es Thaler und Sunstein formulieren, die Menschen „anzustoßen“ – wenn sie versuchen, einen Konsens für eine bestimmte Politik herzustellen.³² Der Rekurs auf nationale Narrative ist vielleicht konsistent mit der verengten Sichtweise des „homo oeconomicus“, nämlich dass die Bürger es nicht akzeptieren, wenn kostspielige internationale Vereinbarungen abgeschlossen werden, die nicht in ihrem Interesse sind. Auf der anderen Seite wurde in den letzten Jahren eine enorme Anzahl von Beweisen dafür gesammelt, dass Individuen sehr oft von den Voraussetzungen der „homo oeconomicus“-Sichtweise abweichen. Das sollte reichen, global orientierte politische Entscheidungsträger davon zu überzeugen, dass ein „Anstoßen“ der Menschen, global zu denken, eine erfolgreiche Herangehensweise sein könnte, um sie zu einer Einwilligung mit globalen Vereinbarungen zu mobilisieren.

D) Sicherstellen, dass globale Vereinbarungen mit den Prinzipien der Wechselseitigkeit im Einklang sind

Eine wichtige Mahnung ist allerdings notwendig. Das vorherrschende Modell des menschlichen Verhaltens, das erklärt, warum Menschen kooperieren, auch wenn es nicht in ihrem direkten Interesse ist, basiert auf Wechselseitigkeit. Auch wenn in dieser Studie Wechselseitigkeit in allen Ländern beobachtet wurde, tauchen dort wenige signifikante Unterschiede auf. Rein altruistische Menschen – d.h. bedingungslose Kooperateure – existieren, sind aber selten. Globale Kooperationsvereinbarungen mit der Vorstellung zu treffen, dass Individuen anderen bedingungslos helfen werden, ist sehr wahrscheinlich eine erfolglose Strategie. Politische Entscheidungsträger müssen Institutionen und Vereinbarungen entwickeln, denen sich wechselseitig orientierte Individuen – oder bedingte Kooperateure – fügen würden. Das verlangt nicht nur die Erwartung, dass andere kooperieren werden, sondern auch dass die aufkommenden Lasten und Kosten fair unter den Akteuren aufgeteilt werden. Selbstverständlich machen die enormen Asymmetrien in den Ausgangsbedingungen der Länder dies zu einem sehr schwer zu lösenden Problem. Das Bestehen einer „eigennützigen Voreingenommenheit“, also der Vorzug der eigenen Bedürfnisse gegenüber

den Bedürfnissen von anderen, verkompliziert das Finden von gemeinsamen Prinzipien der Verantwortung. So herausfordernd es sein mag, so zeigen doch die Ergebnisse der vorliegenden Studie ebenso wie die anderer Untersuchungen eindeutig, dass Projekte als „Probleme der Kooperation“ entworfen werden müssen, in denen jeder involvierte Akteur seinen Teil dazu beiträgt, das Problem anzugehen. Die Auffassung, dass einige Akteure auf Kosten anderer „schmarotzen“, wird die Neigung von konditionalen Kooperateuren dramatisch reduzieren, zum Allgemeinwohl beizutragen.

E) Zuerst auf die Länder mit geringem Globalisierungsstand konzentrieren

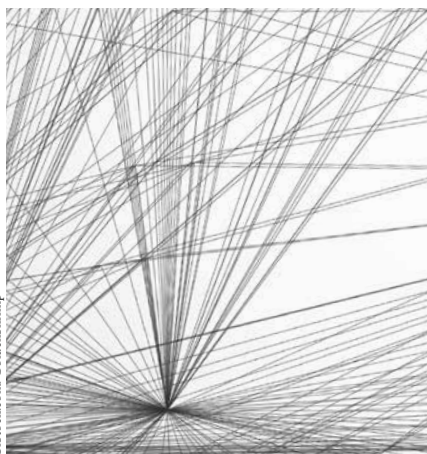
Ergebnis 4 hat gezeigt, dass eine Steigerung der GSI stärkere Effekte in schwächer globalisierten Ländern aufweist. Daher sollte sich die Priorität der Bemühungen, eine globale soziale Identität zu fördern, auf diese Reihe von Ländern konzentrieren. Dies könnte durch einen „Sättigungseffekt“ vorgegeben werden: Es gibt mehr Möglichkeiten zur Expansion, wenn eine Variable eher klein als groß ist. Die Tatsache, dass wenig globalisierte Länder normalerweise auch auf einem niedrigen Stand wirtschaftlicher Entwicklung sind, ist dann eine gute Nachricht, da die Politiken in diesen Fällen in finanzieller Hinsicht weniger kostspielig sind. Trotzdem könnte der kulturelle Widerstand gegen Veränderung in weniger globalisierten Ländern stärker sein. Dies zeigt sich klar durch die Tatsache, dass die USA dasjenige Land mit dem relativ höchsten Grad der Verbindung zur globalen Gemeinschaft sind.

In einer Welt mit neun Milliarden Menschen zu kooperieren, ist eine immense Herausforderung für die Menschheit. Es ist eben auch ein Spiel, dass „we cannot afford to lose“. ³³ Die momentane Versorgung mit globalen öffentlichen Gütern ist viel geringer als die Komplexität

der Herausforderungen, mit der die Menschheit konfrontiert ist, es eigentlich erfordern würde. In der vorliegenden Studie wurde in einem Experiment, dass Menschen aus verschiedenen Ländern der Welt involviert, herausgefunden, dass globale soziale Identität stark mit der individuellen Kooperation verbunden ist. In Einklang mit der „kosmopolitischen Hypothese“ scheint globale soziale Identität den Effekt, den Teilhabe an globalen Netzwerken auf die Neigung zur Kooperation hat, zu verstärken. Die Globalisierung scheint diejenige Gruppe von Menschen zu erweitern, die ein Individuum als ein „wir“ im Gegensatz zum „sie“ behandelt. Dies wiederum führt zu einer stärkeren Tendenz mit ihnen zu kooperieren. Auch Wechselseitigkeit tritt als starke Antreiberin von Kooperation hervor. Diese Erkenntnisse weisen auf Folgendes hin: Das Bauen auf eine Art globalen „wir“-Denkens in Kombination mit der Notwendigkeit, dass die Verteilung von Lasten durch die Akteure als wechselseitig anerkannt wird, kann bzw. sollte Teil einer umfassenden Strategie sein, diese Probleme anzugehen.

Summary

Sharing a sense of common identity with a group has been shown to act as a potent instrument to improve cooperation within the group. This article explores the thesis that a specific type of social identity – i.e. identification with the world as a whole, or ‘global-we’ identity – can improve cooperation of a specific type, i.e. global cooperation. I report results from an experimental research conducted in six countries spanning a broad range of the globalization spectrum. The research finds a strong correlation between global-we identity and individual propensity to cooperate with global others. I also present the results of statistical analyses supporting the idea that this evi-



dence is not merely correlational, but follows a specific theoretical hypothesis. Participation in global networks fosters a sense of global-we identity with global others, which in turn strengthens the propensity to cooperate on a global scale. The article seeks to illustrate the theoretical and empirical foundations lying behind this 'cosmopolitan' mechanism. I also analyse the reciprocity patterns that act as strong motivating factors. The higher the expectation of others' cooperation from others, the higher one's propensity to cooperate. On the basis of these results, a tentative agenda for the 'global-minded' policy maker is offered. This emphasises the need to increase inter-personal connections on a global scale, and to construct social choices in global terms rather than in more narrow national terms.

Anmerkungen

- 1) Dieser Beitrag basiert auf einem Artikel, der 2015 in der kollegseigenen Routledge Global Cooperation Series erscheinen wird (Grimalda i.E. 2015). Er wurde von Eva Riedke bearbeitet, von Daniele Saracino ins Deutsche übertragen und von Thomas Junker redaktionell bearbeitet.
- 2) Brewer 1999
- 3) Choi und Bowles 2007
- 4) Chen/Li 2009
- 5) Tajfel/Turner 1979
- 6) Bargh/Pietromonaco 1982; Bargh et al. 1996; Shih et al. 1999; Akerlof/Kranton 2000; Benjamin et al. 2010
- 7) Tajfel/Turner 1979
- 8) Fershtman et al. 2005; Bernhard et al. 2006
- 9) Finocchiaro Castro 2008
- 10) Ruffle/Sosis 2006; Falk/Zehnder 2013
- 11) Goette et al. 2006; 2012
- 12) Fershtam/Gneezy 2001; Whitt/Wilson 2007
- 13) Tanaka/Camerer 2010
- 14) Siehe Hoff et al. 2011 zu einer Studie zu Indischen Kasten.
- 15) Habyarimana et al. 2007
- 16) Brewer 1986; Yamagishi/Kiyonari 2000
- 17) Tanis/Postmes 2005
- 18) Falk/Fischbacher 2006
- 19) De Cremer/Van Vugt 1999; Kramer/Brewer 1986; De Cremer/van Dijk 2002
- 20) Scholte 2005
- 21) Buchan et al. 2009
- 22) Giddens 1991
- 23) Cheah/Robbins 1998; Vertovec/Cohen 2002

- 24) Für eine detaillierte Erklärung der Methoden des Experiments: Buchan et al. 2009. Darüber hinaus befindet sich eine ausführlichere Version dieses Artikels im Erscheinen.
- 25) Yuki et al. 2004
- 26) Die Ergebnisse der anderen Staaten der Probe lauten: 0,67 (Italien), 0,60 (Russland); 0,38 (Argentinien); 0,33 (Südafrika). Siehe Tabelle S1 in Buchan et al. 2009 für mehr Details und die Aufschlüsselung des Indexes in Bezug auf wirtschaftliche, soziale und politische Globalisierung.
- 27) Grimalda et al. 2015 liefern eine detailliertere ökonometrische Analyse der Variablen, die am stärksten mit der GSI korrelieren. Zusätzlich befindet sich eine ausführlichere graphische Darstellung der hier vorgestellten experimentellen Ergebnisse im Erscheinen.
- 28) Buchan et al. 2009
- 29) Buchan et al. 2011
- 30) Bowles/Polania-Reyes 2012
- 31) Ich danke Eric Johnson für diesen Hinweis.
- 32) Thaler/Sunstein 2008
- 33) Pfeiffer/Nowak 2006

Literatur

- Akerlof, George A./Rachel Kranton (2000): Economics and identity. In: Quarterly Journal of Economics, 115. 715–53.
- Bargh, John/Paula Pietromonaco (1982): Automatic Information Processing and Social Perception: The Influence of Trait Information Presented outside of Conscious Awareness on Impression Formation. In: Journal of Personality and Social Psychology, 43(3). 437–49.
- Bargh, John/Mark Chen/Lara Burrows (1996): Automaticity of Social Behavior: Direct Effects of Trait Construct and Stereotype Activation on Action. In: Journal of Personality and Social Psychology, 71(2). 230–44.
- Benjamin, Daniel J./James J. Choi/A. Joshua Strickland (2010): Social Identity and Preferences. In: American Economic Review, 100. 1913–1928.
- Bernhard, Helen/Urs Fischbacher/Ernst Fehr (2006): Parochial altruism in humans. In: Nature, 442. 912–915.
- Bowles, Samuel/Sandra Polania-Reyes (2012): Economic incentives and social preferences: substitutes or complements? In: Journal of Economic Literature, 50(2). 368–425.
- Brewer, Marilynn (1986): Ethnocentrism and its role in interpersonal trust. In: Brewer. Marilynn/Barry E. Collins (Hrsg.): Scientific inquiry and the social sciences: A volume in honor of Donald T. Campbell. San Francisco, CA: Jossey-Bass. 345–360.
- Brewer, Marilynn (1999): The Psychology of Prejudice: Ingroup Love or Outgroup Hate. In: Journal of Social Issues, 55. 429–44.
- Buchan, Nancy/Gianluca Grimalda/Rick Wilson/Marilynn Brewer/Enrique Fatas/Margaret Foddy (2009): Globalization and Human Cooperation. In: Proceedings of the National Academy of Sciences of the USA, 106(11). 4138–4142.
- Buchan, Nancy/Marilynn B. Brewer/Gianluca Grimalda/Rick K. Wilson/Enrique Fatas/Margaret Foddy (2011): Global Identity and Global Cooperation. In: Psychological Science, 22(6). 821–828.
- Cheah Pheng/Bruce Robbins (1998): Cosmopolitics: Thinking and Feeling Beyond the Nation. Minneapolis, MN: University of Minnesota Press.
- Chen, Yan/Sherry Xin Li (2009): Group Identity and Social Preferences. In: American Economic Review, 99(1). 431–57.
- Choi, Jung-Kyoo/Samuel Bowles (2007): The coevolution of parochial altruism and war. In: Science, 318. 636–640.
- De Cremer, David/Eric van Dijk (2002): Reactions to group success and failure as a function of identification level: A test of the goal transformation hypothesis in social dilemmas. In: Journal of Experimental Social Psychology, 38. 435–442.
- De Cremer, David/Mark Van Vugt (1999): Social identification effects in social dilemmas: A transformation of motives. In: European Journal of Social Psychology, 29. 871–893.
- Falk, Armin/Christian Zehnder (2013): A city-wide experiment on trust discrimination. In: Journal of Public Economics, 100. 15–27.
- Falk, Armin/Urs Fischbacher (2006): A theory of reciprocity. In: Games and Economic Behavior, 54 (2). 293–315.
- Fershtman, Chaim/Uri Gneezy (2001): Discrimination in a segmented society: An experimental approach. In: Quarterly Journal of Economics, 116. 351–377.
- Fershtman, Chaim/Uri Gneezy/Frank Verboven (2005): Discrimination and nepotism: The efficiency of the anonymity rule. In: Journal of Legal Studies, 34(2). 371–394
- Finocchiaro Castro, Massimo (2008): Where are you from? Cultural differences in public good experiments. In: The Journal of Socio-Economics, 37(6). 2319–2329.
- Giddens, Anthony (1991): Modernity and Self-Identity: Self and Society in the Late Modern Age. Cambridge: Polity Press.
- Goette, Lorenz/David Huffman/Stephan Meier (2006): The Impact of Group Membership on Cooperation and Norm Enforcement: Evidence Using Random Assignment to Real Social Groups. In: American Economic Review, 96(2). 212–216.
- Goette, Lorenz/David Huffman/Stephan Meier (2012): The Impact of Social Ties on Group Interactions: Evidence from Minimal Groups and Randomly Assigned Real Groups. In: American Economic Journal: Microeconomics, 4 (1). 101–115.
- Grimalda, Gianluca (i.E. 2015): The Possibilities of Global We-identities. In: Messner, Dirk/Silke Weinlich (Hrsg.): Global Cooperation and the Human Factor in International Relations. Routledge Global Cooperation Series. London: Routledge.
- Grimalda, Gianluca/Nancy Buchan/Marilynn Brewer (2015): Globalization, Social Identity, and Cooperation: An Experimental Analysis of Their Linkages and Effects (Global Cooperation Research Papers 10).

Duisburg: Käte Hamburger Kolleg/Centre for Global Cooperation Research (CHK/GCR21).

– Habyarimana, James/Macartan Humphreys/Daniel N. Posner/Jeremy M. Weinstein (2007): Why does ethnic diversity undermine public goods provision? In: *American Political Science Review*, 101(04). 709–725.

– Hoff, Karla/Mayuresh Kshetramade/Ernst Fehr (2011): Caste and Punishment: the Legacy of Caste Culture in Norm Enforcement. In: *Economic Journal*, 121(556). 449–475.

– Kramer, Roderick Moreland/Marilynn Brewer (1986): Social group identity and the emergence of cooperation in resource conservation dilemmas. In: Wilke Henk/Dave Messick/Christel Rutte (Hrsg.): *Experimental social dilemmas*. Frankfurt am Main: Peter Lang. 129–137.

– Pfeiffer, Thomas/Martin A. Nowak (2006): Climate change: all in the game. In: *Nature*, 441. 583–584.

– Ruffle, Bradley/Richard Sosis (2006): Cooperation and the in-group-out-group bias: A field test on Israeli kibbutz members and city residents. In: *Journal of Economic Behavior and Organization*, 60. 147–163.

– Scholte, Jan Aart (2005): *Globalisation: A Critical Introduction*. Basingstoke and New York: Palgrave.

– Shih, Margaret/Todd L. Pittinsky/Nalini Ambady (1999): Stereotype Susceptibility: Identity, Salience and Shifts in Quantitative Performance. In: *Psychological Science*, 10 (1). 80–83.

– Tajfel, Henri/John Turner (1979): An Integrative Theory of Intergroup Conflict. In: Austin, William G./Stephen Worchel (Hrsg.): *The Social Psychology of Intergroup Relations*. Monterey, CA: Brooks/Cole. 34–47.

– Tanaka, Tomomi/Collin Camerer (2010): Patronizing economic preferences toward low-status groups in Vietnam. Discussion paper. Mimeo, Arizona State University.

– Tanis, Martin/Tom Postmes (2005): A social identity approach to trust: Interpersonal perception, group membership and trusting behaviour. In: *European Journal of Social Psychology*, 35. 413–424.

– Thaler, Richard. H./Cass R. Sunstein (2008): *Nudge: Improving decisions about health, wealth, and happiness*. New Haven, CT und London: Yale University Press.

– Vertovec, Stephen/Robin Cohen (Hrsg.) (2002): *Conceiving cosmopolitanism: Theory, context and practice*. Oxford: Oxford University Press.

– Whitt, Sam/Rick K. Wilson (2007): The Dictator Game, Fairness and Ethnicity in Postwar Bosnia. In: *American Journal of Political Science*, 51. 655–668.

– Yamagishi, Toshio/Toko Kiyonari (2000): The group as the container of generalized reciprocity. In: *Social Psychology Quarterly*, 63. 116–132.

– Yuki, Masaki/Kosuke Takemura/William W. Maddux/Marilynn Brewer (2004): Cross-Cultural Differences in Relationship and Group-Based Trust. In: *Personality and Social Psychology Bulletin*, 31(1). 48–62.

Der Autor

Gianluca Grimalda ist Wissenschaftler am Kieler Institut für Weltwirtschaft und Dozent an der Universität Jaume I de Castellon, Spanien. Von August 2013 bis Februar 2014 war er Fellow am Käte Hamburger Kolleg, wohin er 2015 zurückkehren wird. In seiner Forschung wendet er experimentelle Methoden an, um die Interaktion zwischen individuellem Verhalten und sozio-ökonomischen Strukturen zu untersuchen, wobei er häufig eine interkulturelle Perspektive einnimmt. Diese Methode wandte er auch bei der Erforschung globaler Kooperation und der Einkommensumverteilung an. Seine Forschungsergebnisse sind in mehrere Publikationen des Käte Hamburger Kollegs eingeflossen, darunter aktuell Research Paper 10 zu „Globalization, Social Identity, and Cooperation: An Experimental Analysis of Their Linkages and Effects“, das er zusammen mit Nancy Buchan und Marilynn Brewer verfasst hat.



Nicht allein Globalisierung, sondern auch der Prozess der Robotisierung ändert unsere Gesellschaften. Empirische Studien belegen, dass aus wiederholten Kontakten von Mensch und Maschine neue Formen der hybriden Interaktion und Kooperation entstehen. Sie erfordern, so der Autor, neue Zugänge, wie wir Andersartigkeit verstehen und sie in unseren Alltag integrieren können.

Wenn Menschen mit Robotern zusammenleben

Zur Entstehung einer neuen Interaktionskultur¹

Von Christian Meyer

In den vergangenen Jahrzehnten wurde soziale und kulturelle Hybridität² für viele Gesellschaften der Welt und auf verschiedenen Ebenen der sozialen Wirklichkeit zur Kenntnis genommen und trat dabei – von globaler Kooperation bis zu situativer sozialer Interaktion – als sowohl ein praktisches wie auch ein theoretisches Problem in den Vordergrund. Dass wir in einer „Welt in Kreolisierung“³ leben, ist mittlerweile zum Gemeinplatz geworden. So haben Sorgen über eine fortschreitende Desintegration und Fragmentierung der (Welt-) Gesellschaft als Folge kultureller Hybridisierung und Globalisierung ein neues wissenschaftliches Inte-

resse an Fragen sozialer Kohäsion und Integration ausgelöst.

Während kulturelle Hybridisierung durch Einwanderung ein bekanntes, wenn auch mit notorischen Begleitproblemen behaftetes Phänomen ist, das an ältere und etablierte Arten des Umgangs mit Differenz anknüpft, nehmen gegenwärtig neue und noch unbekannte Formen der Hybridisierung zu. Einige haben überhaupt keine Vorläufer in der Menschheitsgeschichte. Zu derartigen Prozessen gehören zum einen die gesellschaftliche Alterung, die derzeit zu einem beispiellos großen Anteil an Demenzerkrankten führt, und zum anderen der technologische Fortschritt, der – schon

jetzt oder in Kürze – die Konstruktion künstlicher, mit interaktionalen Fähigkeiten und beachtlicher Intelligenz ausgestatteter Personen ermöglicht. Im Moment besitzen diese Prozesse in westlichen Gesellschaften und Japan ihre größte Dynamik, sie beginnen sich aber auch in anderen Teilen der Welt auszubreiten.

Da sie uns mit grundlegenden Fragen konfrontieren – was bedeutet Menschsein? –, schaffen diese Prozesse eine Reihe relevanter gesellschaftlicher Herausforderungen etwa in Bezug auf die Definition der Menschenrechte und Menschenwürde, den Status als juristische Person, allgemeine Vorstellungen von bürgerlichen Rechten und

Pflichten, das Wahlrecht und, ganz allgemein, Veränderungen in den Mechanismen sozialer Inklusion und Kohärenz. In diesem Beitrag konzentriere ich mich auf nur einen Aspekt dieser Veränderungen, nämlich die Formen sozialer Interaktion, die sich durch verstärkte, jedoch normalisierte Präsenz bestehender und zukünftig entstehender soziotechnischer Alteritäten, d.h. also Robotern und virtuellen Agenten, entwickeln werden.⁴

Der vorliegende Beitrag ist von dem Gedanken geleitet, dass menschliche Gesellschaften bislang keine stabilen sozialen Routinen erfunden haben, um mit soziotechnischen Fremden als *Standard-Gegenüber* – und nicht etwa als rätselhaften Ausnahmen – zu interagieren. Und doch werden wir sehr bald ständig mit virtuellen Agenten und Robotern, die zu einer immer differenzierteren Simulation sozialer Präsenz fähig sind, umgehen müssen. Die neue sozio-technische Alteritäten erfordert auch neue Interaktionsroutinen, die ihren spezifischen Möglichkeiten gerecht werden.

Irgendwann werden diese Praktiken in Form neuer, implizite Grundannahmen umfassender Routinen konventionalisiert, die dann nicht mehr explizit gemacht werden müssen, sondern zur Grundlage für kommunikatives Handeln genommen werden können. Ab diesem Moment entsteht eine neue Interaktionskultur, die – was für Kultur überhaupt gilt – temporal und syntaktisch organisierte, verkörperte Praktiken, semantische Assoziationen und Bedeutungszuschreibungen sowie unterschiedliche Arten materieller Objektivationen (Artefakte, Infrastrukturen, Technologien) umfasst.

Kultur wird hier also nicht als homogene Einheit oder Behältnis konzeptualisiert, die (je nach theoretischer Vorliebe) entweder mit Bedeutungen oder Präferenzen gefüllt sind, sondern als diejenigen kommunikative Prozesse und Ressourcen, welche die Sozialität einer

Spezies gewährleisten und organisieren, die die Fähigkeit besitzt, sich von der Natur zu distanzieren. Da diese Kommunikationsprozesse und -ressourcen unweigerlich Erfahrungen der Differenz zu einem Gegenüber schaffen, dessen Bewusstsein prinzipiell unzugänglich ist,⁵ sind sie von grundlegender Bedeutung für die Konstitution von Reflexivität, die letztlich den elementarsten Bestandteil von Kultur darstellt. Der vorliegende Beitrag trägt also zu unserer Selbstaufklärung bei, indem er Kultur über ihre Ränder, liminalen Sozialitäten und Hybriditäten, kurz: durch Grenzdenken, begreift. Auf diese Weise relativiert er grundlegende, häufig stillschweigende Annahmen. Wenn diese Umkehrung der Perspektiven ein „Othering“ des Fremden – eine Akzentuierung seiner Andersartigkeit – mit sich bringt⁶, impliziert es zugleich ein „Othering“ des Selbst, da es grundlegenden Dimensionen unseres Selbstverständnisses einen Spiegel vorhält.

Die gesellschaftliche Verallgemeinerung enger Kontakte mit hybriden und liminalen Formen sozialer Existenz verlangt zugleich eine Revision der Konzepte des Menschseins und des Individuums. Bei der Beschränkung unserer Perspektive auf die anthropischen Aspekte des sozialen Menschen waren in der Aufklärung verwurzelte Vorstellungen besonders einflussreich.⁷ Jedoch haben sich die Konzepte vom Menschen – nicht nur kulturell, sondern auch historisch – als variabel erwiesen, seit das entsprechende Lexem („Persona“) in der Antike entstand.⁸

Alte und neue Formen der Alterität

Menschliche Gesellschaften gehen schon sehr lange mit Alteritäten aller Arten und Grade um. Beispiele hierfür sind die Interaktion mit Ahnen, Geistern und Göttern, die Tierzucht und Kindererziehung. Grundlegende Veränderungen können schon bei den Interaktionskulturen mit jeder dieser Alteritäten festgestellt werden. Beispiele hierfür

sind neue Transzendenzpraktiken, intensiverte Beziehungen mit Haustieren in einer Gesellschaft, die von Isolation und Einsamkeit gekennzeichnet ist; oder sie zeigen sich in therapeutischen Zusammenhängen sowie in neuen Konzepten der Kindererziehung in Gesellschaften mit niedrigen Geburtenraten.⁹ Diese Veränderungen verdienen eine genaue Untersuchung, werden in diesem Beitrag jedoch nicht thematisiert.

Stattdessen werde ich hier auf den Prozess der sozialen Robotisierung und Technisierung mit dem Ziel eingehen, einige der Merkmale und sich abzeichnenden Routinen zu identifizieren, die voraussichtlich künftige soziale Interaktion charakterisieren werden.

Aus methodologischer Sicht können bei der Untersuchung interaktionaler Prozesse unter der Bedingung von Alterität zwei allgemeine Ansätze unterschieden werden. Der erste Ansatz eruiert, ob Akteure bei ihrem Kontakt mit dem Fremden diesem Eigenschaften von Interaktivität zuschreiben oder nicht. Der zweite konzentriert sich auf die Beobachtung natürlich stattfindender Interaktionsprozesse und analysiert sie im Hinblick auf sichtbare Modi der Interaktivität. Die beiden Ansätze unterscheiden sich hinsichtlich ihres analytischen Wertes. Weil er sich auf die Erfahrungen und subjektiven Perspektiven der Akteure konzentriert, erlaubt der erste Ansatz keine unabhängigen Bewertungen über das Ausmaß, in dem Interaktion tatsächlich stattfindet und ob unterschiedliche Arten von „Anderen“ als Teil der sozialen Welt in einem allgemeinen Sinne betrachtet werden sollten. Bei diesem Ansatz besteht die beträchtliche Gefahr, dass die Projektionen der Akteure als Tatsache behandelt werden. Die Validierung der Interpretationen der Akteure durch Dritte erscheint hier deshalb sinnvoll.¹⁰

Obwohl der zweite Ansatz nachvollziehen kann, ob Interaktion – im Sinne wechselseitiger Aufeinander-Bezogenheit – stattfindet, hat er

keinen methodologischen Zugang zu manchmal überraschenden und die Perspektive erweiternden Sichtweisen der Akteure. Er muss daher besonders vorsichtig in Bezug auf die eigenen analytischen Konzepte sein. Ihn werde ich im Folgenden zur Anwendung bringen.

Ich werde damit beginnen, den betreffenden Prozess der Robotisierung allgemein zu umreißen und mich dabei zum Teil auf statistische Daten, zum Teil auf qualitative und quantitative Prognosen beziehen. Dies wird uns in die Lage versetzen, das Ausmaß abzuschätzen, in dem wir in Zukunft mit Robotern und virtuellen Agenten konfrontiert sein werden.

Künstliche Intelligenz: Die Verallgemeinerung der soziotechnischen Differenz

Vorhersagen über das Wachstum der Interaktion mit technischen Geräten, die mit künstlicher Intelligenz ausgestattet sind, sind schwierig, da die Dynamik und Richtung technischer Innovationen schwer zu antizipieren sind. Zu den mit künstlicher Intelligenz ausgestatteten Geräten gehören heute Roboter und virtuelle Agenten, d.h. Maschinen und Programme, die in der Lage sind, spezifische, in der Regel klar definierte Aufgaben selbstständig zu übernehmen. Beide können in unterschiedlichen Ausmaßen menschenähnlich und mit interaktionaler Kompetenz ausgestattet sein.

Ende 2011 war die Welt von etwa 17 Millionen (professionellen und häuslichen) Service- und 1,2 Millionen Industrierobotern bevölkert. Schätzungen sagten bis 2015 weitere 5 Millionen öffentliche Roboter (zur Information, Werbung und dergleichen) und weitere 11 Millionen häusliche Roboter (Rasenmäher, Staubsauger, Fensterreiniger und dergleichen) voraus und bis 2013 weitere 11 Millionen Roboter in den Bereichen Unterhaltung und Bildung. Für die stationäre und häusliche Pflege werden in den nächsten

zwei Jahren weltweit Verkäufe von etwa 5.000 Robotern vorhergesagt. Beispiele in diesem Bereich umfassen die automatisierten „FRIEND“- und „Care-o-bot“-Assistenten sowie die Kuschel-Robbe namens Emma.¹¹

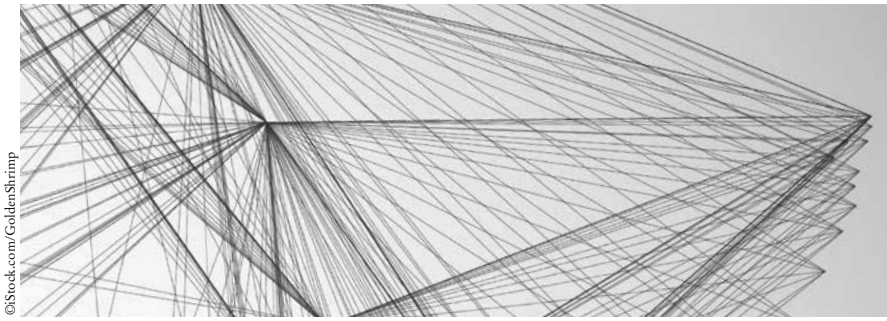
Nach den Statistiken der International Federation of Robotics wird der Markt für häusliche Serviceroboter sehr viel stärker wachsen als der für industrielle und professionelle Serviceroboter. Diese häuslichen Serviceroboter werden sehr vielgestaltig sein. Zu einer Gruppe werden explizit aufgabenspezifische Maschinen gehören, etwa kleine Reinigungsroboter, die die Häuser der Zukunft bewohnen und sie reinigen, wenn die menschlichen Bewohner außer Haus sind. Sie werden nur in einem sehr basalen Sinne interaktiv sein, zum Beispiel indem sie in der Lage sind, sich bewegende Objekte zu erkennen und ihnen auszuweichen. Zu einer zweiten Gruppe werden Telepräsenzsysteme gehören, die es Menschen erlauben, sich aus der Entfernung über das Internet einzuloggen, um sich in ihren eigenen Häusern oder an anderen Orten fortzubewegen und mit geographisch entfernten Personen zu interagieren. Diese Roboter müssen zudem in gewisser Hinsicht autonom sein, sodass sie Distanzen überbrücken und selbstständig zu ihren Standorten zurückkehren können. Zu einer dritten Gruppe werden universale Serviceroboter gehören, die unterschiedliche mechanische Aufgaben flexibel und autonom in menschenähnlicher Weise ausführen können. Sie werden erhebliche Interaktionsfähigkeiten besitzen müssen: etwa, indem sie Gesichter und Stimmen erkennen, mündliche Befehle verstehen, Fragen beantworten und proaktiv gesprochene Berichte, Hinweise und Erinnerungen liefern können. Darüber hinaus werden sie lernfähig und in der Lage sein, bestimmte Erinnerungen mit Menschen, Aufgaben und Orten zu verbinden. Diese Roboter werden auch zunehmend in der Industrie genutzt werden. Auf längere Sicht werden

sie mit auf Computern geschaffenen persönlichen virtuellen Agenten verbunden werden.¹² Die Regierungen von Japan und Südkorea bereiten sich bereits auf die „Gesellschaft der Koexistenz von Mensch und Roboter“ vor, von der sie glauben, dass sie bis 2030 entsteht.¹³

Wissenschaftliche Untersuchungen haben gezeigt, dass Menschen von Natur aus dazu neigen, Roboter wie Menschen und Tiere zu behandeln und ihnen entsprechende Attribute zuzuschreiben, etwa Namen, Geschlecht oder eine Persönlichkeit. Je mehr die Roboter Menschen ähneln, umso bereitwilliger akzeptieren sie sie. Die Entwickler versuchen deshalb, Funktionen einzubauen, die menschliche Fähigkeiten auf authentische und differenzierte Weise simulieren.

Auf der anderen Seite schafft dies bei den menschlichen NutzerInnen Erwartungen, die Roboter nicht immer erfüllen können. Dies führt dann zu einem großen Verlust an Glaubwürdigkeit. Obwohl menschliche Qualitäten gefragt sind, werden sie nicht immer in der gleichen Weise bewertet. Eigeninitiative etwa wird bei Menschen positiv gesehen; die gleiche Eigenschaft erscheint bei einem Roboter aufdringlich. Dies entspricht der Hypothese vom „unheimlichen Tal“¹⁴, die besagt, dass die menschliche Akzeptanz von Robotern nicht linear mit ihrer zunehmenden Ähnlichkeit zum Menschen wächst, sondern steil abfällt, wenn sie der Menschenähnlichkeit am nächsten kommt. Besonders bewegliche Roboter werden dann als unheimlich, an Zombies erinnernd wahrgenommen. Entwickler sind daher gut beraten, eine erkennbare Lücke im Aussehen von Robotern und Menschen zu lassen.¹⁵

Im Unterschied zu Robotern haben virtuelle Agenten keinen physischen Körper und sind nicht in der Lage, körperliche Aufgaben auszuführen. Sie sind vollständig computergeneriert und ihr Zweck ist es, Informationen zu liefern und Kommunikation zu ermöglichen. Obwohl



keine verlässlichen Zahlen vorliegen, ist in Medien, E-Commerce, bei Bildung, Unterhaltung und Information ein schnelles Wachstum ihrer Anwendung und Nutzung zu beobachten. Um nur einige Beispiele zu nennen: Flughafeninformationen werden zunehmend durch virtuelle Agenten bereitgestellt, die 24 Stunden am Tag und 365 Tage im Jahr zur Verfügung stehen – am Flughafen JFK in New York zum Beispiel liefert das Hologramm „Ava“ Reisenden Informationen zu jedem Aspekt des Flughafens, zu Anschlussflügen usw.; Microsofts „Karl Klammer“ gibt den NutzerInnen von Word und anderen Anwendungen Ratschläge; und Apples „Siri“ unterstützt bei Web-Suchen, Zeitplanung und Terminverwaltung.

Die von virtuellen Agenten geschaffene soziale Präsenz – und noch viel mehr die von Robotern – führt bereits zu bestimmtem Verhalten der menschlichen Nutzer. Dazu gehört, ihnen gegenüber gemachte Versprechungen zu halten, ihnen gegenüber höflich zu sein, sich zu scheuen, sich vor ihnen auszuziehen, und in einigen Fällen sogar, ihnen gegenüber liebevolle Gefühle zu hegen. Bei virtuellen Agenten wurde festgestellt, dass sie Webseiten für menschliche Nutzer interessanter, unterhaltsamer, anregender und kommerziell erfolgreicher machen. So werden zum Beispiel Informationen, die von menschlich klingenden Stimmen dialogisch weitergegeben werden, als wertvoller betrachtet als wenn sie nur in Textform gegeben werden. Auf der anderen Seite schätzen viele Menschen

menschenähnliche Roboter weniger, wenn es einen direkten physischen Kontakt gibt. Ältere Menschen bevorzugen Roboter ohne Gesichter und Kinder schreiben menschlich aussehenden Robotern mehr negative Verhaltensabsichten zu als Robotern mit anderem Aussehen.¹⁶ Interessanterweise ziehen allerdings auch ältere Menschen Roboter menschlichen PflegerInnen vor.

Entstehende Kulturen sozialer Interaktion

In der theoretischen Literatur variieren die Definitionen von Interaktion und Interaktivität je nach der die Begriffe verwendenden Disziplin sehr stark. ForscherInnen der Informationstechnologie und der Künstlichen Intelligenz verwenden zum Beispiel ein sehr allgemeines Konzept von Interaktion, in dem jede Form gegenseitiger Reaktion als Interaktion eingestuft wird; damit rückt Interaktion in die Nähe der Bedeutung von Reaktivität. Im Gegensatz dazu haben SoziologInnen eine genauere Definition vorgebracht, die der Tatsache gerecht wird, dass Menschen reflexive Wesen sind, die ihre eigenen Vorstellungen vom Anderen schaffen und in ihre Motivation und Handlungsplanung Erwartungen und Prognosen über die Aktivitäten und Sichtweisen des Anderen aufnehmen. Die Besonderheit der *conditio humana* besteht gerade in der Tatsache, dass sie nicht nur die Handlungen (oder Erwartungen) der Anderen antizipieren kann, sondern dass wir auch annehmen, dass unsere Gegenüber ebenfalls unsere Handlungen

(oder Erwartungen) antizipieren, was schließlich zu „Erwartungserwartungen“ und „doppelter Kontinenz“ führt – mit anderen Worten, zu einer gegenseitigen Abhängigkeit von Ich und Anderem von der nächsten Handlungsantizipation ihres jeweiligen Gegenübers.¹⁷

Auf der Basis bestehender soziologischer Theorien unterscheide ich vier Dimensionen von Interaktivität.

1. Die anspruchvollste Dimension ist thematische Kontinuierung. Dies bezieht sich auf sequenziell und inkrementell organisierte kommunikative Handlungen, mit denen *alter* und *ego* zeigen, dass sie semantisch und thematisch verbunden sind und aufeinander verweisen. Eine besonders starke Betonung erfährt diese Dimension in Niklas Luhmanns Theorie der Interaktion.¹⁸

2. Die zweite Dimension – gemeinsames Wissen – besteht in der Annahme, dass die Lebenswelt, so wie ich sie erlebe, von meinem Interaktionspartner geteilt wird und dass unsere Perspektiven reziprok sind. Diese Aspekte werden sowohl in der phänomenologischen Soziologie als auch in der Ethnomethodologie hervorgehoben, wie sie von Alfred Schütz bzw. Harold Garfinkel entwickelt wurden.¹⁹

3. Die dritte Dimension ist die Fähigkeit der Mitwirkenden, eine Situation der Interaktion prozedural und formal zu kontinuieren. Dazu gehört ein System des SprecherInnenwechsels, die Äußerung von Signalen der Rückkopplung und Fortsetzung, die Produktion von (angemessenen) Zweithandlungen nach spezifischen Ersthandlungen (zum Beispiel Antworten auf Fragen oder Grüße als Antwort auf Grüße). Diese Dimension ist besonders stark von der Konversationsanalyse betont worden.²⁰ Die spezifischen praktischen Vorkehrungen, die genutzt werden, um Verstehen in der Interaktion sicherzustellen, sind: Adressatenzuschnitt („recipient design“), durch den eine Äußerung von Beginn an so formuliert wird, dass sie für individuelle AdressatInnen verständ-

lich ist, und Reparatur („repair“), die ins Spiel kommt, wenn ein Missverständnis oder ein Fehler aufgetreten ist, der die laufende Interaktion vorübergehend unterbricht.

4. Die vierte und letzte Dimension besteht in der Fähigkeit, interaktionale Kopräsenz herzustellen, mit anderen Worten: in der basalen körperlichen Responsivität auf Seiten der InteraktionspartnerInnen. Gegenseitige Wahrnehmung und Beobachtung, Ansprache und körperliche Koordination sind wichtige Bestandteile sozialer Interaktion. Ein großer Teil sozialer Interaktion geschieht in einer körperlich responsiven Weise unter der Schwelle des Bewusstseins – ein Prozess, den Mead „Innervation“ nennt.²¹

Das Vorhandensein und die Funktionsfähigkeit dieser vier Dimensionen sind für die sozialen Interaktionen unseres täglichen Lebens grundlegend. Im Kontakt mit soziotechnischen Fremden – und anderen Arten von Anderen – kann jede von ihnen jedoch heikel oder problematisch werden. Im Zuge der mehr oder weniger erfolgreichen Handhabung dieser Dimensionen offenbart sich daher die Umsetzbarkeit und Wahrscheinlichkeit von Interaktion mit der neuen Alterität, und durch sie wird ihre Teilhabe an der sozialen Welt empirisch beobachtbar.

Soziotechnische Alterität

Thematische Kontinuierung

Thematische Kontinuierung wird seit jeher als eine der spektakulärsten Fähigkeiten betrachtet, mit denen Roboter und virtuelle Agenten ausgestattet sind. Schon sehr frühe Experimente, die künstliche Interaktionen zwischen Menschen und Computern erzeugten, führten zu bemerkenswerten Ergebnissen. ELIZA, eine virtuelle Psychotherapeutin, die vom Computer-Wissenschaftler Joseph Weizenbaum entwickelt und von PsychiaterInnen der Zeit als therapeutische Zukunft gerühmt wurde,

schaffte es, eine Reihe von NutzerInnen glauben zu machen, dass ihr Gesprächspartner ein Mensch war, der von einem anderen Computer aus arbeitete.

Weizenbaums Taktik war besonders dadurch effektiv, dass er in den Dialogen das Gefühl einer therapeutischen Sitzung vermittelte. Die programmierte Fähigkeit bestimmte Wörter und Worttypen zu identifizieren und entweder geeignete empathische Aussagen zu machen oder Bezüge zur semantischen Kategorie herzustellen, zu der die Wörter oder Worttypen gehörten (Mutter-Familie zum Beispiel), war ein elegant-einfacher Weg, diskursive Kohärenz zu erzeugen. ELIZA baute also auf die menschliche Neigung auf, nahezu allem tieferen Sinn zuzuschreiben.

Das letztendliche Ziel der IngenieurInnen künstlicher Intelligenz ist es allerdings, einen lernfähigen Agenten zu schaffen, der in einer Vielzahl sozialer Situationen flexibel und angemessen handeln kann. Da die Fähigkeit, thematische Kontinuierung zu erzeugen, von der richtigen Bewertung der sozialen Situation abhängt, in der man sich befindet, stellt die Schaffung einer Fähigkeit zur Auswahl des angemessenen Sprachgenres für die Entwickler von Robotern und virtuellen Agenten ein notorisches Problem dar. Dies wird in den folgenden Interaktionsbeispielen deutlich, in denen jeweils ein Nutzer (N) und ein virtueller Agent (A) interagieren und der sequenzielle Fortschritt problematisch und die thematische Bezogenheit prekär ist.

Beispiel 1²²

- 01 N Bist Du hungrig?
- 02 A Das darf ich leider nicht verraten.
- 03 N Magst Du Pizza?
- 04 A Tut mir leid, ich kann hier nicht weg.
- 05 N Spaghetti?
- 06 A Das ist eine gute Frage.

Ein virtueller Agent mag in der Lage sein, wiederholt die Illusion zu erzeugen, ausgefeilte Interaktions-

fähigkeiten zu besitzen, doch dieser Eindruck wird unvermeidlich kurz darauf enttäuscht.

Beispiel 2²³

- 01 A Wie heißt Du?
- 02 N Interessiert Dich mein Name wirklich?
- 03 A Können diese Augen lügen?
- 04 N (lacht) Und wenn ich lieber anonym bleiben möchte?
- 05 A Das willst Du doch gar nicht wissen. (grinst)

Manchmal stellt sogar die Weiterverwendung eines Namens, der bereits erwähnt worden ist – der allererste Schritt bei der Schaffung einer elementaren Interaktionsgeschichte – für den virtuellen Agenten ein großes Problem dar.²⁴

Die thematische Fortsetzung kann jedoch manchmal gelingen, wenn sich der/die menschliche InteraktionspartnerIn der Fähigkeiten des technischen Geräts bewusst ist und sich ihnen sehr weitgehend anpasst. Weil Menschen daran gewöhnt sind, mit Gegenübern umzugehen, die keine volle interaktionale Kompetenz besitzen (im Sinne der zuvor erwähnten theoretischen Dimensionen von Interaktion), wenden sie dieses Wissen häufig auch in Interaktionen mit Robotern und virtuellen Agenten an.²⁵

Klar aufgabenorientierte Gespräche laufen oft reibungslos, ebenso Gespräche, die – wie mit ELIZA – von Beginn an dafür ausgelegt sind, nicht-spezifisch zu sein, und in denen der Zweck des virtuellen Agenten lediglich darin besteht, die Selbstreflexion des/der menschlichen GesprächspartnerIn anzuregen. In den meisten Fällen ist die Nutzung des Roboters oder virtuellen Agenten jedoch auf das beschränkt, was seine Fähigkeiten erlauben, insbesondere wenn der/die NutzerIn weiß, wie das Gerät oder Programm funktioniert. Vor allem nicht vortrukturierte Alltagsgespräche sind ein Feld, in dem ein Roboter oder virtueller Agent häufig unangemessene, „schräge“ Wendungen produ-

zieren, die zum Zusammenbruch des Gesprächs führen. Fundierte Kenntnisse über die technischen Fähigkeiten des Geräts sind daher auf Seiten der menschlichen NutzerInnen unerlässlich, um eine thematische Kontinuierung der Interaktion mit Robotern und virtuellen Agenten sicherzustellen.

Gemeinsames Wissen

Einseitiges Wissen ist jedoch für erfolgreiche Interaktion nicht ausreichend. Um umfassende Fähigkeiten zur thematischen Kontinuierung zu haben, müssen Roboter, wenn sie in der realen Welt kommunizieren, mit „Wissen“ (Informationen) ausgestattet sein. Im Unterschied zur Situation mit virtuellen Agenten kann dieses Wissen nicht vollständig einprogrammiert werden, sondern muss durch Lernprozesse erworben werden.²⁶ Virtuelle Agenten werden unterdessen bereits mit kategorialen und semantischem Wissen programmiert. Einfache Agenten, die zum Beispiel für administratives und archivarisches Management entwickelt wurden, sind in der Lage, flexibel nach gesprochener Information zu verlangen und mit ihr umzugehen.

Ein Beispiel aus einem Dialog zwischen einem Benutzer (U) und einem virtuellen „Senior Companion“ (SC) über ein Gruppenfoto aus einem Urlaub in Tansania zeigt, was hier möglich ist. Das System hatte in einem vorangehenden Gespräch die Information erhalten, dass der/die NutzerIn eine Tochter namens Zoe hat.

Beispiel 3²⁷

- 7 SC: Woher kennen Sie Octavia?
 8 U: Sie ist meine Tochter.
 9 SC: Aha! Verstehe. Octavias Schwester ist Zoe.
 10 SC: Wie alt war ihre Tochter als dieses Foto gemacht wurde?
 11 U: Octavia war 19 Jahre alt.
 12 SC: Was war der Anlass für dieses Foto?
 13 U: Dies war ein weiterer Familienurlaub.

- 14 SC: Wo wurde dieses Foto gemacht?
 15 U: Dieses Foto wurde in Tansania gemacht.
 16 SC: Waren Sie jemals auf Sansibar?
 17 U: Ja, war ich.
 18 SC: Großartiger Ort, hoffentlich waren Sie an den Stränden. Wann wurde dieses Foto gemacht?
 19 U: Im vergangenen Jahr.

Wie wir sehen, kann das System einfache Schlussfolgerungen ziehen, indem es zum einen auf vorprogrammiertes semantisches Wissen (zum Beispiel, dass Töchter derselben Eltern Schwestern genannt werden) und zum anderen auf episodisches Wissen vorangegangener Interaktionen zurückgreift. Es ist dadurch in der Lage, neue Informationen zu interpretieren. Darüber hinaus ist es in der Lage, neue Informationen aus dem Internet abzurufen – in diesem Fall, dass Sansibar für seine schönen Strände berühmt ist.

Auf diese Weise programmierte Roboter müssen auch lernen, den sich ergebenden Informationsvorrat mit visuellen Wahrnehmungen zu kombinieren.²⁸ Um mit Menschen erfolgreich kommunizieren zu können, müssen sie darüber hinaus eine Art interaktionelles Gedächtnis haben, das zwischen dem konkreten Hier-und-Jetzt und dem sich entfaltenden, laufenden interaktionalen Prozess vermittelt. Dies ist eine grundlegende Voraussetzung zur Erreichung von Aufgabenorientierung. Obwohl beeindruckend, ist das Gedächtnis der Interaktionsgeschichte bei Robotern und virtuellen Agenten meist noch zu unflexibel.

Formal-prozedurale Funktionsfähigkeit

Damit ein Gerät die Fähigkeit entwickelt, persönliche Adressierung oder Zuhören zu signalisieren, greifen die IngenieurInnen auf die Erkenntnisse soziologischer und linguistischer Studien zurück, die

zeigen, dass dem Blick in der prozeduralen Organisation von Interaktion entscheidende Bedeutung zukommt. Roboter nutzen Neustarts und Pausen genau in der Art, wie sie als Interaktionstechniken zwischen menschlichen Interaktionspartnern in Nordamerika beschrieben wurden. Sie sind auch in der Lage, in einer sehr geordneten und menschlichen Art und Weise zu Interaktionen beizutragen, in denen Wissen über die betreffende Tätigkeit wesentlich ist. Dies wird im folgenden Beispiel deutlich, in dem ein Mann (U) einen Roboter (Biron, B) durch sein Haus führt. Um sich mit dem Ort vertraut zu machen, schwenkt der Roboter herum, damit er den Raum, in dem sie sich befinden, sieht. Dies wird von dem Mann als Teil normalen Handelns behandelt. Das Handeln des Roboters ist situationsgerecht und steht genuin im Zusammenhang mit der Gesamtaktivität (ein Haus gezeigt zu bekommen). Der Mann nickt und wartet darauf, dass der Roboter sich umdreht.

Beispiel 4²⁹

- 1 U: Biron, DAS ist das WOHN-ZIMMER
 2 (1.8)
 3 B: (0.2) das ist also das Wohnzimmer
 |cam↓|
 |dreht sich... 20°
 4 U: |nickt zustimmend |wartet
 B:150°

Allerdings scheitert diese Art vorprogrammierten Verhaltens manchmal, zum Beispiel, wenn der/die menschliche InteraktionspartnerIn eine andere Handlung erwartet als das Programm liefern kann.³⁰ Ein Robotersystem ist nicht flexibel genug, um abweichende, aber immer noch normale Vorstellungen über das Zuzulassen, was zur Aktivität des Hauszeigens bzw. Hausgezeigt-bekommens gehört, und nicht in der Lage, darauf angemessen zu reagieren.

Da die menschliche Organisation von Interaktion – auf ihr basiert die Entwicklung von Robotern – nicht

universell ist, sind die meisten derzeit gebauten Geräte letztlich nur von einer kleinen Zahl (überwiegend westlicher) Gemeinschaften nutzbar. Für die Entwicklung kulturübergreifender einsatzfähiger Technologien wäre eine „Entwestlichung“ der in Robotern und virtuellen Agenten eingebauten Interaktionsprinzipien notwendig.

Ko-Präsenz und körperliche Responsivität

Bei dem Bestreben, Roboter so menschenähnlich wie möglich zu gestalten, liegt das größte Problem auf den ersten Blick im Fehlen eines menschlichen Körpers. Roboter haben jedoch bereits eine Körperlichkeit und EntwicklerInnen von virtuellen Agenten versuchen, für diese Gruppe körperliche Präsenz zu simulieren. Was diese Bemühungen motiviert, ist die Tatsache, dass Menschen eher bereit sind, Agenten als Gesprächspartner zu betrachten und ihnen gegenüber eine kooperative soziale Haltung einzunehmen, wenn sie animiert sind und eine körperliche soziale Präsenz besitzen.³¹ Menschliche InteraktionspartnerInnen grüßen Roboter und Agenten bereitwillig und kooperieren mit ihnen, wenn diese entweder physisch präsent sind oder live im Video erscheinen.³² Erhöhte soziale Präsenz weckt eine positivere soziale Reaktion gegenüber Agenten. Vorstellungen über den Grad der Intelligenz eines Roboters oder Agenten korrelieren signifikant mit ihrer Belebtheit und je animierter ihr Gesicht ist, desto wahrscheinlicher ist es, die Aufmerksamkeit des/der

NutzerIn zu gewinnen.³³ Deshalb ist auch die Darstellung von Gefühlen ein wichtiges Thema in der Robotik-Forschung.³⁴

Ein wichtiges Problem interaktioneller Ko-Präsenz in der Beziehung zu Robotern und virtuellen Agenten ist die gegenseitige Beobachtung. Roboter haben weiterhin Schwierigkeiten, Menschen von anderen Objekten ihrer Umgebung zu unterscheiden, ihre Köpfe zu erfassen und ihre Gesichter und Stimmen wiederzuerkennen. Menschen sind inzwischen häufig bereit, mit Robotern in körperlicher Weise zu interagieren, wenn dafür ein Rahmen geschaffen worden ist.³⁵ Während einige NutzerInnen zögerlich sind, Berührungskontakt zuzulassen, betrachten Menschen, die gegenüber Robotern generell positiver eingestellt sind, Roboter, die mit taktilen und stimmlichen Mitteln interagieren, als weniger maschinenartig.³⁶ Ein Beispiel dafür ist die überwiegend positive Einstellung menschlicher NutzerInnen – vor allem jüngerer –, von einem Roboter getätschelt oder abgeklatscht zu werden.

Körperlich anwesende soziale Roboter, die zu taktiler Interaktion mit Menschen fähig sind, können von großem Wert sein, insbesondere für isolierte Bevölkerungsgruppen wie ältere Menschen oder Patienten mit Immunschwächeproblemen, die in Isolation leben müssen.³⁷ Diese Roboter können Menschen nicht nur physische Hilfe geben (die rechtzeitige Verabreichung von Medikamenten zum Beispiel oder Führung, wenn die Person

einen Spaziergang macht), sondern auch emotionale Unterstützung leisten (als jemand, mit dem Spiele gespielt werden können, oder als „Haustier“). Eine unterstützende Rolle für soziale Agenten bei der Bereitstellung therapeutischer Hilfe und Pflege älterer Menschen ist in Japan, Korea, Deutschland und den USA bereits im Begriff Realität zu werden.

Um dies zusammenzufassen: Trotz großer Anstrengungen der IngenieurInnen bleiben die thematische Kontinuierung und die Bereitstellung eines angemessenen gemeinsamen Hintergrundwissens bei der Simulation interaktionaler Kompetenz von Robotern und virtuellen Agenten prekär. Prozedurale Funktionsfähigkeit und sequenzielle Fortsetzung gelingen recht gut, und die Simulation taktiler und körperlicher Präsenz wird bei Robotern und Agenten auch von denjenigen, die mit Robotern wenige Erfahrungen haben, leichter akzeptiert als man vermutet hätte. Deshalb können wir bereits ein Zusammenleben von Mensch und Roboter/Agent vorher-sagen, bei dem der soziotechnische Fremde wie ein Haustier genutzt wird und Menschen ihr Verhalten spezifisch an die jeweiligen Fähigkeiten ihrer künstlich-intelligenten Interaktionspartner anpassen. Derartige Interaktionen mit verschiedenen Gegenübern, die jeweils unterschiedliche Interaktionsfähigkeiten besitzen, werden die „Ambiguitätstoleranz“ fördern. Angesichts der Tatsache, dass Menschen noch keine Emotionen und Sensibilität



auf sie projizieren, müssen Geräte jedoch auch gegen ein gewisses Maß an Missbrauch (etwa Beschimpfungen) gewappnet sein.

Fazit: Robotisierung und die Zukunft der sozialen Interaktion

In diesem Beitrag habe ich eine Form gesellschaftlicher Hybridisierung diskutiert; sie wurde ausgewählt, weil sie eine Alterität erzeugt, der sich Individuen und Gesellschaften in der Zukunft vermehrt stellen müssen.

Die immer normaler werdenden täglichen Kontakte mit Robotern und virtuellen Agenten werden unweigerlich Routinemodi der Interaktion erzeugen. Dieser Prozess wird zweifellos zuerst vor allem in den industrialisierten Ländern beginnen, sich aber langfristig über den größten Teil des Globus ausbreiten.

Wie wird der hier beschriebene Prozess die Formen der Interaktion im Alltag verändern? Ganz allgemein kann man sagen, dass sicherlich ein hohes Maß an Ambiguitätstoleranz auf Seiten des/der menschlichen NutzerIn erforderlich sein wird, damit er mit den verschiedenen Entitäten interagieren kann. In unseren Interaktionen mit Robotern und virtuellen Agenten unterschiedlich menschlichen Charakters werden wir Kompetenzen entwickeln müssen, die uns befähigen, angemessen mit diesen Entitäten umzugehen. Da die einzige interaktionale Dimension, die sich als einigermaßen funktionstüchtig erwiesen hat, die formal-prozedurale Funktionsfähigkeit ist, ist anzunehmen, dass diese syntaktische, sequenzielle und rhythmische Dimension an Bedeutung gewinnen, die thematische Kontinuierung jedoch an Bedeutung verlieren wird. Eine De-Semantisierung, De-Symbolisierung und De-Narrativierung der allgemeinen Kultur ist daher möglich, eventuell verstärkt durch neue mediale Praktiken (die aus Platzgründen hier nicht beachtet werden). In diesem Prozess verlieren Bedeutungen und Symbole vermutlich ihre kollektive Bindungsfunktion.

Es erscheint daher nicht sinnvoll, sich nur auf die Handlungsfähigkeit, Verantwortung und Intelligenz der Roboter zu konzentrieren und stattdessen die Bedeutung ihrer Erscheinung anzuerkennen. Sehr allgemein gesprochen erscheint ein Kulturwandel weg vom Geistigen zum Interaktiven, vom intelligenten Denken zum sozio-emotionalen Sein und möglicherweise von der Realität zur Erscheinung von Vorteil – und machbar.³⁸

Obwohl Differenz und Ähnlichkeit auch weiterhin Themen des sozialen und kulturellen Lebens sein werden, entstehen neue Formen der Sozialität im Kontext dieser dialektischen Beziehung. Unter ständigem Innovationsdruck – besonders im Bereich der künstlichen Intelligenz – befinden sich soziale Ontologien jetzt in einem Zustand dauerhafter Prekarität und Fragilität. Im Ergebnis werden wir ständig mit neuen Formen der Zugehörigkeit, Sozialität und Soziabilität konfrontiert. Diese wiederum werden neue Kompetenzen für den Umgang mit den sich ständig entwickelnden Alteritäten erzeugen, deren Eigenschaften in jedem Fall neu bedacht werden müssen.

Summary

Globalization has generated increased societal heterogeneity and awakened interest of a new kind in social cohesion and integration. But globalization is not the only contemporary process to give rise to societal hybridization. Two other such processes – much less attended to in the theoretical debate but no less problematic as regards social integration – are societal ageing and robotization. Drawing on statistical estimates, this paper begins by assessing the relevance of the second of these new processes of hybridization. The predictions in question indicate that in the near future, everyday interaction with 'intelligent' machines will

be an omnipresent phenomenon, confronting our societies with types and degrees of alterity never before encountered. Whereas contact with cultural strangers is to some extent familiar (though not yet taken as standard), interaction with intelligent technological devices represents a new form of alterity for which most societies have not yet established routines of conduct. This paper gives a detailed account of a number of empirical studies showing how new forms of hybrid interaction and cooperation evolve out of repeated contact with this new alterity. With this groundwork in place, the paper then attempts to identify not only the ways in which routines may develop out of interaction with robots and virtual agents but also the trends towards, and prerequisites for, the emergence of a new culture of cooperation and interaction.

Anmerkungen

- 1) Dieser Beitrag beruht auf einem Research Paper, das 2013 am Käte Hamburger Kolleg veröffentlicht wurde (Meyer 2013). Er enthält ausgewählte Aspekte dieses Research Papers, wurde von Thomas Siebold und dem Autor übersetzt und von Thomas Junker redaktionell bearbeitet.
- 2) Hier verstanden in einem allgemeinen Sinne als Vermischung ungleicher Bestandteile.
- 3) Hannerz 1987
- 4) Der Begriff der Alterität wird hier in einem allgemeinen Sinne gebraucht, der Andersartigkeit und Fremdartigkeit einschließt.
- 5) Schütz 1962; Nagel 1974
- 6) Fabian 1983
- 7) Welsch 2012
- 8) Mauss 1985
- 9) Dazu gehört die Behandlung von Kindern als bereits vollständig kompetente Gegenüber und Rechtssubjekte, für die jedweder Rahmen von Kindererziehung nicht mehr notwendig ist.
- 10) Lindemann 2005
- 11) Alle Zahlen von www.worldrobotics.org, Zugriff 19. Juli 2013.
- 12) Brooks 2002
- 13) Weng et. al. 2009
- 14) Mori 1970
- 15) Hashimoto et al. 2002
- 16) Woods et al. 2004
- 17) Luhmann 1995: 103–36
- 18) Luhmann 1995
- 19) Schütz 1962; Schütz/Luckmann 1973; Garfinkel 1967

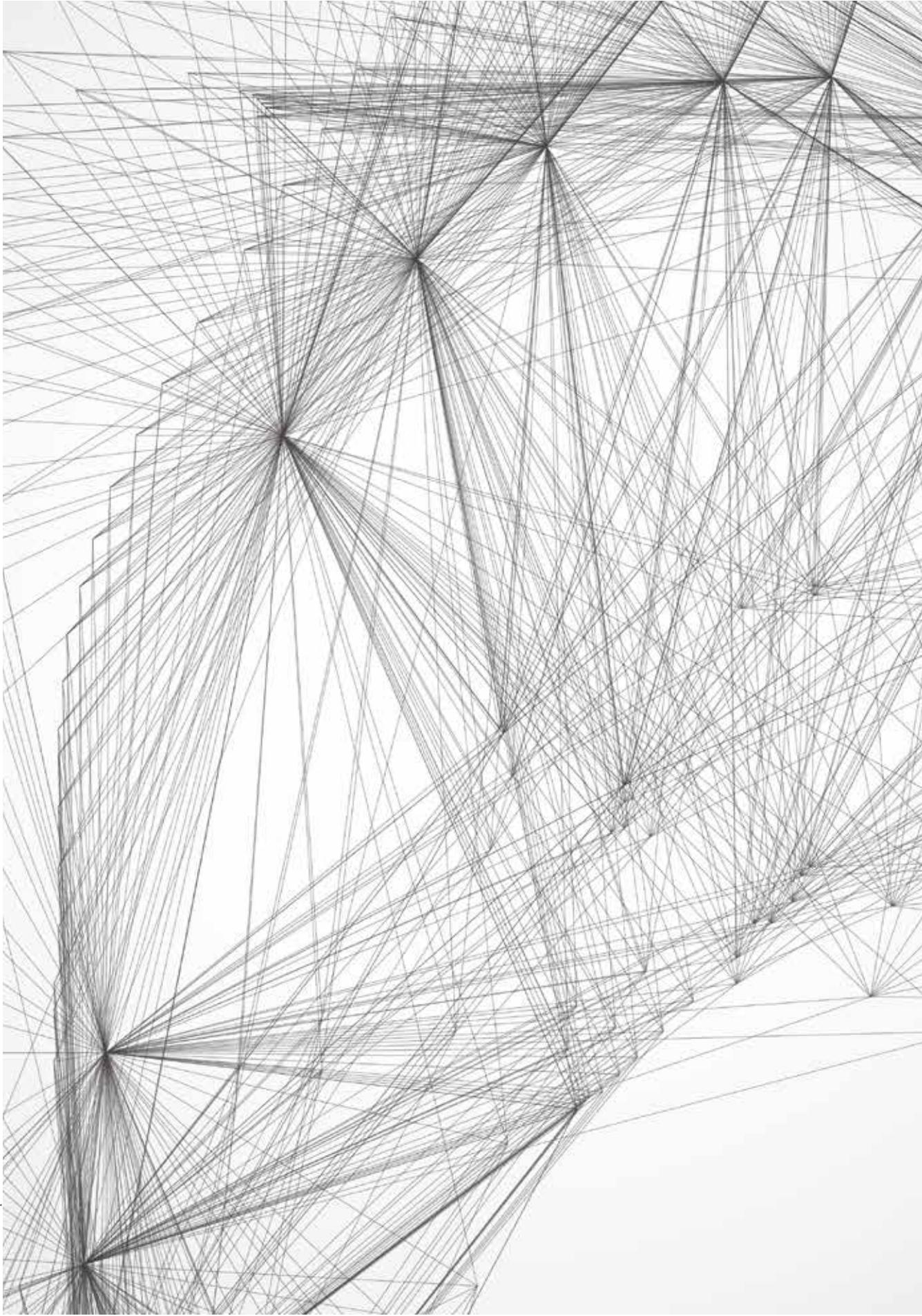
- 20) Sacks et al. 1974
- 21) Mead 1974: 24, 104
- 22) Krummheuer 2010: 121 f.
- 23) Krummheuer 2010: 168
- 24) Klüwer 2011: 4
- 25) Kulyukin 2004: v.a. 254
- 26) Ghidary et al. 2002: v.a. 181
- 27) Catizone/Wilks 2011: 304
- 28) Lemaignan et al. 2012: v.a. 193
- 29) Lohse et al. 2009: 310
- 30) Lohse et al. 2009: v.a. 318
- 31) Louwerse et al. 2009
- 32) Bainbridge et al. 2011
- 33) Bartneck et al. 2009
- 34) Amores et al. 2011: 322
- 35) Lee et al. 2006
- 36) Carpenter et al. 2009
- 37) Lee et al. 2006
- 38) Coeckelbergh 2009; Wallach 2010; Levy 2008

Literatur

- Amores, J. Gabriel/Pilar Manchón/Guillermo Pérez (2011): Humanizing Conversational Agents: Indisys Practical Case Study in eHealth. In: Pérez-Marín, Diana/Ismael Pascual-Nieto (Hrsg.): Conversational Agents and Natural Language Interaction: Techniques and Effective Practices. Hershey, PA: IGI Global. 312–34.
- Bainbridge, Wilma A. et al. (2011): The Benefits of Interactions with Physically Present Robots over Video-Displayed Agents. In: International Journal of Social Robotics, 3. 41–52.
- Bartneck, Christoph et al. (2009): Does the Design of a Robot Influence Its Animacy and Perceived Intelligence? In: International Journal of Social Robotics, 1. 195–204.
- Brooks, Rodney (2002): Flesh and Machines: How Robots will Change Us. New York, NY: Pantheon.
- Carpenter, Julie et al. (2009): Gender Representation and Humanoid Robots Designed for Domestic Use. In: International Journal of Social Robotics, 1. 261–5.
- Catizone, Robert/Yorick Wilks (2011): Companionable Agent. In: Pérez-Marín, Diana/Ismael Pascual-Nieto (Hrsg.): Conversational Agents and Natural Language Interaction: Techniques and Effective Practices. Hershey, PA: IGI Global. 302–11.
- Coeckelbergh, Mark (2009): Personal Robots, Appearance, and Human Good: A Methodological Reflection on Roboethics. In: International Journal of Social Robotics, 1. 217–21.
- Cramer, Henriette et al. (2009): Give me a Hug: the Effects of Touch and Autonomy on People's Responses to Embodied Social Agents. In: Computer Animation and Virtual Worlds, 20. 437–45.
- Fabian, Johannes (1983): Time and the Other: How Anthropology Makes its Object. New York, NY: Columbia University Press.
- Garfinkel, Harold (1967): Studies in Ethnomethodology. Englewood Cliffs: Prentice Hall.
- Ghidary, Saeed Shiry et al. (2002): Multi-Modal Interaction of Human and Home Robot in the Context of Room Map Generation. In: Autonomous Robots, 13. 169–84.
- Hannerz, Ulf (1987): The World in Creolization. In: Africa, 57 (4). 546–59.
- Hashimoto, Shuji et al. (2002): Humanoid Robots in Waseda University – Hadaly-2 and WABIAN. In: Autonomous Robots, 12. 25–38.
- Klüwer, Tina (2011): From Chatbots to Dialog Systems. In: Pérez-Marín, Diana/Ismael Pascual-Nieto (Hrsg.): Conversational Agents and Natural Language Interaction: Techniques and Effective Practices. Hershey, PA: IGI Global. 1–22.
- Krummheuer, Antonia (2010): Interaktion mit virtuellen Agenten? Zur Aneignung eines ungewohnten Artefakts. Stuttgart: Lucius & Lucius.
- Kulyukin, Vladimir (2004): Human-Robot Interaction Through Gesture-Free Spoken Dialogue. In: Autonomous Robots, 16. 239–57.
- Lafrance, Marianne/Clara Mayo (1978): Cultural Aspects Of Nonverbal Communication. In: International Journal of Intercultural Relations, 2 (1). 71–89.
- Lee, Kwan Min et al. (2006): Are Physically Embodied Social Agents Better than Disembodied Social Agents? The Effects of Physical Embodiment, Tactile Interaction, and People's Loneliness in Human-robot Interaction. In: International Journal of Human-Computer Studies, 64. 962–73.
- Lemaignan, Séverin et al. (2012): Grounding the Interaction: Anchoring Situated Discourse in Everyday Human-Robot Interaction. In: International Journal of Social Robotics, 4. 181–99.
- Levy, David (2008): Love and Sex with Robots: The Evolution of Human-Robot Relationships. New York, NY: Harper Perennial.
- Lindemann, Gesa (2005): The Analysis of the Borders of the Social World: A Challenge for Sociological Theory. In: Journal for the Theory of Social Behaviour 35 (1): 69–98.
- Lohse, Manja et al. (2009): Improving HRI design by applying Systemic Interaction Analysis (SinA). In: Interaction Studies, 10 (3). 298–323.
- Louwerse, Max M. et al. (2009): The Multimodal Nature of Embodied Conversational Agents. In: Taatgen, N. A./H. van Rijn (Hrsg.): Proceedings of the 31st Annual Conference of the Cognitive Science Society. Austin, TX: Cognitive Science Society. 1459–1463.
- Luhmann, Niklas (1995): Social Systems [deutsche Erstveröffentlichung 1984]. Stanford, CA: Stanford University Press.
- Mauss, Marcel (1985): A Category of the Human Mind: The Notion of Person, the Notion of Self [Erstveröffentlichung 1938]. In: Carrithers, Michael/Steven Collin/Steven Lukes (Hrsg.): The Category of the Person: Anthropology, Philosophy, History. Cambridge: Cambridge University Press. 1–25.
- Mead, George Herbert (1974): Mind, Self, and Society from the Standpoint of a Social Behaviorist [Erstveröffentlichung 1935]. Chicago, IL: The University of Chicago Press.
- Meyer, Christian (2013): New Alterities and Emerging Cultures of Social Interaction. Global Cooperation Research Papers 3. Duisburg: Käte Hamburger Kolleg/Centre for Global Cooperation Research (CHK/GCR21).
- Mori, Masahiro (1970): Bukimi no tani [The uncanny valley]. In: Energy, 7(4). 33–5, übersetzt in: Macdorman, Karl F./Takashi Minato (2005): Appendix B of Androids as an Experimental Apparatus – Why Is There an Uncanny Valley and Can We Exploit It? In: Toward Social Mechanisms of Android Science (Proceedings of the CogSci Workshop 2005). <http://www.androidscience.com/proceedings2005/MacDormanCogSci2005AS.pdf>, Zugriff 14.06.2015.
- Nagel, Thomas (1974): What Is It Like to Be a Bat? In: The Philosophical Review, 83 (4). 435–50.
- Sacks, Harvey/Emanuel A. Schegloff/Gail Jefferson (1974): A Simplest Systematics for the Organization of Turn-Taking for Conversation. In: Language, 50. 696–735.
- Schütz, Alfred (1962): Common Sense and Scientific Interpretation of Human Action. In: Schutz, Alfred: Collected Papers 1. The Problem of Social Reality. Den Haag: Martinus Nijhoff. 3–47.
- Schütz, Alfred/Thomas Luckmann (1973): The Structures of the Lifeworld. Evanston, IL: Northwestern University Press.
- Wallach, Wendell (2010): Moral Machines: Teaching Robots Right from Wrong. New York, NY: Oxford University Press.
- Welsch, Wolfgang (2012): Homo mundanus: jenseits der anthropischen Denkform der Moderne. Weilerswist: Velbrück.
- Weng, Yueh-Hsuan/Chien-Hsun Chen/Chuen-Tsai Sun (2009): Toward the Human-Robot Co-Existence Society: On Safety Intelligence for Next Generation Robots. In: International Journal of Social Robotics, 1. 267–82.
- Woods, Sarah/Kerstin Dautenhahn/Joerg Schulz (2004): The Design Space of Robots: Investigating Children's Views. In: Proceedings RO-MAN 2004 13th IEEE International Workshop on Robot and Human Interactive Communication. Piscataway, NJ: IEEE. 47–52.

Der Autor

Christian Meyer ist Professor am Institut für Kommunikationswissenschaft der Universität Duisburg-Essen. Seine wissenschaftlichen Schwerpunkte umfassen soziologische und anthropologische Kommunikations- und Interaktionsforschung, den Zusammenhang von Kultur und Kommunikation sowie Rhetorik. Von 2012 bis 2013 forschte er als Senior Fellow am Käte Hamburger Kolleg in Duisburg.



Praktiken globaler Kooperation in gewaltzerrütteten Gesellschaften

Der 1998 ins Leben gerufene Internationale Strafgerichtshof (IStGH) galt als Meilenstein im Völkerstrafrecht. In den vergangenen Jahren ist er in die Kritik gekommen, nicht zuletzt weil sein Verhältnis zu anderen Gerichtsbarkeiten im Sinne einer Komplementarität nicht hinreichend geklärt wurde. Der Artikel spricht sich für eine stärkere Einbeziehung regionaler Gerichte, wie etwa des Afrikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte, aus, um die tiefen Gräben zwischen IStGH und nationalen Gerichten zu überbrücken.

Der Internationale Strafgerichtshof und der Grundsatz der Komplementarität

Eine Herausforderung für die globale Zusammenarbeit¹

Von Noemi Gal-Or

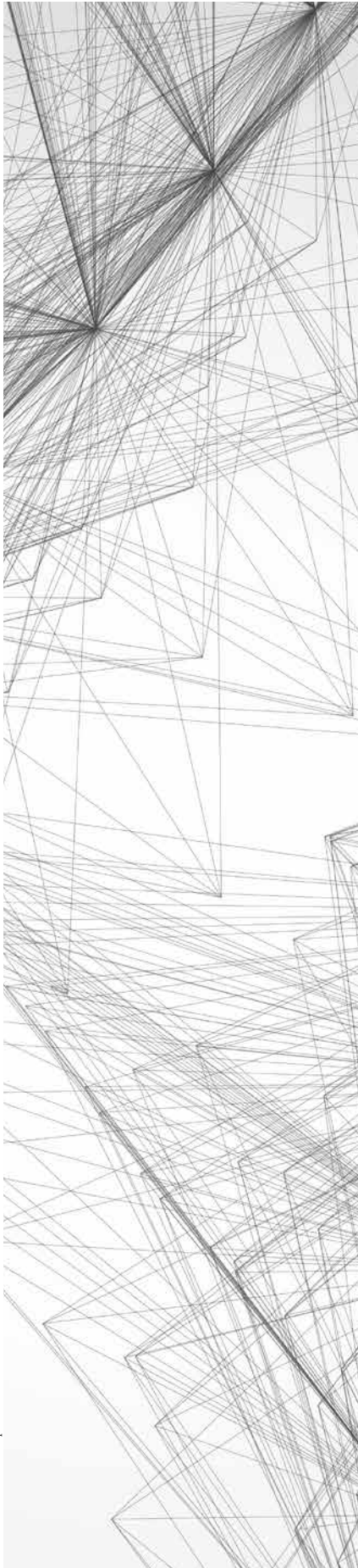
Während diese Zeilen geschrieben werden, gibt es für die Menschen im Ostkongo einen Hoffnungsschimmer. Der stärkste bewaffnete nicht-staatliche Akteur² in der Region, die „Demokratischen Kräfte zur Befreiung Ruandas“ (*Forces Démocratiques de Libération du Rwanda*, FDLR), eine Hutu-Rebellengruppe, die die Regierung in Kinshasa beim Kampf gegen andere

Rebellen unterstützt hat, darunter die berüchtigte „Bewegung M23“, scheint „nach 20 Jahren Jagd auf die Zivilbevölkerung“³ zu einer politischen Verhandlungslösung bereit zu sein. Da die bewaffneten nicht-staatlichen Akteure – Rebellen, Aufständische, Warlords, Söldner oder Terroristen – Verbrechen begangen haben, wie sie im Rom-Statut von 1998, das die Grundlage des Interna-

tionalen Strafgerichtshofs (IStGH) bildet, aufgeführt werden,⁴ wird der Prozess der Wiedereingliederung der FDLR-Kämpfer, wenn er überhaupt gelingt, ein schwieriges Unterfangen. Er könnte auch den IStGH betreffen, der seine Untersuchungen und strafrechtlichen Verfolgungen bisher ausschließlich gegen afrikanische Staatsoberhäupter und Rebellengruppen geführt und sich dadurch



Noemi Gal-Or. Foto: KHK/GCR



den Ruf eines „Afrikanischen Strafgerichts“ erworben hat.⁵

Ein Gutteil der mangelnden Bereitschaft afrikanischer Staaten, ihren IStGH-Verpflichtungen nachzukommen, sowie des Legitimationsdefizits des Gerichts ist auf den Kompromiss beim derzeit gültigen Grundsatz der Komplementarität zurückzuführen. Dabei handelt es sich um die zentrale Bestimmung des Rom-Statuts, welche die Zuständigkeit des Gerichts als komplementär zur Erstzuständigkeit des Staates bestimmt, sodass sie erst gegeben ist, wenn der Staat unfähig oder unwillig ist, seine primäre Rechtshoheit wahrzunehmen. Tatsächlich ist dies typisch für die Rechtslage in Afrika südlich der Sahara, was dazu führt, dass die IStGH-Justiz nur halbherzig als Justiz „von außen“ begrüßt wird, da es ansonsten gar keine Justiz gäbe. In diesem Beitrag mache ich einen Vorschlag, der dieses Hindernis zu überwinden sucht, indem die Anwendung des Grundsatzes der Komplementarität auf die regionalen Gerichte ausgeweitet wird. Dabei dient der Afrikanische Gerichtshof für Menschenrechte und die Rechte der Völker (*African Court on Human and Peoples' Rights*, AfCHPR⁶) als Beispiel zur Verdeutlichung des Vorschlags.⁷

Eine ähnliche, von Alexandra Huneeus vorgebrachte Idee untersucht, welche Rolle der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte (*Inter-American Court of Human Rights*) in Partnerschaft mit dem IStGH spielen könnte.⁸ Während sich Huneeus' Argumentation auf die praktischen Aspekte gegenseitigen Austausches von Fachwissen und Hilfe konzentriert, erfordert meine Argumentation eine tiefer ansetzende Überprüfung der Rechtslehre: Weil der IStGH und die bestehenden regionalen Menschenrechtsgeschichte verfassungsrechtlich auf identischen Grundsätzen basieren, sind sie für den IStGH „natürliche“ Partner. Auf dieser Grundlage kann ich die durch den Grundsatz der Komplementarität eingeführte und

behauptete Exklusivität kritisieren, die durch die Beziehung zwischen IStGH und Nationalstaat entstehe. Sobald dieser Punkt akzeptiert ist, können und müssen die zahlreichen rechtlichen und politischen Hindernisse angegangen werden, die einer Weiterentwicklung des Komplementaritätsgrundsatzes hin zu einer dreiseitigen Beziehung entgegenstehen.

Vor diesem Hintergrund sollte mein Beitrag als konstruktive Kritik verstanden werden. Der Grundsatz der Komplementarität war zum Zeitpunkt der Ausarbeitung des Rom-Statuts ein Fortschritt im evolutionären Prozess des internationalen Strafrechts.⁹ In der Praxis hat sich der Grundsatz, wie vielleicht zu erwarten war, als unzureichend erwiesen. Er führt nicht nur in der Praxis zu Fehlern, er leidet bereits unter Brüchen in der Konstruktion. Dieses Papier versucht die Logik des Komplementaritätsprinzips weiterzutreiben, indem es die ihm innewohnenden Lücken zugunsten der Verfolgung der IStGH-Ziele verengt. Eine Untersuchung der Struktur, Prozesse und Rechtsgeschichte des Afrikanischen Gerichtshofs sowie der Afrikanischen Union (AU)¹⁰ dient dazu einzuschätzen, ob und unter welchen Bedingungen ein erweiterter Komplementaritätsgrundsatz auf Afrika anwendbar sein könnte.

Der Grundsatz der Komplementarität: im Wortlaut, in den Vorarbeiten und in der Interpretation

Eine Diskussion des Grundsatzes der Komplementarität – im Wortlaut, wie in den Vorarbeiten (*travaux préparatoires*)¹¹ beschrieben und schließlich in der Interpretation – ist ein guter Ausgangspunkt. Das Rom-Statut legt den Grundsatz der Komplementarität in Paragraph 10 der Präambel und in Artikel 1 fest und führt ihn in den die Zulässigkeit zum Gericht thematisierenden Artikeln 17, 18 und 19 weiter aus. Paragraph 10 der Präambel betont, „dass der

aufgrund dieses Statuts errichtete Internationale Strafgerichtshof die innerstaatliche Strafgerichtsbarkeit ergänzt“. Artikel 1 wiederholt diese Formulierung. Entsprechend behält der Staat die primäre Zuständigkeit für einen Fall. Erst unter bestimmten Umständen – mangelnde Bereitschaft oder Unfähigkeit, die Gerichtsbarkeit auszuüben – ist eine Rechtsprechung durch das Gericht zulässig. Es ist jedoch zu beachten, dass – obwohl der Staat die primäre Zuständigkeit hat – es in erster Linie das Gericht ist, das über die Zulässigkeit entscheidet. Artikel 17, „Fragen der Zulässigkeit“, führt die wesentlichen Elemente für die Entscheidung über die Zulässigkeit auf.

Ein Blick in die Vorarbeiten (*travaux*) zeigt, dass der Grundsatz der Komplementarität sowohl eine Büchse der Pandora als auch eine Schatzkammer ist. Sein Mangel an Bestimmtheit lädt zu inkonsistenter Anwendung und widersprüchlichen Entscheidungen ein. Dies kann als diskriminierende Praxis des Gerichts wahrgenommen und zu negativen politischen Folgen führen. Gleichzeitig regen jedoch seine Mehrdeutigkeiten die Debatte und damit die Konkretisierung an, was wiederum die Rechtsentwicklung befördert. Unter den zu klärenden Punkten befindet sich zum Beispiel die Beziehung zwischen Gericht und nationaler Strafgerichtsbarkeit. Die Frage trat während des Entwurfsprozesses zwar immer wieder auf, wurde jedoch nicht abschließend geklärt. Ein wichtiger Grund dafür war, dass es den Verfassern des Statuts an Zeit fehlte, die Prozessordnung in ihrer Gesamtheit sorgfältig zu überdenken. Inzwischen gibt es mehr Zeit, die dem Grundsatz der Komplementarität innewohnende Exklusivität – Beschränkung der Gerichtsbarkeit auf zwei Akteure, Staat und Gericht – anzugehen.¹²

WissenschaftlerInnen und JuristInnen haben auf die verschiedenen Mängel des Statuts hingewiesen und die Leistungsfähigkeit des Gerichts kritisiert. Die zentrale Bedeutung

der Komplementarität nahm in den Debatten eine herausragende Stellung ein und warf eine Vielzahl interpretatorischer Probleme auf. Eines betrifft das Auslösen der IStGH-Gerichtsbarkeit. Da es ein äußerst komplexer Vorgang ist, ist er mit Unsicherheiten behaftet, die bei der Rechtsanwendung zu Inkonsistenzen führen können. In einigen Interpretationen wird die IStGH-Justiz als Gerichtsbarkeit betrachtet, die der nationalen Gerichtsbarkeit subsidiär (statt komplementär) ist. Andere sehen den IStGH als ein „Überwachungsgericht, das übernimmt, wenn es der Auffassung ist, dass die nationalen Gerichte ihre Aufgaben nicht erfüllen [...]“.¹³

Auch beim eigentlichen Grundsatz der Komplementarität variieren die Interpretationen. Während der „negative“ Ansatz die IStGH-Gerichtsbarkeit klar auf Situationen beschränkt sieht, in denen der Staat seine Gerichtsbarkeit nicht ausüben will oder kann, sieht die „positive“ Interpretation mangelnde Bereitschaft oder Unfähigkeit erst als anwendbar, wenn es einen Konflikt zwischen IStGH und nationaler Strafgerichtsbarkeit gibt.¹⁴

Mit der Umsetzung des Komplementaritätsregimes befasste sich ein informelles Expertenpapier, das vom IStGH in Auftrag gegeben worden war und bald nach der Einrichtung des Gerichts veröffentlicht wurde. Es identifizierte zwei Leitsätze: Partnerschaft und Wachsamkeit. Sie sind außerordentlich wichtig, da sie dem Komplementaritätsregime Möglichkeiten eröffnen, die wahrscheinlich über das hinausgehen, was von den Verfassern des Rom-Statuts vorhergesehen und beabsichtigt war. Wie wir sehen werden, ist der Begriff Partnerschaft nicht eindeutig. Das Büro des Anklägers selbst bemerkte, dass – obwohl das IStGH ein Strafgerichtshof sei – „Menschenrechtsstandards bei der Beurteilung, ob [nationale] Verfahren ernsthaft durchgeführt werden, weiterhin relevant und nützlich sind“.¹⁵ Regionale Menschenrechtsgerichtshöfe,

vor allem der Afrikanische Gerichtshof, dürfen ihre Gerichtsbarkeit in Belangen des internationalen Strafrechts daher als weniger eingengt betrachten.

Die inhaltlichen Grundlagen des Grundsatzes der Komplementarität

Zu beachten ist, dass der Begriff Komplementarität im Rom-Statut, das ihn gewissermaßen geboren hat und für das er bislang *sui generis* steht, weder definiert ist, noch dort auftaucht.¹⁶ Die Verfasser waren klug genug, die noch reifende, Komplementarität zugrundeliegende Idee nicht zu begrenzen, sodass sie weiterentwickelt werden kann. Die Idee der rechtlichen Substitution, die dem Begriff der Komplementarität zugrunde liegt, ist für das internationale Strafrecht nicht neu.¹⁷ Es ist als Prinzip *aut dedere aut judicare*, Ausweisung oder Strafverfolgung, gut eingeführt; danach hat ein Staat die Pflicht auszuweisen, wenn er eine Tat nicht strafrechtlich verfolgt. Es ist in Verträgen über Ausweisung und Rechtshilfe in Strafsachen sowie in multilateralen Konventionen zu internationalen Verbrechen zu finden. Darüber hinaus wird *aut dedere aut judicare* mit dem Begriff der universellen Gerichtsbarkeit verstärkt; letzterer erfasst die Daseinsberechtigung des IStGH am besten. Tatsächlich geht der Grundsatz der Komplementarität noch einen Schritt weiter und fordert „entweder nationale Strafverfolgung oder Zulässigkeit“ (der IStGH-Strafverfolgung). Dabei lässt er dem betreffenden Staat die Wahl. Meine Überlegungen fügen dem Ansatz eine weitere Dimension hinzu, nämlich, dass der Grundsatz der Komplementarität unter bestimmten Bedingungen erweitert werden und regionale und subregionale Zwischenebenen der Rechtsprechung einschließen kann. Afrika kann der erste und am besten geeignete Testfall sein. Im Folgenden erkläre ich warum.

Die veränderte Haltung Afrikas gegenüber dem IStGH: Fragen der Folgebereitschaft

Da die afrikanischen Staaten das Rom-Statut am raschesten unterzeichneten und ratifizierten, stellen sie auch die Mehrheit der IStGH-Mitgliedsstaaten. Gleichzeitig sind es die afrikanischen Staaten, gegen die der IStGH bisher nahezu alle Anklagen erhoben hat. Auch die erste und bisher einzige Verurteilung betraf einen Afrikaner.¹⁸

Vor diesem Hintergrund hat sich die ursprüngliche afrikanische Unterstützung sowohl für das internationale Strafrecht als auch für den IStGH in einen direkten Angriff auf den IStGH verwandelt. In der Praxis traf die IStGH-Arbeit auf Widerstand, ja auf Obstruktion. Die Angriffe richteten sich zu einem Gutteil gegen das Büro des Anklägers, aber auch auf den UN-Sicherheitsrat. Um die politische Unparteilichkeit des Gerichts zu stärken und dem Gericht die größtmögliche politische Unterstützung zu sichern, machte die Afrikanische Union (AU) 2010 den Vorschlag, eine Bestimmung im Statut so zu ändern, dass neben dem UN-Sicherheitsrat auch die UN-Vollversammlung in das Gerichtsverfahren eingreifen kann.¹⁹ Allerdings wird damit nicht die für eine erfolgreiche Anwendung des Komplementaritätsprinzips wesentliche Bedingung geschaffen. Dies ist die regionale Anbindung des IStGH-Regimes, der ich mich nun zuwende.

Fragen zur regionalen Anbindung des IStGH-Regimes

Der *dualistische* Grundsatz der Komplementarität steht unter einer inhärenten Spannung, die auf mehrere Probleme zurückzuführen ist. Dabei geht es um die „Straflosigkeitlücke“ und Vorschläge, anders mit ihr umzugehen als bei internationalen *Ad-hoc*-Gerichten oder internationalisierten Gerichten. Die „Straflosigkeitlücke“

zeigt sich nach dem früheren IStGH-Chefankläger²⁰ in dem unerwünschten Szenario, dass sich die Strafverfolgung auf die Täter mit der größten Verantwortung konzentriert, während andere Straftäter außerhalb der Reichweite der Justiz bleiben. Ironischerweise ist genau das Gegenteil passiert: Gerade jene, die die schwerste Verantwortung tragen, haben sich der Justiz entziehen können. Dies vergrößerte die „Straflosigkeitlücke“ weit über alle Erwartungen und rückte die Menschenrechtsaspekte des internationalen Strafrechts in den Fokus, insbesondere die Universalität der Menschenrechte, die die Menschenrechtsverträge und das Rom-Statut schützen sollen.

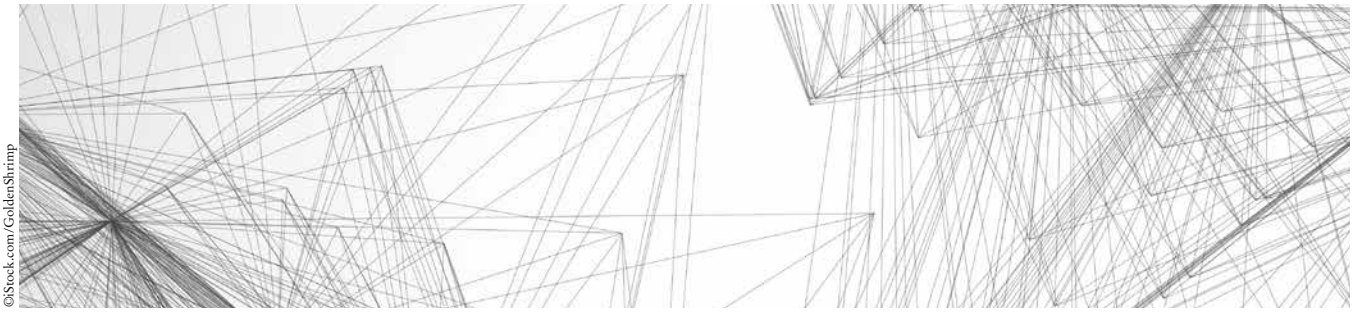
Die Vorschläge zur Schließung der Straflosigkeitlücke variieren, sie reichen von international-universalen bis lokal-globalen Mechanismen, von westlichen bis zu nicht-westlichen, von formal institutionalisierten bis zu informellen. Fast intuitiv haben Experten sich entschieden, den IStGH mit internationalisierten (hybriden) Gerichten und internationalen *Ad-hoc*-Gerichten zu vergleichen.²¹ Obwohl die Einrichtung des IStGH diese (mit vielen Schwächen behafteten) Gerichte überflüssig machen sollte, könnte ein internationalisierter (hybrider) Strafgerichtshof eine Ausweichlösung sein, wenn die nationale Strafgerichtsbarkeit unwillig oder unfähig ist, ihre Verpflichtungen nach dem Rom-Statut zu erfüllen und der IStGH seine Gerichtsbarkeit nicht ausüben kann. Staatliche Zusammenarbeit mit internationalisierten Rechtsinstitutionen widerspricht dem Rom-Statut durchaus nicht. Es ermutigt die Bündelung der Kräfte von IStGH, nationalen Justizbehörden und Opfern, wenn die Umstände die Einrichtung einer IStGH-Gerichtsbarkeit erfordern. Tatsächlich wollte der IStGH gerade staatliche Zusammenarbeit, als er die Bedeutung von Partnerschaft unter den verschiedenen Akteuren betonte.

Andere Mechanismen

Neben dem Justizsystem gibt es andere, außergerichtliche Mechanismen, um die international strafwürdige Verantwortung des Einzelnen zu ermitteln und Konsequenzen abzuleiten. Dazu gehören etwa nicht-strafrechtliche oder nicht-vergeltende Formen der Gerechtigkeit. Diese fungieren gleichsam als potenzielle Schlingen, die sich um den Hals von Tätern schwerer internationaler Verbrechen zusammenziehen; sie sind auch geeignet, die Straflosigkeitlücke national und international zu verringern oder zu schließen. Dass diese Formen sozio-politischen Engagements gegenüber internationalen Verbrechen vom internationalen Strafrecht berücksichtigt werden müssen, ist bereits Konsens und lässt sich an der Tatsache ablesen, dass ein entsprechender Diskurs schon eine beträchtliche Zeit lang geführt wird. Die Frage ist also, ob sie in den Grundsatz der Komplementarität eingebaut werden können und wenn ja, wie. Wenn dies möglich ist, könnten sie sowohl zur Glaubwürdigkeit als auch zum globalen Charakter des Völkerrechts beitragen. Ich wende mich nun dieser Frage zu, die im Mittelpunkt meiner Argumentation steht.

Die erweiterte Anwendung des Grundsatzes der Komplementarität

Ich habe diesen Beitrag mit der These begonnen, dass der Grundsatz der Komplementarität durch eine Erweiterung von einer dualistischen zu einer dreiteiligen Architektur profitieren könnte. Ein wichtiges Merkmal der regionalen und intermediären Gerichtsbarkeit ist ihre Fähigkeit, auch außergerichtliche Mechanismen in ein *prima facie* rein formelles Rechtsprechungsorgan zu integrieren. Dies war ein Grund für die zunehmende Anziehungskraft regionaler Rechtsinstitutionen, unter ihnen der Afrikanische Gerichtshof, der jüngste neben zwei anderen



regionalen Menschengerichtshöfen, dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und dem Inter-amerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte. Auf dem Papier ist der Afrikanische Gerichtshof die fortschrittlichste, weil seine Verfassung dem neuesten Stand der internationalen Menschenrechtsnormen entspricht.

Die Umleitung von Recht hat Grenzen, doch könnten regionale Gerichte auch als „Vermittlungsagenten“ für das internationale Strafrecht attraktiv werden, indem sie die Distanz zwischen nationalen Gerichten und dem IStGH bei der Rechtsumsetzung überbrücken. Ihr Potenzial hängt von der Interpretation der Idee der Partnerschaft ab, die vom Rom-Statut selbst (in Artikel 87: „Ersuchen um Zusammenarbeit“) eingeführt wurde. Paragraf 6 lautet: „Der Gerichtshof kann jede zwischenstaatliche Organisation ersuchen, Informationen oder Unterlagen zur Verfügung zu stellen. Das Gericht kann auch für andere Formen der Zusammenarbeit um Unterstützung bitten, die mit der Organisation vereinbart werden können und die mit ihrer Zuständigkeit oder mit ihrem Mandat vereinbar sind.“

Die grundsätzliche Frage betrifft die Umstände, unter denen ein regionaler Gerichtshof als besser geeignet betrachtet werden kann, über einen Rom-Statut-Fall zu verhandeln als ein nationales Gericht oder der IStGH. Mit anderen Worten: gibt es Fälle, in denen ein regionales Gericht *de facto* Vorrang gegenüber dem nationalen Gericht und dem IStGH haben sollte?

Dies ist in erster Linie eine nicht-juristische Frage. Die Antwort liegt in den gegebenen kulturellen, sozialen, politischen, institutionellen (darunter Kapazitäts-) und anderen Umständen. Sie muss Bedenken ausräumen, die sich im Zusammenhang mit internationalisierten und internationalen Gerichten einschließlich des IStGH im Hinblick auf Legitimität und Effektivität stellen. Regionale Gerichte spiegeln regionale Normen und sind darauf gerichtet, einer bestimmten Öffentlichkeit zu dienen. Sie bestätigen zum einen internationale Normen, bedienen zum anderen aber eine regionale Nische.

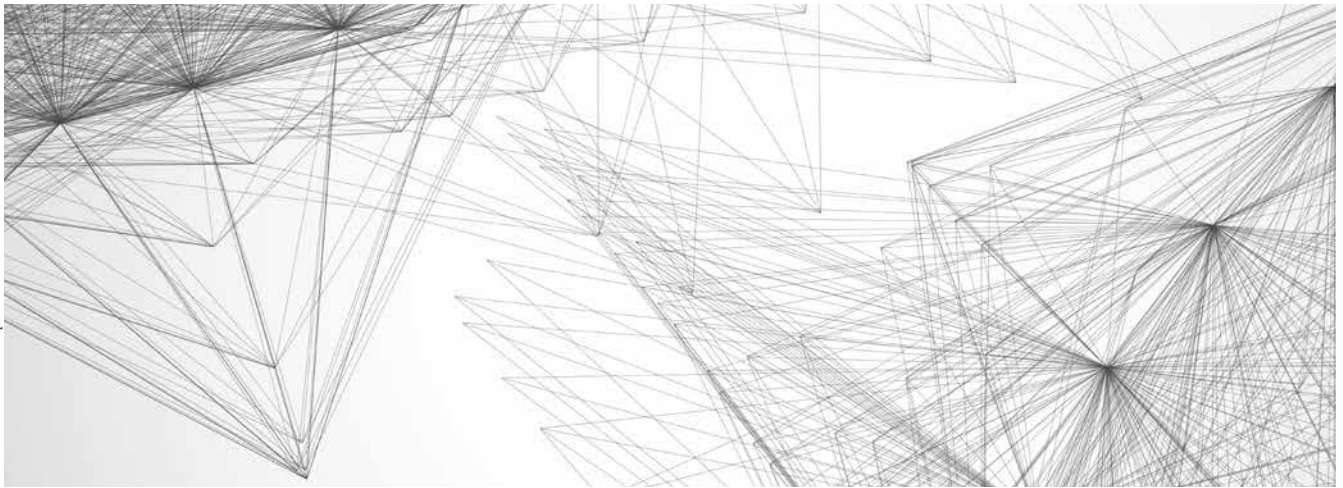
Die Verbindung des Grundsatzes der Komplementarität mit regionalen Gerichten wirft auch die Frage auf, ob bei Abwesenheit regionaler Strafgerichtshöfe regionale Menschenrechtsgerichtshöfe *per se* rechtlich *ratione materiae* qualifiziert sind, als Gerichtsinstanzen über Vergehen nach internationalem Strafrecht zu verhandeln.

Ein weiterer Aspekt ist das Verhältnis des regionalen Gerichts zu anderen internationalen Organisationen, hier zum IStGH. Wie werden die Architekturen und Verfahren von IStGH und regionalem Gericht ineinandergreifen? Das regionale Gericht könnte als lokaler Übersetzer des IStGH betrachtet werden. Die regionale und lokale Legitimität des internationalen Strafrechts, möglicherweise auch die des IStGH, könnte damit erhöht und politische Spannungen, die mit der Arbeit eines „fremden“ Gerichts verknüpft sind, könnten abgebaut werden. Auch Verwaltung und Rechtspre-

chung des IStGH könnten durch das Zusammenwirken mit dem regionalen Gericht gewinnen.²² Indem das regionale Gericht dem IStGH einen Teil seiner Arbeit abnimmt, könnte es darüber hinaus möglicherweise zur Verkürzung der Prozessliste beitragen. Schließlich könnten regionale Gerichte mit ihrer richterlichen Kompetenz dazu beitragen, dass die Strafflosigkeitslücke geschlossen wird, und bei nationalen Rechtsreformen und dem Aufbau rechtlicher Handlungsfähigkeit einen Beitrag leisten.

Summary

Much of the reticence on the part of African states to comply with their ICC obligations, criticism of the Court by the AU, and its legitimacy deficit, is attributable to the compromise reached in the current formula of the Principle of Complementarity (PoC). This central jurisdictional provision in the Rome Statute establishes the Court's jurisdiction as complementary to the primary jurisdiction of the State. However, it is by now evident that the PoC suffers from acute tension inherent to its exclusivist dualist formula, limiting the choice of jurisdiction as between two actors only — the State and the Court; and that the Principle has so far failed to frustrate the 'impunity gap' to which the ICC was designed to put an end. In this paper, I propose to overcome this impediment by expanding the application of the PoC to also include the jurisdiction



©Stock.com/GoldenShrimp

of regional courts, in this case, the African Court on Human and Peoples' Rights. The latter could serve as a 'mediating agent' bridging deep chasm separating national courts and the ICC by incorporating regional judiciary and non-judiciary mechanisms as tools to implement the ICC international criminal law.

Anmerkungen

- 1) Dieser Beitrag beruht auf einem Artikel, der 2015 am Käte Hamburger Kolleg veröffentlicht wurde (Gal-Or 2015). Dieser Artikel wurde überarbeitet, von Thomas Siebold übersetzt und von Thomas Junker redaktionell bearbeitet.
- 2) Gal-Or 2010; International Law Association 2010; International Law Association 2012; International Law Association 2014
- 3) McCormick 2014
- 4) UN 2004
- 5) Abiew/Gal-Or 2015 i.E.
- 6) Sein Nachfolger, der Afrikanische Gerichtshof für Gerechtigkeit und Menschenrechte (African Court of Justice and Human Rights), muss erst noch errichtet werden.
- 7) Afrikanische Union 1998
- 8) Huneeus 2013
- 9) Schabas 2009–2010
- 10) Gal-Or 2015a; Abiew/Gal-Or 2015 i.E.
- 11) UN 2002
- 12) Cassese 2004
- 13) Olásolo 2005
- 14) Akhavan 2005; Hansen 2012
- 15) ICC-OTP 2003: 8 f.
- 16) Newton 2010
- 17) Kress 2009; Bentekas 2010
- 18) Die Berufung Thomas Lubangas wurde im Dezember 2014 abgelehnt.
- 19) Goitom 2010
- 20) ICC-OTP 2003
- 21) Benzig/Bergsmo 2004; Pellet 2004
- 22) Huneeus 2013

Literatur

- Abiew, Francis K./Noemi Gal-Or (2015 i.E.): International responsibility of the AOG in International Law: Is there a Case for an African Approach? In: Gal-Or, Noemi/Math Noortmann/Cedric Ryngaert (Hrsg.): Responsibilities of the Non-State Actor in Armed Conflict and the Market Place: Theoretical Considerations and Empirical Findings. Leiden: Koninklijke Brill NV. 347–370.
- Afrikanische Union (1998): Protocol to the African Charter on Human and Peoples' Rights on the Establishment of an African Court on Human and Peoples' Rights (Protocol for Establishment of an African Court), CAB/LEG/665, angenommen 9. Juni 1998, in Kraft getreten 1. Januar 2004, <http://www.achpr.org/instruments/court-establishment>, Zugriff 11.07.2014.
- Akhavan, Payam (2005): The Lord's Resistance Army Case: Uganda's Submission of the First State Referral to the International Criminal Court. In: American Journal of International Law, 99 (2). 403–21.
- Bentekas, Ilias (2010): International Criminal Law, 4th ed., Oxford: Hart.
- Benzig, Markus/Morten Bergsmo (2004): Some Tentative Remarks on the Relationship Between Internationalized Criminal Jurisdictions and the International Criminal Court. In: Romano, Cesare P. R./Andre Nollkaemper/Jann A. Kleffner (Hrsg.): Internationalized Criminal Courts and Tribunals. Oxford: Oxford University Press. 407–16.
- Cassese, Antonio (2004): The Role of Internationalized Courts and Tribunals in the Fight Against International Criminality. Oxford: Oxford University Press.
- Gal-Or, Noemi (2010): Observations on the Desirability of an Enhanced International Legal Status of the Non-State Actor. In: Noortmann, Math/Cedric Ryngaert (Hrsg.): Non-State Actor Dynamics in International Law: From Law Taking to Law Making? Aldershot: Ashgate. 125–49.
- Gal-Or, Noemi (2015a): Africa's Response to r2p. In: Global Responsibility to Protect, 7(1), 3–30.
- Gal-Or, Noemi (2015b): The ICC Principle of Complementarity: A Challenge for Global Cooperation in Transitional Justice. In: Gal-Or, Noemi/Birgit Schwellling (Hrsg.): Global Cooperation in Transitional Justice: Challenges, Possibilities, and Limits. Global Dialogues 6. Duisburg: Käte Hamburger Kolleg/Centre for Global Cooperation Research (KHK/GCR21). 37–44.
- Goitom, Hanibal (2010): African Union: Amendment to Rome Statute of International Criminal Court Sought. Law Library of Congress, Global Legal Monitor, http://www.loc.gov/lawweb/servlet/lloc_news?disp3_l205401816_text, Zugriff 11.07.2014.
- Hansen, Thomas Obel (2012): A Critical Review of the ICC's Recent Practice Concerning Admissibility Challenges and Complementarity. In: Melbourne Journal of International Law, 13. 187–217.
- Huneeus, Alexandra (2013): International Criminal Law by Others: The Quasi-criminal Jurisdiction of the Human Rights Courts. In: American Journal of International Law, 107 (1). 1–44.
- ICC-OTP (2003): The Principle of Complementarity in Practice, Informal Expert Paper, <http://www.icc-cpi.int/NR/rdonlyres/20BB4494-70F9-4698-8E30-907F631453ED/281984/complementarity.pdf>, Zugriff 11.07.2014.
- International Law Association (2010): Non State Actors in International Law: Aims Approaches and Scope of Project and Legal Issues. First Report of the ILA Committee on Non-State Actors, The Hague Conference, <http://www.ila-hq.org/en/committees/index.cfm/cid/1023>, Zugriff 11.07.2014.
- International Law Association (2012): Non State Actors in International Law: Lawmaking and Participation Rights. Second Report of the ILA Committee on Non State Actors, Sofia Conference (2012), <http://www.ila-hq.org/en/committees/index.cfm/cid/1023>, Zugriff 11.07.2014.
- International Law Association (2014): Non State Actors, Draft Third Report of the ILA Committee on Non State Actors, Washington Conference (2014), <http://www.ila-hq.org/en/committees/index.cfm/cid/1023>, Zugriff 11.07.2014.

- Kress, Claus (2009): Reflections on the Iudicare Limb of the Grave Breaches Regime. In: *Journal of International Criminal Justice*, 7. 944–48.
- McCormick, Ty (2014): Will Congo's Rebels Finally Come in From the Cold? In: *Foreign Policy*, 10 July, <http://foreignpolicy.com/2014/07/10/will-congos-rebels-finally-come-in-from-the-cold/>, Zugriff 28.05.2015.
- Newton, Michael A. (2010): The Complementarity Conundrum: Are We Watching Evolution or Evisceration? In: *Santa Clara Journal of International Law*, 8 (1). 115–64.
- Olásolo, Hector (2005): The Triggering Procedure of the International Criminal Court, Procedural Treatment of the Principle of Complementarity, and the Role of the Office of the Prosecutor. In: *International Criminal Law Review*, 5. 121–46.
- Pellet, Alain (2004): Internationalized Courts: Better Than Nothing... In: Romano, Cesare P. R./Andre Nollkaemper/Jann A. Kleffner (Hrsg.): *Internationalized Criminal Courts and Tribunals*. Oxford: Oxford University Press. 437–44.
- Schabas, William A. (2009–2010): Victor's Justice: Selecting „Situations“ at the International Criminal Court. In: *The John Marshall Law Review*, 43. 535–52.
- UN (2002): United Nations Diplomatic Conference of Plenipotentiaries on the Establishment of an International Criminal Court, Rome, 15 June–17 July 1998, Official Records, Volume II; Summary records of the plenary meetings and of the meetings of the Committee of the Whole & Volume III, Reports and other documents, New York: United Nations, <http://legal.un.org/icc/rome/proceedings/contents.htm>, Zugriff 11.07.2014.
- UN (2004): Rome Statute of the International Criminal Court, A/CONF.183/9, United Nations Treaty Series, Vol. 2187, No. 38544, angenommen 17. Juli 1998, in Kraft getreten 1. Juli 2002, New York: United Nations, <https://treaties.un.org/doc/publication/UNTS/Volume%202187/v2187.pdf>, Zugriff 28.05.2015.

Die Autorin

Noemi Gal-Or ist Professorin für Politikwissenschaft und internationales Recht an der Abteilung für Politikwissenschaft der Kwantlen Polytechnic University in Surrey, Kanada. Sie veröffentlichte zahlreiche Publikationen in Bereichen wie internationales Recht (Handel und Investitionen, Streit-schlichtung, Verantwortung, humanitäres Völkerrecht, Menschenrechte, Strafrecht und Status nichtstaatlicher Akteure); internationale Organisationen (UN, WTO); internationale politische Ökonomie; regionale Integration (EU, NAFTA, FTAA, TPP); Sicherheit, Terrorismus, Konfliktlösung, öffentliche Ordnung, Migration und Gender. Zu einigen dieser Themen beriet sie den Generalstaatsanwalt Kanadas und die Regierung

Israels. Noemi Gal-Or ist in der kanadischen Anwaltskammer (CBA) als stellvertretende Vorsitzende der nationalen Abteilung für internationales Recht und als Chefredakteurin der dazugehörigen Zeitschrift *Canadian International Lawyer* tätig. Zudem ist sie Mitglied des gemeinsamen Ausschusses für Korruptionsbekämpfung der CBA. Sie ist Vizepräsidentin für Forschung im Verwaltungsrat der International Law Association (ILA) Kanada, welche sie u.a. in den Ausschüssen für nichtstaatliche Akteure, Gewaltanwendung, Feminismus und internationales Recht sowie Komplementarität vertritt. Außerdem ist sie Vorstandsmitglied der *International Association of Jewish Lawyers and Jurists*. Von Oktober 2013 bis April 2014 war Noemi Gal-Or als Senior Fellow am Käte Hamburger Kolleg.



Der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) ist in den letzten Jahren stark dafür kritisiert worden, sich bei der Strafverfolgung allein auf den afrikanischen Kontinent zu konzentrieren. Tatsächlich ist das dem IStGH zugrunde liegende völkerrechtliche Übereinkommen ein Kompromiss, der alles andere als perfekt ist. Es wird in Zukunft darauf ankommen, die Akteure zu benennen, die bei der Aktivierung des Gerichtssystems relevant sind.

Selektive Strafverfolgung?

Warum der Internationale Strafgerichtshof
einen besseren Auslösungsmechanismus braucht¹

Von Ignaz Stegmiller

Als der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) eingeführt wurde, galt er als Erfolgsgeschichte staatlicher Zusammenarbeit. In jüngerer Vergangenheit ist die Institution jedoch sehr dafür kritisiert worden, ihre Strafverfolgung auf den afrikanischen Kontinent zu konzentrieren. Statt mit dem Gerichtshof zusammenzuarbeiten haben einige Staaten ihre Haltung geändert, widersetzen sich nun den IStGH-Aktivitäten und stellen seine Legitimität infrage. Ein zentraler Aspekt ist der Mechanismus, der eine IStGH-Intervention auslöst.

Der IStGH entwickelte sich durch ein völkerrechtliches Übereinkommen von Staaten, wobei in den

Verhandlungen ein Verfahrenskompromiss erzielt wurde, der sich im Statut des IStGH, dem sogenannten Rom-Statut, niederschlägt. Doch dieses Abkommen ist durchaus nicht perfekt. Um den IStGH und seine Position im internationalen Strafjustizsystem angemessen bewerten zu können, müssen die Akteure benannt werden, die bei der Aktivierung des Gerichtssystems relevant sind.

Das Auslösen einer IStGH-Intervention

Der Begriff „Auslösungsmechanismus“ (trigger mechanism) wurde im Verlauf der Einrichtung des IStGH eingeführt. Zwei wesentliche

Themenkomplexe mussten dabei unterschieden werden: erstens die Frage der Zuständigkeit und, erst in einem zweiten Schritt, das Auslösen des Systems.² Die Artikel 13, 14 und 15 des Rom-Statuts³ bestimmen den Auslösungsmechanismus des IStGH. Das Büro des Anklägers arbeitet nach strengen Verfahrensvorschriften. Seine Aktivität wird durch Überweisung (referral) des UN-Sicherheitsrates, eine Staatenüberweisung oder *proprio motu* (von Amts wegen) vom Ankläger selbst „ausgelöst“. Überweisungen durch Staaten schließen auch Eigenüberweisungen ein, also Überweisungen des Staates, auf dessen Territorium ein Konflikt stattfand oder noch

stattfindet.⁴ Die Zusammenarbeit zwischen den Staaten und dem Büro des Anklägers führte dazu, dass in der ersten Zeit Eigenüberweisungen sogar ermutigt wurden. Bevor Fragen der Legitimität behandelt werden, muss daher die Praxis der Staateneigenüberweisungen näher untersucht werden.

Eigenüberweisungen in der Praxis

Überweisungen an den IStGH durch Staaten werden in den Artikeln 13 (a) und 14 des Rom-Statuts behandelt. Zunächst ging man von einer geringen Relevanz dieser Verfahrensvariante aus; die Praxis hat diese Erwartungen jedoch widerlegt. Tatsächlich gründen vier von acht Verfahren vor dem IStGH auf Eigenüberweisungen (Uganda, Demokratische Republik Kongo, Zentralafrikanische Republik und Mali). Wie weiter unten gezeigt werden wird, sind Eigenüberweisungen nach dem Rom-Statut zwar *rechtlich* zulässig, laufen jedoch aus *politischer* Perspektive Gefahr, die öffentliche Wahrnehmung des IStGH als Institution zu beschädigen.

Überweisungen von Vertragsstaaten können in zwei Kategorien unterteilt werden: Überweisungen von Dritten und Eigenüberweisungen. Staateneigenüberweisungen sind Überweisungen von Vertragsstaaten in einer Situation, in der Verbrechen, die in die Zuständigkeit des Gerichts fallen, auf dem Territorium dieses Vertragsstaats stattgefunden zu haben scheinen. Das Büro des Anklägers (Office of the Prosecutor OTP) ermutigte sogar zu solchen freiwilligen Eigenüberweisungen.⁵ Alle vier Überweisungen nach Artikel 14 sind solche Staateneigenüberweisungen. Im Fall von Uganda verwies der ugandische Präsident die „die LRA [Lord's Resistance Army] betreffende Lage“ 2004 an den IStGH.⁶ Eine zweite Überweisung betrifft die Lage in der Demokratischen Republik Kongo (DR Kongo).⁷ Eine dritte Eigenüberwei-

sung erhielt der Chefankläger 2005 im Namen der Zentralafrikanischen Republik⁸ und eine vierte traf 2012 von Mali ein.⁹ Eine fünfte Eigenüberweisung von den Komoren „in Bezug auf den israelischen Überfall am 31. Mai 2010 auf die Flottille mit humanitärer Hilfe für den Gaza-Streifen [...]“, bei dem ein komorisches Schiff betroffen war,¹⁰ wurde vom Büro des Anklägers geprüft. Die Voruntersuchungen wurden jedoch im November 2014 mit einer negativen Entscheidung ohne weitere Verfahrenseinleitung geschlossen.¹¹ Angesichts der jüngeren Entwicklungen und eines Beitritts Palästinas zum IStGH-Statut bleibt abzuwarten, wie sich diese Konfliktsituation weiterentwickelt und ob der IStGH nicht doch tätig wird.

Zu beachten ist ferner auch, dass das Büro des Anklägers im Fall von Kenia ursprünglich eine Eigenüberweisung favorisierte.¹² Dies steht in Übereinstimmung mit dem Ansatz des Anklägers, Staaten zu ermutigen, Konflikte selbst an das Gericht zu überweisen. Nun mag man fragen, inwieweit die „Ermutigung“ willkommen ist und welcher (politische) Druck auf die selbstüberweisenden Staaten ausgeübt wird. Die Praxis der Eigenüberweisung an sich begründet keine rechtlichen Zweifel im Rechtsrahmen des IStGH. Trotz der unklaren Entstehungsgeschichte ist die Terminologie „Überweisung“ und „überweisen“ (im Gegensatz zu „Klage“) neutral und erlaubt es *prima facie* jedem Vertragsstaat zu handeln, unabhängig davon, ob der Staat, auf dessen Territorium der Konflikt stattgefunden hat, Vertragspartei des Rom-Statuts ist oder nicht. Im Lubanga-Fall entschied die Vorverfahrenskammer I: „[...] die Eigenüberweisung der DR Kongo scheint mit dem eigentlichen Zweck des Komplementaritätsregimes übereinzustimmen [...]“. „¹³ Die Möglichkeit der Eigenüberweisung wurde von der Berufungskammer in der Sache Katanga und Chui bekräftigt, als sie feststellte, dass „das Statut keinen Staat davon abhält, auf

seine Zuständigkeit zugunsten des Gerichts zu verzichten“.¹⁴

Eine andere Frage ist, ob aus einer politischen Perspektive Staateneigenüberweisungen ermutigt werden *sollten*. WissenschaftlerInnen bewerten die Praxis kritisch, weil sie befürchten, dass die Glaubwürdigkeit und Unabhängigkeit des IStGH Schaden nehmen könnte.¹⁵ Einseitige Überweisungen sind geeignet, den Vorwurf voreingenommener Ermittlungen gegen eine Konfliktpartei auszulösen, auch wenn das Büro des Anklägers nachdrücklich betont, dass beide Seiten dem Gerichtsverfahren unterliegen. Vor Ort herrscht der Eindruck, dass das Gericht instrumentalisiert worden ist. Selbst wenn der Ankläger eine Neubewertung vornimmt – wie im Fall Uganda, wo der frühere Chefankläger betonte, dass nicht nur Verbrechen der Lord's Resistance Army, sondern auch die der Regierung untersucht würden –, riskiert der IStGH den Eindruck der Parteilichkeit, wenn er eine Überweisung einer Seite akzeptiert. Das *proprio motu*-Vorgehen nach Artikel 15 des Rom-Statuts kann daher die bessere Wahl in Situationen sein, in denen der IStGH die Anwendung gleicher Standards gegenüber mehreren Parteien unter Beweis stellen muss. Dies bringt jedoch den enormen Nachteil mit sich, die Kooperationsbereitschaft des fraglichen Staates verlieren zu können. Fälle wie Darfur (Sudan) und Kenia sind offenkundige Beispiele dafür, wie IStGH-Handeln in eine Sackgasse führen kann. In beiden Ländern zielten die Ermittlungen der Anklage auf amtierende Staatsoberhäupter und konnten nicht auf irgendeine Unterstützung vor Ort zurückgreifen. So scheinen Eigenüberweisungen, auch wenn sie rechtlich möglich sind, ein politisch heikles Instrument bei der Auslösung einer IStGH-Intervention zu sein. Es stellt sich daher die Frage, in welchem Umfang der Sicherheitsrat und andere Staaten bereit sind, aktiv mit dem IStGH zusammenzuarbeiten und ihn dabei zu unterstützen, das internationale Strafrechtssystem zu stärken.

Zweifel an der Legitimität des Gerichts

Wachsende Skepsis gegenüber dem IStGH führt dazu, dass sein Handeln infrage gestellt wird. Nach Ansicht des Autors sollte daher die rechtliche von der politischen Legitimität seines Handelns unterschieden werden. Die innere Legitimität, also das rechtliche Handeln durch IStGH-Akteure, ist positiv zu bewerten, wohingegen die äußere (politische) Legitimität des IStGH gefährdet ist. Der Grund für letzteres liegt vor allem darin, so die KritikerInnen, dass der frühere Chefankläger Eigenüberweisungen ermutigt und sie als Allheilmittel betrachtet habe. Andere Gründe für die schwache politische Legitimität finden sich in der Struktur und den begrenzten Kompetenzen des IStGH. Aus der Sicht des Autors sind einige Argumente unbegründet und durch politische Kampagnen gegen den IStGH motiviert. Die kenianische Seite versucht Strafverfolgung zu unterbinden, Verfahren zu verzögern und verhandelt mit der Anklage über politische Prozessabsprachen.¹⁶ Letztlich war diese Taktik (teilweise) erfolgreich und hat zu Einstellungen, beispielsweise im Verfahren gegen Kenyatta, geführt.¹⁷

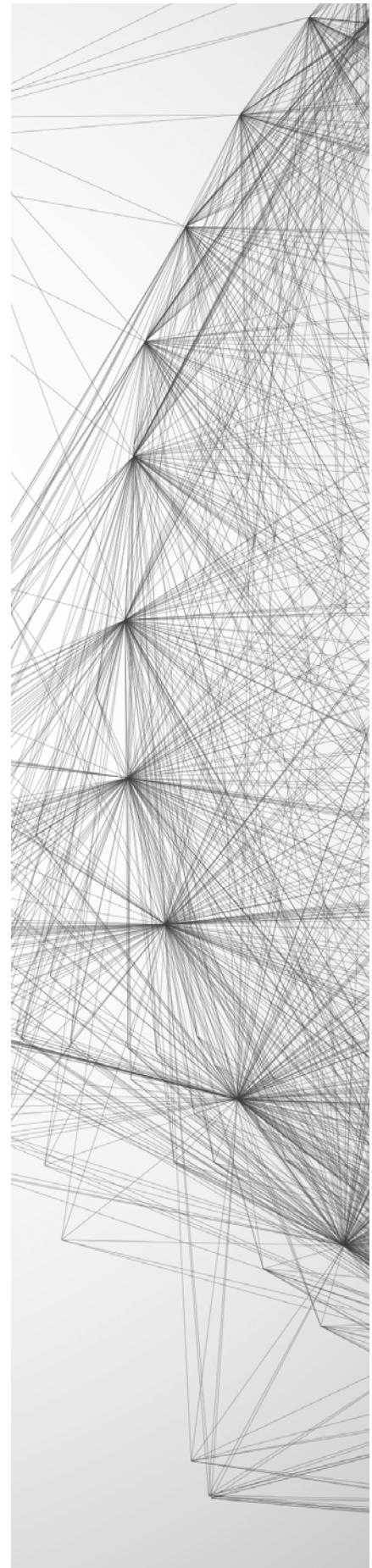
Wie dem auch sei, drei verschiedene Legitimitätsebenen sollten sorgfältig unterschieden und konstruktiv diskutiert werden: (i) die innere Legitimität und das rechtliche Handeln des IStGH, (ii) die äußere Legitimität und politische Unterstützung des Gerichts sowie die staatliche Zusammenarbeit zugunsten des IStGH und (iii) die grundlegende Legitimität des Völkerstrafrechts. Die verschiedenen Argumente müssen den ihnen zugehörigen Bereichen zugeordnet werden. Während zum Beispiel einige Aspekte der inneren Legitimität das Handeln des IStGH und seine Akteure betreffen – das Büro des Anklägers, RichterInnen etc. –, müssen politische Bedenken von anderen Akteuren diskutiert werden: durch die Versammlung der Vertragsstaaten, den

Sicherheitsrat und die Staaten als solche. Die politische Unterstützung für das Konzept des Völkerstrafrechts und des Internationalen Strafgerichtshofes sind eng miteinander verknüpft. Es ist offensichtlich, dass das Modell „IStGH“ scheitert, wenn eine breite Unterstützung nicht wiedergewonnen werden kann. Die Staaten könnten, einer nach dem anderen, den Vertrag verlassen. Die Hoffnung der Opfer auf Gerechtigkeit würde enttäuscht und das Ziel, endlich die Straflosigkeit zu beenden, einen verheerenden Rückschlag erleiden.

Die negative Wahrnehmung des IStGH ist vor allem eine Reaktion auf sein Tätigwerden im Sudan und in Kenia, wo er gegen *amtierende* Staatsoberhäupter vorging. Die damit verbundene Symbolik und natürlich der direkte rechtliche „Angriff“ auf autoritäre Machthaber in Ländern mit unterdrückten Bevölkerungen führten dort zu starker Opposition. Die Angegriffenen entfachten einen Medienkrieg und versuchten, die Institution als solche zu delegitimieren.

Auch ohne diese Opposition ist das internationale Strafrechtssystem weit davon entfernt, perfekt zu sein. Völkerrecht wird nicht gleich angewandt, denn FührerInnen mächtiger Staaten laufen weniger Gefahr, strafrechtlich verfolgt zu werden.¹⁸ Dennoch wird die Annahme, dass AfrikanerInnen unfair behandelt werden, durch die Fakten nicht gestützt,¹⁹ auch wenn alle acht Fälle, die das Stadium von Voruntersuchungsverfahren erreicht haben, den afrikanischen Kontinent betreffen. Es bleibt deshalb die Frage: warum und aus welchen – rechtlichen und politischen – Gründen hat der IStGH bisher nur in afrikanischen Ländern umfassende Ermittlungen durchgeführt?

Die Frage bringt uns an den Anfang dieses Beitrags zurück: Das Bild könnte durch die Tatsache entstehen, dass die Mehrzahl der IStGH-Fälle durch die afrikanischen Staaten selbst überwiesen wurden, was die Behauptung eines „neo-



imperialistischen“ Gerichts in ein anderes Licht rückt.²⁰ Zu beachten ist auch, dass durchaus nicht alle afrikanischen Regierungen und Zivilgesellschaften den IStGH angreifen; einige haben ihre Unterstützung durch aktive Teilnahme an der Überprüfungskonferenz in Kampala bekräftigt.²¹ In der Versammlung der Vertragsstaaten ist weiterhin ein Dialog und eine gleichberechtigte Teilnahme möglich. Änderungen können durch die Vertragsstaaten im Einklang mit den Artikeln 121 bis 123 des Rom-Statuts eingeleitet werden. Sicherlich ist eine konstruktive Zusammenarbeit einem Rückzug aus dem Rom-Statut nach Artikel 127 vorzuziehen.

In der gegenwärtigen Lage hat der IStGH im Hinblick auf Kenia offenbar an Glaubwürdigkeit eingebüßt. Sollte er in Kenia scheitern, läuft der IStGH, der bei den Opfern große Erwartungen geweckt hat,²² Gefahr, dort und andernorts öffentliches Vertrauen zu verlieren. Ein besonderer Grund für den begrenzten Erfolg in Kenia könnte in mangelhafter Öffentlichkeitsarbeit und dem Fehlen eines Kommunikationsplanes liegen.²³ Weder in Kenia noch im Nachbarland Tansania gibt es ein Büro für Öffentlichkeitsarbeit und Bürger in Kenia haben es nicht leicht, sich mit IStGH-Verfahren vertraut zu machen.²⁴ Es erscheint dringend, hier Abhilfe zu schaffen.

Eigenüberweisung, Überweisung durch andere Staaten, durch den Sicherheitsrat oder *proprio motu*

Das Instrument staatlicher Überweisung wurde in den ersten Jahren des IStGH, als das Gericht seine Arbeit aufnahm, häufig genutzt. Im Vergleich dazu wurde das *proprio motu*-Vorgehen vom früheren Chefankläger zögerlich gehandhabt. Im Unterschied zu Überweisungen durch Staaten und den Sicherheitsrat riskierten *proprio motu*-Verfahren die freiwillige staatliche Zusammenarbeit und die Unterstützung des Sicherheitsrats zu verlieren; auch haben Dritte bisher wenig Interesse

gezeigt, das Büro des Anklägers zu unterstützen, wenn es gegen den Willen eines Staates handelte. Unter dem Gesichtspunkt der Zusammenarbeit erscheinen daher Überweisungen des Sicherheitsrats das stärkste Instrument zu sein.

Aber auch die Überweisung und Mandatierung durch den Sicherheitsrat erweist sich als problematisch, wenn auch aus anderen Gründen. Der Sicherheitsrat ist letztlich ein politisches Organ. Als der Sudan sich nicht zur Zusammenarbeit bereit zeigte, trugen auch die Afrikanische Union (AU) und afrikanische Staaten dazu bei, den angeklagten Staatschef zu schützen. Im Fall Syrien wurde nie eine Überweisung erreicht. Die Überweisung durch den Sicherheitsrat nach Artikel 13 (b) des Rom-Statuts ermächtigt den Sicherheitsrat, den IStGH nach seiner eigenen Agenda zu nutzen. Überweisungen durch Staaten, die durch „Ermutigung“ zustande kommen, sind eher staatszentriert und setzen eine freiwillige Zusammenarbeit mit dem Gericht voraus. Sie reflektieren zugleich eine einseitige Sicht auf Gerechtigkeit, besonders wenn eine frühere Konfliktpartei den Staat in der Nachkonfliktphase repräsentiert. Denn es ist kaum wahrscheinlich, dass Angeklagte, die nach einem Regimewechsel der Regierung angehören, vor Gericht gestellt werden.

Aus dieser Sicht stellt das *proprio motu*-Verfahren im Vergleich zu den beiden anderen Auslösemechanismen Unparteilichkeit sicher. Doch solange der IStGH nicht über eine ihn stützende Polizei und nur über eingeschränkte Ermittlungsteams verfügt, bleibt mangelnde staatliche Unterstützung ein entscheidender Nachteil.

Letztlich hängt die Präferenz für den einen oder anderen Auslösemechanismus von der gegebenen Konfliktsituation und den aktuellen Konstellationen in der internationalen Politik ab. Auch die Persönlichkeit des Chefanklägers und die vom Büro des Anklägers getroffenen strategischen Entscheidungen spielen

eine Rolle. Die für die Legitimität des IStGH entscheidende Frage ist, ob der Rechtsrahmen des Gerichts angepasst werden sollte. Ein konstruktiver Ansatz muss hier verschiedenste Akteure einbeziehen und deren Kritik anhören; die Akteure wiederum müssen ihre Kritik verständlicher formulieren und ihre (berechtigten) Gründe klarer benennen.

Summary

When the International Criminal Court was established in 1998, it was labelled a success story of state cooperation. More recently, the ICC has been much criticized for focusing its prosecution activities on the African continent. Some states have now changed their attitude and oppose investigations by the ICC. They question the Court's legitimacy and might leave the international setting of the ICC. A core aspect for understanding the ICC's framework goes to the so-called trigger mechanism. It constitutes the procedural tool to activate any ICC intervention. The ICC evolved on the basis of state consent, achieving a procedural compromise reflected in the regulations of the Rome Statute. Yet this treaty is far from being perfect and leads to an imbalance when the Security Council is involved. In order to fairly criticize the ICC and its place in the international criminal system, which requires an identification of the actors relevant to the activation of the Court's system, an understanding of the legal framework is indispensable.

Anmerkungen

1) Dieser Beitrag basiert auf einem Artikel, der 2015 am Käte Hamburger Kolleg veröffentlicht wurde (Stegmiller 2015). Dieser Artikel wurde überarbeitet, von Thomas Siebold übersetzt und von Thomas Junker redaktionell bearbeitet.

2) Stegmiller 2011: 66

- 3) Artikel ohne weitere Angaben sind die des IstGH-Rom-Statuts
- 4) Für eine terminologische Klärung siehe Müller/Stegmiller 2010: 1271.
- 5) OTP 2003
- 6) ICC 2004
- 7) OTP 2004
- 8) OTP 2005
- 9) Government of Mali 2012
- 10) Union of the Comoros 2013
- 11) OTP 2014
- 12) OTP 2009
- 13) Pre-Trial Chamber I 2006: § 35, siehe auch Trial Chamber II 2009: § 79 f.
- 14) Appeals Chamber 2009: § 85
- 15) Arsanjani/Reismann, Michael 2005: 385 f.; Schabas 2010: 305 f.; Apuuli 2006: 179 f.
- 16) Kersten 2013
- 17) Trial Chamber V(B) 2015
- 18) Keppler 2012: 7
- 19) Keppler 2012: 6
- 20) Sing'Oei 2010: 18; Weldehaimanot 2011: 229
- 21) Keppler 2012: 7 f.
- 22) Sing'Oei 2010: 19
- 23) Zum Mangel an Öffentlichkeitsarbeit siehe Tillier 2013: 546 f.
- 24) Sriram/Brown 2012: 241 f.

Literatur

- Appeals Chamber (2009): In the Case of the Prosecutor v. Germain Katanga and Mathieu Ngudjolo Chui. Judgment on the Appeal of Mr Germain Katanga against the Oral Decision of Trial Chamber II of 12 June 2009 on the Admissibility of the Case, (ICC-01/04-01/07 OA 8), 25.09.2009. www.icc-cpi.int/iccdocs/doc/doc746819.pdf, Zugriff 13.05.2015.
- Apuuli, Kasaija (2006): The ICC Arrest Warrants for the Lord's Resistance Army Leaders and Peace Prospects in Northern Uganda. In: *Journal of International Criminal Justice*, 4. 179–87.
- Arsanjani, Mahnouch/Michael Reismann (2005): Developments at the International Criminal Court: The law-in-action of the ICC. In: *American Journal of International Law*, 99. 385–403.
- Government of Mali (2012): Referral letter by the Government of Mali, 13.07.2012, www.icc-cpi.int/NR/rdonlyres/A245A47F-BFD1-45B6-891C-3BCB5B173F57/0/ReferralLetterMali130712.pdf, Zugriff 13.05.2015.
- ICC (2004): ICC – President of Uganda refers situation concerning the Lord's Resistance Army (LRA) to the ICC, (ICC-20040129-44), 29.01.2004, www.icc-cpi.int/en_menus/icc/press_and_media/press_releases/2004/Pages/president_of_uganda_refers_situation_concerning_the_lord_s_resistance_army_lra_to_the_icc.aspx, Zugriff 13.05.2015.
- Keppler, Elise (2012): Managing Setbacks for the International Criminal Court in Africa. In: *Journal of African Law*, 56. 1–14.
- Kersten, Mark (2013): What a mess: ICC Prosecutor seeks delay in Kenya

- trial, 19 December, <http://justiceinconflict.org/2013/12/19/what-a-mess-icc-prosecutor-seeks-delay-in-kenyatta-trial/#more-5014>, Zugriff 13.05.2015.
- Müller, Andreas Th./Ignaz, Stegmiller (2010): Self-referrals on Trial. In: *Journal of International Criminal Justice*, 8. 1267–94.
- OTP (2003): Paper on Some Policy Issue before the Office of the Prosecutor, September 2003, www.icc-cpi.int/NR/rdonlyres/1FA7C4C6-DE5F-42B7-8B25-60AA962ED8B6/143594/030905_Policy_Paper.pdf, Zugriff 13.05.2015.
- OTP (2004): Prosecutor receives referral of the situation in the Democratic Republic of Congo, (ICC-OTP-20040419-50), 19.04.2004, www.icc-cpi.int/en_menus/icc/press_and_media/press_releases/2004/Pages/prosecutor_receives_referral_of_the_situation_in_the_democratic_republic_of_congo.aspx, Zugriff 13.05.2015
- OTP (2005): ICC – Prosecutor receives referral concerning Central African Republic, (ICC-OTP-20050107-86), 07.01.2005, www.icc-cpi.int/en_menus/icc/press_and_media/press_releases/2005/Pages/otp_prosecutor_receives_referral_concerning_central_african_republic.aspx, Zugriff 13.05.2015.
- OTP (2009): Agreed Minutes of the Meeting between Prosecutor Moreno-Ocampo and the delegation of the Kenyan government, 03.07.2009, www.icc-cpi.int/NR/rdonlyres/1CEB4FAD-DFA7-4DC5-B22D-E828322D9764/280560/20090703Agreed_MinutesofMeetingProsecutorKenyanDele.pdf, Zugriff 13.05.2015.
- OTP (2014): Statement of the Prosecutor of the International Criminal Court, Fatou Bensouda, on concluding the preliminary examination of the situation referred by the Union of the Comoros: „Rome Statute legal requirements have not been met“, 06.11.2014, http://www.icc-cpi.int/en_menus/icc/press%20and%20media/press%20releases/Pages/otp-statement-06-11-2014.aspx, Zugriff 28.05.2015.
- Pre-Trial Chamber I (2006): In the Case of the Prosecutor v. Thomas Lubanga Dyilo. Decision concerning the Pre-Trial Chamber I's Decision of 10 February 2006 and the Incorporation of Documents into the Record of the Case against Mr Thomas Lubanga Dyilo (ICC-01/04-01/06), 24.02.2006, www.icc-cpi.int/iccdocs/doc/doc236260.PDF, Zugriff 15.07.2014.
- Schabas, William (2010): Article 14: The International Criminal Court. A Commentary on the Rome Statute. Oxford: Oxford University Press.
- Sing'Oei, Abraham Korir (2010): The ICC as Arbiter in Kenya's Postelectoral Violence. In: *Minnesota Journal of International Law Online*, 19. 5–20.
- Sriram, Chandra Lekha/Stephen Brown (2012): Kenya in the Shadow of the ICC: Complementarity, Gravity and Impact. In: *International Criminal Law Review*, 12. 219–44.
- Stegmiller, Ignaz (2011): The Pre-Investigation Stage of the ICC, Berlin: Duncker & Humblot.
- Stegmiller, Ignaz (2015): The International

- Criminal Court and State Cooperation: Self-referrals as Panacea? In: Gal-Or, Noemi/Birgit Schwelling (Hrsg.): *Global Cooperation in Transitional Justice: Challenges, Possibilities, and Limits*. Global Dialogues 6. Duisburg: Käte Hamburger Kolleg/Centre for Global Cooperation Research (KKH/GCR21).
- Tillier, Justine (2013): The ICC Prosecutor and Positive Complementarity: Strengthening the Rule of Law? In: *International Criminal Law Review*, 13. 507–91.
- Trial Chamber II (2009): In the Case of the Prosecutor v. Germain Katanga and Mathieu Ngudjolo Chui. Reasons for the Oral Decision on the Motion Challenging the Admissibility of the Case (Article 19 of the Statute), (ICC-01/04-01/07), 16.06.2009, www.icc-cpi.int/iccdocs/doc/doc711214.pdf, Zugriff 13.05.2015.
- Trial Chamber V(B) (2015): In the Case of the Prosecutor v. Uhuru Muigai Kenyatta. Decision on the withdrawal of charges against Mr Kenyatta, (ICC-01/09-02/11), 13.03.2015, <http://www.icc-cpi.int/iccdocs/doc/doc1936247.pdf>, Zugriff 13.05.2015.
- Union of the Comoros (2013): Referral under Articles 14 and 12 (2) (a) of the Rome Statute arising from the 31 May 2010, Gaza Freedom Flotilla situation, 14.05.2013, www.icc-cpi.int/iccdocs/otp/Referral-from-Comoros.pdf, Zugriff 13.05.2015.
- Weldehaimanot, Simon M. (2011): Arresting Al-Bashir: The African Union's Opposition and the Legacies. In: *African Journal of International and Comparative Law*, 19. 208–35.

Der Autor

Ignaz Stegmiller ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Justus-Liebig-Universität Gießen sowie Koordinator für Internationale Programme im Fachbereich Rechtswissenschaften am Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Völkerrecht und Europarecht der Universität. 2014 nahm er an einem Workshop zu „Global Cooperation in Transitional Justice“ am Käte Hamburger Kolleg teil, aus dem ein Beitrag in der *Global Dialogues-Publikation* „Global Cooperation in Transitional Justice: Challenges Possibilities, and Limits“ (Global Dialogues 6, 2015) des Käte Hamburger Kollegs mit dem Titel „The International Criminal Court and State Cooperation: Self-referrals as Panacea?“ hervorgegangen ist.



Peacebuilding in gewaltzerrütteten Gesellschaften folgte lange Zeit Blaupausen, bei denen externe Akteure ‚top-down‘ liberale Normvorstellungen durchsetzen wollten. In jüngerer Zeit werden partizipative Elemente betont, ebenso die wechselseitige Achtung zwischen internationalen und lokalen Akteuren („relational sensibility“). Der Beitrag zeigt das hierin liegende emanzipatorische Potenzial auf, zeigt aber auch, dass herkömmliche Vorstellungen, ob und wie Gleichheit, Gerechtigkeit und Frieden zu erreichen sind, herausgefordert werden.

„Relational sensibility“

Ausgangspunkt für emanzipatorisches Peacebuilding?¹

Von Morgan Brigg

Im Feld des Peacebuilding hat sich in den beiden vergangenen Jahrzehnten ein wichtiges diskursives Phänomen herausgebildet und konsolidiert. Diese neue Art in Politik, Praxis und Forschung über Peacebuilding zu sprechen, stützt sich sowohl auf die praktische Erfahrung von ExperteInnen als auch auf Erkenntnisse in Institutionen und Wissenschaft, die Poli-

tik und Praxis beeinflussen. Der Diskurs hat seine Wurzeln in den frühen 1990er Jahren² und hat insbesondere Misserfolge und vertrackte Situationen vor Ort im Blick. Diese Frustrationen und Misserfolge der Vergangenheit wurden zum Teil als Lernmöglichkeiten gedeutet, um die Rollen von ‚Internationalen‘ und ‚Lokalen‘ sowie die Beziehungen von Intervenierenden und denen, die

einer Intervention ausgesetzt sind, neu zu kalibrieren. In diesem Kontext gewinnt das Konzept der „relational sensibility“ an Bedeutung – also einer Einstellung, in der internationale und lokale Partner mit wechselseitiger Aufmerksamkeit für die Vorstellungen der anderen Seite die Beziehung gestalten und diese viel stärker auf Partnerschaft und Austausch fokussieren als zuvor.



Der Diskurs der „relational sensibility“ hängt eng mit neueren Zugängen zum Verständnis der sozialen Welt zusammen, die ihre Komplexität in den Vordergrund rücken, systemisches Denken favorisieren und stärker emergente und vernetzte als hierarchische Ordnungsformen ins Zentrum der Analyse rücken.³ Bietet dieses diskursive Phänomen aber tatsächlich neue Wege, die Peacebuilding-Praxis zu verbessern und ungerechte Machtbeziehungen zu beseitigen, um mit Hilfe eines Ethos der Demokratisierung eine gerechtere und friedvollere Welt zu befördern? Oder führt es eher zu Doppelzüngigkeit, insofern Misserfolge als (Möglichkeiten für) Erfolg umgedeutet werden? Dies würde Verantwortung in den Hintergrund rücken, die Verständigungsgrundlage für gemeinsames Handeln untergraben und letztlich existierende Machtbeziehungen zementieren. Schließlich wäre auch ein dritter Weg denkbar, nämlich dass die Beschäftigung mit „relational sensibility“ eine Transformation der Beziehungen eröffnet, wenn man den Schwächen des Konzepts entgegenwirkt und sein positives Potenzial stärkt.

Das Aufkommen der „relational sensibility“

„Relational sensibility“ schlägt sich mittlerweile in den Strategiepapieren und Praxiskonzepten des Peacebuilding nieder. An die Stelle von Plänen und Programmen, die von Eliten und ExpertInnen aufgestellt werden, tritt vermehrt eine Orientierung, die ‚bottom-up‘-Prozesse und die ‚grassroots‘-Ebene betonen und kontinuierliches Lernen und flexible Programmgestaltung für wichtiger halten als Vorgaben, welche Ergebnisse zu erzielen seien. Eng verbunden damit sind Ideen des lokalen Ownership und eines entsprechenden ‚capacity-building‘. Dabei werden mitunter auch unbeabsichtigte Nebenwirkungen als relevanter Bestandteil des Peacebuilding anerkannt und mit spezifischen Evaluierungstechniken ausgewertet.

Förderung und Beratung sollen die Bevölkerung befähigen, ihre eigenen Fähigkeiten und Möglichkeiten zu erkennen. In einem solchen Rahmen erscheinen die intervenierenden ‚Peacebuilder‘ weniger wissend und mächtig als zuvor. In dem veränderten Rollenverständnis können sie sich zu fehlendem Wissen bekennen und lokaler Expertise den Vortritt lassen. Anstatt von oben herab zu lehren, suchen sie einen wechselseitigen Austausch, in dem beide Seiten lernen. Für die Umsetzung von Programmzielen wird damit die Beziehung zwischen globalen und lokalen Akteuren zentral.

Der Ansatz der „relational sensibility“ findet sich nicht nur im Feld des Peacebuilding, sondern steht in einem breiteren Spektrum wissenschaftlicher Debatten für eine Abkehr vom klassischen Newton’schen Verständnis für sozialen Wandel, die sich an mechanische Metaphern anlehnen und lineare Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge unterstellen. Komplexitäts- und Netzwerktheorien sowie Ideen über sich selbst organisierende Systeme und Emergenz heben demgegenüber die Fluidität sozialer Prozesse und Strukturen hervor, fokussieren sich auf die lokale Interaktion von Akteuren und sind sich bewusst, dass kleine Inputs unverhältnismäßig große Effekte in einem System auslösen können, während größere Inputs mitunter verpuffen.

Diesen Debatten liegt ein Verständnis über die Strukturen der Wirklichkeit zugrunde, in dem Hierarchie weniger wichtig ist als Offenheit und Austausch. Es geht immer weniger darum, die soziale Welt von außen oder gar objektiv von einer quasi-göttlichen Perspektive zu verstehen, sondern die Menschen als Mitglieder und MitgestalterInnen der sozialen Realität anzuerkennen. In der extremsten Version verlieren in einer derart ‚flachen‘ Ontologie die Menschen sogar ihren privilegierten Status als ‚VermesserInnen‘ der Welt, von der aus sie die unbelebte Welt als Objekt steuern. Vielmehr wird Systeme-

men, Netzwerken und selbst Gegenständen zugestanden, in begrenztem Maße auch Träger von Handlungen zu sein. Viele mögen derartige Vorstellungen seltsam und befremdlich finden. Am bemerkenswertesten und herausforderndsten ist vermutlich, dass der Mensch mit seinen Bedürfnissen und Sorgen gegenüber anderen Spezies und gegenüber der Umwelt seine herausgehobene Position bei der Analyse von Wandlungsprozessen einbüßt – ein Ansatz, der in den Geistes- und Sozialwissenschaften zunehmend theoretisiert wird.

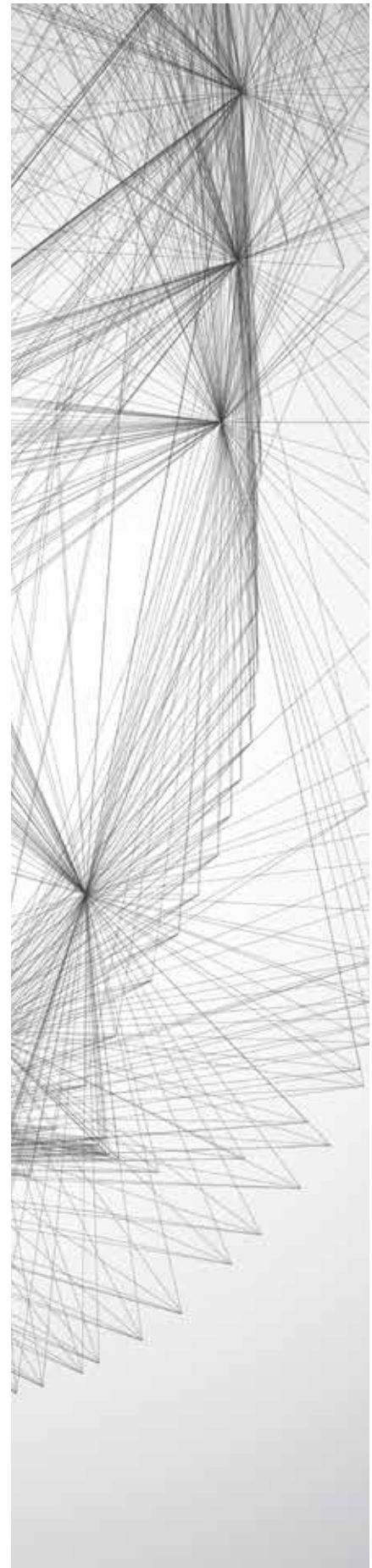
BefürworterInnen und KritikerInnen im Feld des Peacebuilding

Helfen uns aber mehr Aufmerksamkeit für Interaktion und Austausch und ein besseres Verständnis von uns selbst und von unseren Beziehungen auch dabei, dass die Praxis von Peacebuilding und Entwicklungszusammenarbeit zu angemesseneren, faireren und effektiveren Ergebnissen führt? Oder ist es problematisch, wenn externe Akteure als Intervenierende behaupten, nicht über genügend Macht oder Legitimität zu verfügen, um Frieden und sozialen Wandel zu erreichen? Denn ganz offensichtlich hatten sie ja ausreichend Macht und Ressourcen, eine Intervention überhaupt erst in Gang zu setzen.

BefürworterInnen des Ansatzes heben hervor, dass „relational sensibility“ im Gegensatz zur Überheblichkeit früherer Ansätze nun die mehr als angemessene Bescheidenheit des Intervenierenden widerspiegelt. Sie erscheinen als eine gewisse Entschädigung für erniedrigende, post-koloniale Machtbeziehungen, insofern der lokalen Bevölkerung nun zugestanden wird, eigene Kapazitäten zu entwickeln und als Akteure auch selbst handlungsmächtig zu werden. Insofern Partizipation einen zentralen Kern von „relational sensibility“ ausmacht, gibt sie auch einen Impuls in Richtung Demokratisierung: Neue Formen

von Legitimität auf lokaler Ebene, die an die spezifischen situativen Bedingungen vor Ort angepasst sind, erhalten einen eigenen Stellenwert und können formalisierte institutionelle Arrangements, die häufig kolonial aufgezwungen wurden, herausfordern. Damit könnte, so die Annahme, Peacebuilding zugleich emanzipatorisch und wirksamer als hergebrachte Ansätze sein.

Kritiker vermuten demgegenüber, dass „relational sensibility“ letztlich zu ausweichenden Entschuldigungen und zu problematischen Rechtfertigungen eigenen Handelns führt, die tiefverwurzelte Strukturen und Machtbeziehungen vertuschen. Denn Geber mögen in der Entwicklungszusammenarbeit zwar von Partnerschaft sprechen, am Ende des Tages fordern sie aber regelmäßig ein, dass die Akteure vor Ort sich an den politischen, bürokratischen und administrativen Regeln der von außen Intervenierenden orientieren. Gelder müssen nach bestimmten Konditionen zurückgezahlt werden. Und die lokale Bevölkerung wird angehalten, externen Zielvorgaben zu genügen. So werden in der Regel Menschenrechte sowie Gender- und Jugendinklusion in den Vordergrund gerückt und mitunter auch als Voraussetzung für Unterstützung formuliert. Mit anderen Worten ist dies eine besonders effektive Verankerung von Machtstrukturen: die lokale Bevölkerung reguliert und regiert sich selbst in Übereinstimmung mit den Wünschen der Intervenierenden, auch wenn diese Frieden, Freiheit und ökonomischen Wohlstand verfolgen.⁴ Demnach würde im Diskurs der „relational sensibility“ der lokalen Bevölkerung letztlich lediglich erlaubt, sich selbst innerhalb der historisch-kulturellen Bedingungen der Intervenierenden zu realisieren. Diese Kritik hinterfragt, ob so ein sinnvoller Austausch überhaupt möglich ist und ob der neue Diskurs nicht vielleicht eine besonders ausgeklügelte Art ist, sich als Intervenierende mit den aktu-



ellen Misserfolgen im Peacebuilding sowie mit ihrer post-kolonialen Schuld auseinanderzusetzen, durch welche wohlhabende Länder überhaupt erst ihren jetzigen Status in der Weltpolitik erreicht haben.

Die kritische Position erstreckt sich auch auf die ‚flache‘ Ontologie, die „relational sensibility“ zugrunde liegt. Wenn nämlich unbeabsichtigte Konsequenzen, die Wirkungen von Inputs auf Systemeffekte sowie nicht-lineare Emergenz in den Vordergrund rücken und damit auch Faktoren jenseits des Menschen an Bedeutung gewinnen, so geben wir unweigerlich die Möglichkeit auf, bewusst auf Gleichheit, Gerechtigkeit und Frieden zuzusteuern. Wenn ‚Peacebuilder‘ nicht mehr glauben, dass sie berechenbare Wirkungen erzielen können, so untergräbt dies Verantwortlichkeiten. Was immer auch passiert, wird dann schnell auch akzeptiert als das, was offenbar nötig war. In einer derartigen Welt, die verlassen wurde von Ursache-Wirkungs-Zusammenhängen, regieren Prozess, Interaktion und Austausch, wobei niemand die Verantwortung für diese Effekte übernimmt. Dies, so die Kritik, ist ein Rezept für die Vorherrschaft der Mächtigen, des Chaos oder von beidem; eine Art der diffusen Tyrannei.

Ein kritisch-reflexiver Umgang mit „relational sensibility“

Ist auch ein dritter Weg möglich, die beiden bereits erwähnten Positionen zu verbinden? Es wäre

der Versuch, sich mit dem Diskurs der „relational sensibility“ in einer sachkundigen und kritischen Weise so zu beschäftigen, dass sich seine positiven Dimensionen realisieren und die negativen abschirmen lassen. Tatsächlich kann der neue Diskurs genutzt werden, um dominante Praktiken sowie institutionelle und andere Hierarchien herauszufordern, indem alternative und bisher kaum gehörte Stimmen einbezogen werden. Dabei kommt dem Ansatz zugute, dass er mit seinem partizipativen Ethos nahe an der lokalen Bevölkerung ist. Zugleich ist es möglich, auf Grundlage kritischer Reflexion dieses Diskurses auch Widersprüche zwischen dem Diskurs und den jeweiligen Praktiken aufzudecken, die dieser legitimiert. Auf diese Weise können auch Mythen aufgedeckt werden, die leicht aus dem Diskurs erwachsen – so wie der, dass partizipative Prozesse notwendigerweise zu emanzipatorischen Ergebnissen führen. Letztlich gehört zu solch einer reflexiven Sicht auch ein Schuss Ironie, wenn etwa die Intervenierenden in diesem Diskurs vorgeben anwesend zu sein, ohne wirklich zu handeln.

Die eben skizzierte Sichtweise wird diejenigen nicht zufriedenstellen, die nach einer neuen, beruhigenden Formel Ausschau halten, schlicht Gutes zu realisieren. Gleichsam wird es diejenigen beunruhigen, die einen (letztlich unrealistischen) Ansatz verfolgen, negative Folgen in der Praxis des Peacebuilding vollkommen auszuschließen;⁵ „relational sensibility“ trägt das Risiko in sich,

das auch alle anderen Ansätze und Praktiken in diesem Feld begleitet. Ein ambivalentes, kritisches Sich-Auseinandersetzen mit „relational sensibility“ lässt auch jene unbefriedigt zurück, die davon ausgehen, dass eine ‚flache‘ Ontologie eindeutige Rückwirkungen auf unser Denken über und unsere Praxis des Peacebuilding haben müssen. Der Beitrag hat dabei gezeigt, dass „relational sensibility“ trotz ungelöster Probleme innovative Anstöße für die Praxis des Peacebuilding geben kann, wenn wir auf ihre Risiken achten. Dafür bedarf es aber harter intellektueller Arbeit und einer gewissen Flexibilität, um sich den politischen und ethischen Implikationen zu stellen, die dieser neuen Art zu denken und zu handeln entspringen.

Summary

Peacebuilding policy and practice has recently begun to shift orientation in ways that recalibrate relationships between interveners and local people and attend more carefully to the complexities and challenges of achieving peace on the ground. The ‘relational sensibility’ is increasingly responsive to the importance of local inputs and relationships, and to contingencies that tend to be overlooked in the liberal and modernist pursuit of peace. What, though, are the political risks and possibilities associated with this phenomenon? Three poten-



tials are considered in this article. A relational sensibility may offer exciting ways to advance peacebuilding practice, including by retreating from liberal hubris and redressing previously iniquitous power relationships by engaging with perspectives and approaches, particularly those of local people, which have been underappreciated to date. Equally, relational sensibility can risk bypassing core political concerns by removing responsibility for effects, limiting ambition, and entrenching existing power relations. Finally, the article argues that a relational sensibility can offer possibilities for the inclusive, innovative, grounded and responsible transformation of peacebuilding, but this requires engaging critically with relationality to intensify its best effects and counter possible negative consequences.

Anmerkungen

- 1) Dieser Beitrag beruht auf einem Artikel, der 2013 am Käte Hamburger Kolleg veröffentlicht wurde (Brigg 2013). Dieser Artikel wurde überarbeitet, von Magdalena Albers und Tobias Debiel übersetzt und von Thomas Junker redaktionell bearbeitet. Der Autor dankt Wren Chadwick für die Kommentare und die Ratschläge bei der Erstellung des ursprünglichen Artikels.
- 2) Ein wichtiger Auslöser war die „Agenda für den Frieden“, Boutros-Ghali 1995, wenngleich die Idee des Peacebuilding schon viel früher von Johan Galtung entwickelt wurde, Galtung 1976.
- 3) So z.B. Miller/Page 2007; Urry 2003 und 2005 und Eriksson 2005.
- 4) Siehe zu dieser Kritik an „global governmentality“ z.B. Dillon 1995.
- 5) Bemerkenswert ist, wie eine entsprechende sozialwissenschaftliche Ausbildung (insbesondere mit Bezug auf Wissen hinsichtlich des kulturell Anderen) mittlerweile auch im US-Militär im Bereich der Aufstandsbekämpfung (counterinsurgency) eingesetzt wird, Network 2009.

Literatur

- Boutros-Ghali, Boutros (1995): *An Agenda for Peace*, 2nd ed. New York, NY: United Nations.
- Brigg, Morgan (2013): *Relational Sensibility in Peacebuilding: Emancipation, Tyranny,*

- or Transformation?* In: Chadwick, Wren/Tobias Debiel/Frank Gadinger (Hrsg.): *Relational Sensibility and the ‚Turn to the Local‘: Prospects for the Future of Peacebuilding. Global Dialogues 2*. Duisburg: Käte Hamburger Kolleg/Centre for Global Cooperation Research (KHK/GCR21).
- Dillon, Michael (1995): *Sovereignty and Governmentality: From the problematics of the „New World Order“ to the ethical problematic of the world order*. In: *Alternatives: Global, Local, Political*, 20. 323–368.
- Eriksson, Kai (2005): *On the Ontology of Networks*. In: *Communication and Critical/Cultural Studies*, 2(4). 305–323.
- Galtung, Johan (1976): *Essays in Peace Research Vol. 2*. Kopenhagen: C. Ejlers.
- Miller, John/Scott Page (2007): *Complex Adaptive Systems: an Introduction to Computational Models of Social Life*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Network of Concerned Anthropologists [Besteman, Catherine Lowe et al.] (2009): *The Counter-Counterinsurgency Manual: or, Notes on Demilitarizing American Society*. Chicago, IL: Prickly Paradigm Press.
- Urry, John (2003): *Global Complexity*. Cambridge: Polity Press.
- Urry, John (2005): *The Complexity Turn*. In: *Theory, Culture and Society*, 22(5). 1–14.

Der Autor

Morgan Brigg ist Senior Lecturer an der School of Political Science and International Studies der University of Queensland, Australien. In seiner Forschung untersucht er die Politik der Unterschiede in der Bildung und Aufrechterhaltung politischer Gemeinschaften sowie die Fragen nach Kultur, Governance und Individualität in Konfliktlösungs-, Peacebuilding- und Entwicklungsstudien. Als Senior Fellow im Forschungsbereich 2 „Globale Kulturkonflikte und transkulturelle Kooperation“ war Morgan Brigg von März bis November 2013 am Käte Hamburger Kolleg in Duisburg.



David Chandler argumentiert, dass „relational sensibilities“ keinen kohärenten Gegenentwurf zum Ansatz des liberalen Friedens entwickle, sondern letztlich dessen Annahmen und Widersprüchen verhaftet bleibe. Zwar rückt der neue Zugang das Lokale sinnvollerweise in den Fokus, doch bleibt, so die Replik, ungeklärt, wie man lokale Akteure und Kulturen als Gleichgestellte respektieren kann, wenn man gleichzeitig beansprucht, ein Recht auf Intervention zu haben.

Der „liberale Frieden“ am Ende der Fahnenstange

Zu den Widersprüchen von „relational sensibilities“¹

Von David Chandler

Heute sind klassische Ansätze des ‚liberalen Friedens‘ für Nachkriegsgesellschaften aus der Mode gekommen. Sie waren durch ein Bündel von Politikempfehlungen gekennzeichnet, die die Einführung von liberaler Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten zum Inhalt hatten, diese als universell gültig und notwendig begründeten und die von außen durch internationale Akteure durchgesetzt wurden. Diese Ansätze werden unterdessen als fremdbestimmt und anmaßend angesehen, unterstellen sie doch, dass externe Akteure die richtigen Politiken kennen und über die Mittel verfügen, diese auch umzusetzen. Sie drücken, so die Kritik weiter, auch ein begrenztes Politikverständnis aus, das sich einzig auf das begrenzte und künstliche Konstrukt einer for-

mellen oder öffentlichen politischen Sphäre konzentriert.² Demgegenüber gibt es auch alternative Ansätze, die die Grenzen des universalistischen Zugangs anerkennen, jedoch weiterhin im Sinne der gängigen Seinslehre daran festhalten, dass der liberale Frieden mit externer Intervention einhergeht. Morgan Brigg (siehe seinen Beitrag in diesem Heft) bringt dies zum Ausdruck, wenn er auf die Bedeutung von „relational sensibility“ verweist. Das relationale Verständnis der Grenzen von Peacebuilding-Interventionen folgt nicht den international üblichen Kunstgriffen, die Designs und Blaupausen entwerfen, sondern beschäftigt sich mit der realen Problematik, denen sich lokale oder gesellschaftliche Akteure gegenüber sehen sowie mit den Prozessen, Praktiken und wechselseitigen Bezie-

hungen, die ihre Ideen und ihr Verstehen gestalten.³ Diese relationalen Ansätze heben die Bedeutung lokaler Akteure (die oft versteckt sind und kaum wahrgenommen werden) im Rahmen internationaler Bemühungen wie etwa der Friedensstiftung hervor.

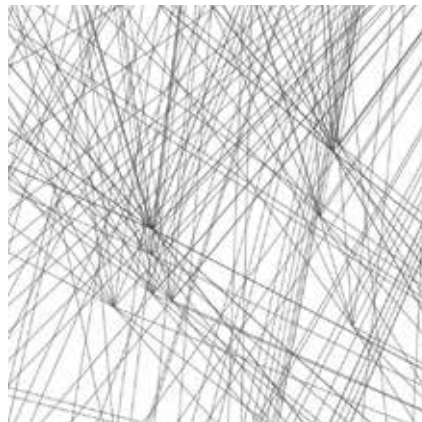
Diese kurze Replik auf Morgan Briggs Beitrag versucht aus konzeptueller Sicht zu illustrieren, dass der relationale Ansatz eher einer blassen Imitation des liberalen Friedens ähnelt, als dass er eine Kritik seiner zugrunde liegenden ontologischen Annahmen darstellt. Relationale Kritiken, die ein Verständnis von Pluralität einfordern, lokale Akteure respektieren und nicht-liberale Weltansichten in den Vordergrund rücken, bleiben letztlich dem Paradox des liberalen Friedens verfallen: dem Widerspruch

zwischen dem Anspruch, ein Recht auf Intervention zu haben (und dabei einige überlegene moralische und materielle Qualitäten zu haben), und dem Anspruch, diejenigen, die zum Gegenstand einer Intervention werden, als Gleichgestellte behandeln und lokale Kulturen und Werte respektieren zu wollen. Die relationale Kritik operiert in räumlicher Hinsicht auf einer anderen Ebene als herkömmliche Vorstellungen vom ‚liberalen Frieden‘, nämlich eher mit Blick auf das Lokale als mit Blick auf den Staat. Insofern der Fokus des Peacebuilding sich zunehmend in Richtung ebendieser relationalen und Bottom-up-Ansätze verschiebt, haben sich die Bestrebungen einer liberalen Friedenstransformation verflüchtigt, oder anders ausgedrückt: die Absichten und Ziele von Interventionen sind heute deutlich weniger anspruchsvoll. Zugleich hat die relationale Kritik es nicht vermocht, ein neues kohärentes Projekt oder ein übergreifendes, positives Ziel für externe Interventionen zu entwerfen.⁴ Selbst innerhalb des Ansatzes der „relational sensibility“ bestehen, wie später noch aufgezeigt wird, allzu offenkundig die Widersprüche des liberalen Friedens fort: Internationale Blaupausen, die auf universalistischen Annahmen basieren, vertragen sich nicht gut mit der Akzeptanz lokaler Bedingungen und Kontexte, die keine vernünftige Grundlage für eine Intervention bilden. Als Ergebnis dieses Scheiterns hat sich der relationale Ansatz zunehmend darauf beschränkt, die Selbst-Reflexivität internationaler Interventionen zu zelebrieren. Dieser Rückzug vom transformativen Peacebuilding-Projekt signalisiert, dass das liberale Friedensverständnis am Ende der Fahnenstange angelangt ist und nicht mehr weiter weiß.

Der Aufstieg des Lokalen

Die in den 1990er Jahren maßgeblichen, universalistisch ausgerichteten Konzepte des liberalen Friedens haben häufig formelle politische

Prozesse auf der lokalen Ebene problematisiert – beispielsweise, wenn lokale Eliten Widerstand gegen die Umsetzung internationaler Normen leisteten. Die entsprechenden Blockaden wurden freilich als auflösbar betrachtet, wenn Top-down-Ansätze mit „Zuckerbrot und Peitsche“-Prozessen verbunden würden. Mit der Entmachtung lokaler Eliten war die Hoffnung verbunden, externe Programme der Demokratieförderung oder des Peacebuilding ungehindert fortsetzen zu können. Mit dem Scheitern der Interventionen auf dem Balkan sowie in anderen Nachkriegssituationen – von Afghanistan bis



©iStock.com/GoldenShrimp

zum Irak – sind die Ambitionen in Richtung Demokratie und Marktwirtschaft allerdings verblasst. Es wurde klar, dass politische Blockaden vielleicht weniger in der relativ leicht erreichbaren formellen Ebene lokaler staatlicher Institutionen, sondern eher in den schwerer zugänglichen gesellschaftlichen Beziehungen begründet liegen. Liberale, zweckbasierte oder zielorientierte Interventionen wurden mithin mehr und mehr durch reflexive oder „hybride“ Politiken ersetzt, die alltägliche Praktiken und Interaktionen in diesen Gesellschaften in den Blickpunkt rücken.

Damit änderte sich auch das Bild von Eliten: Wurden sie früher eher als Akteure wahrgenommen, die aus Eigeninteresse Widerstand leisteten, so wird heute betont, dass ihnen die Kapazitäten oder die Autorität fehlt,

westliche Politikziele umzusetzen. Nur selten finden sich heute noch AutorInnen wie etwa Zürcher et al.⁵, die einen linearen Ansatz aufrechterhalten und sich dafür stark machen, dass internationale Akteure mehr Druck auf aufsässige Eliten ausüben. Stattdessen hat die kritische Sicht auf den westlichen Export liberaler Modelle die Oberhand. Sie betont die Notwendigkeit, Bottom-up-Prozesse sowie die Meinungsbildung auf der ‚grass roots‘-Ebene theoretisch zu erfassen. Hier geht es darum, wie auf lokaler Ebene Handlungsfähigkeit erreicht wird und darum, die Räume und Mechanismen zu erkunden, über die sich relevante lokale Akteure verstehen, stärken und transformieren lassen.

Gerade relationale Ansätze des Peacebuilding betrachten formale politische Autorität auf der einen und soziale Prozessen und Praktiken auf der anderen Seite als kaum miteinander verbunden. Somit verliert die Vermittlung westlichen Wissens oder der Einsatz westlicher Ressourcen im Sinne vorgegebener Antworten und Verfahren an Bedeutung. Stattdessen wird die Befähigung lokaler Akteure als Schlüssel für erfolgreiches Peacebuilding gesehen. Oder in den Worten von Jean Paul Lederach, einem führenden Analytiker in diesem Feld: „The greatest resource for sustaining peace in the long term is always rooted in the local people and culture.“⁶ Menschen werden mithin nicht mehr auf die Rolle von Empfängern reduziert,⁷ sondern „the healing of people and the rebuilding of the web of their relationships“ rückt in den Mittelpunkt.⁸ In Abkehr von traditionellen Theorien geht es also nicht mehr um die Transformation ökonomischer und sozialer Beziehungen, sondern um die zugrunde liegenden sozialen Gemeinschaften, Räume, Praktiken, Ideen und kognitiven Muster. Mit der Verlagerung von Politik in die Gesellschaft ergibt sich auch „a new object, a new domain or field“ für politische Interventionen⁹: das Lokale.¹⁰

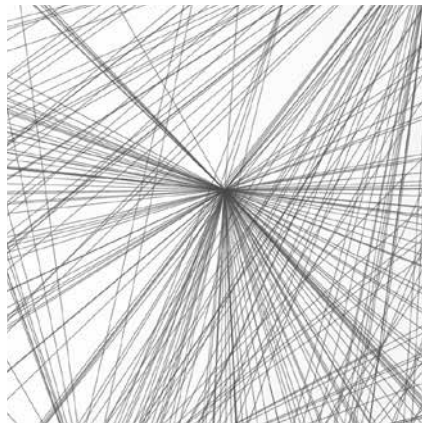
Von der Bevormundung des Lokalen zum Arbeiten an der eigenen Person

Allerdings leiden derartige Ansätze, die lokale Verständnisse der Lebenswelt beeinflussen wollen, unter deutlichen Defiziten. Sie scheinen letztlich universalistische Annahmen des liberalen Friedens zu reproduzieren, nur halt nicht mehr auf der Ebene der staatlichen Institutionen, sondern auf der des Lokalen. Denn obwohl lokales Wissen, Bedürfnisse und Interessen ebenso wie lokale Friedenpotenziale und -kapazitäten sich in einer eigenen Form ausdrücken, verbleiben die Politikziele in der Sprache, die aufgeklärte westliche Akteure prägen: Je mehr sich die Agenda der Transformation in Richtung Gesellschaft ausweitet, umso deutlicher wird, wie weit externe Perspektiven von der ‚lokalen‘ Arena entfernt sind. Wenn Akteure von außen kulturell-soziale Bezugssysteme und die intersubjektive Verständigung auf lokaler Ebene zu beeinflussen und zu ändern versuchen, bauen sie genau damit Hierarchien auf.

Entsprechend werden Projekte und Kampagnen zur Förderung des Rechtsstaats, wie sie etwa international finanzierte NGOs verfolgen, von lokalen Akteuren als bevormundend und erniedrigend empfunden. Dies verstärkt sich nur, wenn die Maßnahmen die Komplexität von Beziehungsmustern einbeziehen wollen und kulturelles Einfühlungsvermögen an den Tag legen. Ein anschauliches Beispiel hierfür findet sich in einem Bericht zu einem internationalen Projekt in der kolumbianischen Stadt Pereira, in dessen Rahmen eine „Kultur der Gesetz- und Rechtmäßigkeit“ („culture of lawfulness“) gefördert werden sollte.¹¹ Ein Blick auf die dabei vorgesehenen Maßnahmen ist instruktiv, zeigen diese doch, dass auch relationale Bottom-up-Ansätze einem universalistisch-liberalen Grundverständnis verbunden bleiben und Rechtsstaatlichkeit als

externe Rationalität und damit als Domäne des Westens artikulieren:

- So wurde an Schulen ein 60-stündiger Kurs zur ‚Kultur der Gesetz- und Rechtmäßigkeit‘ vorgesehen;¹² die Medien sollten dazu ermuntert werden, diese Themen in Dokumentationen, Soaps, Spielen und Talk Shows aufzugreifen.¹³
- Geplant waren darüber hinaus therapeutische Workshops für Einwohner, „to give voice to the obstacles and frustrations they face along their ‚journey‘ to a culture of lawfulness“, außerdem ein jährlicher Wettbewerb zum Thema „Most Legal and Most Safe Neighborhood“.¹⁴



©iStock.com/GoldenShrimp

- Sogar ein Hip-Hop- und Rap-Festival – inklusive eines „The Culture of Lawfulness is an Awesome Challenge“ Rap-Wettbewerbs fanden sich in dem Vorhaben, außerdem öffentliche Werbeplakate, in denen das Engagement von Einzelpersonen bekundet wird und die mit dem Satz enden: „And YOU, what are YOU going to do for lawfulness?“¹⁵
- Schließlich sollte der Bürgermeister vor GrundschülerInnen auf das Prinzip geloben, die Handelskammer eine Auszeichnung „Culture of Lawfulness is my Business“ vergeben und ein Manifest zur Rechtmäßigkeitskultur ausgeschrieben werden. PfarrerInnen und LaienpredigerInnen wurden sogar Handbücher mit Hinweisen zur Verfügung gestellt, wie sie die Thematik in ihre Gottesdienste einbinden können.¹⁶

Derartige – man könnte fast sagen: messianische – Versuche, mit dem Lokalen in Kontakt zu treten, um die dort vorherrschenden kulturellen Werte zu transformieren, bleiben ebenso künstlich wie vorherige Versuche, liberale Normen und Verständnisse auf die formale (institutionelle und staatliche) Ebene zu übertragen. Am Ende bleiben sie zwangsläufig hierarchisch und problematisieren oder pathologisieren gar lokale Verständnisse und Werte, was bevormundend und neokolonial wirkt.

Radikale bzw. kritisch-reflexive Ansätze betonen die Pluralität anthropologischer Ansätze. Sie wollen ethisch fundierte Instrumente entwickeln, die das hierarchische Verständnis des liberalen Interventionismus überwinden. Die vielschichtigen und ‚hybriden‘ Ergebnisse, die internationale Interventionen hervorbringen, werden als positiv und hoffnungsvoll wahrgenommen. Interventionen werden als wechselseitiger Lernprozess zwischen internationalen Akteuren und lokaler Bevölkerung interpretiert, in dem festgefahrene kulturelle Verständnisse auf beiden Seiten durch „unscripted conversations“ und „the spontaneity of unpredictable encounters“ auf die Probe gestellt werden.¹⁷

Der Ansatz der ‚unscripted conversation‘, also der eher improvisierten, nicht strukturierten Konversation, wirft zugleich die naheliegende Frage auf: Warum findet überhaupt eine Intervention statt? Die Antwort relationaler Ansätze wäre: Interventionen sind im Grunde genommen ein Mechanismus, bei denen die eigene Reflexivität intersubjektiv erweitert wird und durch den sich sowohl die externen Akteure als auch die lokale Bevölkerung emanzipieren können. Mit anderen Worten: Es werden neue Möglichkeiten geschaffen, sich von soziokulturellen Zwängen der jeweils eigenen Gesellschaft zu befreien und sich an einem Friedensethos zu beteiligen, der pluralistisch ausgerichtet ist und

insofern sowohl den liberalen Universalismus als auch nicht-liberale Ansätze transzendiert. Oder in den Worten von Morgan Brigg und Kate Muller:

„Conflict resolution analysts and practitioners might facilitate this process [of increasing exchange and understanding across difference] – something which has already begun – by openly examining and discussing their own cultural values within their practice. This can generate possibilities for more dynamic conflict resolution processes by extending the practice, also already underway, of opening to and learning from local and Indigenous capacities, including different ways of knowing, approaching and managing conflict.“¹⁸

Richmond spricht mit Blick auf solch einen pluralistischen und emanzipatorischen Frieden, der auf gegenseitigem Lernen und Austausch basiert, von einem „post-liberalen“ Frieden.¹⁹ Kulturell verankerte Auffassungen werden als formbar angesehen. Sie sind einer intersubjektiven Transformation zugänglich, wodurch liberale Friedensansätze Probleme, die aus Konflikten, Verbrechen und Wiederaufbau resultieren, zu überwinden vermögen. Freilich kann diese Sichtweise dafür kritisiert werden, letztlich nicht mehr zu sein als eine anthropologische Ethik des kosmopolitischen Liberalismus, was aber nicht Schwerpunkt dieses Beitrags ist.²⁰

Diese kritischen Ansätze konnten einer Betonung soziokultureller Normen und Werte nicht entkommen; letztlich kommt in ihnen das Paradox des liberalen Friedens in besonders deutlicher Weise zum Vorschein. Die Ethik eines radikalen liberalen Friedens ist die des kulturellen Pluralismus, von „respect and the recognition of difference“, jenseits der Kluft von „liberal and non-liberal contexts“.²¹ Zugleich hat sie immer noch viel mit der liberalen universalistischen Vision gemein, nur dass sie halt deren Fähigkeit in Frage stellt, das

Vorhandensein von Pluralität vollständig zu akzeptieren.²² Richmond argumentiert: „Behind all of this is the lurking question of whether liberal paradigms are able to engage with, and represent equitably non-liberal others – those for which it infers a lesser status.“²³ Erforderlich sei mithin ein „privileging of non-liberal voices“ sowie die „ongoing development of local-liberal hybrid forms of peace“.²⁴ KritikerInnen wie Audra Mitchell haben demgegenüber hervorgehoben, dass dieser Ansatz in problematischer Weise feste oder essenzialistische soziokulturelle Verständnisse in den Vordergrund rückt, die das ‚liberale‘ Internationale dem ‚nicht-liberalen‘ Lokalen gegenüberstellen.²⁵

Fazit

Ansätze, die auf „relational sensibility“ aufbauen, werden häufig als Kritik am liberalen Frieden aufgefasst. Man kann sie dabei interpretieren als Ausdruck einer neoliberalen Beachtung ‚lokaler‘ Rationalitäten, die als irregeleitet oder problematisch wahrgenommen werden, oder als radikale oder kritische Interventionen, die auf ‚unscripted conversations‘ basieren. Wie man es aber dreht und wendet: Diese Ansätze scheitern in dem Versuch, sich von dem Paradox liberaler Friedensinterventionen zu lösen, einerseits externe Interventionen als notwendig zu rechtfertigen, zugleich aber den hierarchischen Charakter gegenüber der lokalen Bevölkerung zu bestreiten, die Ziel der Intervention ist. Der hierarchische Anspruch der interventionistischen Macht ist das Kernproblem, und dieser wird in den Diskursen der reflexiven Aufmerksamkeit reproduziert. Obgleich sie in epistemologischer Hinsicht das Hierarchieverständnis liberaler Ansätze kritisieren, setzen reflexive Ansätze eben diese Hierarchie als ihren Anfangspunkt voraus.²⁶ Selbst wenn epistemologisch lokalem Wissen der Vorzug gegeben und es als Basis eines Wertepluralismus

verstanden wird, so erfolgt dies doch immer von einem Standpunkt aus, der die Probleme einer liberalen Demokratie im Blick und eine universalistische Vorstellung von öffentlichen Institutionen und Rechtsstaatlichkeit hat.²⁷ Solange dieser Diskurs auf der Ebene geteilter Rationalitäten von räumlich differenzierten intersubjektiven Kollektivitäten verbleibt, wird die akademische wie auch die politikorientierte Diskussion gefangen bleiben in dem Paradox zwischen liberalem Universalismus und Werte-Relativismus.²⁸

Summary

Increasingly it appears that classical ‘liberal peace’ approaches to post-conflict development are out of favour. These approaches are seen to be externally-driven, and hubristic, assuming external actors have the right goals and correct policies as well as the means to attain them. Approaches which appreciate the limits of the universalist approach but still agree with interventionist projects tend to emphasise an alternative policy-approach based on the appreciation of ‘relational sensibilities’. The ‘relational’ understanding of the limits to peacebuilding interventions starts not with the artifice of international designs and blueprints but with the ‘real’, grounded, local processes, practices and interrelationships and emphasise the importance of local agency to fulfilling international aspirations. This short piece analyses the limits of the ‘relational approach’. Relational critiques – focusing on plural understandings, respect for local agency and non-liberal understandings – remain stuck in the paradox of liberal peace: the contradiction between the claim to have a right to intervene (and thereby have some superior moral or material qualities) and the claim to treat those intervened upon as equals and to respect local cultures and values.

As the focus of peacebuilding has become increasingly relational and 'bottom-up', the aspirations of liberal peace transformations have been dissipated (the aims and goals of intervention have been much less aspirational), but relational approaches have provided no positive replacement. Even within the 'relational sensibilities' approach, the contradictions of the liberal peace have been all too manifest.

Anmerkungen

- 1) Dieser Beitrag basiert auf einem Artikel, der 2013 am Käte Hamburger Kolleg veröffentlicht wurde (Chandler 2013). Dieser Artikel wurde überarbeitet, von Tobias Debiel und Paul Jürgensen ins Deutsche übertragen und von Thomas Junker redaktionell bearbeitet.
- 2) Oliver Richmond beschreibt den liberalen Friedensansatz als „a model through which Western-led agency, epistemology and institutions, have attempted to unite the world order under a hegemonic system that replicates liberal institutions, norms, and political, social and economic systems“ (2011: 1).
- 3) Schmidt 2013
- 4) Kritische relationale Ansätze versuchen, die hierarchische Kluft zwischen Intervenierenden und denjenigen, die Ziel der Intervention sind, zu überwinden, indem sie die Auffassung „wir wissen es besser“ zurückweisen und sich wünschen, dass Machtungleichheiten verschwinden, wenn offenere, pluralere und egalitäre Ansätze das Peacebuilding bestimmen. Diesen Ansätzen fehlt Kohärenz, insofern sie immer noch die Position des liberalen Intervenierenden als externem Subjekt reproduzieren, das über neutrale oder technische Expertise verfüge und außerhalb des Problems stehe. Ole Jacob Sending hat dies treffend als „archimedischen“ Ansatz beschrieben (Sending 2009). Ansätze, die auf einem philosophischen Pragmatismus beruhen, überwinden diese Trennung zwischen externen und internen Perspektiven, indem sie relationale Problematiken in neuer Weise artikulieren und sich davon verabschieden, dem Intervenierenden die Position des externen Subjekts zu geben (Moe/Vargas Simojoki 2013). Solche Ansätze haben ihre eigenen Schwierigkeiten, zugleich verfügen sie über eine Kohärenz, die reflexiven Ansätzen fehlt, die letztlich im liberalen Friedensparadigma verbleiben (Chandler 2015).
- 5) Zürcher et al. 2013
- 6) Lederach 1997: 94
- 7) Lederach 1997: 94
- 8) Lederach 1997: 78
- 9) Foucault 2008: 295
- 10) So etwa die im November 2012 ins Leben gerufene „Local First“-Initiative, die von Peace Direct geleitet wird. Sie wird durch das

- Overseas Development Institute unterstützt und ist mit der UK Government's Building Stability Overseas Strategy verbunden (<http://www.localfirst.org.uk/>).
- 11) NSCI 2011
 - 12) NSCI 2011: 9
 - 13) NSIC 2011: 5, 11 f
 - 14) NSIC 2011: 6
 - 15) NSIC 2011: 6 f., 12
 - 16) NSIC 2011: 8 f., 11
 - 17) So beispielsweise Duffield 2007: 233 f.; Richmond 2009; ebenso Jabri 2007: 177.
 - 18) Brigg/Muller 2009: 120 f., 135
 - 19) Richmond 2011
 - 20) Siehe zu einer exzellenten Kritik entlang dieser Argumentationslinie Shannon 1995: 659–680.
 - 21) Richmond 2009: 566
 - 22) Sabaratnam 2013
 - 23) Richmond 2009: 570
 - 24) Richmond 2009: 578
 - 25) Mitchell 2011
 - 26) Aufschlussreich ist hier Scott 2003, der neoliberale, konstruktivistische und post-strukturalistische Verständnisse von Kultur mit Blick auf ihren jeweils konstruierten Sinngehalt kritisiert.
 - 27) Brigg 2010; Mac Ginty 2008
 - 28) Richmond 2009

Literatur

- Brigg, Morgan (2010): Culture: Challenges and Possibilities. In: Richmond, Oliver P. (Hrsg.): *Palgrave Advances in Peacebuilding: Critical developments and Approaches*. Basingstoke: Palgrave. 329–346.
- Brigg, Morgan/Kate Muller (2009): Conceptualising Culture in Conflict Resolution. In: *Journal of Intercultural Studies*, 30. 121–140.
- Chandler, David (2013): Relational Sensibilities: The End of the Road for 'Liberal Peace'. In: Chadwick, Wren/Tobias Debiel/Frank Gadinger (Hrsg.): *Relational Sensibility and the 'Turn to the Local': Prospects for the Future of Peacebuilding*. Global Dialogues 2. Duisburg: Käte Hamburger Kolleg/Centre for Global Cooperation Research (KHK/GCR21).
- Chandler, David (2015): Resilience and the „Everyday“: Beyond the Paradox of „Liberal Peace“. In: *Review of International Studies*, 41 (1). 27–48.
- Duffield, Mark (2007): *Development, Security and Unending War: Governing the World or Peoples*. Cambridge: Polity.
- Foucault, Michel (2008): *The Birth of Biopolitics: Lectures at the Collège de France 1978–1979*. Basingstoke: Palgrave.
- Jabri, Vivienne (2007): *War and the Transformation of Global Politics*. Basingstoke: Palgrave.
- Lederach, John Paul (1997): *Building Peace: Sustainable Reconciliation in Divided Societies*. Washington, DC: United States Institute of Peace.
- Mac Ginty, Roger (2008): Indigenous Peace-Making versus the Liberal Peace. In: *Cooperation and Conflict*, 43(2). 139–163.

- Mitchell, Audra (2011): Quality/Control: International Peace Interventions and 'The Everyday'. In: *Review of International Studies*, 37 (4). 1623–1645.
- Moe, Louise W./Maria Vargas Simojoki (2013): Custom, Contestation and Cooperation: Peace and Justice in Somaliland. In: *Conflict, Security & Development*, 13(4). 393–416.
- National Strategy Information Centre (NSIC) (2011): *Fostering a Culture of Lawfulness: Multi-Sector Success in Pereira, Columbia 2008–2010*, <http://www.strategycenter.org/wp-content/uploads/2011/03/Fostering-a-Culture-of-Lawfulness.pdf>, Zugriff 07.11.2013.
- Richmond, Oliver (2009): A Post-Liberal Peace: Eirenisism and the Everyday. In: *Review of International Studies*, 35 (3). 557–80.
- Richmond, Oliver (2011): *A Post-Liberal Peace*. London: Routledge.
- Sabaratnam, Meera (2013): Avatars of Eurocentrism in the Critique of the Liberal Peace. In: *Security Dialogue*, 44 (3). 259–78.
- Schmidt, Jessica (2013): The empirical falsity of the human subject: new materialism, climate change and the shared critique of artifice. In: *Resilience*, 1(3). 1–19.
- Scott, David (2003): Culture in Political Theory. In: *Political Theory*, 31(1). 92–115.
- Sending, Ole Jacob (2009): *Why Peacebuilders Fail to Secure Ownership and be Sensitive to Context*, NUPU Working Paper 755. Oslo: Norwegian Institute of International Affairs.
- Shannon, Christopher (1995): *A World Made Safe for Differences: Ruth Benedict's „Chrysanthemum and the Sword“*. In: *American Quarterly*, 47 (4). 659–680.
- Zürcher, Christoph et al. (2013): *Costly Democracy: Peacebuilding and Democratization After War*. Stanford, CA: Stanford University Press.

Der Autor

David Chandler ist Professor für Internationale Beziehungen und Forschungsdirektor am Centre for the Study of Democracy am Institut für Politikwissenschaften und Internationale Beziehungen der University of Westminster. Er ist Herausgeber des *Journal of Intervention and Statebuilding*, des neuen Journals *Resilience: International Policies, Practices and Discourses*, der Reihe *Studies in Intervention and Statebuilding* (Routledge) sowie der neuen Reihe *Advances in Democratic Theory*. Er hat sich intensiv mit den Themen Demokratie und dem Aufstieg von non-Linearität beschäftigt. Als Senior Fellow im Forschungsbereich 4 „Demokratisierungsparadoxe und -perspektiven“ war David Chandler von Oktober 2012 bis Juni 2013 am Käte Hamburger Kolleg in Duisburg.



PhilanthropInnen und humanitäre HelferInnen wurden lange als „gute Samariter“ wahrgenommen; zunehmend werden jedoch ihre selbstlosen Motivationen, Prinzipien und Handlungen hinterfragt. Der Beitrag plädiert für eine neue Lernkultur: ExpertInnen im Feld internationaler Kooperation sollten sich stärker an der empirischen Evidenz orientieren und in konkreten Krisen im Sinne einer Verantwortungsethik handeln.

Vom Ende des barmherzigen Samariters

Militarisierung, Politisierung
und Kommerzialisierung der humanitären Hilfe¹

Von Thomas G. Weiss

Humanitäre Hilfe war in Kriegsgebieten nie einfach, hat sich aber in der Zeit nach dem Kalten Krieg als besonders entmutigend erwiesen. Obwohl es nie ein goldenes Zeitalter gab, beklagen David Rieff und andere wehmütig die heutige „Krise des Humanitarismus“.² Es handelt sich dabei kaum um eine Midlife-Crisis, denn die meisten BeobachterInnen datieren die Geburt des Humanitarismus auf die Gründung des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) Mitte des 19. Jahrhunderts.³ Wie dem auch sei, humanitäre HelferInnen sind nicht länger auf Seiten der Engel – ihre Motivation und ihr Können, ihre Prinzipien und ihr Handeln werden von innen und außen hinterfragt.

Um den stattfindenden Wandel im heutigen Humanitarismus zu verstehen, muss die Art und Entwick-

lung der humanitären Kultur untersucht werden – ihre Werte, ihre Sprache und ihr Verhalten. Dieser Essay beginnt mit der vorherrschenden traditionellen Kultur, um so die Abkehr von einer gemeinsamen Kultur der Zusammenarbeit zu einer Kultur des Wettbewerbs zu untersuchen, die das Ergebnis von Militarisierung, Politisierung und Kommerzialisierung ist. Er schließt mit einem Plädoyer für eine „Lernkultur“, die sich eher an verantwortlicher Reflexion als an schneller Reaktion ausrichtet.

Die vorherrschende Kultur: der barmherzige Samariter

„Humanitär“ – das H-Wort wurzelt in Moral und Prinzipien, das Gleichnis vom barmherzigen Samariter kommt in den Sinn. Das Ziel ist edel: gefährdeten Bevölke-

rungsgruppen helfen, unabhängig davon, wer sie sind, wo sie sich befinden und warum sie bedürftig sind. Hilfsorganisationen sind am Wohl der Menschen interessiert, die sie betreuen, unberührt von politischen oder wirtschaftlichen Faktoren in den Ländern, die Hilfe leisten oder erhalten. Humanitäre Hilfe besteht in der Bereitstellung lebensrettender Soforthilfe und dem Schutz grundlegender Menschenrechte gefährdeter Personen. Beides zielt darauf, Menschen, die in den Strudel menschengemachter Katastrophen geraten sind, in einem globalen Sicherheitsnetz aufzufangen.

Schon das Wort „humanitär“ hat einen großen Klang, doch eine eindeutige Definition sucht man vergeblich. Als sich dem Internationalen Gerichtshof (IGH) im Fall Nicaragua vs. Vereinigte Staaten

eine Gelegenheit bot, wich er aus. Er stellte fest, humanitäre Hilfe ist, was das IKRK tut – die unabhängige, neutrale und unparteiische Bereitstellung von Hilfe für Opfer bewaffneter Konflikte und von Naturkatastrophen.

Das IKRK nimmt eine ungewöhnliche Position ein und wird üblicherweise als *sui generis* behandelt. Es ist die älteste internationale humanitäre Organisation und die größte außerhalb des UN-Systems. Anders als die meisten humanitären Organisationen hat das IKRK Grundsätze erarbeitet. In seinen berühmten Desiderata hat Jean Pictet⁴ sieben bestimmende Grundsätze genannt: Menschlichkeit, Unparteilichkeit, Neutralität, Unabhängigkeit, Freiwilligkeit, Einheit und Universalität.⁵

Die ersten vier bilden offenbar den Kern. Menschlichkeit (oder menschliche Würde) ist unbestritten und verlangt von allen Beachtung, während die drei anderen Grundsätze diskutiert werden können und werden. Unparteilichkeit verlangt, dass sich Hilfe am Bedarf orientiert und nicht nach Nationalität, Rasse, Religion, Geschlecht oder politischer Zugehörigkeit unterscheidet. Neutralität erfordert, dass sich humanitäre Organisationen nicht an Feindseligkeiten oder Handlungen beteiligen, die Kriegsparteien bevor- oder benachteiligen. Unabhängigkeit verlangt, dass Hilfe nicht mit irgendeiner Partei verbunden ist, die ein Interesse am Ausgang des Krieges hat; deshalb gilt als eine allgemeine Regel, Regierungsfinanzierung abzulehnen oder zu begrenzen, wenn die Akteure Interesse am Ausgang des Konflikts haben.

Obwohl viele BeobachterInnen diese Grundsätze heute als sakrosankt betrachten, gleichsam als Essenz der humanitären Kultur, lagen ihnen zunächst pragmatische Entscheidungen zugrunde. Einfach ausgedrückt halfen die traditionellen Grundsätze humanitären HelferInnen, Menschen unter den Bedingungen zwischenstaatlicher

Konflikte und Naturkatastrophen zu erreichen. Aber wie relevant ist diese Tradition in heutigen vom Krieg zerrütteten Gesellschaften? Sich von den Auseinandersetzungen fernzuhalten und die Grundsätze zu respektieren, ist angesichts der fortschreitenden Militarisierung, Politisierung und Kommerzialisierung praktisch unmöglich. Die fragwürdige Relevanz der traditionellen humanitären Kultur in vielen heutigen Kontexten macht es notwendig, dass wir ihre Wirkung auf die heutige Situation überprüfen.

Militarisierung

Die routinemäßige Beteiligung von Streitkräften dritter Parteien bei humanitären Bemühungen ist ein bemerkenswertes Phänomen der Zeit nach dem Kalten Krieg – insbesondere für Afrika, wo drei Viertel der UN- oder von den UN autorisierten Kräfte eingesetzt werden.⁶ Die „Kann“-Mentalität des Militärs, seine relative Autonomie, seine Fähigkeit, schnell zu reagieren und seine hierarchische Disziplin

sind Aktivposten im Durcheinander einer Katastrophe. Mehr noch, durch militärische Macht und Überlegenheit gegenüber feindlichen Kräften können humanitäre Vorteile erwachsen. Aber derartige Einsätze sollten von Einsätzen nach Naturkatastrophen und in Zusammenarbeit mit traditionellen Friedenstruppen unterschieden werden. Militärische humanitäre HelferInnen können sich Zugang zu notleidenden ZivilistInnen verschaffen, wenn die Sicherheitslage dies sonst unmöglich oder höchst gefährlich macht, und sie können zu einem ausreichend sicheren Umfeld beitragen, das Hilfe und Schutz durch andere erlaubt. Militärische StreithelferInnen können auch einen Wechsel des Regimes herbeiführen, das für das Leiden verantwortlich ist – was zugegebenermaßen eher umstritten ist.

Die Militarisierung hat sich für humanitäre HelferInnen als problematisch erwiesen und KritikerInnen haben die Sicherheitsfunktion scharf kritisiert. Sie sehen eine „humanitäre Intervention“, einen „humanitären Krieg“ und insbesondere die „humanitäre Bombardierung“ von Kosovo und Libyen als Widerspruch in sich.⁷ Da das Militär die Prioritätensetzung dominiert, macht sein Einsatz Hilfslieferungen und den Schutz durch zivile Organisationen komplizierter. Eine humanitäre Intervention ist, so Adam Roberts, eine „Zwangsmaßnahme durch einen oder mehrere Staaten, die den Einsatz von Waffengewalt in einem anderen Staat ohne die Zustimmung der Behörden einschließt, mit dem Ziel, umfassendes Leid oder Tod unter den Bewohnern zu verhindern“.⁸ Militärische Interventionen, die im Wesentlichen humanitär begründet werden – gegen den Willen einer Regierung oder ohne ihre ausdrückliche Zustimmung – spielen in der Zeit nach dem Kalten Krieg eine prominente Rolle und machen Handeln in Bereichen möglich, die zuvor ausgeschlossen waren.

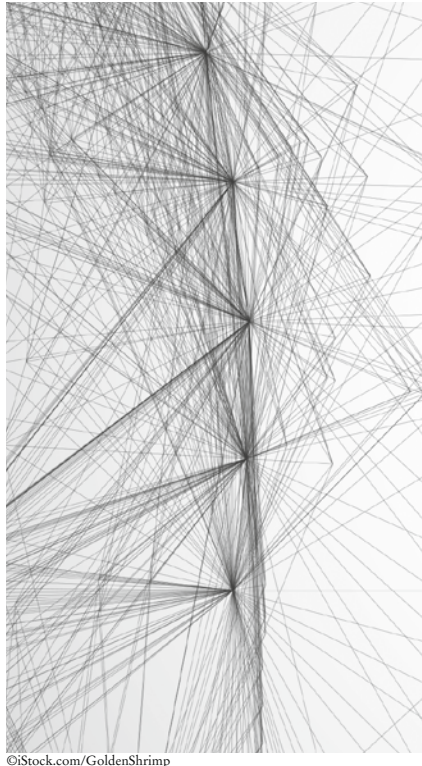


Politisierung

Der Einsatz des Militärs ist natürlich immer hohe Politik. Allerdings hat das vergangene Vierteljahrhundert ein Hexengebräu stark politisierter Entscheidungen erlebt, die die humanitäre Kultur grundlegend verändert haben. Das Rezept hat vier Ingredienzen.

Die erste ist der Wandel vom zwischenstaatlichen zum innerstaatlichen bewaffneten Konflikt. Viele Länder üben keine oder nur geringe hoheitliche Kontrolle über ihre Bevölkerungen und Ressourcen aus; sie verfügen nicht über das Gewaltmonopol. Solche Staaten leiden unter der „Entflechtung“ von Territorium und Herrschaft – eine Negation der exklusiven Herrschaft als Staaten.⁹ Drogensüchtige KindersoldatInnen, die in Sierra Leone die Gliedmaßen von terrorisierten ZivilistInnen abhacken, verdeutlichen den Horror ebenso wie die rund 40 bewaffneten „Haupt“-Oppositionsbewegungen in der Demokratischen Republik Kongo, die eine Verständigung suchen. „Schwache“, „gescheiterte“ und „fragile“ Staaten – über die Adjektive lässt sich streiten, doch die Realität ist eindeutig – sind heute Schauplatz für die meisten humanitären Hilfsmaßnahmen. Weder organisierte Gewalt noch Humanität beschränkt sich heute auf staatliche Stellen; und die Deinstitutionalisierung souveräner Macht bedeutet eine nachlassende Wirkung des humanitären Völkerrechts.

Zweitens zeigt sich die Politisierung darin, dass Geberstaaten ihre Vergabepaxis von ungebundenen multilateralen Zahlungen an das UN-System – insbesondere für den UN Flüchtlingskommissar (UNHCR), UNICEF und das Welternährungsprogramm (WFP) – in Richtung auf gebundene Zahlungen für bestimmte Gruppen, Konflikte, Agenturen oder Prioritäten verlagern. Bilaterale oder kollektive europäische Hilfe ist für Politisierung anfälliger als UN- oder NGO-Hilfe.



©iStock.com/GoldenShrimp

Die Abkehr von der uneingeschränkten multilateralen zur bilateralen Hilfe sowie von ungebundenen Zuschüssen für multilaterale Organisationen zur Zweckbestimmung oder zu multi-bilateralen Zuschüssen verunsichert die humanitären HelferInnen.¹⁰ 1988 stellten Staaten etwa 45 Prozent der humanitären Hilfe über UN-Agenturen zur Verfügung;¹¹ in den vergangenen fünf Jahren wurde etwa 50 Prozent dieser Hilfe über multilaterale Organisationen ausgezahlt.¹² Da die meiste Hilfe zweckbestimmt ist, kann nur ein kleiner Teil ganz nach den Vorstellungen der jeweiligen multilateralen Agentur verwendet werden. Nach den jüngsten verfügbaren Zahlen betrug der Anteil 2007 etwa elf Prozent oder 913 Mio. US-\$ einer Gesamtsumme von 8,7 Mrd. US-\$, die von den Mitgliedern des Ausschusses für Entwicklungshilfe (DAC) der OECD zur Verfügung gestellt wurden.¹³

Die Kurzform „Bilateralisierung“ bedeutet im Wesentlichen eine Zweckbestimmung oder Kooptation des Multilateralismus; Geberstaaten versuchen ungeniert eine größere Übereinstimmung zwischen ihren

Beiträgen und ihren nationalen Prioritäten herzustellen. Entsprechend können die Bedürfnisse der betroffenen Bevölkerungen bei Verteilung und Programmgestaltung sekundär sein. So erhielten unter den 50 Hauptempfängern bilateraler Hilfe zwischen 1996 und 1999 die Staaten des früheren Jugoslawien, Israel/Palästina und der Irak die Hälfte der verfügbaren Mittel.¹⁴ Im Gegensatz dazu war die Demokratische Republik Kongo im Jahr 2000 das Land, dessen Bedürfnisse am wenigsten befriedigt wurden – nur 17,2 Prozent des „Consolidated Appeals Process“ (CAP) der UN; vier Jahre später war es Simbabwe mit 14,2 Prozent. 2012 betrug der gesamte Ausfall 3,3 Mrd. US-\$ gemessen am CAP, für Simbabwe war er mit 86 Prozent am größten, für Liberia mit 38 Prozent am geringsten.¹⁵ Die Wirkung des 11. September war bereits 2002 spürbar als fast die Hälfte der von Geberstaaten in 25 UN-Hilfesaufufen erbetenen Mittel nach Afghanistan ging.¹⁶ Ein Jahrzehnt später war der Hilfesauftrag für Afghanistan im Verhältnis zum geschätzten Bedarf weiterhin der erfolgreichste. Es überrascht nicht, dass im Zuge der Libyen-Intervention 2011 der Hilfesauftrag für dieses Land sofort (zusammen mit dem Sudan, Sri Lanka und Haiti) eine Spitzenposition unter den besser finanzierten einnahm. Zu den am stärksten unterfinanzierten gehörten die Länder Westafrikas, Simbabwe und Dschibuti.¹⁷ 2012 führten Pakistan, Somalia und die von Israel besetzten Gebiete die Liste an.¹⁸

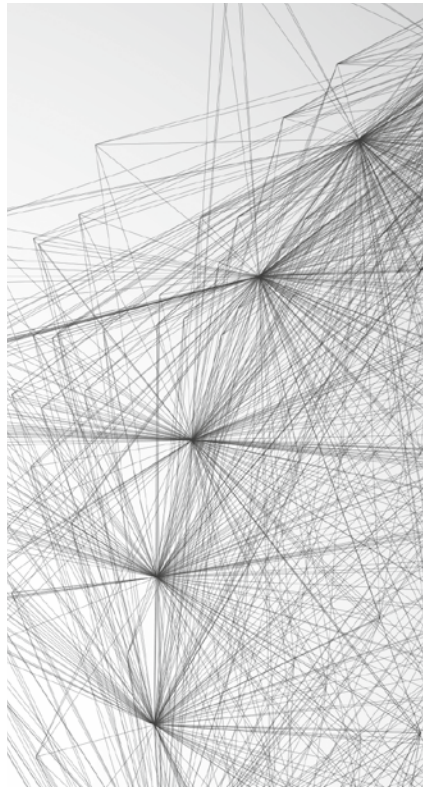
Der dritte zu stärkerer Politisierung beitragende Faktor ist auf die Politik der humanitären Organisationen zurückzuführen, die sich entschieden haben, dass eine Symptomtherapie nicht ausreicht und sie die Ursachen des Leidens – Armut und Menschenrechtsverletzungen – angehen sollten. Allerdings kann Neutralität und Unparteilichkeit bei der Förderung der Menschenrechte hinderlich sein. Das Rezitieren des humanitären Mantras nützt wenig; die traditionellen Grundsätze bieten

keine oder sogar schlechte Orientierung. Wie David Rieff sagt, „der humanitäre Raum ist eine sentimentale Idee, Neutralität trügerisch und Unparteilichkeit eine Abstraktion [...] Je eher sie ein ordentliches Begräbnis erhalten, desto schneller kommen wir alle weiter.“¹⁹

Der vierte Faktor ist die Politik nach dem 11. September. Viele Länder sahen humanitäre HelferInnen als PartnerInnen bei der Terrorismusbekämpfung. US-Außenminister Colin Powell erklärte 2001 bei einem Treffen privater Hilfsorganisationen, dass „ebenso wie unsere Diplomaten und Militärs amerikanische NGOs da draußen [in Afghanistan] an der Front der Freiheit dienen und sich opfern. NGOs sind so ein Kräfteverstärker für uns, so ein wichtiger Teil unserer Kampftruppe.“²⁰

Kommerzialisierung

Das Ende des Kalten Krieges führte zu einer Vermehrung humanitärer Organisationen und einer Vervielfachung ihrer Ressourcen. Die Budgets humanitärer Organisationen verfünffachten sich zwischen 1989 und 1999 von 800 Mio. auf 4,4 Mrd. US-\$, bis 2009 vervierfachten sie sich erneut auf 16,7 Mrd. US-\$. Nach einem Spitzenwert 2010 mit etwas über 20 Mrd. US-\$ gingen die Zahlen auf 19,4 Mrd. US-\$ (2011) und 17,9 Mrd. US-\$ (2012, das jüngste Jahr, für das Zahlen vorliegen) zurück.²¹ Im vergangenen Jahrzehnt haben Regierungen etwa 110 Mrd. US-\$ für humanitäre Hilfe ausgegeben. In den Jahren 2010 und 2011 stellten sie etwa 14 Mrd. US-\$ zur Verfügung, 2012 fast 13 Mrd. US-\$. Freiwillige private Beiträge erreichten 2010 mit 6,4 Mrd. US-\$ einen Spitzenwert (2012 waren es rund 5 Mrd. US-\$), gegenüber 3,0 Mrd. US-\$ 2007.²² Dazu kamen in den vergangenen fünf Jahren zwischen 8 und 10 Mrd. US-\$ jährlich für UN-Friedenseinsätze, bei denen die meisten Soldaten in den gleichen Zielländern eingesetzt wurden.



©iStock.com/GoldenShrimp

Man muss nicht Naomi Kleins Charakterisierung des Geschäftsmodells der Nothilfe als „Katastrophen-Kapitalismus“ folgen²³, um angesichts einer globalen Bilanzsumme von rund 18 bis 20 Mrd. US-\$ und MitarbeiterInnen, die 75 bis 100 Mio. Menschen helfen, von einem beachtlichen Geschäft zu sprechen. Die Kultur der humanitären Zusammenarbeit wurde durch eine Kultur des Wettbewerbs ersetzt. Alexander Cooley und James Ron weisen auf das „Gerangel“ um Ressourcen hin, das die Prioritäten und Programme der humanitären Organisationen bestimmt – öffentliche und private Ressourcen, große und kleine, religiöse und säkulare. Das Ergebnis ist eine „Vertragskultur“, die für die humanitäre Seele „zutiefst zerstörerisch“ ist.²⁴

Auf dem Weg zu einer evidenzbasierten Kultur

Der Wert des Lernens ist PraktikerInnen nicht unbedingt ersichtlich, wenn es keine Verbindungen zur Praxis gibt. „Anpassung“ tritt auf, wenn eine Organisation kurzfristige

Änderungen zur Lösung von Problemen vornimmt. Doch „Wandel“ findet statt, wenn Modalitäten und Möglichkeiten humanitärer Maßnahmen gründlich reflektiert werden: welche Politiken sollten verändert, welche Grundsätze angepasst werden und wie sollte die nächste Generation der Operationen neu gestaltet und umgesetzt werden? „Transformation“ bezieht sich auf tiefgreifenden Wandel.

Das internationale humanitäre System hat sich über die Jahre sicherlich angepasst, doch die Herausforderungen neuer Kriege und neuer Humanitarismen sind so groß, dass mutige Veränderungen, ja Transformationen im strategischen Denken und Handeln notwendig erscheinen. Hilfsorganisationen neigen jedoch eher dazu, bescheidene Anpassungen vorzunehmen, statt sich einem grundlegenden Wandel oder gar einer Transformation zu unterziehen.

Die große Mehrzahl humanitärer Organisationen bittet normalerweise mit dem Hinweis auf möglicherweise unzureichende Ressourcen, um im Katastrophenfall reagieren und Nothilfe und Schutz leisten zu können; die Budgets sind nicht garantiert, sondern erfordern ein ständiges Fundraising. Die Erfordernisse der Mittelbeschaffung und die Sicherung des Zugangs zu den Bedürftigen machen humanitäre Organisationen häufig abhängig von den Wünschen der Geber und den Launen der Gesprächspartner. Einzelne Hilfsorganisationen sind allenfalls wichtige Rädchen in einer viel größeren internationalen Maschine.

Verschwindend geringe Mittel werden verwendet, um die laufenden und vorangegangenen Operationen unter dem Blickwinkel zu analysieren, welche Taktiken und Strategien verändert werden sollten. Tatsächlich machen die Organisationen häufig eine Tugend aus dem, was andersorts als schwerer Mangel betrachtet würde – sie eilen so schnell wie möglich zur nächsten Krise, ohne die Fakten der letzten Katastrophe

erhoben, verarbeitet, evaluiert und den Versuch gemacht zu haben, alternative Politiken und Ansätze zu formulieren.

Das Fehlen einer Lernorientierung ist strukturbedingt. Randolph Kent hat vor einem Jahrzehnt bemerkt: „Strategieformulierung erfordert mindestens die Beteiligung aller wesentlichen Komponenten einer Organisation – mit anderen Worten ein ungewöhnliches Maß organisationsinterner Zusammenarbeit unter den für Notfälle, Politik und Budgetierung Verantwortlichen.“²⁵ Strategieentwicklung beinhaltet demnach zwei Schritte: im ersten wird gelernt und das Verhalten angepasst, im zweiten werden die Kenntnisse verbreitet und die kohärente Umsetzung sichergestellt.

Verbesserungen sind im gesamten System notwendig, aber die einzelnen Organisationen sollten beginnen, drei analytische Fähigkeiten zu entwickeln. Bessere Informationsgewinnung ist die erste. Ein schwerwiegendes Hindernis für Organisationen, die im Feld arbeiten oder künftige Einsätze planen, ist das Fehlen rechtzeitiger und genauer Informationen.²⁶ Ohne sie können humanitäre HelferInnen leicht zweifelhaften Akteuren zuarbeiten oder kontraproduktive Wirkungen auslösen. Informationen über die Absichten und das Verhalten von Akteuren auf einem Konfliktfeld können bei der Wahl der Taktik, dem Aushandeln eines Zugangs und der Abfolge von Maßnahmen wichtige Hilfestellungen leisten.

Die zweite Fähigkeit ist davon nicht zu trennen: das institutionelle Gedächtnis sollte verbessert werden, indem die Aktivitäten und die entstehenden Rückwirkungen dokumentiert werden. Das Verständnis des Umfangs und der Art der Probleme und die kritische Bewertung unterschiedlicher Möglichkeiten sind die Schlüssel zur Vermeidung früherer Fehler und zur Auseinandersetzung mit Alternativen. Die Organisationen sollten eigene Dokumentationen und Forschungseinheiten

schaffen. Für die Informationerschließung, Analyse und technische Unterstützung könnte man auf StudentInnen der Geschichts- und Sozialwissenschaften zurückgreifen.

Die dritte Fähigkeit betrifft Kommunikation und Vernetzung. Sie sollte zu einer besseren Koordination und Kohärenz innerhalb des humanitären internationalen Systems führen. Ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung wären langfristige Beziehungen zwischen den wichtigsten Forschungseinrichtungen – sowohl Universitäten als auch Denkfabriken – und den operativen Organisationen.

Fazit: Für eine konsequenzialistische Ethik

Im Grunde verlangt der Kulturwandel einen einzigen Grundsatz anzuerkennen – die Unverletzlichkeit des Lebens bzw. der menschlichen Würde – und den drei operativen Grundsätzen – Unabhängigkeit, Neutralität und Unparteilichkeit – einen nachrangigen Status zu geben. Denn diese sind Mittel, nicht Zwecke; sie können hilfreich sein, sind aber keine absoluten moralischen Werte. Sie treten gegenüber konsequentialistischen Überlegungen, bei denen es um spezifische Inputs und ihre wahrscheinlichen Ergebnisse geht, zwangsläufig in den Hintergrund.

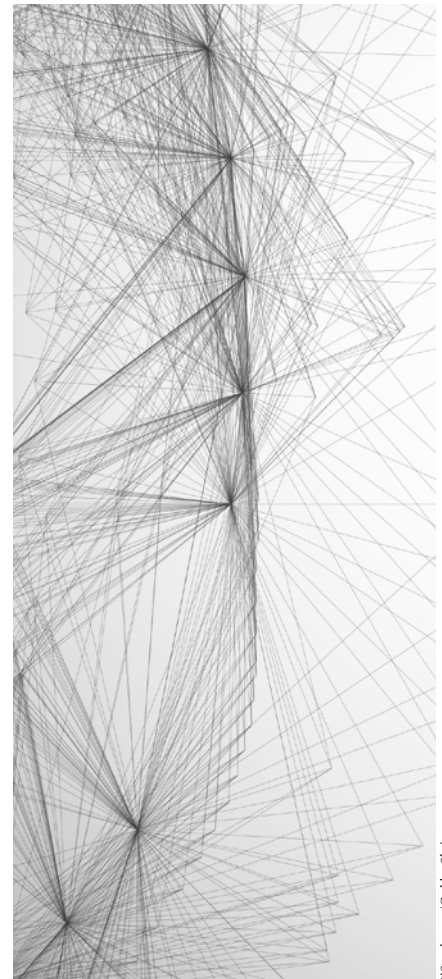
Das Zeitalter der Unschuld ist, wenn es das jemals gab, vorüber.²⁷ Statt Eile brauchen humanitäre HelferInnen Entschleunigung; sie müssen das vorherrschende „Wir brauchen-Sofortmaßnahmen“ überwinden.²⁸ Kriege sind keine Tsunamis oder Erdbeben und die humanitäre Hilfe sollte sie unterschiedlich behandeln. Um in den trüben Gewässern heutiger Kriegsgebiete navigieren zu können, müssen humanitäre HelferInnen reflektieren bevor sie handeln.

Ein umsichtiger und informierter strategischer Humanitarismus ist aus mindestens vier Gründen angemessener als die starre Anwendung traditioneller, nachrangiger Grundsätze:

Ziele stehen häufig miteinander im Konflikt. Gute Absichten können katastrophale Folgen haben. Ziele können auf mehrere Arten erreicht werden. Entscheidungen sind notwendig, auch wenn keine Option ideal ist.

Humanitäre HelferInnen sollten daher Ideologie beiseiteschieben, Alternativen abwägen und längerfristige Ergebnisse bedenken. Empirische Überprüfungen sind wichtig, denn die dunklen Seiten der Tugendhaftigkeit können den Nutzen von Humanität zunichtemachen. Die Verfügbarkeit von Ressourcen ist kein ausreichendes Argument zum Handeln.

Es wäre unfair und ungenau zu behaupten, dass sich in der Zeit nach dem Kalten Krieg nichts geändert hätte. Die vergangenen beiden Jahrzehnte zeigen bei PraktikerInnen einen allmählich steigenden Bedarf an sozialwissenschaftlicher Forschung.



Oxfam-UK geht mit bezahlten MitarbeiterInnen für Forschung und Evaluierung seit langem diesen Weg. ExpertInnen sind mit den *Avenir*-Bemühungen des IKRK vertraut, mit dem *Sphere Project* der Internationalen Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung und dem *Active Learning Network for Accountability and Performance in Humanitarian Action* (ALNAP). Forschung des *Humanitarianism & War Project* (zuerst an der Brown und später an der Tufts University), des *Overseas Development Institute* (ODI), des *Global Humanitarian Assistance* Programms, des *Centre for Humanitarian Dialogue* haben zusammen mit universitären Forschern an vielen anderen Orten dazu beigetragen, Daten zu erheben und Kennzahlen zu entwickeln.

Wichtige Hinweise kamen auch vom *Emergency Capacity Building Project* (ECB), das über ein Jahrzehnt vor allem von der Bill & Melinda Gates Foundation finanziert wurde.²⁹ Bessere Informationen und Entscheidungsgrundlagen sind sicherlich ein Schritt in die richtige Richtung, doch erfolgreiches Lernen erfordert nicht nur Diagnosen und Rezepte, sondern Umsetzung. Reflektion ist eine Voraussetzung für Handeln; sie wird letztlich zu besseren Ergebnissen führen als Aktionismus, auch wenn er von Herzen kommt. Bessere analytische Fähigkeiten und ein gezügelter Idealismus werden die Belastbarkeit des Systems der internationalen humanitären Hilfe erhöhen, ein Ansatz, den der verstorbene Myron Wiener „instrumentelle Humanität“ genannt hat.³⁰

Angeichts eines zunehmend wettbewerbsorientierten Marktes lautet die einfache Feststellung: wer sich der Kosten bewusst ist, die bei der Abweichung von den Grundsätzen entstehen, wird in Not geratenen Bevölkerungen besser helfen können als HelferInnen ohne Prinzipien (OpportunistInnen) oder mit starren Prinzipien (IdeologInnen).

Bescheidenheit ist eine Tugend für EntwicklungshelferInnen und SozialwissenschaftlerInnen. Doch

viele der engagiertesten humanitären HelferInnen wollen uns auf einen humanitären „Imperativ“³¹ verpflichten: alle betroffenen Bevölkerungen müssen ähnlich behandelt und auf jede Krise muss einheitlich reagiert werden. Doch keine Krise gleicht der anderen. Dies bedeutet, dass Abgrenzungen vorgenommen, Optionen abgewogen und angesichts begrenzter Ressourcen harte Entscheidungen gefällt werden müssen, sodass das Beste erreicht, zumindest aber der geringste Schaden angeordnet wird. Denn die Nachfrage nach humanitärer Hilfe wird immer größer sein als das Angebot.

Eine genauere Beschreibung für Nothilfe in heutigen Kriegen wäre „humanitärer Impuls“ – manchmal sollten und können wir handeln und manchmal können wir, sollten aber nicht. Humanitäre Hilfe ist wünschenswert, aber nicht obligatorisch. Der humanitäre Impuls erlaubt, der humanitäre Imperativ verpflichtet. Um die Spirale von Nachfrage und Angebot zu durchbrechen, ist nüchterne Analyse und nicht die starre Anwendung absoluter moralischer Werte geboten. Das in einer anderen Epoche entwickelte humanitäre Einheitsmaß, immer noch in Mode, passt nicht mehr.

Häufig wird das Wort „Dilemma“ benutzt, um schmerzhaft Entscheidungen zu beschreiben, doch angemessener ist das Wort „Zwickmühle“. Ein Dilemma besteht aus zwei oder mehr Handlungsoptionen mit unbeabsichtigten, unvermeidlichen und ebenso unerwünschten Folgen. Wenn alle Folgen gleich inakzeptabel sind, ist es eine praktikable und moralische Option, an der Seitenlinie zu bleiben. Auch wenn humanitäre Helfer ratlos sind oder sich in einer Zwickmühle sehen, sollten sie sich nicht gelähmt fühlen – sie sind es nicht. Der Schlüssel liegt in dem gutwilligen Versuch, die Vor- und Nachteile jedes militärischen oder zivilen Vorgehens zu analysieren und sich für das wahrscheinlich geringste Übel zu entscheiden.

Die vorzunehmenden Abwägungen sind qualvoll, aber unausweichlich. Eine konsequenzialistische Ethik ist unerlässlich.

Summary

Humanitarians are no longer simply seen as selfless angels. Their motivations and mastery, their principles and products are contested from inside and outside of aid organizations. Understanding the ongoing transformations in contemporary humanitarianism requires examining the nature and evolution of the dominant humanitarian culture away from an agreed culture of cooperation to a contested one of competition. In the post-Cold War era, the latter reflects militarization, politicization, and marketization. What is required is a learning culture for practitioners and a consequentialist ethics more oriented to responsible reflection than rapid reaction.

Anmerkungen

- 1) Dieser Beitrag stützt sich auf ein Research Paper, das 2014 am Käte Hamburger Kolleg veröffentlicht wurde (Weiss 2014). Er enthält ausgewählte Aspekte dieses Research Papers, wurde von Thomas Siebold ins Deutsche übertragen und von Thomas Junker redaktionell bearbeitet.
- 2) Rieff 2002a, 2002b
- 3) Forsythe 2005; Barnett 2011
- 4) Pictet 1979
- 5) Weiss 1999
- 6) Center on International Cooperation 2013; Adebajo 2011
- 7) Roberts 1993; Rieff 2002a und 2002b; siehe auch Bass 2008
- 8) Roberts 2002
- 9) Ruggie 1993: 165
- 10) Barnett/Snyder 2008
- 11) Randel/German 2002: 21
- 12) Development Initiatives 2013: 6
- 13) Development Initiatives 2009: 8
- 14) Randel/German 2002: 27
- 15) Development Initiatives 2013: 5
- 16) Smillie/Minear 2004: 145; Oxfam 2003: 2
- 17) OCHA 2011: 13
- 18) Development Initiatives 2013: 6
- 19) Rieff 2011: 254
- 20) Powell 2001
- 21) Development Initiatives 2013: 4

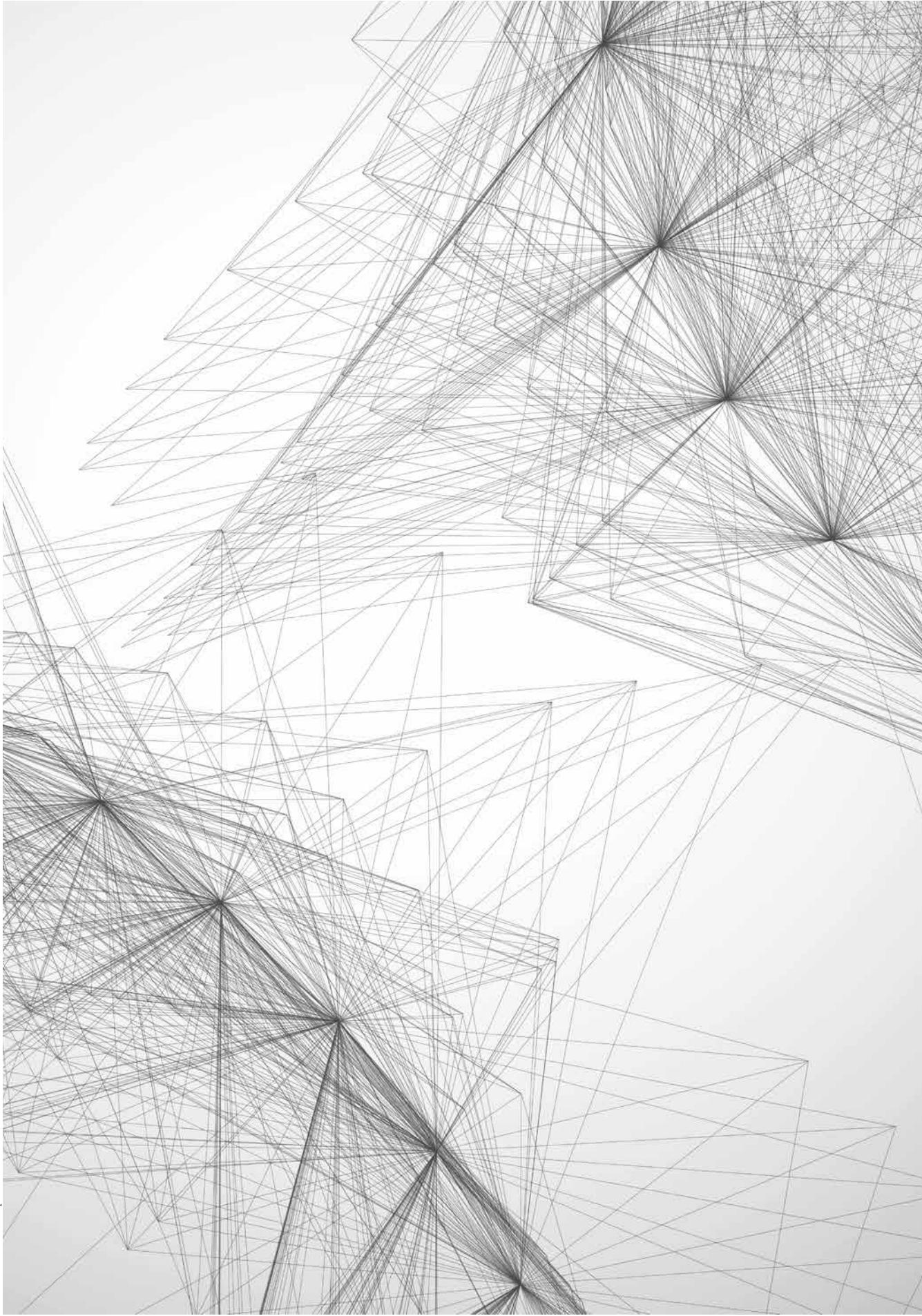
- 22) Development Initiatives 2013: 20, 30
- 23) Klein 2007
- 24) Cooley/Ron 2002: 13
- 25) Kent 2004: 9
- 26) Stanley Foundation 2003; Weiss/Hoffman 2005
- 27) Weiss 1999; Wood et. al. 2001
- 28) Levine/Chastre 2004: 19
- 29) Siehe www.ecbproject.org
- 30) Wiener 1998
- 31) Weiss 2016 i.E.

Literatur

- Adebajo, Adekeye (2011): *UN Peacekeeping in Africa: From the Suez Crisis to the Sudan Conflicts*. Boulder, CO: Lynne Rienner.
- Barnett, Michael (2011): *Empire of Humanity: A History of Humanitarianism*. Ithaca, NY: Cornell University Press.
- Barnett, Michael/Jack Snyder (2008): *The Grand Strategies of Humanitarianism*. In: Barnett, Michael/Thomas G. Weiss (Hrsg.): *Humanitarianism in Question: Politics, Power, Ethics*. Ithaca, NY: Cornell University Press. 143–71.
- Bass, Gary (2008): *Freedom's Battle: The Origins of Humanitarian Intervention*. New York, NY: Random House.
- Center on International Cooperation (2013): *Global Peace Operations 2013*. Boulder, CO: Lynne Rienner.
- Cooley, Alexander/James, Ron (2002): *The NGO Scramble: Organizational Insecurity and the Political Economy of Transnational Action*. In: *International Security*, 27 (1). 5–39.
- Development Initiatives (2013): *Global Humanitarian Assistance Report 2013*, Somerset, UK, <http://www.globalhumanitarianassistance.org/wp-content/uploads/2013/07/GHA-Report-20131.pdf>, Zugriff 28.05.2015
- Development Initiatives (2009): *Global Humanitarian Assistance Report 2009*, Somerset, UK, <http://www.globalhumanitarianassistance.org/wp-content/uploads/2009/07/GHA-Report-2009.pdf>, Zugriff 28.05.2015.
- Forsythe, David P. (2005): *The Humanitarians: The International Committee of the Red Cross*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Hoffman, Peter J./Thomas G. Weiss (2006): *Sword and Salve: Confronting New Wars and Humanitarian Crises*. Lanham, MD: Rowman & Littlefield.
- Hoffman, Peter J./Thomas G. Weiss (2008): *Humanitarianism and Practitioners: Social Science Matters*. In: Barnett, Michael/Thomas G. Weiss (Hrsg.): *Humanitarianism in Question: Politics, Power, Ethics*. Ithaca, NY: Cornell University Press. 264–85.
- Kent, Randolph (2004): *Humanitarian Futures: Practical Policy Perspectives*. HPN Network Paper 46. London: Overseas Development Institute.
- Klein, Naomi (2007): *The Shock Doctrine: The Rise of Disaster Capitalism*. New York, NY: Metropolitan Books.
- Levine, Simon/Claire Chastre (2004): *Missing the Point: An Analysis of Food Security Interventions in the Great Lakes*. HPN Network Paper 47. London: Overseas Development Institute.
- Minear, Larry/Thomas G. Weiss (1993): *Humanitarian Action in Times of War: A Handbook for Practitioners*. Boulder, CO: Rienner.
- OCHA (2011): *Chapeau of the Mid-Year Review of the Humanitarian Appeal for 2011*, Genf: UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs.
- Oxfam (2003): *Beyond the Headlines: An Agenda for Action to Protect Civilians in Neglected Countries*. Oxford: Oxfam International.
- Pictet, Jean (1979): *The Fundamental Principles of the Red Cross*. Genf: ICRC.
- Powell, Colin (2001): *Remarks to the National Foreign Policy Conference for Leaders of Nongovernmental Organizations*, October 26, <http://2001-2009.state.gov/secretary/former/powell/remarks/2001/5762.htm> (US Department of State Archive), Zugriff 28.05.2015.
- Randel, Judith/Tony German (2002): *Trends in Financing of Humanitarian Assistance*. In: Macrae, Joanna (Hrsg.): *The New Humanitarianisms: A Review of Trends in Global Humanitarian Action*. London: Overseas Development Institute. 19–28.
- Rieff, David (2002a): *A Bed for the Night: Humanitarianism in Crisis*. New York, NY: Simon & Schuster.
- Rieff, David (2002b): *Humanitarianism in Crisis*. In: *Foreign Affairs*, 81 (6) (November–December). 111–21.
- Rieff, David (2011): *Afterword*. In: Magone, Claire/Michael Neuman/Fabrice Weissman (Hrsg.): *Humanitarian Negotiations Revealed: The MSF Experience*. London: Hurst. 251–8.
- Roberts, Adam (1993): *Humanitarian War: Military Intervention and Human Rights*. In: *International Affairs*, 69. 429–49.
- Roberts, Adam (2002): *The So-Called „Right“ of Humanitarian Intervention*. In: *Yearbook of International Humanitarian Law*, 2000 (3). 3–51.
- Ruggie, John Gerard (1993): *Territoriality and Beyond: Problematizing Modernity in International Relations*. In: *International Organization*, 47 (Winter). 139–74.
- Smillie, Ian/Larry Minear (2004): *The Charity of Nations: Humanitarian Action in a Calculating World*. Bloomfield, CT: Kumarian.
- Stanley Foundation (2003): *UN on the Ground*. Muscatine, IA: Stanley Foundation.
- Weiss, Thomas G. (1999): *Principles, Politics, and Humanitarian Action*. In: *Ethics and International Affairs*, 13. 1–22.
- Weiss, Thomas G. (2012): *Humanitarian Intervention: Ideas in Action*, 2nd edition. Cambridge: Polity Press.
- Weiss, Thomas G. (2013): *Humanitarian Business*. Cambridge: Polity Press.
- Weiss, Thomas G. (2014): *Humanitarianism's Contested Culture in War Zones*. Global Cooperation Research Papers 8. Duisburg: Käte Hamburger Kolleg/Centre for Global Cooperation Research (KHK/GCR21).
- Weiss, Thomas G. (2016 i.E.): *Humanitarian Action, Impulse Not Imperative*. In: Einsiedel, Sebastian von/David Malone/Bruno Stagno (Hrsg.): *The United Nations Security Council: From Cold War to the 21st Century*. Boulder, CO: Lynne Rienner.
- Weiss, Thomas G./Peter J. Hoffman (2005): *Making Humanitarianism Work*. In: Chatterman, Simon/Michael Ignatieff/Ramesh Thakur (Hrsg.): *Making States Work: State Failure and the Crisis of Governance*. Tokyo: UN University Press. 296–317.
- Wiener, Myron (1998): *The Clash of Norms: Dilemmas in Refugee Politics*. In: *Journal of Refugee Studies*, 11. 1–21.
- Wood, Adrian/Raymond Apthorpe/John Borton (Hrsg.) (2001): *Evaluating International Humanitarian Action: Reflections from Practitioners*. London: Zed.

Der Autor

Thomas G. Weiss ist einer der führenden Experten in der Theorie und Praxis der humanitären Intervention, mit besonderer Expertise in der Politik der Vereinten Nationen. Er ist Presidential Professor der Politikwissenschaften am The Graduate Center, CUNY (The City University of New York), emeritierter Direktor des Ralph Bunche Institute for International Studies und Research Professor am SOAS, University of London. Gegenwärtig ist er Beiratsmitglied für das Global Centre for the Responsibility to Protect, Mitglied von editorial boards bei zahlreichen akademischen Zeitschriften und außerdem ein Herausgeber der Routledge Global Institutions Series. Im Juni 2014 hielt er die 9. Käte Hamburger Lecture zum Thema „Humanitarianism's Contested Culture in War Zones“ im Rahmen der Konferenz „Humanitarianism and Changing Cultures of Cooperation“, die vom Käte Hamburger Kolleg in Duisburg zusammen mit dem Kulturwissenschaftlichen Institut Essen organisiert wurde.



Kulturelle Diversität
und globale Demokratie:
Erfahrungen aus einem
internationalen Dialog
in Duisburg

Kosmopolitische Begründungen für globale Demokratie sind angesichts der kulturellen und weltanschaulichen Diversität in der heutigen Welt in der Krise. Jan Aart Scholte, der im November 2013 am Käte Hamburger Kolleg einen transkulturellen Dialog inszenierte, will als Alternative Reflektionsräume schaffen, in denen sich Teilnehmerinnen und Teilnehmer jenseits der konventionellen, westlich dominierten Routinen auf grundlegende Normen und Prinzipien globaler Demokratie diskursiv verständigen können.

Transkultureller Dialog und die Wiedererfindung globaler Demokratie¹

Ein Gespräch mit Jan Aart Scholte

Landläufig gelten kulturelle Unterschiede als Problem und Hindernis für die demokratische Zusammenarbeit von Menschen. Aber können Unterschiede nicht auch Grundlage und Ressource für den gemeinsamen Umgang mit globalen Herausforderungen sein, etwa beim Klimawandel, bei Peacebuilding und sozialer Ungleichheit? Kann

kulturelle Vielfalt nicht auch eine Chance für eine konstruktive und demokratische globale Politik bieten?

Um diese Fragen zu diskutieren schuf das Käte Hamburger Kolleg/ Centre for Global Cooperation Research (KHK/GCR21) in Kooperation mit dem Programm Building Global Democracy (BGD) eine Arbeitsgruppe von zehn Wissen-

schaftlerInnen mit langjähriger Erfahrung in theoretischer und praktischer Kulturpolitik. Die Gruppe selbst repräsentierte große geographische, soziale, disziplinäre und ideologische Unterschiede.

Nach ersten individuellen Überlegungen traf sich die Arbeitsgruppe vom 13. bis 15. November 2013 am KHK/GCR21 in Duisburg zu einem



Jan Aart Scholte. Foto: KHK/GCR

Workshop. Wir sprachen mit dem Projektleiter Jan Aart Scholte über den Austausch und die Ergebnisse des Treffens.

KHK: Um mit dem Wichtigsten gleich zu beginnen: Bietet kulturelle Vielfalt Ansatzpunkte für eine globale demokratische Zusammenarbeit und die Lösung globaler Probleme? Oder ist das nur ein frommer Wunsch?

JAS: Bei den Teilnehmern des Workshops, die durchaus unterschiedliche Positionen bezogen, herrschte in dieser Hinsicht Einigkeit: Eine neue Politik der kulturellen Vielfalt schafft Möglichkeiten für eine globale demokratische Zusammenarbeit. Dafür müssten die betroffenen Menschen jedoch echte Beteiligung erleben und die globale Politik müsste unterschiedliche Lebensentwürfe und Lebensweisen akzeptieren und integrieren. Allerdings haben die herkömmlichen Ansätze für eine Kulturpolitik im globalen Maßstab versagt. Wir denken daher, dass es sich lohnt, „Transkulturalität“ als neuen Ansatz näher zu erkunden.

KHK: Bevor wir darauf kommen, welche bisherigen Ansätze haben versagt und warum?

JAS: Da ist zunächst der liberale Universalismus. Er gibt den Menschen auf der ganzen Welt vor, ihre kulturellen Unterschiede durch Assimilation an eine westlich-moderne Lebenswelt zu überwinden.² Allerdings hat die westliche Moderne nicht alle Antworten auf alle globalen Herausforderungen. Sie kann sogar ein wesentlicher Teil der Probleme sein. Man denke etwa an kapitalistische Ausbeutung oder die Arroganz der Wissenschaft. Darüber hinaus ist offensichtlich, dass große Teile der Menschheit längst nicht alles an der westlichen Moderne akzeptieren und ihre Verbreitung als Imperialismus betrachten. Insofern schwächt der liberale Kosmopolitismus die Demokratisierung der globalen Zusammenarbeit eher als dass er sie stärkt.

Der zweite Ansatz, der kommunitaristische Multikulturalismus, besagt, dass die Menschheit sich in abgeschlossenen kulturellen Gruppen bewegt, die im besten Fall getrennte Leben im Geiste respektvoller gegenseitiger Toleranz führen. Tiefergehende Kontakte zwischen unterschiedlichen Kulturgruppen würden leicht in Konflikt, Angst und Gewalt münden.³ In der Praxis sind kulturelle Landkarten jedoch viel verschwommener; die Menschheit ist nicht säuberlich in einzelne Nationen und Zivilisationen aufgeteilt. Auch angesichts der Dichte globaler Zusammenhänge ist ein kommunitaristischer Kulturseparatismus heute nicht möglich. Überdies erzwingen die heutigen globalen Herausforderungen – denken wir an die ökologischen Grenzen unseres Planeten – ein hohes Maß an Zusammenarbeit über kulturelle Unterschiede hinweg. Die kommunitaristische Segregation ist also keine Option.

Ein dritter Ansatz ist die Interkulturalität. Er akzeptiert immerhin, dass globale Zusammenarbeit auf der Grundlage unterschiedlicher Lebenswelten geschaffen werden muss. Interkulturalität postuliert, dass durch interkulturelle Kommunikation und Verhandlung zerstörerische Szenarien eines „Kampfes der Kulturen“ vermieden werden können und konstruktive Zusammenarbeit möglich wird.⁴ Der Ansatz hält jedoch an der Annahme des Multikulturalismus fest, dass sich Kulturen in fein säuberlich trennbaren Gruppen abbilden, obwohl sie sich in der Lebenswelt überlagern und überschneiden. Zudem vernachlässigt Interkulturalität, dass die Verhandlung kultureller Differenzen auch die Machtunterschiede zwischen den Lebenswelten angehen muss. Auch kann Interkulturalität mit einem eher optimistischen Blick übersehen, dass einige kulturelle Unterschiede zwangsläufig eine Quelle tiefen Konflikts darstellen. Guter Wille allein reicht nicht immer aus, um ein interkulturelles Kondominium zu erreichen.

KHK: Sie wollten, wie Sie sagen, die Möglichkeiten von „Transkulturalität“ erkunden. Vermutlich mussten Sie sich im Workshop zunächst über den Begriff „Kultur“ verständigen.

JAS: Ja. Wie angesichts des unterschiedlichen geografischen, sozialen, fachlichen und ideologischen Hintergrunds der Teilnehmer nicht anders zu erwarten war, gab es hier sehr unterschiedliche Vorstellungen. Für einen Teilnehmer beinhaltete Kultur „alles, was Menschen tun, ohne dass es genetisch programmiert ist“. Für einen anderen war Kultur das, was es braucht, damit die Menschheit vom Leben der Jäger und Sammler in einen Zustand der Zivilisation übergeht. Für einen dritten beinhaltete Kultur „Prozesse der Bedeutungskonstruktion“. Andere bezogen Kultur auf „die Grundwerte einer Gesellschaft“ und „was Menschen in Bezug auf das tun, was sie denken, das sie tun sollten“. Für viele in der Runde verband Kultur die Gegenwart mit der Vergangenheit – durch Tradition, Bräuche, Überlieferung, Wurzeln. Im Gespräch wurde Kultur auch oft mit einer kollektiven Identität verbunden, sei es auf nationaler, religiöser oder anderer Basis. Es wurde deutlich, dass eine einheitliche Definition von „Kultur“ nicht möglich ist.

KHK: Wenn der Begriff „Kultur“ so unterschiedlich aufgefasst werden kann, wie verhält es sich dann mit „kultureller Vielfalt“?

JAS: Im Workshop wurde betont, dass die kulturelle Vielfalt in der Weltpolitik eine Vielzahl von Dimensionen hat. Meist sind Nationalität, ethnische Herkunft und Religion bedeutsam. Aber kulturelle Unterschiede können auch in Bezug auf Alter, Kaste, Klasse, Behinderung und Nicht-Behinderung, Geschlecht, Sprache, Beruf, Rasse, Region und sexueller Orientierung entstehen. Die relative Bedeutung dieser Dimensionen hängt von der jeweiligen Situation ab. Auf jeden Fall ist klar, dass echte demokratische

tische Zusammenarbeit auf globaler Ebene viele Dimensionen kultureller Vielfalt berücksichtigen muss – nicht nur die ethnische Zugehörigkeit und die Religion.

KHK: Kulturelle Vielfalt bedeutet jedoch nicht nur Variantenreichtum, sondern häufig auch Unvereinbarkeit?

JAS: Richtig, Inkommensurabilität. Konzepte und Praktiken einer Lebenswelt können nicht von denen einer anderen Lebenswelt verstanden werden; eine vollkommen verständliche Übersetzung der Zusammenhänge ist nicht möglich. Die demokratische globale Zusammenarbeit wird besonders in diesen Fällen auf die Probe gestellt. Tatsächlich können die Beteiligten sogar unvereinbare Auffassungen von „Demokratie“, „Globalität“ und „Zusammenarbeit“ haben.

Für einige Teilnehmer des Workshops war kulturelle Inkommensurabilität die Ausnahme, die sich zum Beispiel nur in bestimmten, radikal divergierenden religiösen Überzeugungen äußert. Für andere war Inkommensurabilität viel verbreiteter, wenn Menschen mit angeblich gleicher Sprache und Kultur sich in wichtigen Bereichen nicht verstehen. In diesem Fall stellt kultureller Unterschied für die demokratische globale Zusammenarbeit eine Herausforderung erster Ordnung dar.

Es wurde zwischen harmloser und negativer Inkommensurabilität unterschieden. Erstere ist gegeben, wenn Menschen die fraglichen Unterschiede respektieren, letztere wenn ihnen dies nicht möglich ist. Abholzung kann zum Beispiel von manchen als notwendig betrachtet werden, um den Lebensunterhalt zu sichern; er kann von anderen aber als unmoralische Umweltzerstörung wahrgenommen werden. Die weibliche Beschneidung kann von manchen als wichtiger Initiationsritus gesehen werden, von anderen als eine abscheuliche patriarchale Gewalttat. Negative Inkommensura-

bilität zählt zu den größten Problemen für die demokratische globale Zusammenarbeit.

KHK: Im Zusammenhang mit globaler Zusammenarbeit scheint doch wesentlich, wer sich bei kulturellen Inkommensurabilitäten schließlich durchsetzt, nicht wahr?

JAS: Im Workshop wurde auch stets die Verbindung zwischen Kultur und Macht betont. Die meisten Teilnehmer waren sich einig, dass Kultur von Natur aus politisch ist. Die Machtverhältnisse in einer Gesellschaft beeinflussen immer auch die sich entwickelnde Form von Kultur. Welche Durchsetzungskraft kulturelle Konzepte auf der Bühne der globalen Zusammenarbeit haben, hängt von den mit ihnen verbundenen Machtpositionen ab. Die „sanfte Macht“ Kultur kann in ihrer Auswirkung sehr „hart“ und zwingend sein. Kulturelle Macht kann bestimmte Lebensentwürfe willkürlich und sogar mit Gewalt von der globalen Entscheidungsfindung ausschließen. So etwas haben wir zum Beispiel bei der Dezimierung indigener Völker, der Unterdrückung von Widerspruch durch Fundamentalisten und beim Auslösen von Sprachen erlebt.

Doch kulturelle Macht in der Weltpolitik könnte auch horizontal sein, wenn sie auf gleiche Fähigkeit, gleiche Wertigkeit und kulturübergreifendem Austausch abhebt.

KHK: Damit wären wir bei „Transkulturalität“ als einer Politik der kulturellen Vielfalt, die die demokratische globale Zusammenarbeit voranbringen könnte?

JAS: Ja, der Workshop hat sich intensiv mit dem Thema befasst. Und obwohl den Teilnehmern ein gemeinsames Verständnis fehlte, was Transkulturalität genau nach sich ziehen könnte, herrschte Einigkeit darüber, dass ein neuer Ansatz für kulturelle Vielfalt in der globalen Politik Wege zu Wissen, Gerechtigkeit, Frieden, Gemeinschaft und

Demokratie ebnen könne. Wir haben sieben Eckpfeiler von Transkulturalität identifiziert.

Der erste ist intensive Reflexivität. Das Prinzip geht davon aus, dass die demokratische globale Zusammenarbeit besser vorangebracht wird, wenn bei der Verhandlung kultureller Unterschiede alle Beteiligten ihre Besonderheiten fortwährend kritisch hinterfragen. Der Mikrokosmos des Workshops bestätigte diese Annahme. Keiner der Teilnehmer beanspruchte für seine Position eine „überkulturelle“ Grundlage oder erwartete eine allgemeingültige und unveränderliche Formel für demokratische globale Zusammenarbeit zu entdecken. Reflexivität verdeutlichte den Mitwirkenden den kontextabhängigen Charakter ihrer Ansichten.

Das zweite Prinzip ist die Beachtung von Machtverhältnissen. Die Annahme ist, dass demokratische globale Zusammenarbeit besser funktioniert, wenn die Beteiligten die jeweiligen Machtverhältnisse der kulturellen Positionen erkennen und versuchen, Dominanz und Unterordnung zu minimieren. Im Mikrokosmos des Workshops bemühten sich die Teilnehmer bewusst, allen Positionen das gleiche Maß an Stimme und Einfluss zu gewähren. Der Verzicht auf Hierarchie förderte einen offenen und kooperativen Austausch, aus dem sich eine Vielzahl von Ideen und Vorschlägen entwickelte.

Der dritte Eckpfeiler von Transkulturalität ist Anerkennung kultureller Komplexität. Die Teilnehmer waren sich einig, dass Kultur keine reinen Formen annimmt, sodass Gruppen von Menschen säuberlich voneinander getrennt wahrgenommen werden könnten. Es gibt keine „afrikanische“, „chinesische“, „indigene“ oder „türkische“ Kultur einer homogenen Gruppe, die klar von anderen abzugrenzen wäre. Für den Workshop bedeute dies, dass sich die Teilnehmer nicht einer einzelnen Kategorie oder einem Typus zuordnen und keine binären Selbst-Andere-Dichotomien vornahmen.

So war das Gespräch multidirektional, inklusiv und nuanciert.

Das vierte Prinzip ist die Würdigung der Vielfalt. Kulturelle Vielfalt kann eine wichtige Ressource für eine kreative, effektive und demokratische Global Governance sein. Sie sollte nicht nur toleriert werden, sondern aufgegriffen und aktiv gefördert werden. Mehrere Teilnehmer meinten sogar, dass die Förderung der kulturellen Vielfalt für das Überleben der Menschheit notwendig ist, um neue Antworten auf Probleme zu finden. Im Workshop selbst sorgte die Neugier auf Andersartigkeit für eine Reihe von Einsichten und Vorschlägen.

Ein fünfter Baustein für Transkulturalität ist Demut angesichts kultureller Unterschiede. Es gibt, wie schon erwähnt, einige kulturelle Praktiken und Haltungen, die für andere nicht akzeptabel sind. Transkulturelle Politik sollte – so die Auffassung des Workshops – derartigen Inkommensurabilitäten mit demütiger Anerkennung der Grenzen des eigenen Kulturverständnisses begegnen. Transkulturelle Demut verlangt nicht, Unterschiede zu akzeptieren oder gutzuheißen, doch sie vermeidet die schnelle Verurteilung und den Einsatz von Gewalt. Auf diese Weise kann kulturübergreifendes Vertrauen entstehen.

Als sechstes Prinzip wurde aufmerksames Zuhören identifiziert. Dabei gingen die Teilnehmer nicht davon aus, dass sich durch Zuhören kulturelle Inkommensurabilität überbrücken lässt oder das Andere gemocht wird. Doch durch Zuhören ist es möglich, das Andere zu achten, ihm Platz einzuräumen und gegenseitige Empathie und Fürsorge wachsen zu lassen. Insofern ist aufmerksames Zuhören ein Akt der Solidarität, der, wenn er von allen praktiziert wird, die demokratische globale Zusammenarbeit fördern kann. In Duisburg waren die aus sehr unterschiedlichen Umfeldern stammenden Teilnehmer am Ende des dreitägigen Workshops gut miteinander vertraut.

Der siebte und letzte Eckpfeiler der Transkulturalität ist interkulturelles Lernen für positive soziale Veränderungen. Transkulturalität behandelt den Austausch über kulturelle Vielfalt als Lernmöglichkeit, die wiederum zu positiven sozialen Veränderungen beitragen kann. Transkulturelle Politik ist in diesem Sinne ein Prozess, der die Möglichkeit neuer Wege aufzeigt. Interkulturelles Lernen führt in der Regel nicht zu kultureller Konvergenz, da die Beteiligten unterschiedliche Lehren ziehen und in unterschiedlichen Kontexten anwenden, um unterschiedliche Veränderungen zu bewirken. So lernten auch die Workshop-Teilnehmer unterschiedliche Dinge und veränderten sich auf unterschiedliche Weise. Bei den Ergebnissen des Treffens stimmten sie in keinem Punkt völlig überein, machten damit aber auch deutlich, dass Konsens keine Voraussetzung für die demokratische globale Zusammenarbeit ist.

KHK: Das hört sich alles sehr schön an. Aber wie realistisch ist es, dass Transkulturalität und die genannten Prinzipien Eingang in die globale Politik finden?

JAS: Den Teilnehmern des Workshops war durchaus bewusst, dass die in der ruhigen Abgeschlossenheit des Duisburger Konferenzraums entwickelten Prinzipien und die erzielten Lernerfolge nicht ohne weiteres auf die Realität der globalen Politik übertragbar sind. Einige Teilnehmer meinten daher, dass Transkulturalität utopisch und nicht praktikabel sei.

Zugleich waren die Teilnehmer überzeugt, dass der zu erwartende Nutzen einer sorgsam umgesetzten Transkulturalität für die globale Politik groß wäre. Transkulturalität könnte die kulturelle Lebendigkeit fördern und sei daher ein Wert an sich. Kulturelle Unterschiede seien interessant, anregend, bereichernd und vergnüglich; es lohne sich, sich dafür einzusetzen, zumal in einem transkulturellen Umfeld Demokratie, Verteilungsgerechtigkeit, Freiheit,

Frieden und Solidarität besser gedeihen würden.

Die Teilnehmer waren sich einig, dass transkulturelle Prinzipien an sich noch nichts Gutes bewirken. Sie hängen vom jeweiligen Kontext und der Umsetzung ab. Daher wurde immer wieder auf den Faktor „Macht“ verwiesen, der bestimmt, ob und wie Transkulturalität umgesetzt wird. So kann Machtgefälle das Interesse an Transkulturalität verringern. Wenn Transkulturalität die Macht globaler Eliten herausfordert, können sie sich eher auf die Forderung des liberalen Kosmopolitismus verlegen: „Behaltet Eure Unterschiede für Euch und werdet wie wir.“ Auf der anderen Seite gewinnen soziale Bewegungen dadurch an Stärke, dass sie nachdrücklich auf den Erhalt von Traditionen bestehen: „Hört mit Eurer kulturellen Komplexität auf, wir wollen uns verteidigen.“

Die Realisierung von Transkulturalität ist also alles andere als selbstverständlich.

KHK: Wenn die Realisierung von Transkulturalität so unsicher ist, welche Strategien und Methoden sind denn denkbar, um Transkulturalität in der globalen Politik auf den Weg zu bringen?

JAS: In der Diskussion kristallisierten sich fünf verschiedene Vorgehensweisen heraus, die unterschiedliche Fürsprecher hatten.

Eine Gruppe favorisierte eine Strategie, die man als „Taktik des Abwartens“ bezeichnen könnte. Die Befürworter gehen davon aus, dass die Widersprüche gegenwärtiger globaler institutioneller Arrangements Räume für eine neue Politik der globalen Vielfalt öffnen werden. Man brauche daher nur abzuwarten, bis der hegemoniale Globalismus die derzeitigen Institutionen der globalen Zusammenarbeit unterminiert habe, um dann mit neuen transkulturalistischen Praktiken in das Vakuum vorzustoßen. In diesem Sinne könnten Einrichtungen wie das Weltsozialforum als Transkulturalität im Wartestand betrachtet werden.

Andere Teilnehmer bevorzugten eine zweite Strategie, die man als „globale Reformstrategie“ bezeichnen könnte. Die Befürworter sehen die wichtigsten bestehenden Global Governance-Institutionen wie die Vereinten Nationen oder die Welt-handelsorganisation als durchaus anpassungsfähig, wenn es um Transkulturalität geht. Mit ihrer Reformstrategie geht es den Befürwortern darum, dass diese Institutionen sich in Richtung transkultureller Prinzipien bewegen. Schritte können die Sensibilisierung des Personals in transkultureller Hinsicht, die stärkere Beteiligung einer kulturell vielfältigeren Zivilgesellschaft oder ein allgemeines „Mainstreaming“ transkultureller Prinzipien bei Global Governance sein. Als ein Beispiel für eine Reform führen die Befürworter das UNESCO-Übereinkommen zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen an.

Als dritte Strategie wurde „Subsidiarität“ herausgearbeitet. Die Verfechter meinen, dass Governance-Regelungen auf globaler Ebene von hegemonialen Kräften so durchdrungen sind, dass sie niemals angemessenen Platz für eine positive Politik der kulturellen Vielfalt bieten können. Keine noch so große Reform, so die Auffassung, könnte die globalen Institutionen wesentlich in Richtung Transkulturalität umgestalten. Politik, die globale Herausforderungen zu bewältigen sucht, müsse deshalb so weit wie möglich auf „untere Ebenen“ des Regierens übertragen werden, etwa Regionen, Länder und Kommunen. Entscheidungen auf der globalen Ebene sollten auf ein Minimum beschränkt werden. Politikprozesse, die globale Fragen berühren, sollten nach dem Prinzip der Subsidiarität in Institutionen stattfinden, die einen kleineren geographischen Aufgabenbereich haben. Verfechter der Subsidiaritätsstrategie können sich zum Beispiel mit der Entwicklung regionaler und nationaler Menschenrechtsinstrumente anfreunden, die über globalen Abkommen stehen.

Die vierte Strategie, die man „polyzentrische Transskalarität“ nennen könnte, lehnt den Top-Down-Charakter der globalen Reformstrategie wie auch die Bottom-Up-Ausrichtung der Subsidiaritätsstrategie ab. Die Verfechter sind überzeugt, dass transkulturelle Weltpolitik von jedem Punkt der Governance-Struktur vorangetrieben werden sollte, der Transkulturalität zuträglich ist, gegebenenfalls sollten verschiedene Ansatzpunkte kombiniert werden. Die polyzentrische Transskalarität setzt auf eine Mischung aus lokalen, nationalen, regionalen und globalen Politiken, je nachdem welche Politik zu einem bestimmten Zeitpunkt am geeignetsten ist. Governance ist für diese Strategie ein komplexes Netz von Chancen und Hindernissen. Als Beispiel für erfolgreiche polyzentrische Transskalarität können die mehrgleisigen Kampagnen Behinderter gelten, sich in der globalen Politik Anerkennung, Respekt, Gehör und Einfluss zu verschaffen.

Als fünfte Strategie identifizierte die Duisburger Runde die „Transformations-Strategie“. Ihre Verfechter sind überzeugt, dass Transkulturalität mithilfe bestehender Governance-Strukturen nicht erreicht werden kann, weder durch globale Reform, noch durch Subsidiarität, noch durch polyzentrische Transskalarität. Für die Transformationisten führt der Weg zu einer radikal neuen Kulturpolitik über Ablehnung, Verweigerung und Zerstörung von Governance, wie sie heute besteht. Vollkommen neue Arten von Institutionen müssten geschaffen werden, die eine demokratische globale Zusammenarbeit erst ermöglichen. Die Verfechter dieser Strategie verweisen auf soziale Basisbewegungen, die jede Einbindung in die bestehende Governance-Architektur ablehnen.

In Duisburg hatte jede der fünf Strategien ihre Befürworter und ihre Kritiker. Einig war sich der Workshop immerhin, dass die

Früchte von Transkulturalität für eine demokratische globale Zusammenarbeit nicht über Nacht reifen werden.

Anmerkungen

- 1) Die Interviews führte Thomas Siebold. Die Ergebnisse dieses Projekts sind in einer Global Dialogues-Publikation des Käte Hamburger Kollegs festgehalten worden (Scholte 2015).
- 2) Archibugi 2008; Brown/Held 2010
- 3) Taylor 1992; Miller 1995
- 4) Cante 2012; Taylor 2012

Literatur

- Archibugi, Daniele (2008): The Global Commonwealth of Citizens: Toward Cosmopolitan Democracy. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Brown, Garret W./David Held (Hrsg.) (2010): The Cosmopolitanism Reader. Cambridge: Polity Press.
- Cante, Ted (2012): Interculturalism: The New Era of Cohesion and Diversity. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Miller, David (1995): On Nationality. Oxford: Oxford University Press.
- Scholte, Jan Aart (Hrsg.) (2015): Global Cooperation through Cultural Diversity. Remaking Democracy? Global Dialogues 8. Duisburg: Käte Hamburger Kolleg/Centre for Global Cooperation Research (KHK/GCR21).
- Taylor, Charles (1992): Multiculturalism and „The Politics of Recognition“. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Taylor, Charles (2012): Interculturalism or Multiculturalism? In: Philosophy & Social Criticism, 38 (4-5). 413–423.

Zur Person

Jan Aart Scholte ist Vorsitzender der Fakultät Frieden und Entwicklung an der School of Global Studies der University of Gothenburg, Schweden und Professor am Department of Politics and International Studies an der University of Warwick. In seiner Forschung beschäftigt er sich mit den Themen Globalisierung, Global Governance, Zivilgesellschaft, globale Demokratie und Methodologien globaler Studien. Während seines Senior Fellowships am Käte Hamburger Kolleg von November 2012 bis März 2013 forschte er im Forschungsbereich 3 „Global Governance Revisited“. In Zusammenarbeit mit dem „Building Global Democracy“ Projekt konzentrierte er sich auf den transkulturellen Austausch und die Inklusion von Legitimitäts- und Demokratieperspektiven aus zehn verschiedenen Weltregionen.

Kann kulturelle und weltanschauliche Diversität zu einer demokratischeren Weltpolitik beitragen? Oder überwiegen die Risiken? Drei Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Duisburger Dialogs vom November 2013 nehmen hierzu Stellung.

Kulturelle Vielfalt: Hindernis oder Ressource für Global Governance?

Drei Perspektiven

Interkulturelles Lernen als Chance

Ein Gespräch mit Zeynep Sezgin

KHK: Kulturelle Vielfalt wird im Hinblick auf Global Governance häufig mit Skepsis und Pessimismus betrachtet. Sie wird mit gegensätzlichen Gesellschaften assoziiert und als bedrohlich für die globale Zusammenarbeit wahrgenommen. Kulturelle Unterschiede gelten daher oft als Hindernis für eine erfolgreiche globale Politik. Sie sehen darin aber eher eine Ressource für Global Governance. Warum?

ZS: Zunächst: Kulturelle Unterschiede sind sicherlich eine Herausforderung für die Weltpolitik. Und sie treten nicht nur in Bezug auf Nationalität, ethnische Herkunft und Religion auf, sondern auch in Bezug auf Alter, Geschlecht, Klasse

und Beruf. Es ist zweifellos schwierig, alle diese Unterschiede zu einer globalen Governance zusammenzuführen.

Aber kann man an diese kulturelle Vielfalt nicht anknüpfen und innovative Lösungen für grenzüberschreitende Probleme finden, etwa für die globale Wirtschaftskrise oder Umweltveränderungen? Ich denke, demokratische und legitime Global Governance lässt sich nicht erreichen, indem wir die kulturelle Vielfalt ignorieren oder uns ihr verweigern. Vielmehr sollten wir die Vielfalt anerkennen und ein Verständnis für die Zusammenhänge entwickeln, in denen die Unterschiede entstehen und mehr oder weniger ins Gewicht fallen.

KHK: Allerdings zeigt die Praxis, dass kulturelle Unterschiede enorme Hindernisse für die demokratische globale Zusammenarbeit darstellen können.

ZS: Zweifellos. Zum Beispiel kann die Beschneidung von Frauen in einigen Gemeinschaften als wichtiger religiöser oder traditioneller Ritus gesehen werden, in anderen dagegen als schockierende und lebensbedrohliche Menschenrechtsverletzung.

KHK: Wie soll man solchen Herausforderungen also begegnen und die kulturelle Vielfalt zur Ressource von Global Governance machen?

ZS: Ein Schritt ist die inzwischen verwurzelte Vorstellung vom „Kampf der Kulturen“ abzulehnen, die geokulturelle Unterschiede als die einzige Dimension der Vielfalt präsentiert. Dieses Weltbild ist reduktionistisch. Es gibt keine „tür-



kische“, „europäische“, „westliche“ oder „islamische“ Kultur einer uniformen Gruppe von Menschen, die klar von anderen Gruppen zu trennen ist. Wenn die globale Zusammenarbeit kulturelle Vielfalt aufnehmen und von ihr profitieren soll, muss sie diese Komplexität erkennen.

Transkulturalität kann in Global Governance integriert werden, wenn alle Beteiligten ihren jeweils eigenen kulturellen Hintergrund reflektieren, d.h. sich der Besonderheiten der eigenen Ideen und Praktiken bewusst sind und anderen nicht ihre Ideen, Werte und Praktiken aufzwingen. Zum Beispiel spiegeln Top-Down-Ansätze der humanitären Hilfe häufig die politische und sicherheitspolitische Agenda der westlichen Geberländer. Es wäre besser, inklusivere und kultursensiblere Ansätze zu haben. Dafür muss selbstverständlich die lokale Bevölkerung beteiligt werden; sie muss

eigene Prioritäten aushandeln und setzen können. Andernfalls wird die humanitäre Hilfe in Krisengebieten weiterhin als westliches Projekt verdächtigt werden, das Werte verbreitet und fördert, die im Widerspruch zu denen der von der Krise betroffenen Menschen stehen.

KHK: Kultur ist dynamisch und einem ständigen Wandel unterworfen. Ist dies nicht auch eine Herausforderung für Global Governance und Transkulturalität?

ZS: Ja, richtig. Kulturelle Unterschiede sind immer gesellschaftliche Konstruktionen und verändern sich im Laufe der Zeit. Die Berücksichtigung dieser Unterschiede kann Global Governance und Transkulturalität schwerer oder leichter machen. Deshalb ist es wichtig, dass alle Beteiligten für interkulturelles Lernen offen und einem langfristigen Dialog verpflichtet sind.

In Deutschland haben viele katholische Diözesen, protestantische Kirchen und islamische Organisationen Planstellen für den interreligiösen Dialog geschaffen. Darüber hinaus haben sich 2003 christlich-islamische Komitees zu einem Koordinierungsrat des christlich-islamischen Dialogs in Deutschland zusammengeschlossen. Dialoggruppen an der Basis sind aktiv am christlich-muslimischen Dialog beteiligt. Daneben ist die deutsche Regierung selbst zum Teilnehmer am Dialog mit den Muslimen geworden: Der Innenminister trifft seit 2006 Vertreter islamischer Organisationen und einzelne Muslime auf der Deutschen Islamkonferenz. Obwohl es in Deutschland immer noch viele Hindernisse für interkulturelles Lernen gibt, wurden einige bemerkenswerte Erfolge erzielt, etwa die Regelung von Konflikten rund um den Bau der Merkez-Moschee in Duisburg. Was diese Beispiele für die deutsche Politik zeigen, gilt auch auf der Ebene der Weltpolitik: Durch Dialog und interkulturelles Lernen können Stereotype überwunden, gegenseitige Achtung und friedliches Zusammenleben gefördert werden.

Zur Person

Zeynep Sezgin ist seit Februar 2013 Lise-Meitner-Stipendiatin des Wissenschaftsfonds FWF und leitet das Projekt „Legitimacy of Faith-Based Humanitarian Organizations in Austria, Germany and Pakistan“ am Institut für Internationale Entwicklung an der Universität Wien. In ihrer Forschung befasst sie sich mit Globalisierungs- und Transnationalisierungsprozessen, Migrationsforschung und grenzüberschreitenden Migrantenorganisationen sowie mit sogenannten „neuen“ humanitären Akteuren wie religiösen humanitären Organisationen. Im November 2013 nahm sie am Workshop „Transcultural Constructions of Global Legitimacy“ teil, der in Zusammenarbeit mit dem „Building Global Democracy“-Programm am Käte Hamburger Kolleg durchgeführt wurde.

Kulturelle Dominanzansprüche überwinden

Ein Gespräch mit Ahmed Badawi

KHK: Für Sie ist Kultur eminent politisch. Erklären Sie uns bitte warum.

AB: Kultur ist einfach die Weltsicht einer Gruppe. In einer komplexen Gesellschaft, die aus zahlreichen Gruppen besteht, reflektiert sie die Weltsicht der stärksten Gruppe. Kultur besteht in enger Verbindung mit der Wirtschaft. Kultur prägt die moralischen und rechtlichen Rahmenbedingungen für die Legitimierung von Eigentum und die Organisation der Austauschbeziehungen in der Gesellschaft. Die Verteilung von Eigentumsrechten, die von diesen Rahmenbedingungen geschützt wird, ist tatsächlich eine Verteilung von sozialer und politischer Macht. Mit anderen Worten, Kultur ist eine Quelle der Macht in der Gesellschaft.

KHK: Eine Kultur ist also an sich weder gut noch schlecht, nicht wahr?

AB: Tatsächlich sind Kulturen im moralischen oder philosophischen Sinn weder besser noch schlechter. Doch können sich einige Kulturen als besser im Sinne von Effizienz und Effektivität erweisen. Einige Kulturen sind besser als andere geeignet, zum Wohlergehen einer Gesellschaft beizutragen – durch die Schaffung von moralischen oder rechtlichen Anreizen für die Regierenden oder Regierten, um mithilfe guter Bildungs- und Gesundheitssysteme, adäquaten Wohnungsbau, Altenpflege, sinnstiftender Arbeit für Jugendliche usw. einen hohen Lebensstandard zu erreichen. So lange die Maximierung des Wohlergehens einer Gruppe nicht auf Kosten des Wohlergehens einer anderen geht, ist diese Kultur

„besser“ und die Vertreter anderer Weltsichten wären gut beraten, von ihr zu lernen ohne sie notwendigerweise zu kopieren.

KHK: Wo liegen dann die Hindernisse für demokratische Global Governance?

AB: Auf der einen Seite kann Kultur von der dominierenden Gruppe in der globalen Gesellschaft benutzt werden, um ihren unfairen Anteil an Macht und Reichtum zu sichern. Ein Beispiel ist die Durchsetzung eines Demokratie-Diskurses und die Verfolgung von Strategien, die vorgeblich auf die Verbreitung politischer Freiheiten abzielen, tatsächlich aber nur ein Trick sind, um ärmeren Gesellschaften die ungleichen Bedingungen des internationalen Handels zu diktieren und die lokale Industrie auszubremsen. Auf der anderen Seite werden in diesen unterworfenen Gesellschaften echte politische Partizipation und fairer Wettbewerb vielleicht tatsächlich nicht gewürdigt. Insofern sind sie womöglich auch nicht gerüstet, sich an demokratischer Governance in der globalen Gesellschaft zu beteiligen.

KHK: Wie können diese Hindernisse überwunden werden?

AB: Um das erste Hindernis zu überwinden – eine ausbeuterische hegemonial-dominante Kultur –, ist Widerstand die allgemeine Strategie. Um das zweite Hindernis zu überwinden – eine undemokratische Unterwerfungskultur –, ist Entwicklung die Strategie. Allerdings waren diese Strategien bislang nur mäßig erfolgreich. Die Welt hat heldenhaften Widerstand in Kairo, Madrid, Athen, New York und andernorts

gesehen. Wütende Massen, Jung und Alt, haben gegen Repression, die Brutalität der Polizei, Korruption und Ungleichheit gekämpft und den Sturz von Regimen gefordert, die als Stellvertreter und lokale Agenten der globalen Herrschaftsstrukturen handeln. Doch bisher hat sich nicht viel verändert. Widerstand und Entwicklung selbst gründen auf die gleiche Weltsicht, der diese Strategien widerstehen oder die sie entwickeln sollen. Die Perspektiven, Agenden und möglichen Wirkungen von Widerstand bleiben lokal. Er wird von einem viel mächtigeren Netzwerk privilegierter transnationaler Eliten begrenzt, die in Bezug auf Macht und Ressourcen überlegen sind. Dieselben Eliten kontrollieren den Entwicklungsdiskurs und sind darauf aus, ein Einheitsmodell von Entwicklung durchzusetzen, das für die lokalen Bedingungen in vielen Teilen der Welt ungeeignet ist. Ihre Politik macht die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer.

KHK: Welche Rolle könnte Transkulturalität in dieser Situation spielen?

AB: Eine Politik der Transkulturalität könnte uns befähigen, uns von den Fesseln unserer ererbten Weltanschauungen zu befreien und so wirksame Strategien von Widerstand und Entwicklung zu schaffen und damit den Weg zu einer demokratischen Global Governance zu ebnen. Das erste Prinzip der Transkulturalität, intensive Reflexivität, stimmt den richtigen Ton für diesen alternativen Ansatz zur kulturellen Vielfalt an. Allerdings ist die Fähigkeit zur Reflexivität nicht in allen Kulturen gegeben, sie müsste daher aktiv gefördert werden. Gleiches gilt für andere Pfeiler der Transkulturalität, etwa die Anerkennung kultureller Komplexität und die Würdigung der Vielfalt. Diese Prinzipien müssen in unterschiedlichen Gesellschaften unterschiedlich gefördert werden – je nachdem, auf welcher Stufe moralischer und materieller Entwicklung die Gesellschaft steht.

Wenn wir auf Transkulturalität bauen, kann die positive Kraft von Kultur genutzt und die heute vorherrschende negative Kultur der Dominanz überwunden werden. Transkulturalität ist kein Allheilmittel, aber sie ist ein guter Ausgangspunkt für den Aufbau einer soliden Grundlage für demokratische Global Governance.

Zur Person

Ahmed Badawi ist geschäftsführender Direktor von Transform: Zentrum für Konfliktbearbeitung und politische Entwicklung, Berlin, welches er im Jahr 2007 mitbegründet hat. Zuvor forschte er u.a. am Zentrum Moderner Orient und am Institut für Entwicklung und Frieden. Seine Forschungsinteressen umfassen palästinensische Politik, den Israel-Palästina-

Konflikt, Dilemmata sozialer Integration in Europa und Entwicklungspolitik in der arabischen Welt. Im November 2013 nahm er am Workshop „Transcultural Constructions of Global Legitimacy“ teil, der in Zusammenarbeit mit dem „Building Global Democracy“ Programm am Käte Hamburger Kolleg in Duisburg durchgeführt wurde.



Ahmed Badawi. Foto: KHK/GCR

Afrikanische Perspektiven auf demokratische globale Zusammenarbeit

Ein Gespräch mit Charity Musamba

KHK: Gibt es einen besonderen „afrikanischen“ Kulturbeitrag zur demokratischen globalen Zusammenarbeit? Kann Afrika Anregungen für den positiven Umgang mit kultureller Vielfalt in der Weltpolitik geben?

CM: Zunächst sollten wir uns klarmachen, dass es keine einheitliche „afrikanische“ Kultur gibt. Afrika beherbergt eine Vielzahl unterschied-

licher Kulturen. Dennoch lassen sich Elemente ausmachen, die den verschiedenen Kulturen gemeinsam und die für Afrika charakteristisch sind. In diesem Sinne bildet die Kultur in Afrika eine Einheit, die multikulturelle, interkulturelle und sogar transkulturelle Elemente umfasst.

Das erste Element ist die Idee der menschlichen Schicksalsgemeinschaft. Die meisten afrikanischen Kulturen

sind stark von Konzepten wie „Brüderlichkeit“, „Familie“ und „Einssein“ geprägt. Sie unterstellen, dass sich Menschen kontinuierlich beeinflussen und voneinander abhängig sind, sowohl direkt als auch indirekt. Diese Betonung eines gemeinsamen Schicksals und gemeinsamen Fortschritts fördert die globale Zusammenarbeit erheblich, weil die meisten Entwicklungsherausforderungen heute globale Lösungen erfordern. Die Betonung eines gemeinsamen Schicksals inmitten soziokultureller Unterschiede kann daher im Kontext von Global Governance dazu beitragen, Konsens, Zusammenhalt und Legitimität zu verbessern.

KHK: Das Konzept von „Brüderlichkeit“, „Familie“ und „Einssein“ scheint auch die Idee von „Zusammengehörigkeit“ zu umfassen.

CM: Es gibt tatsächlich die Norm des Zusammenlebens. In Afrika werden die meisten praktischen Dinge des Lebens als Gruppe unternommen, und die Betonung liegt auf Einheit und Konsens in Vielfalt. Das Kollektiv ist wichtiger als das Individuum. Es wird erwartet, sich im Sinne des gemeinsamen Wohls zu verhalten, nicht des persönlichen. Der Fokus auf Gemeinsamkeiten ist Global Governance dienlich, da er die Aufmerksamkeit von trennenden Themen wegführt. Auf diese Weise können Entwicklungsenergien auf Punkte gerichtet werden, die die Welt zusammen- und nicht auseinanderbringen. So wird Global Governance eher möglich.

KHK: Was kann Afrika bei kulturellen Normen noch beisteuern?

CM: Die Idee von Gleichheit. Die meisten Kulturen in Afrika neigen zu der Vorstellung, dass alle Menschen gleich sind, d.h. dass die Menschen gleich aussehen, gleich fühlen, das Gleiche wollen und tun können. Afrikanische Kulturen begrenzen daher den Raum für individuelle Unterschiede in der Gesellschaft. Der Begriff der Gleichheit bedeutet, dass von Menschen erwartet



wird, die Welt jenseits ihrer persönlichen Bedürfnisse, Wünsche und Verlangen zu sehen. In Bezug auf demokratische globale Zusammenarbeit verlangt dies, dass globale Entscheidungen die individuellen Erwartungen eines bestimmten Nationalstaats oder einer Gesellschaft transzendieren. Für Zusammenhalt und Konsensbildung ist dies ebenso wichtig wie für Folgebereitschaft und Kompromiss bei Entscheidungen, die auf globaler Ebene getroffen werden.

Ein weiteres wesentliches afrikanisches Kulturmerkmal ist der Subsidiaritätsgedanke. Er wird durch die Existenz einer Vielzahl kultureller Praktiken an einem geographischen Ort deutlich. Einige sind die von Mehrheiten, andere die von Minderheiten, aber sie bestehen nebeneinander. Dieses Phänomen gründet auf der Überzeugung, dass die Gegenwart anderer Kulturen anerkannt und respektiert werden sollte. Systeme globaler Zusammenarbeit sollten deshalb versuchen, sich mit Systemen subglobaler und regionaler Governance zu verbinden, um so globale Entscheidungsfindung besser tolerieren und akzeptieren zu können.

KHK: Religion hat in afrikanischen Gesellschaften immer eine wichtige Rolle gespielt und spielt sie weiterhin. Kann dies positive Implikationen für die globale Zusammenarbeit haben?

CM: Die Dynamik von Religion hat tatsächlich in den meisten afrikanischen Gesellschaften alle geschichtlichen Veränderungen überdauert, von der traditionellen zur kolonialen, von der postkolonialen bis zur jüngsten demokratischen Periode. Religion erkennt eine mystische Existenz über allem Lebendigen an; vor dieser transzendenten Instanz sind alle gleich. Ohne hier auf den möglichen Streit eingehen zu wollen, welches göttliche Wesen die Wahrheit bereithält – der Bezug auf das Prinzip der Metaphysik könnte genutzt werden, um Legitimität für Vereinbarungen und Verpflichtungen auf globaler Ebene zu schaffen.

Zur Person

Charity Musamba ist Sozialwissenschaftlerin und geschäftsführende Direktorin der Foundation for Democratic Process (FODEP) in Lusaka, Sambia. Zuvor forschte sie am Jesuit Centre for Theological Reflection (JCTR) in Lusaka, Sambia. Charity Musamba war Fellow am Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) in Duisburg. Ihre Forschungsinteressen umfassen Strukturanpassungen, Entschuldung, Armutsreduktion und den Entwicklungsstaat. Ihr regionaler Fokus liegt auf Subsahara-Afrika, insbesondere auf Sambia und dem südlichen Afrika. Im November 2013 nahm sie am Workshop „Transcultural Constructions of Global Legitimacy“ teil, der in Zusammenarbeit mit dem „Building Global Democracy“-Programm am Käte Hamburger Kolleg in Duisburg durchgeführt wurde.

ERSCHIENEN

UNIKATE-Ausgaben 1992 bis 2015

1 Medizin

Krebsforschung (1992). Federführung: Manfred F. Rajewsky. 69 Seiten (vergr.).
ISBN 3-934359-01-9

2/3 Kommunikation

Design (1993). Federführung: Vilim Vasata. 121 Seiten (vergr.).
ISBN 3-934359-02-7

4/5 Naturwissenschaft

Umweltforschung: Globale Risiken (1994). Federführung: Günter Schmid. 117 Seiten (vergr.).
ISBN 3-934359-04-3

6/7 Geisteswissenschaft

Fremdsein: Historische Erfahrungen (1995). Federführung: Paul Münch. 173 Seiten.
ISBN 3-934359-06-X

8 Geisteswissenschaft

20 Jahre "poet in residence" (1996). Federführung: Jürgen Manthey. 90 Seiten.
ISBN 3-934359-08-6

9 Bildung durch Wissenschaft?

Ein Kolloquium (1997). Federführung: Justus Cobet, Klaus Klemm. 137 Seiten (vergr.).
ISBN 3-934359-09-4

10 Medizin

25 Jahre Transplantationsmedizin in Essen (1998). Federführung: Friedrich W. Eigler. 113 Seiten.
ISBN 3-934359-10-8

11 Naturwissenschaften

Physik: Unordnung und Selbstähnlichkeit (1999). Federführung: Fritz Haake. 108 Seiten.
ISBN 3-934359-11-6

12 Wirtschaft

Die Europäische Union im Zeichen des Euro (1999). Federführung: Dieter Schmitt. 120 Seiten.
ISBN 3-934359-12-4

13 Materialwissenschaft

Grundlagen für die Technik der Zukunft (2000). Federführung: Günter Schmid. 130 Seiten.
ISBN 3-934359-13-2

14 Europäische Gesellschaft

Annäherung an einen Begriff (2000). Federführung: Wilfried Loth. 96 Seiten.
ISBN 3-934359-14-0

15 Klinische Onkologie

Fortschritte in der Tumorbekämpfung (2001). Federführung: Herbert Rübben. 56 Seiten.
ISBN 3-934359-15-8

16 Erfahrung

Über den wissenschaftlichen Umgang mit einem Begriff (2001). Federführung: Paul Münch. 104 Seiten.
ISBN 3-934359-16-7

17 Design & Neue Medien

Kommunikationsgestaltung für eine global vernetzte Gesellschaft (2002). Federführung: Norbert Bolz. 100 Seiten.
ISBN 3-934359-17-5

18 Wirtschaftsinformatik

Wissensmanagement und E-Services (2002). Federführung: Heimo H. Adelsberger. 88 Seiten.
ISBN 3-934359-18-3

19 Umwelt Ruhr

Vitalität einer Region I (2002). Federführung: Wilfried Loth. 142 Seiten.
ISBN 3-934359-19-1

20 Herz-Kreislaufmedizin

Experimentelle und klinische Kardiologie (2003). Federführung: Gerd Heusch. 70 Seiten.
ISBN 3-934359-20-5

21 Geisteswissenschaften

Religion und Gewalt (2003). Federführung: Hubertus Lutterbach. 98 Seiten.
ISBN 3-934359-21-3

22 Medizin

Neurowissenschaften (2003). Federführung: Dietmar Stolke. 120 Seiten.
ISBN 3-934359-22-1

23 Ingenieurwissenschaft

Bauwesen – Ein Leistungsspektrum (2004). Federführung: Jörg Schröder. 120 Seiten.
ISBN 3-934359-23-X

24 Bildungswissenschaften

Bildungsforschung nach PISA (2004). Federführung: Klaus Klemm. 132 Seiten.
ISBN 3-934359-24-8

25 Medizin

Unsere Hormone (2005). Federführung: Klaus Mann. 110 Seiten.
ISBN 3-934359-25-6

26 Germanistik

Arbeit an/in der Kultur (2005). Federführung: Rüdiger Brandt. 110 Seiten.
ISBN 3-934359-26-4

27 Medizin: Immunologie

Das Immunsystem – Freund oder Feind? (2006). Federführung: C. Hardt, H. Grosse-Wilde. 110 Seiten.
ISBN 3-934359-27-2

28 Neue Medien

Interaktivität und Ubiquität (2006). Federführung: Edgar Heineken. 98 Seiten.
ISBN 3-934359-28-0

29 Wirtschaftswissenschaften

Empirische Wirtschaftsforschung (2007). Federführung: Walter Assenmacher. 98 Seiten.
ISBN 978-3-934359-29-1

30 Essen im Blick

Ein interdisziplinärer Streifzug (2007). Federführung: Heiko Schulz. 124 Seiten.
ISBN 978-3-934359-30-7

31 Ingenieurwissenschaften

Computersimulationen: Von Nano bis Giga (2007). Federführung: Dieter Hänel, Andrés Kecskeméthy. 124 Seiten.
ISBN 978-3-934359-31-4

32 Naturwissenschaften

Physik: Energieumwandlungen an Oberflächen. Federführung: Dietrich von der Linde. 128 Seiten.
ISBN 978-3-934359-32-1

33 Mathematik

Eine lebendige Wissenschaft (2008). Federführung: Axel Klawonn. 128 Seiten.
ISBN 978-3-934359-33-8

34 Geschichtswissenschaft

Europa: Geschichte und Kultur (2009). Federführung: Wilfried Loth. 144 Seiten.
ISBN 978-3-934359-34-5

35 Natur-/Geisteswissenschaften

Sterben, Tod – und dann? (2009). Federführung: Dieter Bingmann, Hubertus Lutterbach. 112 Seiten (vergr.).
ISBN 978-3-934359-35-2

36 Naturwissenschaften/Medizin

Kernmagnetische Resonanz (2009). Federführung: Christian Mayer. 70 Seiten.
ISBN 978-3-934359-36-9

37 Naturwissenschaften/Medizin

Nano meets Bio (2010). Federführung: Günter Schmid. 90 Seiten.
ISBN 978-3-934359-37-6

38 Geistes-/Gesellschaftswissenschaften

Beiträge zur „Ruhr 2010“ (2010). Federführung: Jörg Engelbrecht. 106 Seiten.
ISBN 978-3-934359-38-3

39 Ingenieurwissenschaften

Herausforderung Elektromobilität (2011). Federführung: Ferdinand Dudenhöffer. 114 Seiten.
ISBN 978-3-934359-39-0

40 Social Sciences

Comparative, International, Transnational (2011). Federführung: Karen Shire. 140 Seiten.
ISBN 978-3-934359-40-6

41 Geschlechterforschung

Blick hinter die Kulissen (2012). Federführung: Maren A. Jochimsen. 132 Seiten.
ISBN 978-3-934359-41-3

42 Translationale Krebsforschung

Auf dem Weg zu neuen Therapien (2012). Federführung: Angelika Eggert. 150 Seiten.
ISBN 978-3-934359-42-0

43 NanoEnergie

Materialentwicklung für eine nachhaltige Energieversorgung (2013). Federführung: Christof Schulz, Marion Franke. 150 Seiten.
ISBN 978-3-934359-43-7

44 Medizin

50 Jahre Universitätsklinikum: Highlights aus der Forschung (2013). Federführung: Gerd Heusch, Raimund Erbel. 146 Seiten (vergr.).
ISBN 978-3-934359-44-4

45 Fusionen

Was sagen die Fakultäten? (2014). Federführung: Ursula Renner-Henke, Patrick Eiden-Offe. 150 Seiten.
ISBN 978-3-934359-45-1

46 Patente

Motivation für die Wissenschaft? (2014). Federführung: Stefanie Peschel, Oliver Locker-Grütjen. 82 Seiten.
ISBN 978-3-934359-46-8

in Vorbereitung:

48 Cloud Computing

Federführung: Ludwig Mochty

ABONNEMENT

Die UNIKATE im Abonnement

Ob im Bereich der Kommunikation, der Wirtschaft, der Medizin, der Ökonomie oder der Ökologie – im Zeitalter globaler Vernetzung sind wissenschaftliche Erkenntnisse zur entscheidenden Zukunftsinvestition geworden. Gleichzeitig führte der weltweite Zuwachs an Wissen zu immer feiner differenzierten Fächern, Disziplinen und Fachsprachen: die Wissenschaften erscheinen zunehmend unübersichtlicher und hermetischer.

Mit den UNIKATEN hat sich die Universität Duisburg-Essen die Aufgabe gestellt, Sie in verständlicher Form regelmäßig und unmittelbar aus der Forschungspraxis heraus über die aktuellen Entwicklungen in Wissenschaft und Forschung zu informieren – mit Ergebnissen und Erklärungen aus erster Hand.



ABONNEMENT

Bezugsadresse

Vorname, Name _____
 Straße/Postfach _____
 PLZ, Ort _____

Bestellung

- ☐ Hiermit abonniere ich die UNIKATE für 1 Jahr (2 Ausgaben) zum Preis von 12,50 € inkl. Versandkosten. Das Abonnement verlängert sich automatisch um 1 Jahr (2 Ausgaben), wenn es nicht im laufenden Abonnementzeitraum gekündigt wird.
- ☐ Bitte senden Sie mir die bereits erschienene Ausgabe _____ der UNIKATE zum Einzelbezugspreis von 7,50 € einschl. Porto (für Abonnenten 5,- €).
- ☐ Ich bin Abonnent/Abonnentin.

Datum _____ Unterschrift _____

Die Bestellung kann durch Mitteilung an die Heinrich-Heine Buchhandlung, Viehofer Platz 8, 45127 Essen innerhalb von 7 Tagen widerrufen werden. Es gilt das Datum des Poststempels.

Datum _____ Unterschrift _____

Zahlungsweise

- ☐ Ich zahle per Bankeinzug zu Lasten meines Kontos Nr. _____ bei _____ BLZ _____

Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Instituts keine Verpflichtung zur Einlösung.

Datum _____ Unterschrift _____

- ☐ Bitte schicken Sie mir eine Rechnung. Ich überweise den Betrag.

Per Post oder Fax an:

Heinrich-Heine Buchhandlung · Viehofer Platz 8 · 45127 Essen · Tel.: (0201) 820700 · Fax: (0201) 8207016

H I N W E I S E

Die UNIKATE

Schon 1992 verfolgte die Universität Essen das Konzept, die Öffentlichkeit mit der Herausgabe des damals noch ESSENER UNIKATE genannten Magazins für Wissenstransfer tiefergehend über die an der Hochschule erzielten Ergebnisse in Forschung und Lehre zu informieren. In einer Zeit, in der sich Wissenschaft wie auch akademisch interessierte Leserschaft in hohem Maße ausdifferenziert haben, soll dieses Magazin für Wissenstransfer die an der Universität erarbeiteten Informationen in differenzierter Weise widerspiegeln und – klassisch aufbereitet – der Öffentlichkeit themenzentriert transparent machen.

Im Mittelpunkt jeder Ausgabe stehen die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Universität Duisburg-Essen mit ihren Ori-

ginalbeiträgen und -berichten. Die Ausgaben orientieren sich dabei an den Herausforderungen, vor denen einzelne Fächer gegenwärtig stehen, wie auch an aktuellen wissenschaftlichen Zeitfragen, zu denen eine Universität insgesamt und nicht zuletzt auf Grund ihres öffentlichen Auftrags Stellung beziehen sollte.

Die UNIKATE erscheinen ausschließlich in Form von Themenheften; bisher hat sich die Reihe unter anderem mit der Krebsbehandlung, der Herz-Kreislaufmedizin, den Entwicklungen im Kommunikations- und Industrial Design, den globalen ökologischen Risiken, dem Kräfteverhältnis zwischen Bildung und Wissenschaft, der Chaosphysik, den Materialwissenschaften, dem Lebensraum Ruhrgebiet, der sich herausbildenden europäischen Gesellschaft und der Bildungsforschung nach PISA beschäftigt.

Durch die Konzentration auf jeweils ein Fachgebiet oder ein interdisziplinär ausgeleuchtetes Thema können wissenschaftliche Sachverhalte breiter dargestellt und komplexe Zusammenhänge fächerübergreifend verständlich erläutert werden.

Die UNIKATE werden vom Rektorat der Universität Duisburg-Essen in einer Auflage von derzeit 4.500 Exemplaren herausgegeben. Ansprechpartner für alle redaktionellen Belange sowie für Vertrieb und Anzeigenverwaltung ist das SSC – Science Support Centre an der Universität Duisburg-Essen. Das Magazin ist zum Preis von 7,50 € im Buchhandel erhältlich. Im Abonnement (zwei Ausgaben pro Jahr, 12,50 €) sind die UNIKATE über die Heinrich-Heine-Buchhandlung, Viehofer Platz 8, 45127 Essen zu beziehen.

UNIKATE

IMPRESSUM

Herausgegeben mindestens zweimal jährlich vom Rektorat der Universität Duisburg-Essen, 45117 Essen.

Auflage: 4.500

Redaktions- und Verlagsanschrift:

UNIKATE
Universität Duisburg-Essen/Wissenschaftsverlag SSC
Science Support Centre
45117 Essen
Tel.: 02 01/1 83-32 54
Fax: 02 01/1 83-46 94
E-Mail: unikate@uni-duisburg-essen.de

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Sigrid Elsenbruch, Prof. Dr. Eckart Hasselbrink, Prof. Dr. Ludwig Mochty, Prof. Dr. Ursula Renner-Henke, Prof. Dr.-Ing. Jörg Schröder, Prof. Karen Shire, Ph.D., Prof. Dr. Astrid Westendorf

Federführung der Ausgabe 47:

Tobias Deibel, Patricia Rinck

Redaktion: Dr. Barbara Bigge (verantw.)

Layout: Malte Belau

Gestaltungskonzept: Prof. Vilim Vasata

Bildbearbeitung:

Max Greve, max.greve@gmx.de

Druck: Silber Druck oHG, Niestetal

Buchhandels- und Abonnementvertrieb:

Heinrich-Heine-Buchhandlung, Viehofer

Platz 8, 45127 Essen; Tel.: 02 01/820 70-0;

Fax: 820 70-16;

E-Mail: heine.buchhandlung@t-online.de

Einzelverkaufspreis (Buchhandel): 7,50 €

Abonnement (2 Hefte/Jahr, inkl. Versand): 12,50 €

Die UNIKATE finden Sie im Internet unter:

www.uni-duisburg-essen.de/unikate

Gedruckt auf chlorfreiem Papier. Nachdruck und Reproduktion von Text, Fotos und Grafiken nur nach Abstimmung mit der Redaktion. Die Redaktion bemüht sich regelmäßig, die Rechteinhaber von veröffentlichten, jedoch nicht selbst erstellten Bild- und Grafikbeiträgen zu ermitteln und die Rechte abzugelten. Bei nicht zu ermittelnden oder inkorrekt angegebenen Nachweisen bitten wir um Nachsicht. Alle Rechte vorbehalten.

ISBN: 978-3-934359-47-5

ISSN: 1869-3881

© Universität Duisburg-Essen
Gerichtsstand: Essen

DuEPublico

Duisburg-Essen Publications online

UNIVERSITÄT
DUISBURG
ESSEN

Offen im Denken

ub

universitäts
bibliothek

Dieser Text wird über DuEPublico, dem Dokumenten- und Publikationsserver der Universität Duisburg-Essen, zur Verfügung gestellt. Die hier veröffentlichte Version der E-Publikation kann von einer eventuell ebenfalls veröffentlichten Verlagsversion abweichen.

DOI: 10.17185/duepublico/70450

URN: urn:nbn:de:hbz:464-20201015-153955-8

Alle Rechte vorbehalten.